

20 Jahre EU- Volksabstimmung

Vor 25 Jahren wurde der Eiserne Vorhang durchbrochen, vor 20 Jahren haben sich die ÖsterreicherInnen klar für den Beitritt zur Europäischen Union ausgesprochen. Heute wird sie im Durchschnitt von 71 Prozent befürwortet, 23 Prozent stehen ihr ablehnend gegenüber.



Foto: BMeIA / Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Fünf Jahre vor der Volksabstimmung zum EU-Beitritt, am 27. Juni 1989, durchschnitten die Außenminister Österreichs, Alois Mock (li.) und Ungarns, Gyula Horn, den eisernen Vorhang an der österreichisch ungarischen Grenze nahe Klingenbach. Damit wurde Hunderttausenden von Ostdeutschen die Flucht aus der DDR über Ungarn nach Österreich ermöglicht.

Am 12. Juni 1994 waren alle wahlberechtigten ÖsterreicherInnen aufgerufen, im Rahmen einer Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union abzustimmen – mit dem überwältigenden Ergebnis, daß 66,58 Prozent der abgegebenen Stimmen für diesen Beitritt eintraten. Das bedeutete auch die höchste EU-Zustimmung Österreichs im Vergleich zu den damaligen

Kandidatenländern Schweden, Finnland und Norwegen – in letzterem hatte sich eine knappe Mehrheit gegen den Beitritt ausgesprochen.

Nahezu alle wesentlichen politischen und sozialen Kräfte – die Regierungsparteien, die Gewerkschaften, die Wirtschaftstreibenden, die Bauern, die Kirche etc. – befürworteten einen Beitritt Österreichs zur EU. Es bestand

also ein breiter Konsens in dieser Frage, nahezu alle wesentlichen Kräfte der Gesellschaft zogen „an einem Strang“, wie Benita Ferrero-Waldner (sie war von 2000 bis 2004 Österreichs Außenministerin) in einem Vorwort zur Broschüre „Die österreichische Informationskampagne zum EU-Beitritt“ erklärte.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3



Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
wir setzen mit dieser Ausgabe die Serie über »1914–1918« fort. Der 100. Wiederkehr des Jahrestags des Attentats waren am 28. Juni zwei große Festakte gewidmet: der eine in Form einer historischen Versöhnungsgeste in Sarajevo, der andere auf Schloß Artstetten, der letzten Ruhestätte von Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gattin Sophie, dem hier vorerst eine Seite gewidmet wurde. Einen umfassenden Bericht darüber bereiten wir für die Ausgabe 133 vor.

Wir wünschen Ihnen und den Ihren schöne Sommer- bzw. Winterwochen – wo immer Sie leben.

*Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer*

Der Inhalt der Ausgabe 132

Vladimir Putin in Wien	8	Architekturpreis des Landes	67
Armenischer Präsident in Wien	11	50 Jahre Künstlerdorf Neumarkt an der Raab	68
3. Jahresforum der EU-Donauraumstrategie in Wien	15	Kleinkunst mit großer Vielfalt	69
5. Sommerakademie der Europäischen Seniorenunion	17	-----	
Wirtschaftspolitik muß internationaler und strategischer werden	21	Südtirols LH Kompatscher bei EU-Kommissar Hahn	70
Mitterlehner und Leitl erwarten 2014 neuen Exportrekord	23	7 Fraktionen gestalten Europapolitik in der 8. Legislaturperiode	71
Mobilität und Forschung in der Europaregion	24	WIFO-Prognose 2014 /2015	72
Österreich-Schule für 650 Kinder dank Spenden eröffnet	26	OeNB erwartet verhaltenen Aufschwung für Österreich	73
austriandelivery.com	32	Standort Österreich gemeinsam weiterentwickeln	74
Gedenken an den Ersten Weltkrieg	33	OÖ zieht Kurzurlauber aus Nahmärkten an	76
Der Krieg und die Medien Teil 7 der Serie:		900 Jahre Stift Klosterneuburg	78
Von Wolfgang Maderthaner	35	Bewohnerparkplätze im gesamten 1. Bezirk	79
Chronik des Ersten Weltkriegs	38	Erfolgsgeschichte des Automobils	80
Historische Versöhnungsgeste in Sarajevo	42	Wiener Video Rekorder	82
Feierliches Gedenken an das Attentat von Sarajevo in Arstetten	44	"Winzer des Jahres" 2014	83
Staatsakt zum 100. Todestag von Bertha von Suttner	45	Wiener Weinpreis 2014	83
Staatsarchiv: Virtuelle Ausstellung zum Ersten Weltkrieg	51	Ehrendoktorat der Uni Innsbruck für Carl Djerassi	84
Alle wollen Steuerentlastung...	52	Neues »Geburtsszenario« für Satellitengalaxien	86
61. Österreichischer Gemeindetag in Oberwart	55	Quanten-Rechnen: Fragil und doch fehlerfrei	88
Pensionskonto neu	57	Chemischer Sensor auf einem Chip	89
Die österreichische Seele und die Pension	58	50 Jahre Planetarium Wien	90
-----		IMBA-Direktor Josef Penninger erhält den Wittgenstein-Preis	92
»Burgenland Journal«		Neue Erkenntnisse zur Gesichtssymmetrie	93
Wirtschafts- und Tourismusdelegation in München	60	»Sammellust« im Kunsthistorischen Museum	94
LandesumweltreferentInnen tagten im Seewinkel	61	Silver Age im Unteren Belvedere	97
Qualitätssicherung in der Patientenbehandlung	62	steirischer herbst 2014	100
Internistischer Verbund Nord	63	10 Jahre Anton Bruckner Privatuniversität Linz	103
Eisenstadt: STEP Zwischenbericht wurde veröffentlicht	64	Othello. Ein Schlechter in Hernalis	105
»GrenzFälle - Als vor Kittsee der Vorhang fiel«	65	Weite Winkel - weites Land	106
		Serie "Österreicher in Hollywood" von Rudolf Ulrich - diesmal: der Autor Franz Schulz	107
		Vorarlberg für Familien	109



Vladimir Putin in Wien S 8



Historische Versöhnungsgeste S 42



»Geburtsszenario« für Satellitengalaxien S 86



Sammellust im KHM Wien S 94



Erlebnisse für Familien in Vorarlberg S 109

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: BMeiA/ Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA; S. 2: Harald Minich / HBF; Carina Karlovits / HBF; ESO PR 0755 von 2007; KHM; walser-image.com / Vorarlberg Tourismus

Österreich, Europa und die Welt

➤ Am 1. Jänner 1995 trat Österreich als Mitglied der Europäischen Union bei. Damit fand ein Prozeß österreichischer Integrationsbemühungen seinen Abschluß, der lange vor der Überreichung des österreichischen EG-Beitrittsansuchens am 17. Juli 1989 durch den damaligen Außenminister Alois Mock (er bekleidete dieses Amt von 1987 bis 1995) seinen Ausgang genommen hatte.

So gehörte Österreich zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), die durch den am 3. Mai 1960 in Kraft getretenen Stockholmer Vertrag errichtet wurde. Die erste engere wirtschaftliche Anbindung an die in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammengeschlossenen europäischen Staaten fand 1973 mit der Einrichtung einer Freihandelszone zwischen Österreich und der EWG statt. Obwohl dieser Brückenschlag zwischen der EFTA und der Gemeinschaft erfolgreich war, da der Exportwirtschaft der EFTA-Staaten im industriellen Sektor ein möglichst ungehinderter Zugang zum EG-Raum geboten wurde, enthielt sie keine Perspektive zur umfassenderen Gestaltung der Beziehungen.

Erst der 1989 vom damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors vorgelegte Plan der Errichtung eines Europäischen Wirtschaftsraumes sah eine enge Assoziation von EFTA und EWG vor. Bei der Unterzeichnung dieses Vertrages zur Errichtung eines Europäischen Wirtschaftsraumes am 2. Mai 1992 in Porto war Österreichs Integrationsziel aber bereits die Vollmitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften. Nur ein Jahr nach Inkrafttreten des EWR-Vertrages 1994 sollte Österreich die Seiten des Vertrages wechseln.

Nach Übergabe des Beitrittsansuchens am 17. Juli stimmte der Rat bereits am 28. Juli 1989 der Einleitung eines Aufnahmeverfahrens zu. Formal wurden die Beitrittsverhandlungen am 1. Februar 1993 aufgenommen.

Mit dem Bundesverfassungsgesetz über den Beitritt Österreichs zur EU („Beitritts-BVG“, BGBl Nr. 744/1994) wurde eine ausdrückliche Ermächtigung des Abschlusses dieses Staatsvertrages entsprechend dem Ergebnis der Verhandlungen, das am 12. April 1994 erzielt worden war, erteilt. Nach Beschluß durch den Nationalrat und den Bundesrat wurde das Beitritts-BVG gemäß Artikel 44 Abs. 3 der österreichischen Bundesverfassung am 12. Juni 1994 einem Volksentscheid unterzogen, bei dem 66,58 Prozent der ÖsterreicherInnen dem Beitritt Öster-



Foto: Hopi-Media

2. Mai 1992: Unterzeichnung des EWR-Abkommens durch Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel (l.) und Außenministern Alois Mock in Porto (hinter Mock ist Verkehrsminister Viktor Klima zu sehen)



Foto: EC / Breydel

Zwei Wochen nach dem Beschluß des Nationalrates betreffend das Bundesverfassungsgesetz VG über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union vom 5. Mai traf Bundeskanzler Franz Vranitzky am 19. Mai 1994 in Brüssel mit EU-Kommissionspräsident Jacques Delors zusammen.

reichs zur EU zustimmten. Die Unterzeichnung des Beitrittsvertrages und der Schlußakte erfolgte am 24. Juni 1994 in Korfu.

Spindelegger: Österreich profitiert seit 20 Jahren von EU-Mitgliedschaft

„Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU brachte den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land steigenden Wohlstand, nachhaltigen Frieden und wirtschaftlichen Aufschwung. Wir sind ins Zentrum Europas gerückt und profitieren von Stabilität und unserer aktiven Mitgestaltung der Europapolitik“, so ÖVP-Bundesparteiobmann, Vize-

kanzler Michael Spindelegger. Kaum ein anderes Land habe von der EU so sehr profitiert wie Österreich. Insgesamt brachten der EU-Beitritt und die Eurozonen-Mitgliedschaft unserem Land enorme 375.000 zusätzliche Arbeitsplätze. „Wo stünden wir heute, wenn es diese Arbeitsplätze nicht gäbe? Wir reden oft vom Nettozahler Österreich und sind uns dabei gar nicht bewußt, daß alleine der Handelsbilanzüberschuß in die neuen Mitgliedsstaaten vier Mal so groß ist wie unser EU-Saldo“, betont Spindelegger.

Es war die ÖVP, die den österreichischen EU-Beitritt vor 20 Jahren vorangetrieben hat.

Österreich, Europa und die Welt

Erweiterung der Europäischen Union



Grafik: Maximilian Dörrbecker / Creative-Commons-Lizenz

Vor allem der damalige Außenminister und Verhandlungsleiter Alois Mock hat dabei eine federführende Rolle eingenommen: „Alois Mock und mit ihm die ÖVP haben die Zeichen der Zeit damals früh erkannt und die Möglichkeiten eines EU-Beitritts gesehen. Damals wie heute sind wir die Europapartei Österreichs“, so Spindelegger, und weiter: „Die europäische Idee ist eine weltweit einzigartige Idee des Friedens, der Sicherheit, der Stabilität. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern können wir für unser Land mehr erreichen. Gemeinsam können wir Probleme lösen, die für einen Staat allein zu groß sind. Gemeinsam können wir uns am internationalen Wettbewerb behaupten und ein starker Player in der Welt sein“, streicht er hervor. „Mit der Entscheidung zum EU-Beitritt vor 20 Jahren haben die Menschen in diesem Land den Grundstein für diesen gemeinsamen Weg gelegt. Die ÖVP war, ist

und bleibt dafür ein zuverlässiger Partner für ein starkes Österreich in einem gemeinsamen Europa.“

Schieder: Österreich hat vom EU-Beitritt profitiert

„Österreich ist heute das zweitreichste Land der EU, hat die niedrigste Arbeitslosenrate und die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit in der EU. Dies alles haben wir auch dem Beitritt Österreichs zur EU zu verdanken“, betonte SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder. „Die Bilanz nach fast 20 Jahren Mitgliedschaft fällt positiv aus: rund 57 Mrd. Euro zusätzliches Wirtschaftswachstum, rund 375.000 zusätzliche Arbeitsplätze, 123 Mrd. Euro Direktinvestitionen in Österreich seit 1995 etc. Aus diesen Daten folgt nicht nur, daß Österreich vom EU-Beitritt eindeutig profitiert hat; vielmehr zeigen sie uns auch: Das Ja zum EU-Beitritt 1994 war

die einzig richtige Entscheidung für Österreich und der daraus resultierende EU-Beitritt ein wahrlich großer Schritt der Regierung Vranitzky.“

„Die überaus positiven wirtschaftsbezogenen Daten dürfen uns aber nicht vergessen lassen, daß wir unser Ziel einer sozialen Union im Sinne der Menschen gerade jetzt noch stärker verfolgen müssen. Dies möchte ich besonders anlässlich der Neugründung einer Rechtsfraktion im Europäischen Parlament betonen. Hetze und Rassismus können nicht die Antwort auf die weltweite Wirtschaftskrise sein. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein gerechtes und soziales Europa, denn: Nicht gegeneinander, sondern miteinander schaffen wir es aus der Krise“, betont Schieder.

„Zu einem Europa, wie wir es uns vorstellen, gehört es auch, den Willen der Bevölkerung, wie er bei der demokratischen

Österreich, Europa und die Welt



Foto: EC

Am 28. April 1994 trat Österreich, vier Monate nach seinem EU-Beitritt, dem Schengen-Abkommen bei. Im Bild (5.v.l.): Innenminister Caspar Einem in Brüssel, der damals vom »zweiten wesentlichen Schritt Richtung Europa« sprach.

EU-Wahl zum Ausdruck gebracht wurde, anzuerkennen; den Spitzenkandidaten der stärksten Fraktion als Kommissionspräsidenten zu nominieren und mit der Bildung einer EU-Kommission, die das Wahlergebnis berücksichtigt, zu beauftragen“, so Schieder.

Hahn: Eine Erfolgsgeschichte für Österreich und die EU!

„Am 12. Juni jährte sich zum 20. Mal ein Ereignis, das die Zukunft Österreichs nachhaltig veränderte: die Volksabstimmung zum Beitritt unseres Landes zur Europäischen Union“, erklärte EU-Kommissar Johannes Hahn. „20 Jahre danach kann man den ÖsterreicherInnen zu dieser mit großer Mehrheit getroffenen Entscheidung nur gratulieren. Österreich hat vom EU-Beitritt wirtschaftlich enorm profitiert. Eine WIFO-Studie weist für Österreich einen Integrationsbonus von gut 26 Mrd. Euro aus, seit dem Beitritt haben sich die Exporte in die anderen EU-Länder nahezu verdreifacht. Der Bestand an Direktinvestitionen im Ausland stieg von 8,6 Mrd. (1995) auf 166 Mrd. Euro (2012).“

Doch nicht nur wirtschaftlich habe unser Land vom EU-Beitritt profitiert: es sei von einer Randlage ins Zentrum Europas gerückt und es könne alle EU-Programme für wertvolle Investitionen nutzen. Das würden nicht nur tausende erfolgreiche Projekte zeigen, die mit Mitteln der EU-Strukturfonds gefördert werden, sondern auch mehr als 60.000 österreichische Studierende, die am ERASMUS-Programm teilgenommen hätten.

„Nicht zuletzt sei noch ein weiterer wichtiger Vorteil erwähnt: auch als kleines Land können wir die Gestaltung der EU aktiv mitbestimmen. Und wir tun es auch, indem wir in vielen Bereichen als Vorzeigebispiel gelten wie etwa im Bereich der dualen Ausbil-

dung, die maßgeblich für die geringe Arbeitslosigkeit in unserem Lande ist. Auch in der Außenpolitik kann Österreich mit seinen guten Verbindungen und seiner bekannten diplomatischen Tradition einen wertvollen Beitrag leisten. Ich bin überzeugt, daß diese Erfolgsgeschichte auch in Zukunft fortgesetzt werden kann. Österreich ist durch die Europäische Union stärker geworden und wird auch weiterhin seinen Teil zur Europäischen Integration und zum stärkeren und friedvollen Zusammenwachsen Europas beitragen“, schloß Hahn.

Leitl: Klares Ja zur EU macht sich bis heute für Österreich bezahlt

„Am 12. Juni 1994 hat sich die österreichische Bevölkerung mit einer klaren Zweidrittel-Mehrheit für die Mitgliedschaft in der EU ausgesprochen. Diese Entscheidung war damals richtig und sie ist es bis heute. Viele der vorausgesagten Effekte sind eingetreten“, betonte Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl. Österreich verdanke der europäischen Integration ein Mehr an Wachstum, ein Mehr an Beschäftigung und damit ein Mehr an Wohlstand, wie zahlreiche Studien zeigen. 5 von 10 Euro des österreichischen Wohlstandes werden heute im Europageschäft erwirtschaftet. Jeder Euro, den Österreich seit 1995 netto nach Brüssel überwiesen hat, ist dreifach in Form von mehr Wertschöpfung zurückgeflossen. „Daher ist es nur logisch und konsequent, daß wir als Vollmitglied mit allen Rechten dort mit am Tisch sitzen, wo die Entscheidungen, die uns betreffen, fallen.“ Natürlich habe es in einzelnen Branchen unmittelbar nach dem EU-Beitritt auch Strukturanpassungsprobleme gegeben, diese seien aber gut bewältigt worden und längst kein Thema mehr.

„Österreich ist heute internationaler als

vor 20 Jahren, verkrustete Strukturen wurden durch den Wettbewerbsdruck aufgebrochen, Liberalisierung und Privatisierung beschleunigt und politische Einflüsse aus den Betrieben eliminiert. Kurzum: Die EU wirkte quasi als Wettbewerbs- und Innovationsmotor. Das tut unserem Land bis heute gut“, so Leitl.

Die vergangenen Jahre im Zeichen der globalen Wirtschaftskrise seien zwar nicht einfach gewesen. „Es kann mir aber niemand erzählen, daß es uns in dieser Zeit außerhalb der EU besser ergangen wäre. Das Gegenteil ist der Fall: Europa war gerade auch in den Wochen und Monaten nach Ausbruch der von den USA ausgehenden globalen Finanzkrise ein Schutzschirm.“ Eine noch engere Zusammenarbeit innerhalb der EU sei unerlässlich, um sicherzustellen, daß sich Krisen wie die nun erlebte nicht mehr wiederholen.

Bei allen diesen ökonomischen Erwägungen dürfe man zudem nie vergessen, daß „Europa zuallererst ein Projekt der Friedens- und Zukunftssicherung ist“, so Leitl: „Wir Europäer stellen gerade einmal sieben Prozent der Weltbevölkerung. Nur wenn wir zusammen halten und geeint auftreten, können wir der globalisierten Wirtschaftswelt unseren Stempel aufdrücken.“ Klar sei auch, daß der europäische Weg nur dann auf Dauer erfolgreich sein werde, wenn die Bürger sich eingebunden fühlen. „Europa hat als Projekt der Eliten begonnen, es muß nun noch mehr zu einem Projekt der Menschen werden. Durch eine entsprechende Information und Kommunikation, aber auch dadurch, daß Europa Lösungen für die brennendsten Probleme der Bürgerinnen und Bürger – etwa die teils eklatant hohe Jugendarbeitslosigkeit – gibt. Dazu gehört aber auch, daß Wahlergebnisse wie jüngst jenes der Europawahlen respektiert werden“, so Leitl abschließend.

Österreich, Europa und die Welt

Schmidt: Zwischen Euphorie und Nörgelei

„Die Neubestellung des EU-Parlaments und der EU-Kommission sind ein idealer Zeitpunkt, die inhaltliche Auseinandersetzung über Europa zu vertiefen. Ein guter Anlaß für den Neustart einer EU-Kommunikation in Österreich“, sagt Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), anlässlich des 20jährigen Jubiläums der EU-Volksabstimmung in Österreich. „Gerade die Entwicklungen der vergangenen Jahre zeigen deutlich, wie eng die EU-Mitgliedsländer miteinander verflochten sind und wie sehr uns europäische Themen betreffen. Die öffentliche Debatte und die intensive Berichterstattung im Vorfeld der EU-Wahlen sollten wir daher keinesfalls wieder einschlafen lassen.“

Die Diskussion über die EU-Mitgliedschaft ließ die ÖsterreicherInnen damals, 1994, nicht kalt – an der EU-Volksabstimmung nahmen über 80 Prozent der Stimmberechtigten teil. Und auch 1996 konnte die erste Wahl zum Europäischen Parlament in Österreich immerhin 67,7 % der Wahlberechtigten zur Stimmabgabe motivieren. Bei den folgenden vier EU-Wahlen hatte jedoch jeweils die Gruppe der NichtwählerInnen die absolute Mehrheit.

„Die ÖsterreicherInnen stehen der EU heute ambivalent gegenüber – ein EU-Austritt ist für die überwiegende Mehrheit keine Option“, so Schmidt. „Was aber die Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft betrifft, ist das Meinungsbild geteilt.“

Aus mittlerweile 46 österreichweiten Befragungen der ÖGfE seit Juni 1995 läßt sich erkennen, daß die Zahl der Mitgliedschaftsbefürworter im Durchschnitt bei 71 %, jene der Austrittsbefürworter bei 23 % lag. Rückblickend gaben im Februar/März 2014 (*Telefon-Umfrage SWS/598 Befragte ab 16 Jahre österreichweit*) 44 % an, daß unser Land „deutlich mehr“ (14 %) bzw. „etwas mehr“ Vorteile (30 %) durch die Mitgliedschaft in der EU hatte. Für 35 % überwogen die Nachteile „etwas“ (20 %) bzw. „deutlich mehr“ (15 %). 16 % sahen diese Frage unentschieden.

„Das Fehlen eines kontinuierlichen und proaktiveren EU-Dialogs ist einer der Hauptgründe für das zwiespältige Verhältnis der ÖsterreicherInnen zur EU. Während es im Vorfeld der EU-Volksabstimmung noch ein breites, von der Regierung und allen maßgeblichen gesellschaftlichen Kräften mitgetragenes Informationsangebot sowie eine umfassende öffentliche Diskussion gab,

wurden diese nach ‚erfüllter Mission‘ nur spärlich weiterverfolgt. Die Nachwirkungen sind bis heute spürbar.“

Nationale und europäische Entwicklungen der letzten 20 Jahre spiegelten sich im Grad der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft wider. So ging die EU-Befürwortung im Jahr der „Sanktionen“ (*nach der Koalition zwischen ÖVP und FPÖ 2000, Anm.*) zurück, und stieg in Folge der Terror-Anschläge in den USA und der Diskussion im Vorfeld der Euro-Einführung wieder stark an. Einen absoluten Tiefpunkt erreichte die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft aufgrund

der Ablehnung des Vertrags von Lissabon durch die irische Bevölkerung und der folgenden Diskussion in Österreich. Seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise war hingegen wieder ein positiveres Bild zur Mitgliedschaft zu konstatieren. Mit dem Schnüren von komplexen Hilfs- und Rettungspaketen erhöhte sich jedoch der Wunsch nach einem EU-Austritt auf bis zu 30 %. Der aktuellste Wert vom Frühjahr 2014 zeigt: 64 % sind für den Verbleib Österreichs bei der EU, 24 % für einen Austritt, 13 % können oder wollen zu dieser Frage nicht Stellung beziehen.

Feierlichkeiten für Außenminister a.D. Alois Mock



Foto: photonews.at / Georges Schreiner

Der schwer von seiner Krankheit gezeichnete Alois Mock (r.) neben seiner Frau Edith, Bundespräsident Heinz Fischer und Vizekanzler Michael Spindelegger

Alois Mock hat sein politisches Wirken immer in den Dienst Österreichs und der österreichischen Bevölkerung gestellt“, unterstrich ÖVP-Bundesparteiobmann Vizekanzler Michael Spindelegger anlässlich des 80. Geburtstages von Alois Mock. In dessen Leben habe es viel Aussergewöhnliches gegeben, sagte Spindelegger: „Alois Mock hat immer nach festen Überzeugungen gelebt, mit staatsmännischer Weitsicht gehandelt und mit Hartnäckigkeit seine Ziele verfolgt.“

„Alois Mock hat als überzeugter Österreicher und Europäer die Ereignisse des Jahres 1989 richtig verstanden. Als er mit seinem ungarischen Amtskollegen Gyula Horn den Stacheldraht an der ungarisch-österreichischen Grenze durchgeschnitten hat, genauso wie bei seiner Arbeit für den österreichischen EU-Beitritt“, hob Spindel-

egger hervor. Eben diese „Weitsicht und Hartnäckigkeit“ machen Alois Mock für ihn zu einem „großen Staatsmann“: „Weitsicht, weil Alois Mock den Beitrittsantrag Österreichs an die EU noch vor dem Fall der Berliner Mauer eingereicht hat. Hartnäckigkeit, weil dieser Schritt gegen die Vorbehalte des damaligen Kommissionspräsidenten einerseits, und des politischen Mitbewerbers andererseits, gesetzt wurde.“

„Alois Mock hat federführend beigetragen, daß Österreichs Bürgerinnen und Bürger bei der EU-Volksabstimmung deutlich ‚Ja‘ zu Europa sagten, er hat sich 1991 mit diplomatischem Geschick dafür stark gemacht, die Teilrepubliken Slowenien und Kroatien als unabhängige Staaten anzuerkennen, er hat 1992 den Abschluß der Verhandlungen zum Südtirol-Paket erreicht und damit einen Streit vor der UNO beigelegt.“

Österreich, Europa und die Welt



Foto: BMeiA / Mahmoud

Im Zuge der Feierlichkeiten an der Grenze wurde eine »Freedom Charta« unterschrieben (v.l.) Außenminister Sebastian Kurz, der ungarische Vizeaußenminister Péter Szijjártó und der slowakische Außenminister Miroslav Lajčák

Kurz gedenkt dem Durchschneiden des Eisernen Vorhangs

Am 27. Juni 2014, dem 25. Jahrestag des Durchschneidens des Eisernen Vorhangs zwischen Österreich und Ungarn durch die damaligen Außenminister Alois Mock und Gulya Horn, trafen hundert junge Menschen aus Österreich, Ungarn und der Slowakei zu einem „Fest der Freiheit und der Jugend“ zusammen. Außenminister Sebastian Kurz dazu: „Der Fall des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren war ein wirklich bedeutender Meilenstein auf dem Weg zu einem friedlichen und vereinten Europa. Mich freut es daher besonders, dieses Jubiläum gemeinsam mit jungen Menschen aus Österreich, Ungarn und der Slowakei feiern zu können.“

Das Fest fand am historischen Ort des Durchschneidens des Eisernen Vorhangs bei Klingenbach statt, wo die Freiheits-Charta unterschrieben wurde. Neben Kurz gaben auch der slowakische Vizepremier und Außenminister Miroslav Lajčák sowie der ungarische stellvertretende Minister für Äußeres und Handel Péter Szijjártó Statements ab. Alle drei erwähnten die positiven Entwicklungen der letzten 25 Jahre für Österreich, Ungarn und die Slowakei sowie die freundschaftlichen Beziehungen der drei Länder.

Bei dem Fest berichteten Zeitzeugen den jungen Menschen im Gedenkpark „Pan-europäisches Picknick“ bei St. Margarethen von den Ereignissen 1989, gefolgt von der Kranzniederlegung der Minister vor den Überresten des Eisernen Vorhangs. Die Ver-



Foto: BMeiA / Mahmoud

Der slowakische Außenminister Miroslav Lajčák, der ungarische Vizeaußenminister Péter Szijjártó und Außenminister Sebastian Kurz (v.l.) bei der Kranzniederlegung

anstaltung setzte sich danach am „Tor der Freiheit“ bei der Burg Devin in der Nähe von Bratislava fort. Nachdem die jungen Menschen noch Bratislava etwas näher kennenlernen konnten, ging es für sie mit dem Twin City Liner nach Wien, wo man mit Unterstützung der Schweizerischen Botschaft und

des Rumänischen Kulturinstituts am Badeschiff Auftritte der Bands „Christina Zurbügg & Band“ und „Electric Brother“ den Tag ausklingen ließ. ■

Quellen: Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, ÖVP, SPÖ, EU-Kommission, Wirtschaftskammer Österreich, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Vladimir Putin in Wien

Rußlands Präsident ist 24. Juni in Wien im Inneren Burghof von Bundespräsident Heinz Fischer mit militärischen Ehren begrüßt worden.



Foto: Harald Minich / HBF

Pressegespräch von Bundespräsident Heinz Fischer mit Rußlands Präsident Vladimir Putin in der Wiener Hofburg

Es gibt vieles zu besprechen, und vieles wo wir zusammenarbeiten können“, sagte Präsident Vladimir Putin. Es gebe Gemeinsamkeiten, aber auch Fragen, die einer zusätzlichen Besprechung bedürfen, wozu es den Dialog brauche.

Der Handel mit Österreich nehme zu und die Wirtschaftsbeziehungen würden sich sich erfolgreich entwickeln, kündigte Putin die Besprechung wirtschaftlicher Fragen bei seinem Vieraugengespräch mit Bundespräsident Heinz Fischer an. „Ich freue mich sehr, in Wien sein zu dürfen, das mir sehr ans Herz gewachsen ist“, bedankte sich der russische Präsident für die Einladung des Bundespräsidenten.

Das Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer in Wien ist der erste Besuch des russischen Präsidenten in einem EU-Land seit Beginn der Ukraine-Krise.

„Wir haben eine Reihe von Themen zu besprechen und werden uns bemühen, die Zeit bestmöglich zu nutzen“, ergänzte Bundespräsident Heinz Fischer in einem ersten Statement der beiden Präsidenten gegenüber in- und ausländischen Pressevertretern. Es wäre besonders erfreulich, wenn Fortschritte

gemacht und Gemeinsamkeiten erzielt werden könnten.

Der offizielle eintägige Arbeitsbesuch von Putin in Wien war ein Gegenbesuch für Bundespräsident Heinz Fischers Rußland-Besuch von 2011.

Zentrale Auffassungsunterschiede zwischen Österreich und Rußland bestehen bei der von Rußland annektierten Schwarzmeeresinsel Krim. Während Österreich die Krim nach wie vor als Teil der Ukraine betrachtet, ist sie für Moskau nach einem umstrittenem Referendum zu einem Teil Rußlands geworden.

Putin hat bei einer Pressekonferenz mit Bundespräsident Heinz Fischer die Einigung betont, daß ein Stopp des Blutvergießens in der Ostukraine erreicht werden muß. Die aktuellen Kämpfe in Slowjansk bezeichnete Putin als traurig. Sieben Tage seien zu wenig für eine Waffenruhe, es müsse eine Vereinbarung erreicht werden.

Es sei nicht genug, über einen Waffenstillstand zu sprechen, sondern es müßten auch substantielle Verhandlungen geführt werden. Die BewohnerInnen der Ostukraine müßten nach den Worten des russischen Prä-

sidenten sehen können, daß auch ihre Interessen gewahrt werden. Putin unterstrich, er habe am Vortag „mit Freude festgestellt“, daß es erste konkrete Kontakte zwischen Kiew und dem Donbass gegeben habe. „Dieser Dialog ist zweifellos positiv.“

Bundespräsident Heinz Fischer hob ebenfalls die Wichtigkeit hervor, die Waffenruhe zu verlängern und den Konflikt zu lösen. Ein wichtiger Punkt sei, daß es keinen Nachschub an Waffen für gewaltbereite Personen in der Ostukraine gebe. Auch Kiew müsse seinen Beitrag leisten. Das „muß ich betonen“, sagte Heinz Fischer. Es seien ernsthafte Gespräche mit den Separatisten notwendig. Es gebe nicht nur Wünsche an Rußland, sondern auch an Kiew.

Zu den Sanktionen der EU und USA gegen Rußland meinte der Bundespräsident, diese seien kein Mittel Profit herbeizuführen, sondern „ein notwendiges Übel, wenn alle anderen Mittel versagen“. Sanktionen seien eine Ultima Ratio und es sei besser, auf andere Weise Lösungen zu finden.

Zur von Rußland annektierten Krim sagte Fischer, er habe vor einigen Wochen Mustafa Dschemilew, dem Führer der Krimtataren,

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Heeresbild- und Filmstelle / Karlovits



Innenministerin Mikl-Leitner und Rußlands Zivilschutzminister Putschkow (l.) unterzeichneten – im Beisein der beiden Präsidenten – in der Wiener Hofburg das Katastrophenhilfe-Abkommen zwischen Österreich und Rußland.

versprochen, das Thema Krim beim Treffen mit Präsident Putin anzusprechen. Jedoch habe bei dem Gespräch mit Putin – das Vieraugengespräch dauerte 20 Minuten – keine Lösung gefunden werden können. Für Österreich sei die russische Annexion der Krim völkerrechtswidrig, Putin sei hier anderer Meinung.

Den Vertrag über den Bau der Gas-Pipeline South-Stream, der am Nachmittag des selben Tages von OMV und Gazprom in Wien unterzeichnet wurde, wurde von Fischer verteidigt. „Wer A sagt, muß auch B sagen“, meinte Fischer. Wer sage, daß Europa zu wenig Gaslieferungen erhalte, der müsse sich auch um Diversifizierungen bemühen. In Anbetracht dessen, daß ein großer Streckenteil der Gas-Pipeline in Österreich liegen soll, könne er nicht nachvollziehen, daß sich Österreich hier nicht engagieren dürfe, wies Fischer die Kritik zurück.

Putin meinte zu der Gas-Pipeline South-Stream, daß die Ukraine in politischer Sicht nicht umgangen werde. Dieses Projekt würde seit langem bestehen, es sei kein Streben, jemanden in eine schwierige Lage zu bringen. Sondern dahinter stünden einfach gute Kontakte zur Türkei.

Putin sprach von „sehr konstruktiven Beziehungen“ zwischen Rußland und Österreich. Auch im Handels- und Investitionsbereich gebe es positive Entwicklungen. Auch Fischer, der betonte das Thema Menschenrechte angesprochen zu haben, unterstrich die guten Beziehungen und forderte weiteren Dialog. „Die Gefahr, daß man zu wenig miteinander spricht ist größer, als daß man einmal zu viel mit einander spricht.“

Im Rahmen des Pressegesprächs der beiden Präsidenten wurde von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und dem russischen Minister für Katastrophenschutz, Wladimir A. Putschkow, ein Abkommen der beiden

Regierungen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Naturkatastrophen und die Zusammenarbeit bei deren Prävention unterzeichnet. Es regelt – insbesondere durch die Festlegung der Ansprechstellen – die Erleichterung des Grenzüberschritts von Hilfskräften im Katastropheneinsatz sowie der Ein- und Ausfuhr von Hilfsgütern und Ausrüstungsgegenständen. Außerdem sollen durch dieses Abkommen der einschlägig wissenschaftlich-technische Informationsaustausch zwischen Österreich und Rußland verstärkt sowie gemeinsame Übungen zur Vorbereitung auf den Ernstfall durchgeführt werden. „Zweck des Abkommens ist es, rasch und unbürokratisch Hilfeleistungen zu ermöglichen“, sagte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner bei der Unterzeichnung. Österreich habe mit fast allen Nachbarländern sowie mit einer Reihe anderer Staaten wie Albanien, Jordanien, Kroatien, Marokko und Moldau solche Katastrophenhilfe-Abkommen abgeschlossen. „Diese Abkommen haben sich sehr gut bewährt. Daher liegt der

Abschluß eines derartigen Übereinkommens auch mit der russischen Föderation als einem Partner Österreichs in der internationalen Zusammenarbeit beim Zivilschutz im Interesse unseres Landes, sagte die Innenministerin.

Zuletzt hatte Rußland Österreich bei der Hochwasserkatastrophe 2013 Hilfe angeboten, die von Österreich allerdings nicht in Anspruch genommen werden mußte.

Faymann: Dialogbereitschaft wichtig für Bemühungen um Friedenssicherung

Bundeskanzler Werner Faymann bekräftigte nach dem Ministerrat vom 24. Juni seine Position zum Besuch von Rußlands Präsidenten Wladimir Putin in Wien. „Gespräche österreichischer Politiker, die eingebunden sind die Europäische Union, sind in den Bemühungen um Friedenssicherung wichtig und sinnvoll.“ Man müsse die Gesprächsbereitschaft offen halten, um deeskalierend zu wirken. „Österreich als neutrales Land nimmt hier die Rolle eines Brück-



Foto: Andy Wenzel / BKA

Bundeskanzler Werner Faymann (r.) empfängt den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu einem Gespräch im Bundeskanzleramt am Ballhausplatz.

Österreich, Europa und die Welt

kenbauers ein“, sagte Faymann. Beim Arbeitsgespräch standen bilaterale Fragen, Rußlands Verhältnis zur Europäischen Union und selbstverständlich die Ukraine-Krise im Mittelpunkt. „Die jüngsten Deeskalationsmaßnahmen sind positive Signale und daher zu begrüßen. Es ist wichtig, daß Rußland den Waffenstillstand und den gesamten Friedensprozeß weiter unterstützt“, so der Bundeskanzler. Das Gespräch habe auch gezeigt, daß Österreich ein guter Ort für Verhandlungen sei. „Unser Land steht für Dialog, Gesprächsbereitschaft und die Einbeziehung aller Beteiligten. Und wir stehen für eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine und unterstützen im Einklang mit der Europäischen Union die Friedenspläne des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko. Ich habe an Präsident Putin appelliert, diese Entwicklungen auch zu unterstützen und einen aktiven Beitrag zu einer friedlichen Lösung in der Ukraine zu leisten.“

Angesprochen wurde auch die Annexion der Krim, die einen eindeutigen Verstoß gegen das Völkerrecht darstelle. Ebenso sprach Faymann die Frage der Wahrung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Rußland an.

Im Bereich der bilateralen Beziehungen waren die Wirtschaftsbeziehungen Thema des Gesprächs. „Freilich sind unsere Wirtschaftsbeziehungen nicht unbedeutend. Österreichs Unternehmen exportieren jährlich Produkte und Dienstleistungen im Wert von rund 3,5 Milliarden Euro nach Rußland.“

Leitl: Auch in Zeiten der Krise gilt es, Kontakte und den Dialog zu pflegen

Anlässlich der Rede von Präsident Putin vor Unternehmensvertretern und Medien im Rahmen seines Besuchs der Wirtschaftskammer betonte deren Präsident Christoph Leitl, daß „die Wirtschaft immer schon Brückenbauerfunktionen innehatte“. Auch in Zeiten der Krise gelte es, Kontakte und vor allem den Dialog zu pflegen. In diesem Sinne sehe er auch das Treffen von Bundespräsident Heinz Fischer mit dem russischen Präsidenten. Konkret seien gute wirtschaftliche Beziehungen auch die Basis für politische Stabilität. Durch die enge Verflechtung des europäischen mit dem russischen Wirtschaftsraum sei es daher für beide Seiten wichtig, diese nicht unbedacht aufs Spiel zu setzen.

Die Europäische Union und Rußland stehen zurzeit vor denselben wirtschaftlichen Herausforderungen. Beide Regionen sind jene mit dem schwächsten Wirtschaftswachstum weltweit und kämpfen gegen steigende



Foto: photoneus.at/Georges Schneider/WKO

v.l.: Sergej Katyrin, Chef der Industrie- und Handelskammer Rußlands, Präsident Wladimir Putin, Bundespräsident Heinz Fischer und WKO-Präsident Christoph Leitl

Arbeitslosenzahlen sowie steigende Budgetdefizite, so Leitl. Gerade in Hinblick auf diese Probleme gelte es, wirtschaftlich miteinander und nicht gegeneinander zu arbeiten, um im globalen Wettbewerb nicht auf der Strecke zu bleiben. Jede negative Maßnahme einer Seite fordere Gegenmaßnahmen der anderen heraus und letztendlich profitiere niemand davon, vielmehr schade sie beiden Partnern. Daher sei es umso wichtiger, über den wirtschaftlichen Dialog wieder zum politischen Dialog im Sinne der Friedenssicherung zu finden.

In bezug auf die Debatte über schärfere Sanktionen gegenüber einem Wirtschaftspartner müsse man sich daher die Frage stellen, ob man damit den Menschen, ihren Arbeitsplätzen und den betroffenen kleinen, mittleren, aber auch großen Unternehmen diene oder mehr schade. Das Handelsvolumen der Europäischen Union mit Rußland beläuft sich auf rund 300 Mrd. Euro, jenes der USA mit Rußland macht nur ein Zehntel davon aus. Daher hätte eine Ausweitung von Sanktionsmaßnahmen viel weitreichendere Auswirkungen auf die europäische Bevölkerung als auf die US-amerikanische. Weitblickend gedacht, müsse man daher umso mehr auf den Dialog setzen. Österreich habe diesbezüglich eine lange Tradition, die auch schon zu Zeiten des „Kalten Krieges“ oder im Zuge des Umbruchs in Osteuropa vor 25 Jahren erfolgreich vermittelnd agiert habe.

Die Wirtschaft habe diese Funktion jetzt teilweise übernommen, weil sie in globalen Dimensionen denke und agiere. Die Politik sei diesbezüglich noch zu oft in nationalen

Interessen gefangen. Daher sei der Dialog umso wichtiger. „Es wäre ein wichtiger Schritt, wirtschaftlich das zu verbinden, was politisch noch getrennt ist. Die Wirtschaft hat Visionen. Wir verhandeln gerade ein Freihandelsabkommen mit den USA. Was spricht dagegen, auch über ein solches Abkommen für einen Wirtschaftsraum von Lissabon bis nach Wladiwostok zu reden?“, so Leitl. „Wir ergänzen uns mit unseren östlichen Nachbarn hervorragend in Punkto Technologie, Ressourcen, den Talenten seiner Menschen und auch einer ähnlichen Mentalität. In diesem Sinne steht daher der wirtschaftliche Dialog vor dem Zwist und ich hoffe, daß diese Begegnung zu mehr Gemeinsamkeit, Verständnis, Vertrauen und letztendlich zu mehr Frieden führt“, so Leitl abschließend.

South Stream startet Ende 2016 in Österreich

Am 25. Juni wurde Aktionärsvereinbarung für die South Stream Austria GmbH von Alexey Miller, Vorstand des Gazprom Management Committee, und Gerhard Roiss, Generaldirektor der OMV, unterzeichnet. Das Abkommen sieht die Zusammenarbeit der Beteiligten vor, den österreichischen Abschnitt der South Stream Gaspipeline mit einer jährlichen Kapazität von 30 bis 32 Mrd. Kubikmeter von der ungarischen Grenze bis zum Endpunkt in Baumgarten zu errichten. Der Start ist für Ende 2016 in Österreich vorgesehen. ■

Quellen: Präsidenschaftskanzlei, Bundespressedienst/Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Inneres, Parlamentärkorrespondenz, Wirtschaftskammer Österreich, OMV

Armenischer Präsident in Wien

Staatspräsident Serzh A. Sargsyan trifft bei Staatsbesuch mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer Verkehrsministerin Doris Bures, Bürgermeister Michael Häupl und WKÖ-Präsident Christoph Leitl zusammen.



Foto: Peter Lechner / HBF

Begrüßung mit militärischen Ehren im Inneren Burghof: Bundespräsident Heinz Fischer (l.) und Staatspräsident Serzh A. Sargsyan

Armeniens Staatspräsident Serzh A. Sargsyan hat am 11. Juni in Wien wirtschaftliche Vernunftgründe als Motiv für den Beitritt seines Landes zur Zollunion mit Rußland genannt. Zugleich betonte er nach einem Meinungsaustausch mit Bundespräsident Heinz Fischer, Armenien „als ein Land mit europäisch-christlichen Werten wird den Prozeß der Zusammenarbeit mit der EU fortführen“.

Der „Wunsch“ nach einem Beitritt zur Zollunion mit dem großen Nachbarn „beruht auf vernünftigen Überlegungen“, erläuterte der armenische Staatschef vor der Presse in der Hofburg. Ein Drittel der Produktion Armeniens – vor allem Agrarprodukte – gehe nach Rußland.

Zugleich legte der armenische Präsident ein Bekenntnis zu Europa und zur Kooperation mit Europa und EU ab. „Europa braucht sich nicht zu sorgen. Wir sind ein Volk mit christlichen und europäischen Werten – das erste Land der Welt, welches das Christentum zur Staatsreligion erklärte.“ Armenien könne und wolle „nicht auf die Zusammenarbeit mit Europa verzichten“. Das Land wolle Mechanismen entwickeln, die den bestehenden Regeln nicht widersprechen.

Die Kooperation mit Europa sei „besonders auf die inneren Reformen in Armenien ausgerichtet“. Präsident Sargsyan unterstrich hierbei die Kooperation im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der EU, die ebenfalls Gesprächsthema mit Bundespräsident Heinz Fischer war. Armenien habe sich eine Reformpolitik, gute Regierungsführung sowie ein unternehmer- und investitionsfreundliches Klima als Ziele gesetzt.

„Österreich ist ein zuverlässiger Partner für Armenien“, fügte Sargsyan unter Hinweis auf am 11. Juni unterzeichnete bilateralen Abkommen hinzu. Er sprach die Hoffnung aus, daß Wirtschaftsforum mit Wirtschaftstreibenden beider Seiten in neue gemeinsame Projekte münden werde.

Der Bundespräsident Heinz Fischer unterstrich seinerseits unter Hinweis auf das jetzige dritte Treffen mit seinem Amtskollegen binnen zwei Jahren: „Wir arbeiten mit Erfolg an der Intensivierung unserer guten Beziehungen.“ Nach einem gewissen Rückschlag durch die allgemeine Wirtschaftskrise sei jetzt wieder „eine erfreuliche Aufwärtstendenz“ festzustellen, konstatierte der Fischer. Er begrüßte auch den Beitritt Arme-

niens zu der in Wien ansässigen Anti-Korruptions-Behörde und begrüßte Erleichterungen bei der Visavergabe.

Der Ukraine-Konflikt kam bei dem Meinungsaustausch in der Präsidentschaftskanzlei erwartungsgemäß auch aufs Tapet. „Österreich tritt für eine absolut friedliche Lösung ein“, betonte Heinz Fischer. Zugleich bleibe Österreich bezüglich der Krim-Annexion durch Rußland bei seinem „Standpunkt, daß internationales Recht verletzt wurde“.

Der Bundespräsident freute sich, daß sein Amtskollege im Kontext der europäischen Zusammenarbeit auch humanitäre Werte und Menschenrechte angesprochen habe. Der armenische Gast ersuchte Österreich um weitere Unterstützung in Sachen EU, aber auch bei der Lösung des Konflikts um das zwischen Armenien und Aserbaidschan umstrittene Gebiet Berg (Nagorny)-Karabach, der seit 1994 einer Lösung harret und um den sich die Minsk-Gruppe der europäischen Sicherheitsorganisation OSZE bemüht.

Ausdrücklich dankte Sargsyan Österreich für die traditionelle Unterstützung der hier beheimateten armenischen Gemeinschaft.

Österreich, Europa und die Welt

Faymann: Gute Beziehungen mit Armenien intensivieren

Beim Arbeitsgespräch von Bundeskanzler Werner Faymann und dem armenischen Präsidenten Serzh A. Sargsyan standen bilaterale Fragen, Armeniens Verhältnis zur Europäischen Union und der Berg-Karabach-Konflikt im Mittelpunkt. „Unsere beiden Länder verbinden gute freundschaftliche Beziehungen mit langer Tradition. Präsident Serzh A. Sargsyan und mir ist es ein Anliegen, diese guten Kontakte weiter zu pflegen und bestehende Kooperationen und Wirtschaftsbeziehungen auszuweiten“, so Faymann.

Im Bereich der bilateralen Beziehungen war die Klima- und Energiepolitik ein zentrales Thema des Gesprächs. „Für Österreich liegt die Zukunft der Energiepolitik in umweltfreundlichen Technologien“, bekräftigte der Bundeskanzler gegenüber Präsident Sargsyan. Armenien nutze ähnlich wie Österreich die Wasserkraft und bemühe sich verstärkt um den Einsatz erneuerbarer Energiequellen. Beide Seiten waren sich darüber einig, wie wichtig die Nutzung nachhaltiger Energiequellen künftig sein werde. Österreich sei auch in diesem Zukunftsfeld ein wichtiger Partner Armeniens.

Abschließend bekräftigte Faymann, daß eine nachhaltige Lösung des Konflikts in der Region Berg-Karabach nur im Rahmen eines friedlichen Dialogs gefunden werden kann.

Prammer erinnerte an die traditionell guten Beziehungen zu Armenien

Für eine Erweiterung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen mit Österreich sprach sich der armenische Staatspräsident Sargsyan bei einem Treffen mit National-



Foto: Peter Lechner / HBF

Unterzeichnung der »Erklärung über freundschaftliche Beziehungen und Partnerschaft« der beiden Staatsoberhäupter Serzh A. Sargsyan (l.) und Heinz Fischer



Foto: Hans Hofer / BKA

Am 12. Juni empfing Bundeskanzler Werner Faymann (r.) Armeniens Präsident Serzh A. Sargsyan (l.) zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt.

ratspräsidentin Barbara Prammer aus. Vor allem eine verstärkte Kooperation auf parlamentarischer Ebene könnte zum Verständnis der Standpunkte Armeniens beitragen, meinte Sargsyan und wies dabei insbesondere auf die Haltung seines Landes in europapolitischen Fragen, aber auch auf das Verhältnis Eriwans zu Moskau hin.

Prammer erinnerte an die traditionell guten Beziehungen Österreichs zu Armenien und begrüßte das Interesse an einer Verstärkung der Kontakte. Sie verweist zudem auf die diesbezüglichen Aktivitäten österreichischer Abgeordneter im Rahmen der OSZE und des Europarats hin und hob auch die Kooperation mit Armenien im Rahmen der heimischen Entwicklungszusammenarbeit hervor.



Foto: Parlamentsdirektion / BKA / Andy Wenzel

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer begrüßt den Präsidenten Armeniens

Österreich, Europa und die Welt

Was das Verhältnis Armeniens zur Europäischen Union betrifft, gab Sargsyan zu bedenken, aufgrund der geopolitischen Position sei die Realität seines Landes eine andere als jene der Ukraine. Ziel der Beziehungen Eriwans mit der EU sei es jedenfalls, die Reformen in Armenien zu beschleunigen. Einer Meinung mit Prammer war Sargsyan dabei hinsichtlich der entscheidenden Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Demokratie.

Weitere Themen des Gesprächs, an dem auf österreichischer Seite auch die Abgeordneten Wolfgang Gerstl (ÖVP), Andreas Karlsböck (FPÖ) und Christoph Vavrik (NEOS) teilnahmen, waren u.a. die Lage in Berg-Karabach, aber auch das bevorstehende Gedenken an den Völkermord an den Armeniern von 1915.

Bures: Liberaler Luftverkehr und fairer Wettbewerb

Verkehrsministerin Doris Bures und der armenische Wirtschaftsminister Karen Chshmarityan haben in Wien ein neues Luftverkehrsabkommen unterzeichnet. Das neue Abkommen sieht die Liberalisierung des Flugverkehrs zwischen den beiden Staaten vor, ein Wettbewerbsartikel im Abkommen sichert den fairen Wettbewerb. Das Abkommen enthält außerdem sämtliche EU-Standardartikel, insbesondere zur Namhaftmachung von Luftfahrtunternehmen sowie zum Widerruf, zu Safety und Security und zur Bodenabfertigung. „Mit dem neuen Abkommen bekommen die Luftverkehrsbeziehung zwischen Österreich und Armenien eine sichere Grundlage“, so Bures.

Bisher beruhte der bilaterale Luftverkehr auf informellen Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten. Die Behörden von Österreich und Armenien haben das neue Abkommen im Dezember 2013 ausgehandelt; nach der heutigen Unterzeichnung durch die MinisterInnen tritt das Abkommen unmittelbar in Kraft.

Präsident trug sich ins Goldene Buch der Stadt Wien ein

Staatspräsident Serzh A. Sargsyan trug sich ins Goldene Buch der Stadt Wien ein. Bürgermeister Michael Häupl hob die Bedeutung der Stadt Wien als Stätte der Kultur und des interkulturellen Dialogs hervor. Hinsichtlich der historischen Beziehungen zwischen Österreich und Armenien sei der Völkermord an der armenischen Bevölkerung während des ersten Weltkriegs leider ein besonders unrühmliches Kapitel der Geschich-



Foto: Peter Lechner / HBF

Verkehrsministerin Doris Bures und der armenische Wirtschaftsminister Karen Chshmarityan. Dahinter: die beiden Präsidenten Sargsyan (l.) und Fischer

te gewesen. Franz Werfel habe in seinem Roman „Die 40 Tage des Musa Dagh“ sehr beeindruckend darüber geschrieben. Aber als besonders positive historische Begebenheit würdigte Häupl die erste öffentliche Kaffeeausschank in Wien im Jahr 1685 durch einen armenischen Kaufmann. Dieser habe somit die Wiener Kaffeehauskultur begründet.

Präsident Sargsyan betonte, daß in Wien Vergangenheit, Gegenwart und Fortschritt in harmonischem Einklang zu finden seien. Dies sei der nunmehr fast 20jährigen weitblickenden Führung der Stadt durch Bürgermeister Häupl zu verdanken. Er freue sich,

daß Armenien in Wien in Form von Kirchen und Denkmälern präsent sei. Er sehe ein großes Potential in der Kooperation der beiden Hauptstädte Wien und Eriwan. Zwei Wiener Musikfestivals in Eriwan hätten bereits mit großem Erfolg stattgefunden. Es sei ihm eine Ehre, während seines Wien-Besuchs noch an der Eröffnung eines Armenischen Zentrums als Zeichen des Kulturdialogs teilnehmen zu können.

Wirtschaftsgespräch in der WKÖ

Am 12. Juni fand in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) in Anwesenheit des armenischen Präsidenten, des österreichischen



Foto: Christian Jobst / PID

Staatspräsident Serzh A. Sargsyan und Bürgermeister Michael Häupl

Österreich, Europa und die Welt

Foto: WKO / fotospeed



Staatspräsident Serzh A. Sargsyan bei seiner Rede vor dem Armenien-Forum der Aussenwirtschaft Österreich

Bundespräsidenten Heinz Fischer sowie einer 30köpfigen armenischen Wirtschaftsdelegation ein Armenien-Forum der Aussenwirtschaft Austria statt. WKÖ-Präsident Christoph Leitl erklärte in seiner Eröffnungsrede, daß sich „obwohl der armenische Markt mit drei Millionen Einwohnern relativ klein ist, besonders für österreichische klein- und mittelständische Unternehmen gute Chancen bieten“. Vor allem die Sektoren Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten, Informationstechnologie sowie Telekommunikation und erneuerbare Energien eröffnen österreichischen Unternehmen neue Möglichkeiten, ebenso wie die Bereiche Innovationen und Know-how Transfer in sämtlichen Industriesektoren. Der Bedarf an Straßen und Hotels sowie die Entwicklung der Tourismus- und Skigebiete in Armenien bieten weitere Chancen für österreichische Firmen.

Foto: WKO / fotospeed



v.l.: Bundespräsidentin Heinz Fischer, Armeniens Staatspräsident Serzh A. Sargsyan und Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl

Bezugnehmend auf den bevorstehenden Beitritt Armeniens zur Eurasischen Union wies Leitl darauf hin, daß „es letztendlich langfristig das wirtschaftliche Ziel sein müßte, einen gemeinsamen Freihandelsraum von der Atlantikküste Europas bis nach Wladiwostok zu schaffen.“ Die Wirtschaft könne dabei das Instrument für Frieden und Stabilität in der gesamten Region sein. Bundespräsident Fischer betonte, daß „diese Art der Wirtschaftsforen, als Begegnungsort von Politik und Wirtschaft immer die Stärkung der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Beziehungen zwischen den teilnehmenden Staaten zur Folge haben“. Armeniens Präsident Sargsyan bekräftigte Fischers Einschätzung zu diesen Treffen als „wichtige Plattform für den bilateralen Dialog“. Den Beitritt seines Landes zur Eurasischen Union sieht Sargsyan auch positiv für die Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union: „Armenien ist jenes Land

unter den GUS-Staaten mit den liberalsten Wirtschaftsbedingungen und somit künftig auch das ideale Sprungbrett für österreichische Unternehmen, um mit ihren Produkten und Dienstleistungen auch in die anderen Mitgliedsländer der Eurasischen Union zu kommen.“ Im Rahmen des Staatsbesuchs wurden auch mehrere Abkommen zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Armenien und Österreich unterzeichnet.

Die österreichischen Exporte nach Armenien verzeichneten einen erheblichen Einbruch während der letzten Finanzkrise. Nach dem Besuch des österreichischen Bundespräsidenten in Armenien im Jahr 2012 verbesserte sich die Situation wieder deutlich und die österreichischen Exporte legten um 32 Prozent auf fast 52 Mio. Euro zu. 2013 stiegen die heimischen Ausfuhren nach Armenien um weitere 113 Prozent auf einen

Rekordwert von 110,3 Mio. Euro. Die bedeutendsten österreichischen Exportwaren sind Edelmetalle, Pharmazeutika, Maschinen und Anlagen, Papier und Pappe, synthetische Fasern. Die wichtigsten Importprodukte aus Armenien sind Eisen, Buntmetalle, mechanische Geräte und Bekleidung.

Zu den erfolgreichen österreichischen Projekten in Armenien der letzten Jahre zählen unter anderem das Pilotprojekt „Seilbahn Tatevi“, die 2010 von der Firma Doppelmayr/Garaventa gebaut wurde und zum Tatevi Kloster im Südosten Armeniens führt. Weiters die Sanierung der Ober- und Untermaschinerie des Armenischen Akademischen Opern- und Ballettheaters in Jerewan durch Waagner-Biro. 2013 wurde das erste armenische Stahlwerk in Betrieb genommen – das Engineering und die technischen Ausrüstungen wurden von Siemens VAI geliefert. ■

3. Jahresforum der EU-Donauraumstrategie in Wien

Wien setzt Impulse für engere Zusammenarbeit der Länder an der Donau

Foto: Bundesministerium für Europa, Integration und Äusseres



Außenminister Sebastian Kurz bei seiner Rede vor dem 3. Jahresforum der EU-Donauraumstrategie im Wiener Rathaus

Bei der Eröffnung des am 26. und 27. Juni 2014 stattfindenden 3. Jahresforums der EU-Donauraumstrategie hieß Bürgermeister Michael Häupl als Gastgeber gemeinsam mit Außenminister Sebastian Kurz mehr als 1000 nationale und internationale TeilnehmerInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Non Profit-Organisationen im Wiener Rathaus willkommen.

Bürgermeister Häupl hielt in seiner Eröffnungsrede fest, daß in Wien mit der Betonung der sozialen Dimension gegenüber bisherigen Jahresforen ein bewußt anderer Schwerpunkt gesetzt wurde. „Wir alle sind Vertreter einer länderübergreifenden Region, der von der EU größtes Entwicklungspotential zugeschrieben wird“, so Häupl. Und weiter: „Umso mehr müssen wir darauf achten, einen Weg zu gehen, der sich nicht nur an kurzfristigen wirtschaftlichen Zielen orientiert, sondern am langfristigen sozialen Ziel des Zusammenhalts der Gesellschaft.“

Außenminister Sebastian Kurz verwies im Zusammenhang mit dem Gedenkjahr 2014 auf positive Ereignisse der zweiten Hälfte

des vorigen Jahrhunderts, die Europa enger zusammenwachsen haben lassen und betonte die Bereiche Wirtschaft, Verkehr und Tourismus und ist über die Fortschritte und Potentiale der Donauraumstrategie erfreut. „Diese strategische Arbeit ist ein echter Mehrwert für die regionale Zusammenarbeit. Alle vierzehn Länder des Donauraums arbeiten gemeinsam – unabhängig davon, ob sie in der EU sind oder noch nicht – an Zielsetzungen wie der Anbindung des Donauraums, Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung und der Stärkung des Wohlstands.“ Wichtig sei auch das Zusammenwachsen der Region des Donauraums. Dazu gehören verbesserte Verkehrsverbindungen im Donauraum, die verstärkte Zusammenarbeit im Tourismusbereich, besonders beim kulturellen Erbe, aber auch der Dialog zwischen den Kulturen. „Wenn die Region zusammenwachsen soll, können wir einen wesentlichen Beitrag mit dem interkulturellen und interethnischen Dialog leisten. Die kulturelle Vielfalt ist eine große Chance für die gesamte Region“, so Sebastian Kurz abschließend.

We grow together – together we grow

Für zwei Tage stand das Wiener Rathaus im Zeichen der Zusammenarbeit der Länder an der Donau. Veranstaltet wurde die Konferenz von der Europäischen Kommission und der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. In mehr als 50 Workshops wurden Erfahrungen ausgetauscht und der Grundstein für eine noch stärkere Zusammenarbeit im Donauraum gelegt. Das 3. Jahresforum der EU-Donauraumstrategie widmete sich in diesem Jahr unter dem Motto „We grow together – together we grow. Empowered for a prosperous and inclusive Danube Region“ („Wir wachsen gemeinsam – gemeinsam wachsen wir. Selbstbestimmt für einen prosperierenden und inklusiven Donauraum“) den Themen soziale Inklusion, verantwortungsvolles politisches Handeln und wirtschaftlicher Fortschritt.

Zum ersten Mal erhielten diverse Initiativen und Fachleute aus unterschiedlichen Ländern Gelegenheit, ihre Projekte in die-

Österreich, Europa und die Welt

sem Rahmen zu präsentieren und sich dadurch noch besser zu vernetzen.

Vereint in Vielfalt – mehr als nur ein Fluß

Die Donau ist nicht nur der größte Strom Mittel- und Südosteuropas, sie ist auch der einzige europäische Fluß, der von West nach Ost fließt. Die Stadt Wien setzt auf das Potential, das in diesem politisch, kulturell und historisch so vielfältigen Raum steckt und hat sich daher als eine der wichtigsten Donaumetropolen aktiv für die Schaffung der EU-Donauraumstrategie eingesetzt, die im Jahr 2011 von der EU ins Leben gerufen wurde. Die Donauraumstrategie – nach der EU-Strategie für den Ostseeraum die zweite überregionale Strategie – bezieht sich auf ein Gebiet mit rund 115 Millionen Menschen in 14 Staaten. Neun davon sind Mitglieder der Europäischen Union. Durch die engere Zusammenarbeit der Donauraumstaaten und eine bessere Koordination zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft soll die Region stabilisiert und für die Zukunft fit gemacht werden.

Kommissar Hahn für Verdienste um den Donauraum geehrt

Im Rahmen eines anlässlich des Donauraumforums abgehaltenen Gala-Dinners überreichte Wiens Bürgermeister Michael Häupl EU-Kommissar Johannes Hahn ein Ehrengeschenk für dessen Verdienste um den Donauraum. Übergeben wurde ein dreiteiliger Kupferstich aus dem Jahr 1685, der die Donau von der Quelle bis zur Mündung darstellt. Bürgermeister Häupl betonte: „Sie, Herr Kommissar, waren der erste EU-Regionalkommissar, der die Anliegen der Städte und die urbane Dimension in der EU-Politik ernstgenommen und gestärkt hat. Wir danken Ihnen für Ihre Leistung im Namen der 70 Prozent der EU-BürgerInnen, die in Städten leben.“ Der für das Forum angereiste EU-Kommissar Johannes Hahn nahm das Geschenk dankend an und stellte fest: „Ich bin stolz darauf, ein Kind der Stadt Wien zu sein und danke dem Bürgermeister und seinem Team für diese Konferenz.“ Und weiter: „Mit ihrer großen Kompetenz im administrativen Bereich, leistet die Stadt Wien im Rahmen der EU-Strategie für den Donauraum einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung dieses Raum.“

Aussteller präsentieren sich auf dem Donauraumforum

Das Jahresforum, welches in diesem Jahr



Foto: Votava / Europaforum

Bürgermeister Michael Häupl (l.) und EU-Kommissar Johannes Hahn

im Zeichen der sozialen Inklusion stand, bot Projekten und Workshops von Initiativen im Rahmen der EU-Donauraumstrategie eine Bühne. In mehr als 50 Workshops diskutierten die über 1000 TeilnehmerInnen aus Fachöffentlichkeit, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, darunter auch die Bürgermeister von Ulm, Bukarest, Bratislava, Russe und Giurgiu sowie die Bürgermeisterin von Sofia über gemeinsame Herausforderungen – und stellten Lösungsansätze vor. Am ersten Tag standen Präsentationen im Plenum im Vordergrund, am zweiten konnten die KonferenzteilnehmerInnen verschiedene Ansätze der Kooperation und konkrete Projekte kennenlernen.

Abschließend widmete sich Stadtrat Michael Ludwig als für den Donauraum zuständiger Vertreter der Wiener Stadtregierung der großen Bedeutung der Donauraumstrategie für ein sozialeres Europa, das nicht zuletzt durch engagierte Städte wie Wien getragen wird.

Koordinationsrolle Wiens

Die Umsetzung der EUSDR wird von der Europäischen Kommission koordiniert. Eine tragende Rolle kommt aber den Akteuren im Donauraum selbst, besonders den Staaten, Regionen, Städten und Institutionen, zu. Für jeden der elf Schwerpunktbereiche wurden je zwei KoordinatorInnen (Priority Area Coordinators – PAC) eingesetzt.

Aufgrund des intensiven Engagements des Landes Wien beim gesamten Entwicklungsprozeß hat Wien gemeinsam mit Slowenien die Koordination des Schwerpunktbereichs „Verbesserung der institutionellen

Kapazität und Zusammenarbeit“ (Schwerpunktbereich 10) übertragen bekommen. Die Koordination und Steuerung der für Wien relevanten Agenden erfolgt in der Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Bauten und Technik, Stadtbauverwaltung. Als von der Stadt Wien nominierter und von der Europäischen Kommission eingesetzter Wiener Koordinator für den Schwerpunktbereich 10 fungiert Kurt Puchinger im Rahmen der von der Stadtbauverwaltung beauftragten EU-Förderagentur GmbH.

Der Schwerpunktbereich beinhaltet unter anderem:

- Austausch von Know How in der Zusammenarbeit aller Ebenen der Verwaltung und in der Lösung öffentlicher Verwaltungsprobleme,
- Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft,
- Stärkung städtischer und regionaler Netzwerke durch Wissenstransfer in modernen Technologien und Strategien,
- Intensivierung der Metropolenkooperation beziehungsweise die Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Regionen,
- bessere Nutzung der verschiedenen Finanzierungsquellen zur Umsetzung von Projekten.

Wien war im Erstellungsprozeß der Strategie bemüht, die wichtige Rolle der Städte, Gemeinden und Regionen bei der Umsetzung der EUSDR zu vermitteln. Nur diese haben den unmittelbaren Kontakt zu den BürgerInnen. Wien setzte damit die bisher erfolgreiche Kooperationspolitik mit den Städten und Regionen im Donauraum fort. ■

<http://www.wien.gv.at/politik/strategien-konzepte/donauraum/index.html>

Voneinander lernen für ein besseres Europa!

5. Sommerakademie der Europäischen Seniorenunion in Wien



Fotos: Österreichischer Seniorenbund

Unter dem Motto »Wir wollen eine bessere Europäische Union« diskutierten 62 TeilnehmerInnen aus 16 EU-Mitgliedsstaaten.

Am 12. Juni wurde in der Politischen Akademie der ÖVP in Wien die 5. Sommerakademie der Europäischen Seniorenunion für Senioren-Führungskräfte eröffnet. Unter dem Motto „Wir wollen eine bessere Europäische Union“ diskutierten diesmal 62 TeilnehmerInnen aus 16 verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten. Sie alle sind Führungskräfte der Seniorenorganisationen, die in der Europäischen Seniorenunion (ESU), einer Mitgliedsorganisation der Europäischen Volkspartei (EVP), organisiert sind. In Österreich ist dies der Österreichische Seniorenbund, der diese Veranstaltung zum fünften Mal in Zusammenarbeit mit der Politischen Akademie der ÖVP, dem Wilfried Mertens Centre für European Studies (WMCES) und der ESU selbst durchführte.

Zum Auftakt begrüßten Dietmar Halper, Direktor der politischen Akademie und somit Gastgeber der Veranstaltung, und Univ.-Prof. Andreas Khol, Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes, die Teilneh-

merInnen. Auch Marilies Flemming, Europabeauftragte des Österreichischen Seniorenbundes und von Beginn an Organisatorin

der Sommerakademie in Wien, richtete Grußworte an die TeilnehmerInnen. Dem Motto der Veranstaltung folgend, wolle man



em.Prof. An Hermans, Präsidentin der Europäischen Seniorenunion

Österreich, Europa und die Welt

vor allem die Erfahrungen aus den verschiedenen Ländern miteinander diskutieren und voneinander lernen. Dabei waren sich alle zuvor Genannten in ihren Grußworten einig:

„Wie können wir die Europäische Union besser machen? Wie können wir sie näher an die Bürgerinnen und Bürger bringen? Wie können wir die älteren Generationen Europas besser in die Arbeit der Europäischen Institutionen einbinden? Und vor allem: Wie können die Älteren ihre Erfahrungen, besonders ihre Werte und ihre Wertschätzung für Demokratie an die Jüngeren weitergeben?“

Als erste Gastrednerin konnte die ESU die ÖVP-Familienministerin, Sophie Karmasin, begrüßen. In ihrem ausführlichen Referat informierte sie über die Rolle der SeniorInnen Österreichs in ihren Familien. Mit umfassenden Zahlen belegte sie, daß die Geburtenrate in den europäischen Ländern zu gering sei, die Familiengröße seit Jahrzehnten deutlich sinke. Sorge bereite ihr zudem die weiterhin viel zu hohe Arbeitslosigkeit junger Menschen in Europa. Zu den Beziehungen der einzelnen Generationen in Österreich zueinander hielt Karmasin fest, daß 31,4 Prozent der Senioren ihren Familien täglich oder zumindest wöchentlich helfen. Im Gegenzug würden 32,1 Prozent der Frauen und 14,7 Prozent der Männer ihren älteren Angehörigen „regelmäßig“ oder zumindest „manchmal“ behilflich sein.

Berichte aus 16 Ländern, um voneinander für ein besseres Europa zu lernen

Die seit November 2013 neu gewählte Präsidentin der Europäischen Seniorenunion, em.Prof. An Hermans (Belgien), hatte im Vorfeld alle teilnehmenden Organisationen um Berichte zur ihren Ländern gebeten. Wie wolle man die jeweilige Organisation die EU verbessern, wie wolle man SeniorInnen stärker in Kontakt mit den EU-Institutionen bringen, was habe die jeweilige Organisation im Europawahlkampf beigetragen, um Seniorinnen und Senioren über aktuelle EU-Themen zu informieren? Die umfassenden Länder-Berichte wurden in der Nachmittagsveranstaltung präsentiert.

„Wir sind hier zusammengekommen, um voneinander zu lernen. Gemeinsam wollen und können wir die Europäische Union besser machen“, stellte Hermans fest. Alle Länder-Berichte wurden im Laufe des Nachmittags vorgestellt und ausführlich diskutiert.

Hermans faßte dazu konkrete gemeinsame Punkte zusammen: „Für ein besseres Europa sind sich alle hier einig, daß sich Eu-



Bei der Begrüßung: Univ.-Prof. Andreas Khol, Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes; rechts im Bild: em.Prof. An Hermans aus Belgien



Fotos: Österreichischer Seniorenbund

ÖVP-Familienministerin Sophie Karmasin war die erste Gastrednerin.

ropa mehr und besser um die großen Dinge kümmern müsse. Während einige sehr explizit auf das Prinzip der Subsidiarität drängen, fordern andere mehr Anstrengungen, um allen Länder besser in Wachstum, und somit auch einen Anstieg des Alltagseinkommens der Älteren, zu integrieren. Einig ist man sich auch, daß Europa in der globalisierten Welt unbedingt die gemeinsame Außenpolitik stärken muß. Am wichtigsten ist Ihnen allen aber die Verbesserung der Beziehung zwischen den BürgerInnen – insbesondere der Älteren – mit den europäischen Institutionen und Verantwortlichen!“

Hermans ging dabei auch auf die Sonderrolle Österreichs ein: „Der Seniorenbund verfügt mit seinem Generalsekretär Heinz K. Becker über ‚seinen eigenen‘ Abgeordneten im Europäischen Parlament. Andere Senio-

ren-Organisationen Europas werden nun gemeinsam einen Weg finden, sich ‚ihren‘ Abgeordneten zu suchen, um die Anliegen der Seniorinnen und Senioren direkt in Europa einzubringen. Seniorinnen und Senioren Europas müssen das Gefühl haben, daß auch ihre Anliegen zählen, daß sie berücksichtigt werden. Wir Senioren haben Erfahrung und diese haben wir einzubringen!“

Expertenvorträge

Am zweiten Tag standen vor allem Expertenvorträge im Mittelpunkt. Mit Experten wurde erarbeitet, wie man die Europäische Union „besser machen und näher zu den Bürgerinnen und Bürgern bringen könne“.

Die Einleitung des intensiven Arbeitstages übernahm Leif Hallberg (Schweden), Vizepräsident der Europäischen Senioren-

Österreich, Europa und die Welt



Beleuchtete die Möglichkeiten aktiver Mitbestimmung von SeniorInnen in den Europäischen Institutionen: Prof. Steven Van Hecke aus Belgien

union. Im folgte Heinz K. Becker (Österreich), Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbundes und Europas einziger Senioren-Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Zum Thema „Das neue Europaparlament 2014“ hielt Becker fest: „Ich danke allen Landes-, Bezirks- und Ortsgruppen des Seniorenbundes, von denen die entscheidende Unterstützung geleistet wurde, daß die ÖVP als Nummer eins die EU-Wahlen gewinnen konnte und daß ich als Europas einziger Senioren-Abgeordneter meine Arbeit im Europaparlament im Sinne der Seniorinnen und Senioren weiterhin fortsetzen kann.“

Beckers Wahlkampagne hatte ihn in direkten Kontakt mit mehr als 100.000 BürgerInnen gebracht – bei Referaten, Gesprächen und Diskussionen bei mehr als 100 Veranstaltungen. Mit mehrfachen Kommunikationsimpulsen konnten zudem über 11.000 Menschen über E-Mail, Newsletter und facebook laufend über Inhalte, Themen und Termine informiert werden.

Becker definierte zudem seine konkreten Ziele für die neue Legislaturperiode im EU-Parlament sehr klar: „Auf Grundlage einer Politik der verpflichtenden Generationengerechtigkeit werde ich für die sichere soziale Zukunft von Jung und Alt kämpfen. Ich werde meinen persönlichen Beitrag dazu leisten, daß ein soziales Europa entwickelt wird – ohne jedoch auf die nationale Zuständigkeit für die Gestaltung der Pensions-, Gesundheits- und Pflegesysteme zu verzichten.“ Ende Juni werde sich entscheiden, ob Becker neben dem Sozialausschuß auch den Ausschuß für Sicherheits- und Bürgerrechte besetzen wird. Daneben wird er parallel in den



Fotos: Österreichischer Seniorenbund

Abgeordneter zum Europäischen Parlament und Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbunds, Heinz K. Becker

parlamentarischen Gruppen für Altersfragen und Pflegende aktiv tätig sein. Beckers Credo: „Die seniorenpolitischen Konzepte und Forderungen des Österreichischen Seniorenbundes sind für mich auch der europäische Arbeitsauftrag!“

Becker will im Herbst „Seniorenpolitische Plattform im Europaparlament“ initiieren. Eine spezielle Initiative von ESU-Präsidentin An Hermans wird Becker ab Start der Herbst-Session gezielt aufgreifen: „Gemeinsam mit den von den ESU-Mitgliedsländern nominierten Europaabgeordneten dieser Länder will ich eine parlamentarische Interessengruppe gründen, die künftig als seniorenpolitische Plattform im Europapar-

lament die Durchsetzung legitimer Seniorenanliegen aktiv unterstützen soll. Unser Ziel ist die volle politische Mitbestimmung der älteren und der jüngeren Generationen in einem europäischen Jugend- und Seniorenrat nach Österreichischem Vorbild!“

Nach wichtigen Inputs des ehemaligen ESU-Präsidenten StS a.D. Bernhard Worms zur Stärkung der demokratischen Mitsprache der BürgerInnen Europas, zur Informations- und Kommunikationspolitik und zur sozialen Sicherheit in Europa, begrüßten die interessierten TeilnehmerInnen aus 16 europäischen Ländern Orthmar Karas, den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments.

Karas: „Die Adressaten unserer Arbeit sind die Zukunft und die Menschen. Unser Instrument dabei ist die Verantwortung.“ Auch er ging einleitend auf die Wahlkampagne in Österreich ein. Dabei dankte er aus-

drücklich dem Senioren-Abgeordneten Heinz K. Becker für dessen Einsatz: „Neben den Bauern haben die Senioren in Österreich die erfolgreichste Zielgruppenarbeit geleistet.“ Auch in anderen Ländern sei die Arbeit der Senioren-Organisationen besonders wichtig und erfolgreich gewesen.

Zur damals laufenden Debatte um die Bestellung des EU-Kommissionspräsidenten sagte Karas: „Was einige Staats- und Regierungschefs in der aktuellen Situation bieten, ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen und der Bruch eines Wahlversprechens. Man muß wegkommen von einer EU der Hinterzimmer zu einer EU der Bürgerinnen und Bürger. Am 26. Juni muß daher Juncker nominiert

Österreich, Europa und die Welt

werden. Dann entscheidet das Europaparlament – und nicht die einzelnen Regierungen.“

Zur Zukunft der EU betonte Karas: „Wir müssen die EU handlungsfähiger machen! Die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger an die EU sind umfassender als die bisherigen EU-Kompetenzen. Die Menschen wollen eine starke Rolle der EU in der Welt – für Frieden, für Wachstum, für Sicherheit. Dazu muß die EU eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Wachstumspolitik machen dürfen. Unsere Zukunft ist eng mit der Zukunft der Welt verknüpft. Dort also, wo die EU handelt muß, braucht sie Kompetenzen und Geld!“

Karas weiter: „Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken. Aber den Wettbewerb kann man nicht über den Preis gewinnen. Gewinnen wird man, weil man besser ist. Besser bei sozialen Standards, bei Gehältern, Umweltstandards und Sicherheit. Wir müssen produktiver, innovativer und mobiler sein als die anderen. Bei Bildung, Forschung und Innovation müssen wir Weltmeister werden!“ Und abschließend: „Die EU ist nicht nur eine Freihandelszone – sie ist für mich vor allem eine Wertegemeinschaft. Die Adressaten unserer Arbeit sind die Zukunft und die Menschen. Unser Instrument dabei ist die Verantwortung!“ Die Übernahme von Verantwortung – in Politik wie im Privaten – sei stärker als Populismus und stärker als Einzelinteressen. Mit dem Wahltag dürfe die Kommunikations-Tür zu den BürgerInnen nicht zugehen, es müsse vielmehr eine neue Tür der Kommunikation, Zusammenarbeit und Einbindung zu den BürgerInnen aufgehen. Dabei sei auch die Arbeit der Senioren-Organisationen Europas besonders wichtig.

David Brenner, Bereichsleiter für Finanzen, Personal und Organisation in der Österreichischen Industriellenvereinigung (IV), betonte die Notwendigkeit „den Lebensstandard in Europa zu erhalten“ als oberstes Ziel. Ausführlich beleuchtete er aktuelle Europa-Zahlen zu Verschuldung der Staaten, Wettbewerbsdaten und Bürokratieaufwand: „Die große Krise ist vorbei, aber die Schwierigkeiten bleiben. Es bleiben hohe Schuldenberge, auch langfristig niedriges Zinsniveau und weiterhin hohe Arbeitslosigkeit. Doch fest steht: Nur wenn wir in Europa genügend Arbeitsplätze und genügend Wertschöpfung halten können, werden wir unser System der sozialen Marktwirtschaft auch erhalten können“, so Brenner weiter.

Auch Brenner plädierte wie seine Vordränger für eine stärkere Koordinierung in



Foto: Österreichischer Seniorenbund

Othmar Karas, Vizepräsident des Europäischen Parlaments bei seinem Vortrag

Europa. „Eine gemeinsame Währung kann ohne politische Union und ohne gemeinsame Fiskalpolitik nicht funktionieren.“ Zudem sei eine stärkere Trennung der Banken und deutlicher Bürokratieabbau für Unternehmen dringend erforderlich. Auch verlangte er, die EU-Pläne zur „Re-Industrialisierung Europas“ umzusetzen.

Prof. Steven Van Hecke (Belgien), Assistenzprofessor an der KU Leuven, bildete den Abschluß des intensiven Lern- und Diskussionstages: Eingangs analysierte er die Wahlen zum Europäischen Parlament an sich: „In 28 verschiedenen Ländern werden nach 28 verschiedenen Wahlordnungen an verschiedenen Tagen Wahlen durchgeführt. Dabei unterscheiden sich die Wahlen hinsichtlich der Bestimmungen zu Listenerstellung, Wahlpflicht oder eben nicht, Wahlalter – das von 16 in Österreich bis zu 21 in anderen Staaten reicht, sowie hinsichtlich Mindestgrenzen für einen Einzug in das Europaparlament. Man hat also nicht eine Wahl, sondern 28 verschiedene Wahlen – daher so genannte ‚second order‘ nationale Wahlen.“

Nach einem ausführlichen Vortrag über die Entwicklung der Europawahlen im Laufe der Jahrzehnte und seiner umfassenden Einschätzung zu den aktuellen Vorgängen zur Nominierung des neuen EU-Kommissionspräsidenten, ging Van Hecke ausführlich auf die Analyse der Wahlbeteiligung ein: „Insgesamt ist die Wahlbeteiligung in Europa diesmal nicht weiter gesunken, sondern stabil

geblieben. Allerdings zeigt sich ein deutlich differenziertes Bild, wenn man die Wahlbeteiligung nach Altersgruppen bewertet. Ab der Altersgruppe der 45- bis 54-jährigen beginnt die Wahlbeteiligung deutlich zu steigen. Ab 55 Jahren liegt die Wahlbeteiligung in Europa deutlich über 50 Prozent.“ Dies sei neben anderen Faktoren gewiß auch der Kommunikationsarbeit der Senioren-Organisationen Europas zu verdanken, wozu Van Hecke den Senioren-Führungskräften der teilnehmenden 16 EU-Mitgliedsstaaten ausdrücklich gratulierte.

Die Experten-Vorträge wurden von umfassenden Diskussionen mit den TeilnehmerInnen begleitet.

Gemeinsam werden am letzten Seminartag die Ergebnisse der intensiven Arbeitstage zusammengefaßt und daraus konkrete Arbeitsprogramme abgeleitet. ESU-Präsidentin em. Prof. An Hermans faßte die Ergebnisse zusammen: „Wir wollen voneinander lernen, um die EU besser zu machen. Wir Senioren-Organisationen werden noch enger zusammenarbeiten und uns direkt mit Europa-Abgeordneten unserer Länder verknüpfen. Damit stellen wir die direkte Verbindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den europäischen Institutionen her. Damit übernehmen wir unseren Teil der Verantwortung – für ein Europa der Menschen, für die direkte Mitsprache der älteren Generationen in Europa!“

<http://www.seniorenbund.at>

Wirtschaftspolitik muß internationaler und strategischer werden

WIFO-Leiter Prof. Karl Aiginger nahm am heurigen Jahrestreffens der führenden europäischen Wirtschaftsforschungsinstitute in Paris teil.

Anlässlich des heurigen Jahrestreffens der führenden europäischen Wirtschaftsforschungsinstitute skizzierte der Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), Prof. Karl Aiginger, eine verstärkte internationale und strategische Orientierung der Wirtschaftspolitik, um die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu bewältigen. Verschiedene Elemente der Wirtschaftspolitik müssen immer mehr kombiniert und miteinander in Einklang gebracht werden, um Synergien zu nutzen und Kosten zu senken. Industriepolitik wird immer mehr auch zur Bildungs- und Innovationspolitik, sie soll gesellschaftliche Ziele stärker einbeziehen und muß vermehrt an langfristigen Zielen orientiert werden. Überdies ist, so Aiginger, der Anteil der nur global zu lösenden Probleme gestiegen, und wirtschaftliche Eingriffe in jeder Region haben Folgewirkungen auf andere Länder.

Die OECD geht in ihrer Projektion der langfristigen Weltwirtschaftsentwicklung von einem über die Jahrzehnte abnehmenden

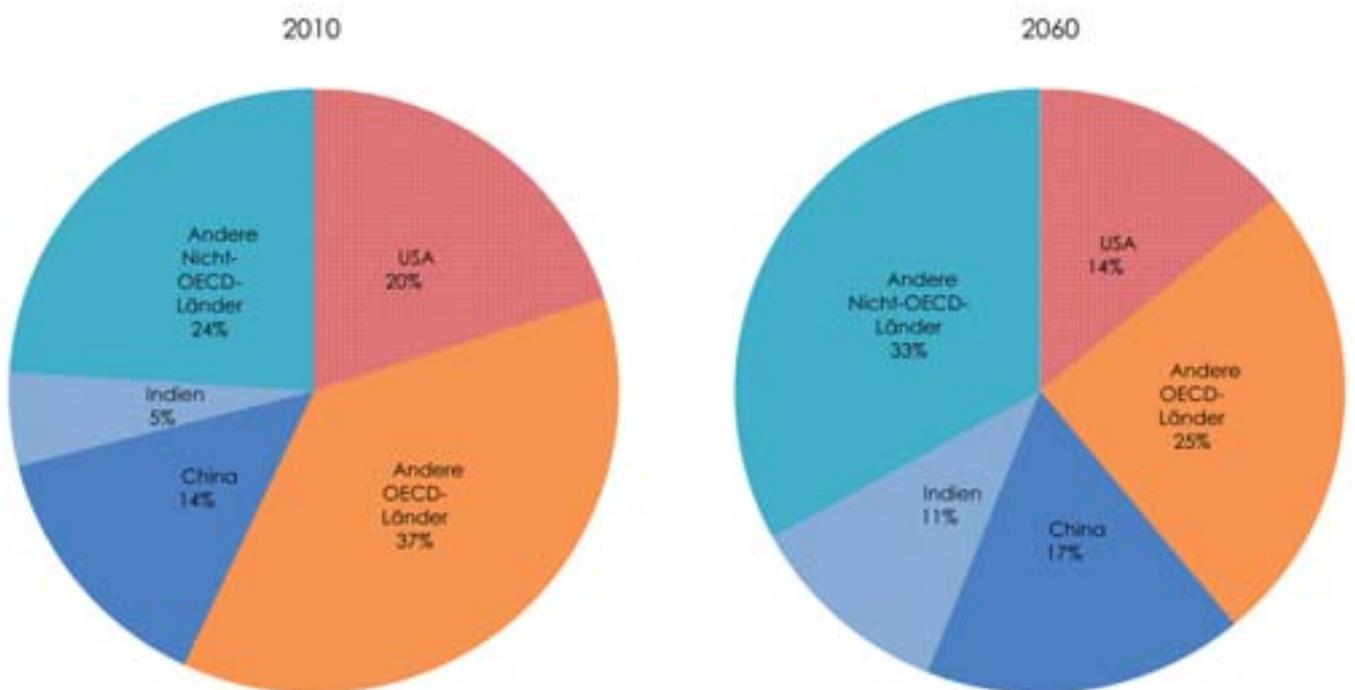
Wachstum des technischen Fortschrittes in den Industrieländern aus. Dies bedeutet in Kombination mit der Alterung der Bevölkerung, daß sich der Anteil der heutigen OECD-Länder an der weltweiten Wertschöpfung von derzeit 57 % auf 39 % im Jahr 2060 verringern wird. Im selben Zeitraum werden China und Indien ihren Anteil von 19 % auf 28 % erhöhen, die Schwellenländer zusammen von 43 % auf 61 %. Obwohl sich die Wirtschaftsdynamik weltweit und in den Industrieländern besonders stark abschwächen wird, werden sich die CO₂-Emissionen bis 2060 verdoppeln, und die Erderwärmung wird – ohne Gegensteuerung – bis 2060 im Durchschnitt der Szenarien 3 °C betragen.

Beim Jahrestreffen in Paris wurden die möglichen Reaktionen der Wirtschaftspolitik auf diese langfristigen Entwicklungstrends diskutiert. Sowohl die Experten und Expertinnen der OECD als auch der Institute aus den USA, Europa, Japan und Brasilien betonten dabei die Notwendigkeit, aber auch die Chancen der Wirtschaftspolitik, diese

langfristigen Entwicklungen zu beeinflussen. Zu diesem Zweck ist eine verstärkt strategische und internationale Perspektive notwendig. Sie muß auch die Folgen wirtschaftspolitischer Handlungen eines Landes auf andere mit berücksichtigen. Sowohl in dem Projekt „New Perspectives“ der OECD als auch in dem von der Europäischen Kommission beauftragten Forschungsprogramm „WWWforEurope – Welfare, Wealth and Work for Europe“ sind diese internationalen Zusammenhänge ein wichtiger Teil der Rahmenbedingungen, an denen sich langfristige strategische Überlegungen von Ländern und Regionen orientieren sollen. Die OECD bietet auch ein System von Wohlfahrtsindikatoren an (Better Life Indicators), an dem Länder sowohl ihren Fortschritt messen als auch sich mit anderen Ländern vergleichen können.

Der Leiter des WIFO hielt auf dieser Tagung ein Referat über das Zusammenspiel wirtschaftspolitischer Strategien verschiedener Länder mit dem Titel „Strategien zur

Wirtschaft der Schwellenländer ist in 50 Jahren größer als die der Industrieländer



Grafik: WIFO

Österreich, Europa und die Welt

Reindustrialisierung von Industrieländern“. Er diskutierte vor allem die Vor- und Nachteile unterschiedlicher strategischer Ansätze zur Reindustrialisierung von Ländern. Jedes Land kann versuchen, die Faktoren, die die künftige Wettbewerbsposition verbessern, zu forcieren oder bei gegebenen Strukturen eine günstigere Kostenposition zu erreichen. Anhand der Entwicklung in Südeuropa kann dabei gezeigt werden, daß besonders in Strukturkrisen beide Strategien notwendig sind. Einerseits mußten Griechenland, Spanien und Portugal die Lohnkosten an die schwache Produktivitätsentwicklung anpassen, andererseits reichte diese Strategie allein aber nicht aus, um das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu stärken oder gar um die Staatsschulden abzubauen.

Die notwendigen Bedingungen für eine Wirtschaftsbelebung in Südeuropa sind Unternehmensgründungen, eine Verbesserung der Verwaltungsstrukturen, politische Reformen und eine Steigerung der Attraktivität für internationale Investoren. Die Strategie muß auch berücksichtigen, daß jederzeit andere Länder versuchen werden, die Position in der internationalen Arbeitsteilung zu übernehmen, sodaß sich der Konkurrenzdruck erhöht. Eine langfristige Wirtschaftsstrategie für ein Land in einer Strukturkrise muß daher die Stärken des Landes definieren, die auch bei verschärfter Preiskonkurrenz längerfristig gegeben sind.

Führende Industrieländer müssen Wettbewerbsstärken entwickeln, die ihre Wohlstandsposition verbessern und auf dem hohen Innovations- und Qualifikationsniveau aufbauen, das nur in Industrieländern verfügbar ist. Eine stabile hochqualifizierte Industrie ist dafür ein notwendiger Bestandteil, da hier der größte Teil der Forschungsausgaben getätigt wird. Eine technologische Vorreiterposition u. a. im Bereich neuer Energien und Vermeidung von Treibhausgasemissionen eröffnet Exportchancen und die Ausbreitung der neuen Technologien durch Auslandsinvestitionen auf dynamischen Märkten. Die Erschließung billiger Energie – etwa durch Förderung von Schiefergas – verbesserte laut Aiginger zwar die Kostenposition und erhöhte den Anteil der energieintensiven Industrie in den USA; da jedoch die USA bereits einen Exportüberschuß im Handel mit energieintensiven Produkten und ein Defizit im Bereich der Technologiegüter aufweisen, wird der Beitrag von Energiekostensenkungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der USA begrenzt sein. Die Ausweitung der Erdöl- und

Gasförderung in den USA dämpft die Energiepreise und steigert den Export von Kohle nach Europa. Der Umstieg auf erneuerbare Energieträger wird sowohl in den USA als auch in Europa dadurch weniger attraktiv.

Gerade im Umweltbereich hat dabei die Vernetzung der Konsequenzen von Handlungen in einer Region für eine andere zugezogen, sodaß eine gemeinsame Strategie zur Senkung der CO₂-Emissionen, besonders angesichts der OECD-Szenarien zur Klimaerwärmung, sinnvoll wäre. Auch wenn aktuell die Emissionen am stärksten in den rasch expandierenden Volkswirtschaften in Asien steigen, ist eine Vorreiterposition der

Industrieländer in der Umweltpolitik notwendig, um Innovationen in Umwelttechnologien zu fördern und anschließend über internationale Verträge die Verbreitung der effizientesten Umwelttechnologien zu beschleunigen. Eine technologische Vorreiterposition könnte auch den Verlust von Marktanteilen der Industrieländer dämpfen, insbesondere wenn Europa sein Defizit im Forschungsbereich verringert und das Bildungssystem verbessert. Hohe Innovationsausgaben und Energieeffizienz sowie hervorragendes Humankapital sind die beste Absicherung gegen die Konkurrenz der Schwellenländer. ■

<http://www.wifo.ac.at>

Österreich als EU-Startup-Pionier im Silicon Valley

Das Silicon Valley hat für Startups aus aller Welt eine magische Anziehungskraft. Es ist der schnelle Brüter für Innovationen, denn nirgendwo anders auf der Welt gibt es ein derart perfektes Eco-System bestehend aus Forschungseinrichtungen, Top-Universitäten, Risikokapitalgebern und dem weltweiten Who is Who der IT-Branche. „Als Sprungbrett in das Silicon Valley wurde für innovative österreichische IT-Startups ‚Go Silicon Valley‘ gestartet, eine Technologieinitiative der Wirtschaftskammer Österreich und des Wirtschaftsministeriums im Rahmen der gemeinsamen Exportförderinitiative ‚go-international‘. Österreich etablierte nach Kanada als erstes EU-Land bei Silicon Valley's größtem Business Accelerator Plug & Play Tech Center eine Startup-Initiative, die österreichischen IKT-Firmen einen dreimonatigen Aufenthalt ermöglicht“, sagt Rudolf Thaler, österreichischer Wirtschaftsdelegierter in Los Angeles. NestGSV wurde als weiterer Technologiepartner für die Betreuung der Teilnehmer ausgewählt. Über 80 Unternehmen qualifizierten sich im seit fünf Jahren laufenden „Go Silicon Valley“-Programm mit ihren innovativen Produkten und Technologien vor der US-Jury, die auch der Garant ist, daß die ausgewählten Unternehmen Chancen am US-Markt haben und in das entsprechende Netzwerk integriert werden. „Go Silicon Valley“ zeigt auch eindrucksvoll, daß Österreich über einen großen Pool innovativer Jungunternehmen verfügt, die in der IT-Hochburg Silicon Valley gefragt sind.

Thaler: „Die qualifizierten Teilnehmer

fahren mit dem Selbstvertrauen eines Weltmeisters nach Kalifornien, die es mit den Googles und Microsofts dieser Welt aufnehmen. Im Valley finden sie rasch heraus, was ihnen dazu noch fehlt.“ Erste Erkenntnisse sind meist: Das Produkt ist global, aber der Geschäftsplan noch regional ausgerichtet und der bisherige Ansatz zu sehr technologieorientiert und wenig auf den Markt fokussiert. Mit „Go Silicon Valley“ schwimmen Startups im gleichen Becken wie die etablierten Weltmeister der Branche und haben zu diesen mit einem einzigartigen Netzwerk auch Zugang. „Wer sich mit einem innovativen Produkt den ‚Spirit‘ und die Sprache des Silicon Valley aneignet, kann letztlich überall auf der Welt reüssieren“, so Thaler.

Für globale IKT-Startups ist der klassische Ansatz der Marktbearbeitung ungeeignet: Die Durchdringung des lokalen Marktes und das anschließende Vordringen in Nachbarmärkte vergibt Chancen. Thaler: „Sie brauchen den unmittelbaren Vergleich mit der Weltspitze, das rasche Feedback des Marktes, um ihren für den Moment bestehenden Technologievorsprung halten und ausbauen zu können. Falsche Bescheidenheit ist in diesem Segment unangebracht.“ Das Silicon Valley ist das ideale Biotop, sich mit Branchenexperten, möglichen Geschäftspartnern und Kapitalgebern auszutauschen und am Business Plan zu feilen. Von allen Teilnehmern wird das inspirierende und konstruktive Gesprächsklima geschätzt, das Businessideen auf einen neuen Level hievt. ■

<http://wko.at/aussenwirtschaft/us>

Mitterlehner und Leitl erwarten 2014 neuen Exportrekord

»go international«-Fokus auf neue Märkte zahlt sich aus – Exporte sichern Wachstum und Arbeitsplätze – Allein im Vorjahr 3000 neue Exporteure

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und WKO-Präsident Christoph Leitl erwarten im Jahr 2014 auf Basis einer aktuellen Prognose der Außenwirtschaft Austria einen neuen Exportrekord. „Unsere Exportbetriebe bewähren sich tagtäglich in einem schwierigen internationalen Umfeld. Damit zählt die Exportwirtschaft mehr denn je zu den wichtigsten Konjunkturstützen und sichert Wachstum und Arbeitsplätze in Österreich. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt verdienen wir sechs von zehn Euro jenseits unserer Grenzen“, sagten Mitterlehner und Leitl am 24. Juni in einer gemeinsamen Pressekonferenz zum Auftakt des 12. Österreichischen Exporttages.

Laut einer aktuellen Prognose der Außenwirtschaft Austria soll das Waren-Exportvolumen heuer um rund fünf Prozent auf 131,7 Milliarden Euro wachsen. Auch die Dienstleistungsexporte haben sich zuletzt positiv entwickelt. „Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist die breite Basis unserer Exportwirtschaft, die wir mit der Internationalisierungsoffensive ‚go international‘ weiter ausbauen. Allein im Vorjahr ist die Zahl der Exporteure um 3000 gestiegen und liegt aktuell schon bei 48.000 Unternehmen. Schon 2015 könnten wir die Marke von 50.000 überspringen“, erwartet Mitterlehner. Zur Unterstützung wird die Internationalisierungsoffensive, deren aktuelle Periode mit 31 Millionen Euro dotiert ist, weiter fortgeführt und trotz der gesamtstaatlich notwendigen Budgetkonsolidierung vom Wirtschaftsministerium nicht gekürzt. „Exporteure sind produktiver, investieren mehr und zahlen höhere Löhne als andere Unternehmen“, erläuterte Mitterlehner, der Österreichs Position unter den Top-Fünf-Exporteuren Europas sichern und ausbauen will.

Neue Märkte mit neuen Produkten erschließen

„Die Chancen für weitere Exporterfolge unserer Unternehmen liegen vorwiegend in Überseemärkten“, so Leitl. Dort spielen sich zwei Drittel des Welthandels ab. Leitl: „Daher setzen wir mit unseren Exportfördermaßnahmen genau für diese Weltregionen



Foto: WKO

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (l.) und WKO-Präsident Christoph Leitl

die Schwerpunkte und behandeln bereits jetzt mit 50 Prozent unserer Exportveranstaltungen Überseegebiete.“ Neben der „Eroberung“ neuer Märkte außerhalb Europas gelte es für die österreichischen Unternehmen, mit Innovationen und Kreativität im globalen Wettbewerb zu punkten.

Mit Unterstützung der Internationalisierungsoffensive will auch Mitterlehner noch stärker als bisher neue Märkte mit neuen Produkten und Dienstleistungen erschließen. „Aufgrund der Wachstumsschwäche in Europa müssen wir die erfolgreich eingeleitete Diversifikation der Exporte weiter forcieren, um die Zukunftsmärkte zu erschließen und das Risiko zu diversifizieren. Wir müssen dorthin gehen, wo das stärkste Wachstum ist, ohne die traditionellen Märkte zu vernachlässigen“, bekräftigt Mitterlehner. Der Anteil der Exporte in Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union sowie in bedeutende Zukunftsmärkte ist von 27,4 Prozent 2009 auf 31,2 Prozent im Vorjahr gestiegen. „Mehr als 60 Prozent der Förderfälle von ‚go international‘ umfassen Exportaktivitäten in den Fernmärkten“, so Mitterlehner.

Im Rahmen der Pressekonferenz hat Mitterlehner auch den aktuellen Staatsbesuch von Rußlands Präsident Wladimir Putin in

Österreich angesprochen, „Wir sehen uns in einer Brückenbauerfunktion. Nur mit funktionierenden Wirtschaftsbeziehungen erreicht man auch politische Stabilität. Daher gilt es, die Kontakte auch in Krisenzeiten zu sichern und zu pflegen“, so Mitterlehner.

Internationalisierungsoffensive unterstützt Klein- und Mittelbetriebe beim Schritt ins Ausland

Im Rahmen der aktuellen Internationalisierungsoffensive sollen insgesamt 10.000 zusätzliche Markterschließungen erfolgen – also über neue Exporteure, die Erschließung neuer Auslandsmärkte und zusätzliche Investoren. „Die Maßnahmen und Angebote von ‚go international‘ greifen. Wir unterstützen damit vor allem Klein- und Mittelbetriebe beim ersten Schritt in den Export, der Eroberung von Fernmärkten und der Vermarktung ihrer Innovationen“, betonen Mitterlehner und Leitl. Weitere IO-Instrumente sind die Unterstützung des Besuchs wichtiger Branchentreffs, von Kongressen und Messen sowie die Teilnahme an Forschungskoperationen. Neben Marktstudien werden auch Rechtsberatungen und Risikoanalysen durchgeführt und den Unternehmen angeboten. ■

<http://www.go-international.at>

Mobilität und Forschung in der Europaregion

Euregio ist Motor für die Kooperation zwischen den Universitäten – Tirol setzt wichtige Akzente für Außenpolitik



Foto: Land Tirol

v.l.: Landeshauptmänner Ugo Rossi, Günther Platter, Arno Kompatscher, die Trentiner Rektorin Daria de Pretis und Walter Lorenz von der Freien Universität Bozen beim EVTZ-Treffen in Innsbruck.

Gemeinsam forschen und den persönlichen Austausch zwischen den drei Landesuniversitäten fördern – dahingehend soll die Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern Tirol, Südtirol und Trentino mit den Universitäten Innsbruck, Bozen und Trient verstärkt werden. „Zusammen verfügen wir über ein starkes Forschungs- und Wissensnetzwerk, das wir weiter ausbauen und vermehrt nutzen wollen“, erklärte LH Günther Platter anlässlich eines Treffens am 17. Juni mit seinen Amtskollegen Ugo Rossi aus dem Trentino und Arno Kompatscher aus Südtirol. „Zum einen fördern wir gemeinsame Forschungsprojekte, zum anderen werden wir aktiv die Mobilität von Lehrenden und Studierenden unterstützen.“

Kompatscher: „Gerade in den Bereichen Wissenschaft und Forschung gibt es viele Berührungspunkte, um die Europaregion spürbarer zu machen.“ Das heutige Zusammentreffen sei beispielhaft für die ausgezeichnete Zusammenarbeit, betonte Rossi. „Insbesondere die Steigerung der Mobilität ist von großem Interesse für unsere Studierenden.“

Zusammen mit dem Universitätsrektor der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Tilmann Märk, sowie Walter Lorenz von der Freien Universität Bozen und der Trentiner Rektorin Daria de Pretis stellten die drei Landeshauptleute Details der Verhandlungen im Innsbrucker Landhaus vor.

Fonds für Forschung und Mobilität

Ein Forschungsförderungsfonds, der mit jeweils einer Million Euro pro Land und Jahr dotiert ist, soll die Forschungsleistung der drei Universitäten ankurbeln. Die Förderung wird für alle Forschungseinrichtungen in der Europaregion zugänglich sein. Die erste Ausschreibung erfolgt bereits in diesem Jahr, sodaß in der ersten Jahreshälfte 2015 gestartet werden kann. Die Laufzeit beträgt drei Jahre. Darüber hinaus wird ab 2015 der Euregio-Mobilitätsfonds Lehrende und Studierende unterstützen, die an den Universitäten anderer Landesteile Lehrveranstaltungen halten oder besuchen wollen. Die Teilnahme an den Austauschprogrammen der Universitäten wird mit 100.000 Euro gefördert. So

können Lehrende der Universität Trient ein Seminar in Innsbruck halten und Studierende aus Bozen bestimmte Vorlesungen in Trient besuchen. „Wir benötigen in der Europaregion nicht nur gute Verkehrswege, sondern auch die Mobilität der besten Köpfe“, ist Platter, er ist auch Euregio-Präsident, überzeugt. „Beide Fonds sind ein starker Motor für die engere Kooperation zwischen Universitäten.“

Euregio-Lab und JungforscherInnenpreis

Ein bereits etablierter Begegnungsort zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik ist das Europäische Forum Alpbach. Jetzt soll es als intellektuelles Zentrum der Europaregion noch weiter ausgebaut werden. So wird auch dieses Jahr wieder der Tiroltag von Forschungseinrichtungen mitgestaltet. Vorbereitend dazu fand erstmals ein „Euregio-Lab“ statt, bei dem 25 VertreterInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft Ideen zum Fortschritt der Europaregion entwickelten. „Das ‚Euregio-Lab‘ untersucht,

Österreich, Europa und die Welt

welchen Beitrag Forschung und Wirtschaft zur Identifikation der Bevölkerung mit der Euregio leisten können“, freut sich Platter auf die Präsentation der Ergebnisse des „Euregio-Labs“ am Tiroltag. Ebenda wird auch wieder der Euregio-JungforscherInnenpreis der Wirtschafts- und Handelskammern der drei Länder vergeben. Junge ForscherInnen erhalten den Preis, der mit 2000 Euro dotiert ist, um ihre Leistungen zu würdigen. Projekte konnten bis 22. Juni eingereicht werden.

Gemeinsame Geschichte

Vorgestellt wurde auch die Neuauflage des Euregio-Geschichtsbuchs „Tirol Südtirol Trentino. Ein historischer Überblick“, das nicht nur die gemeinsamen historischen Wurzeln beleuchtet, sondern auch die jüngsten Entwicklungen bis hin zur Entstehung der Europaregion aufzeigt. Auch ein gemeinsamer Webauftritt zu 100 Jahre Erster Weltkrieg spannt den Bogen der gemeinsamen Geschichte über die Katastrophen des 20. Jahrhunderts bis hin zur heutigen Zusammenarbeit im Europa der Regionen. „Unsere Geschichte verbindet uns – diese Verbindung tragen wir auch weiter in die Zukunft“, sind sich die Landeshauptleute einig.

Arbeitsgespräch von Außenminister Kurz und Landeshauptmann Platter

Einen Tag nach einem Gipfeltreffen zwischen den drei Landeshauptleuten und den Rektoren der Universitäten der Europaregion hat LH Günther Platter Außenminister Sebastian Kurz zu einem Arbeitsgespräch in Innsbruck empfangen. Dieser zeigte sich von der Dynamik und den Fortschritten in



Foto: Land Tirol

Tilmann Märk, Rektor der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

den Arbeitsbeziehungen der drei Regionen beeindruckt. „Die Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino ist ein absolutes Vorbild und Vorreiter für eine dynamische, grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa“, stellte Kurz fest.

Tirol übt derzeit turnusmäßig die Präsidentschaft der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino aus. „Wir wollen in den nächsten zwei Jahren als Taktgeber für Ideen und Projekte zwischen den drei Ländern fungieren und viele gemeinsame Initiativen auf den Weg bringen“, steht für Platter fest. Erst kürzlich wurde unter Tiroler Vorsitz ein gemeinsamer Forschungsförderungsfonds ins Leben gerufen. Das Arbeitsprogramm sieht auch eine stärkere Zusammenarbeit in den Bereichen Verkehr, Energie, Wirtschaft und Bildung vor.

Werbetrommel für Alpen-Allianz

Platter rührte mit Kurz aber zugleich kräftig die Werbetrommel für die Makroregion Alpen. „Wir haben vor zwei Jahren den Startschuß in Innsbruck gesetzt. Die Europaregion sowie Bayern sind das Herzstück dieser Allianz von insgesamt 48 Alpenregionen mit über 70 Millionen Einwohnern, davon 14 Millionen im eigentlichen Berggebiet. Gemeinsam sind wir eine starke Stimme in Europa“, so Platter. Neben dem Ostseeraum, der Donauregion und dem adriatisch-ionischen Raum ist der Alpenraum die vierte offiziell anerkannte Makroregion Europas.

Noch im Herbst soll dazu eine politische Konferenz in Innsbruck stattfinden. Parallel dazu wird an den Prioritäten der Alpenraumstrategie und einem Aktionsplan gearbeitet. Dieser soll bis Juni 2015 vorliegen und die strategischen Schwerpunkte und Arbeitsfelder definieren sowie konkrete Umsetzungsprojekte festlegen. Platter: „Wir bringen uns hier intensiv ein. Es ist uns ein Kernanliegen, eine zukunftsfähige überregionale Alpenstrategie umzusetzen.“

Kurz sicherte dabei seine Unterstützung zu: „Dank des Engagements der Regionen unter maßgeblicher Mitwirkung Tirols bietet diese Strategie neue Chancen für Österreich und Europa. Wir bauen auf die enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und allen anderen Partnern bei der Ausarbeitung der Strategie. Es geht uns um die Stärkung des alpinen ländlichen Raumes und insbesondere der einzigartigen Naturräume, aber auch um die Anerkennung der wirtschaftlichen Bedeutung der Alpenregion.“

<http://www.europaregion.info/de/>



Foto: Land Tirol / Sidon

Außenminister Sebastian Kurz (r.) und Landeshauptmann Günther Platter

Österreich-Schule für 650 Kinder dank Spenden eröffnet

Hilfswerk Austria International: Wertvolle Unterstützung auf den Philippinen



Foto: Hilfswerk Austria International

Die SchülerInnen bedankten sich bei HWA-Geschäftsführerin Heidi Burkhart und allen HelferInnen mit einer kleinen Aufführung.

Vor gut einem halben Jahr hat ein verheerender Taifun auf den Philippinen kinderreiche Familien innerhalb weniger Minuten ihrer Existenz beraubt. Hilfe aus Österreich lindert die Not der Menschen in den verwüsteten Gebieten. „Es ist eine enorme Freude und ein großes Glück, wenn ich sehe, was konkrete Hilfe aus Österreich bei den Menschen in Krisengebieten bewirkt – gerade bei den Kleinsten, die nach Naturkatastrophen besonders leiden. Dank der Unterstützung von Spenderinnen und Spendern konnten wir jetzt, pünktlich zu Schulbeginn, auf der Insel Leyte eine Grundschule für 650 Mädchen und Buben wieder eröffnen“, freut sich Heidi Burkhart. Die Geschäftsführerin von Hilfswerk Austria International ist soeben von ihrem Lokalausgang aus der Stadt Javier (Leyte) zurückgekommen. Seit Wochen haben dort Einheimische beim Wiederaufbau der Schule mitgewirkt. Die Wände sind frisch verputzt, das Dach ist dicht, die Unterrichtsräume leuchten in fröhlichen Farben und für einige Klassen konnten sogar neue Schulmöbel angeschafft werden.

Ermöglicht haben das private Spenden und eine Förderung durch das Land Oberösterreich.

„Für die Kinder ist die Wiederherstellung ihrer Schule enorm wichtig“, sagt Burkhart. „Die Mädchen und Buben können wie früher in der Früh zum Unterricht und haben endlich wieder einen geregelten Tagesablauf. Die

Schule ist eine echte Kraft-Tankstelle, wo sie lernen, spielen und lachen können. Das macht sie stark. Der Alltag in dem bitterarmen Landstrich, wo Eltern gerade mit dem Nötigsten über die Runden kommen müssen und kaum eine geregelte Arbeit finden, ist ohnehin schwer genug. Es ist immer wieder ein Wunder, wenn ich trotz aller Zerstörungen und des Leids der Menschen zugleich ihren Überlebenswillen spüre.“

Jetzt geht es darum, den Menschen beim Wiederaufbau ihrer Häuser noch eine Zeit lang zur Seite zu stehen. Auch auf der Insel Cebu liegen noch allorts Haufen von Steinen und Hölzern herum, die sich bei näherer Betrachtung als notdürftige Behausungen erweisen. Entsprechend groß ist die Freude in San Remigio (Cebu), wo die Gemeinde den Opfern des Taifuns ein fast drei Hektar großes Grundstück zur Verfügung gestellt hat. Hier entsteht derzeit ein Österreich-Dorf mit ca. 300 Häusern.

„Aus Erfahrung wissen wir, wie wichtig es den Menschen ist, selber zur Verbesserung ihrer Situation beizutragen. Wer aktiv mitwirkt, findet früher aus der Verzweiflung heraus. Lokale Profis zeigen den Männern, wie sie Ziegel fertigen und Häuser hochziehen können, in denen ihre Familien ein Zuhause finden“, so Burkhart. „Ich bedanke mich bei allen Frauen und Männern hier in Österreich, die spüren, wie sehr ihre Hilfe Not tut und die genau wissen, daß sie durch

ihre Unterstützung Familien die Chance auf eine bessere Zukunft schenken.“

Nachbar in Not sowie das renommierte oberösterreichische Unternehmen Rosenbauer unterstützen die Hilfswerk-Austria Initiative auf den Philippinen. Rosenbauer zählt zu den weltweit führenden Herstellern für Feuerwehrentechnik im abwehrenden Brand- und Katastrophenschutz. „Wir arbeiten sehr gerne mit dem Hilfswerk Austria International zusammen, das sich mit bewundernswertem Engagement für die nachhaltige Hilfeleistung in Krisenregionen für die Menschen in aller Welt einsetzt“, so Dieter Siegel, Vorstandsvorsitzender der Rosenbauer International AG. Rosenbauer nimmt im Sinne eines zukunftsorientierten Familienkonzerns seine Nachhaltigkeitsverantwortung aktiv wahr. Gezielt werden langfristige Projekte in Ländern unterstützt, in denen Rosenbauer als Unternehmen tätig ist. Die traurigen Ereignisse auf den Philippinen waren jedoch an sich Grund genug für Rosenbauer, hier unterstützend tätig zu werden.

Bitte helfen Sie mit! Schenken wir eine bessere Zukunft. Freuen wir uns, wenn Kinder wieder lachen können. Bewundern wir gemeinsam den Willen der Menschen, beim Wiederaufbau tatkräftig mit anzupacken! ■

<http://www.hilfswerk.at>

Hilfswerk Austria International, Spendenkonto PSK: AT71 6000 0000 9000 1002

Kennwort: Philippinen

Chinesische Delegation zu Besuch im Burgenland

Gesundheits- und Sozillandesrat Peter Rezar traf in seiner Funktion als Präsident der Gesellschaft zur Förderung freundschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Volksrepublik China am 13. Juni in Eisenstadt im Beisein von Landesamtsdirektor WHR Robert Tauber mit Yu Laishan, Ständiger Vizepräsident des Landtages von Hunan, an der Spitze einer 23köpfigen Wirtschafts, Agrar- und Verwaltungsdelegation der südchinesischen Provinz, zusammen. Im Mittelpunkt stand dabei die Unterzeichnung eines Memorandums, mit dem die Intensivierung und Optimierung der bisherigen partnerschaftlichen Beziehungen besiegelt wurde. Rezar dazu: „Konkret ging es darum, die beim Vorjahresbesuch einer Delegation in Hunan – vor allem in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung, Kultur und Tourismus, Weinwirtschaft sowie Umwelttechnologie und Erneuerbare Energie – geknüpften Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten größtmöglich auszuweiten und dementsprechend zu intensivieren.“

Die Beziehungen des Burgenlandes zu China haben bereits eine sehr lange Tradi-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Yu Laishan, Ständiger Vizepräsident des Landtages (l.) und Landesrat Peter Rezar

tion. Die ersten Kontakte zwischen dem heutigen Burgenland und China bestanden bereits in der Zeit des Barocks. Eine langjährige Freundschaft entwickelte sich auch zwischen der Chinesischen Botschaft in Wien und dem Burgenland. Unter Landeshauptmann Karl Stix kam es dann zu einer Partnerschaft des Burgenlandes mit der südchinesischen Provinz Hunan mit dem Ziel, die

Verständigung und die Freundschaft der beiden Völker zu vertiefen, um eine verstärkte Zusammenarbeit zu entwickeln. Unterzeichnet wurde dieses Übereinkommen im Jahr 2000 in Peking. Auf Basis dieses Übereinkommens übernahm Landesrat Peter Rezar die Präsidentschaft der Gesellschaft zur Förderung freundschaftlicher und kultureller Beziehungen zur Volksrepublik China. ■

Wien auf Marketing-Offensive in Japan und Südkorea

Rund 60 Gäste aus der japanischen Reise- und Medienbranche begrüßten Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Präsidentin des WienTourismus, und Tourismusdirektor Norbert Kettner am 9. Juni in der Tokioter „Daikanyama T-Site Garden Gallery“ und ließen sie das Flair eines klassischen Wiener Salons erleben. Als Key-Note Speaker des Abends fungierte Tadashi Saito, Architekturhistoriker und Professor an der Yamaguchi Prefectural University, der als Wien-Kenner seine ganz persönlichen Eindrücke von der Ringstraße mit dem Publikum teilte. Seine teilweise auch kulinarischen Erinnerungen paßten perfekt zu den servierten Wiener Süßigkeiten aus dem Café Landtmann Tokio. Die japanische Autorin Mitsuyo Kakuta las aus ihrem Beitrag zum Buch „1865, 2015. 150 Jahre Wiener Ringstraße“, das der WienTourismus über den Metroverlag herausgegeben hat, und zu dem 13 internationale AutorInnen Texte zum Thema Ringstraße beigetragen haben. Mit diesem stimmt WienTourismus die internationale Tourismusindustrie heuer schon auf sein Themenjahr 2015 „150 Jahre Ringstraße“ ein. Erstmals setzte er es im März 2014 zur ITB in Berlin ein, und im Laufe des Jahres



Foto: WienTourismus / Mizomoto Keisuke

In Tokio (v.l.): Architekturhistoriker Tadashi Saito, Vizebürgermeisterin Renate Brauner, die Autorin Mitsuyo Kakuta und Tourismusdirektor Norbert Kettner

ist er damit in weiteren 14 Städten unterwegs.

Heuer hat der WienTourismus Südkorea in die von ihm aktiv bearbeiteten Märkte aufgenommen. Für den ersten großen Marketing-Auftritt wurde Starköchin Kim Sohyi als Testimonial beigezogen – sie genießt mit einer eigenen Koch-Show im dortigen Fern-

sehen Kultstatus. Brauner und Kettner luden mit ihr zusammen am 12. Juni zu einem Pressegespräch in Seoul, wo Wien als Metropole zwischen Tradition und Moderne thematisiert und über Fluganbindung, aktuelle Entwicklungen und kommende Highlights informiert wurde. 40 Medien folgten der Einladung. ■

Österreich, Europa und die Welt

Gemeinsame Geschäftsstelle der Europaregion Donau-Moldau

In seiner Sitzung vom 6. Juni in Regensburg hat das politische Präsidium der Europaregion Donau-Moldau (EDM) unter dem Vorsitz des Oberpfälzer Bezirkstagspräsidenten Franz Löffler beschlossen, daß Linz auch in Zukunft Sitz der gemeinsamen Geschäftsstelle der EDM sein wird. „Dem einstimmigen Beschluß ist eine Evaluierung der Geschäftsstelle durch das fachliche Trilaterale Koordinierungsgremium vorangegangen, die positiv ausgefallen ist“, freut sich Oberösterreichs Europalandesrat Michael Strugl.

Nach der Gründung der EDM als politische Arbeitsgemeinschaft der Regionen Oberösterreich, dem niederösterreichischen Most- und Waldviertel, Niederbayern mit dem Landkreis Altötting, der Oberpfalz, Pilsen, Südböhmen und Vysocina im Sommer 2012 wurde die Einrichtung einer Geschäftsstelle vereinbart. Als Alternativen wurden eine mit dem Vorsitz rotierende Geschäftsstelle oder ein Büro mit fixem Standort diskutiert.

„Die Wahl für einen fixen Standort in Linz hat sich nun nach einjähriger operativer Tätigkeit als die richtige bestätigt. Da der politische Vorsitz in der Europaregion Donau-Moldau jährlich von einer Region zur nächsten wechselt, hat sich eine kontinuierliche



Foto:

v.l.: Barbara Daferner (Niederbayern), Jiri Zimola (Südböhmen), Martin Hyský (Vysocina), Axel Bartelt (Regierungspräsident der Oberpfalz), Heinz Grunwald (Regierungspräsident von Niederbayern), Bezirkstagspräsident und Vorsitzender des Präsidiums Franz Löffler (Bezirk Oberpfalz), Jan Priban (Pilsen), Helene Mader (Niederösterreich) und Michael Strugl (Oberösterreich).

operative Unterstützungsstruktur mit fixem Personal als sehr positiv herausgestellt“, erklärt Strugl. Der Standort Linz ist für alle Regionen sehr gut erreichbar, zudem sind die zweisprachigen Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle regelmäßig in allen sieben EDM-Regionen unterwegs. Das Team koordiniert

auch die Arbeit der sieben thematischen Wissensplattformen sowie den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Oberösterreich ist für die Wissensplattform „Unternehmenskooperation & Clusterentwicklung“ zuständig und hat bereits eine große Konferenz zu diesem Thema veranstaltet. ■

Wien-Haus Brüssel lädt »Auf die Couch«

Das Jahr des 75. Todestages von Sigmund Freud nahm das Verbindungsbüro der Stadt Wien gemeinsam mit dem Österreichischen Kulturforum Brüssel zum Anlaß, die deutschsprachige Community „Auf die Couch“ zu laden. Unter den rund 80 Gästen befand sich auch der österreichische Botschafter in Belgien und zur NATO, Karl Schramek. „Freud und Wien sind untrennbar verbunden“, sagte die Leiterin des Verbindungsbüros Brüssel, Michaela Kauer, „auch, wenn diese Verbindung schwierig war und 1938 in die erzwungene Emigration Freuds vor den Nationalsozialisten nach London mündete.“ Seine Arbeiten zur Entwicklung der Psychoanalyse seien bis heute richtungsweisend und hätten einen wichtigen Aspekt unseres Lebens vor den Vorhang geholt, der bis dahin als Hysterie und Spinnerei abgetan worden sei. Dennoch müsse auch ein kritischer und durchaus ironischer Blick erlaubt sein.

Diesen anderen Blick auf Freuds Leben und Schaffen gab die Kulturhistorikerin und Fin de Siècle-Spezialistin Lisa Fischer: „Sigmund Freuds Erfolg beruhte auf einer gegliückten Kooperation mit seinen Patientin-



Foto: Stadt Wien / Verbindungsbüro Brüssel

Lisa Fischer und das interessierte Publikum in Brüssel

nen, die er in der Folge in ihrer Leistung als Mitentwicklerinnen der Psychoanalyse aus der Geschichte hinaus schrieb, daher dürfen die Psychoanalyse und ihr Begründer im 21. Jahrhundert kritisch betrachtet werden. Vor allem von feministischer Seite wurde sein Erbe im Sinne eines geschlechterdemokratischen Ansatzes weiterentwickelt.“

Mario Vielgrader, Direktor des Österreichischen Kulturforums Brüssel, betonte „Wien ist nicht nur eine der lebens- und liebenswertesten Städte weltweit – wie internationale Rankings regelmäßig zeigen – sondern hat auch unzählige Persönlichkeiten von Weltrang hervorgebracht.“ ■

<https://www.wien.gv.at/wirtschaft/eu-strategie/wien-haus/>

Leon Zelman-Preis 2014 geht an »Schulgemeinschaft G19«

Das intensive und langjährige Bemühen der Schulgemeinschaft des G 19 hat mich tief berührt. Ich freue mich auch, daß es einen würdigen Preis dafür gibt, um dieses so wichtige Wirken auszuzeichnen. Der Wert der hier geleisteten Arbeit kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: Es verbindet sinnvolle Pädagogik, aktives, kreatives Lernen und Forschen mit der so wichtigen lebendigen Vermittlung unserer Vergangenheit – ohne die wir letztendlich keine Zukunft haben. Die fesselnde Annäherung an dieses dunkle Kapitel unserer Geschichte gelingt hier deshalb so wirkungsvoll, weil es auch die Schülerinnen und Schüler von einst einbindet. Ein Schulprojekt, von dem zu hoffen ist, daß es Schule macht“, so Wiens Kulturstadtrat Mailath-Pokorny, der Initiator des Preises.

Die vielfältigen Tätigkeiten der Schulgemeinschaft des G 19 im Rahmen ihrer Gedenk- und Erinnerungsarbeit steht für die Idee Leon Zelmans, nämlich des Erinnerns und des Engagements gegen Rassismus und Antisemitismus. Die Jury würdigt mit der Vergabe des Leon Zelman-Preises die umfassende Leistung der Pädagoginnen und Päd-



Foto: PID / Walter Schaub-Walzer.

Preisträger Martin Krist, Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny, Susanne Traunek (Generalsekretärin Jewish Welcome Service) u. Werner Dreier (GF des Vereins erinnern.at)

gogen, insbesondere von Martin Krist sowie der SchülerInnen des G 19. Die Jury anerkennt das permanente Bemühen als eine der ersten Wiener Schulen um die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte Österreichs und ihren Folgen.

Die Auszeichnung wird im Gedenken an Leon Zelman und sein Wirken als langjähri-

ger Leiter des Jewish Welcome Service und Herausgeber der Zeitschrift „Das Jüdische Echo“, einmal jährlich verliehen und ergeht an Personen, Projekte, Organisationen oder Institutionen die sich für Dialog, Erinnern und das Engagement gegen Rassismus und Antisemitismus verdient gemacht haben. ■

<http://www.jewish-welcome.at>

»Österreich Park« in Berlin feiert einjähriges Jubiläum

Ende Mai feierte die Österreich Werbung (ÖW) Deutschland gemeinsam mit rund 3500 BerlinerInnen den ersten Geburtstag des „Österreich Parks“ in Charlottenburg-Wilmersdorf, für den sie im Vorjahr im Rahmen der Allianz der Zehn (der Arbeitsgemeinschaft der ÖW und den neun Bundesländern) eine dreijährige Patenschaft übernommen hatte. Standen am ersten Tag ein Picknick im Grünen mit Live-Musik und ein Walzertanzkurs auf dem Programm, drehte sich am zweiten Tag alles um die jüngsten Gäste.

Nicht nur das sommerliche Wetter, auch das abwechslungsreiche musikalische Programm garantierte an diesem Wochenende unter den Gästen gute Stimmung. Kärntner Reggae, klassische Salonmusik und Elektromusik des Wiener DJs 7 Citizens sorgten für entspannte Atmosphäre, die Interessierte beim Walzertanzkurs ausleben konnten. Bei einem Picknick unter freiem Himmel gab es österreichische Spezialitäten wie Kärntner Reindling, Linzertorte und Vorarlberger Bergkäse zu verkosten. Auch für die Unterhaltung der jüngsten Besucher wurde gesorgt: Beim Strohbau-Bauen, beim Füttern von Bauernhoftieren und bei der Zubereitung



Foto: Österreich Werbung / Sven Krahn

Der »Österreich Park« in Berlin feiert einjähriges Jubiläum.

von Kräuternessig konnten Kinder das österreichische Landleben auf spielerische Art und Weise kennenlernen.

Aus Anlaß des Festes wurden Teile des Österreich Parks weiter verschönert: So stehen Besuchern seit kurzem ein lauschiger neuer Wanderrastplatz sowie zwei zusätzliche Almbänke aus dem SalzburgerLand zur Verfügung. Außerdem lädt eine zweite Donausteigliege direkt am Spreeufer zum er-

holsamen Verweilen mit Aussicht ein. „Der Park hat 365 Tage im Jahr geöffnet und bietet den BesucherInnen auch abseits des Festes einen vielseitigen Raum, der zum Entspannen einlädt und garantiert Lust auf mehr Österreich macht“, freut sich Oskar Hinteregger, ÖW-Region Manager in Berlin.

Impressionen des „Geburtstagsfestes“ des Österreich Parks in Berlin gibt es hier:

<https://www.youtube.com/watch?v=2E9kdi8FJJ0>

Österreich, Europa und die Welt

Künstler Rudi Wach in Rom geehrt

Das Österreichische Kulturforum in Rom würdigt den Tiroler Künstler Rudi Wach zu dessen 80. Geburtstag mit einer Sonderausstellung. „Rudi Wach gehört zu den bedeutendsten Vertretern der zeitgenössischen bildenden Kunst Österreichs – die Ausstellung im Zentrum der Ewigen Stadt ist eine würdige Anerkennung seines Schaffens“, sagte Kulturlandesrätin Beate Palfrader bei der Eröffnung am 19. Juni vor Ort.

Die Werkschau mit dem Titel „Die Metamorphose der Hand“ beinhaltet großformatige Zeichnungen und ist während der Sommermonate in den Räumlichkeiten des Museums der Fori Imperiali zu sehen. Darüber hinaus werden in unmittelbarer Nähe des Forum Romanum die wichtigsten Skulpturen des Künstlers aufgestellt.

Rudi Wach stammt aus Thaur und lebt seit Jahrzehnten in Mailand, wobei er engen Kontakt zur Tiroler Heimat pflegt. „Er ist ein leuchtendes Beispiel für den fruchtbaren und kreativen Austausch zwischen Nord und Süd“, weist LRin Palfrader auf die Bedeutung des Künstlers für Tirol hin.



Foto: Österreichisches Kulturforum/Oliver Eichinger

v.l.: Kurator Peter Weiermair, Christoph Meran (Direktor des Österr. Kulturforums Rom), Künstler Rudi Wach, LRin Palfrader und Schriftsteller Karl Lubomirski

Wachs Werke bestehen hauptsächlich aus Skulpturen und Zeichnungen, die durch ihre schlichte Expressivität bestechen. Seine Ausbildung erfuhr er in den europäischen Kunstzentren Wien, Mailand und Paris, seine Haltung ist geprägt von Begegnungen mit den internationalen Kunstgrößen Fritz

Wotruba, Marino Marini und Alberto Giacometti.

Die Ausstellung im Museum der Kaiserforen/Trajansmärkte ist vom 20. Juni bis 14. September 2014, dienstags bis sonntags von 9 bis 19 Uhr geöffnet.

http://en.mercatiditirano.it/mostre_ed_eventi/mostre/rudi_wach_la_porta_delle_mani

WienTourismus: 2 Mal Bronze bei Werbefestival in Cannes

Erstmals wurde eine Werbemaßnahme des WienTourismus beim berühmtesten Werbewettbewerb der Welt, dem „Cannes Lions International Festival of Creativity“, ausgezeichnet: Die mit der Agentur Jung von Matt/Donau durchgeführte Aktion „Long Distance Art“ erhielt zwei Bronze-Löwen in der Digitalkategorie „Cyber“. Sie würdigten „Long Distance Art“ in der Kategorie „Cyber“, bei der 3660 digitale Werbeprojekte eingereicht worden waren, in den Subkategorien „Craft Innovative Use of Technology“ und „Branded Tech Installation-Exhibit“.

Die „Long Distance Art“ war eine Weltpremiere sowohl in der Kunst als auch in der Technologie und ebenso im Tourismus-Marketing: Am 26. September 2013 schuf der Wiener bildende Künstler Alex Kiessling ein Kunstwerk in drei Städten gleichzeitig – live und vor Publikum. Er arbeitete im Wiener MuseumsQuartier, und riesige Industrieroboter auf Londons Trafalgar Square und Berlins Breitscheidplatz übernahmen seine Strichführung, sodaß seine Zeichnungen dort simultan entstanden. Ermöglicht wurde dies durch ein äußerst anspruchsvolles Software-System, entwickelt von der Medien-design-Agentur Strukt. In allen drei Städten



Foto: WienTourismus / Rainer Fehringner

v.l.: Tanja Tomic (Geschäftsführerin der Fa. Strukt), Norbert Kettner (Direktor WienTourismus) und der Wiener Künstler Alex Kiessling

ließ sich das Geschehen an den jeweils anderen beiden Standorten auf Screens live mitverfolgen, und Moderatoren kommentieren die Präsentation, während Promotorinnen Infos über die Aktion und über Wien ans Publikum verteilten. Das künstlerische Resultat waren schließlich drei großformatige Triptychen (jedes im Ausmaß 3,6 x 1,2 Me-

ter), zu dem die in den drei Städten entstandenen Teile später zusammengeführt wurden. Das Werbe-Resultat waren neben insgesamt knapp 10.000 Live-ZuschauerInnen in den drei Städten 800 Berichte in Print- und Online-Medien sowie TV, mit einer Reichweite von 1,9 Milliarden Personen.

https://www.youtube.com/results?search_query=%E2%80%9ELong+Distance+Art%E2%80%9C+

Tschechischer railjet in Wien präsentiert

Am 4. Juni präsentierten die ÖBB und die Tschechische Bahn *Èeské dráhy* (ÈD) den blauen railjet der Tschechischen Bahn am Hauptbahnhof Wien und am Bahnhof Wien Praterstern. Die Facebook-Fans der ÖBB hatten exklusiv die Möglichkeit den neuen Zug zu besichtigen.

Ab 14. Dezember bieten ÖBB und ÈD eine neue railjet-Verbindung zwischen Österreich und Tschechien an: Die Städte Graz, Wr. Neustadt, Wien, Brünn und Prag werden dann im Zwei-Stundentakt mit dem Premiumzug verbunden. Damit erhalten die beiden größten Städte Österreichs und Tschechiens eine komfortable Direktverbindung mit kürzerer Fahrzeit – diese wird sich zwischen Wien und Prag im Dezember um ca. 38 Minuten auf 4 Stunden und 11 Minuten verkürzen.

„Für die ÖBB ist die neue railjet-Verbindung nach Prag das wichtigste internationale Fernverkehrsprojekt für das kommende Jahr. Dort, wo wir den railjet einsetzen, verzeichnen wir Fahrgastzuwächse. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir auch mit der Tschechischen Bahn fortsetzen“, so Birgit



Foto: ÖBB-Holding AG

Silvia Kaupa (Leiterin des ÖBB Fernverkehrs), Michal Stepan (Tschechische Staatsbahn) und Birgit Wagner (Mitglied des Vorstandes der ÖBB-Personenverkehr AG) und zwei Zugbegleiterinnen auf einem Bahnsteig des neuen Hauptbahnhofs Wien

Wagner, Mitglied des Vorstandes der ÖBB-Personenverkehr AG. Bereits ab 15. Juni werden zwei blaue ÈD railjets auf der heutigen Eurocity-Verbindung zwischen Wr. Neustadt, Wien Meidling, Brünn und Prag eingesetzt. Fahrgäste der Eurocity-Züge 72, 73, 74 und 75 zwischen Wien und Prag profitieren daher schon ab Sommer vom neuen Komfort.

Die von der ÈD angekauften und von Siemens produzierten railjets verfügen wie die ÖBB railjet über sieben Wagen. Die ÈD railjets werden den gleichen Komfort bieten, den ÖBB-Kunden vom railjet gewohnt sind. Alle railjets sind mit Bordrestaurants ausgestattet. ■

<http://www.oebb.at>

Flughafen Wien verleiht Airline Award an Turkish Airlines

Bereits zum zweiten Mal verlieh die Flughafen Wien AG den Airline Award: Die diesjährige Auszeichnung für die „Best Performing Airline“ ging an Turkish Airlines. Die türkische Fluglinie konnte 2013 eine Passagiersteigerung um 35,1 Prozent erzielen und transportierte im Gesamtjahr fast 500.000 Passagiere. Damit ist sie im Jahr 2013 die am stärksten wachsende Airline am Flughafen Wien. Seit dem Jahr 1961 fliegt der Carrier von Wien in die Türkei, 2013 wurden die Verbindungen nach Istanbul auf fünf tägliche Flüge aufgestockt.

Überreicht wurde die Auszeichnung am Abend des 17. Juni von Nikolaus Gretzmacher, Leiter des Geschäftsbereichs Operations der Flughafen Wien AG, an Yusuf Kurt, General Manager Turkish Airlines, der den Preis stellvertretend für sein ganzes Team in Empfang nahm. „Turkish Airlines ist ein langjähriger und zuverlässiger Partner des Flughafen Wien. Diese Verbundenheit und das starke Wachstum im Jahr 2013 wollen wir mit dieser Auszeichnung anerkennen“, so Gretzmacher.

„2013 war für Turkish Airlines in Wien ein äußerst erfolgreiches Jahr mit einer Passagieranzahl von über 490.000 an- und



Foto: viennaairport

v.l.: Nikolaus Gretzmacher (Leiter des Geschäftsbereichs Operations der Flughafen Wien AG) und Yusuf Kurt (General Manager Österreich, Turkish Airlines)

abfliegenden Passagieren, was einem Wachstum von über 30 Prozent gegenüber dem Jahr davor entspricht. Wir sind sehr stolz auf diesen Anstieg, welcher weit über dem weltweiten Wachstum der Gesellschaft liegt und nur durch den außergewöhnlichen Arbeitsaufwand aller MitarbeiterInnen von Turkish Airlines in Wien erreicht werden konnte. Für das heurige Jahr haben wir uns das Ziel gesetzt, diese Zahl nochmals zu übertreffen

und mehr als 500.000 Passagiere von/nach Wien zu transportieren, wobei wir sehr zuversichtlich sind, diese magische Zahl zu erreichen“, bedankte sich Yusuf Kurt für den Award.

Neben diesem Award würdigte der Flughafen Wien 13 weitere Fluglinien, die seit dem Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1957 durchgehend am Flughafen Wien tätig sind.

<http://www.viennaairport.com>

austriandelivery.com

Ein junges, umweltbewußtes Unternehmen bietet traditionelle, biologische und regionale Produkte zu österreichischen Einzelhandelspreisen im Versand an.

Ein Onlineshop der überzeugt. Hier werden nicht nur traditionelle Produkte wie von Manner, Milford und Pischinger geboten, sondern auch über 100 biologische Produkte von der Marke „Natürlich für uns“ sowie sensationelle Produkte aus den unterschiedlichsten Regionen direkt vom Bauern.

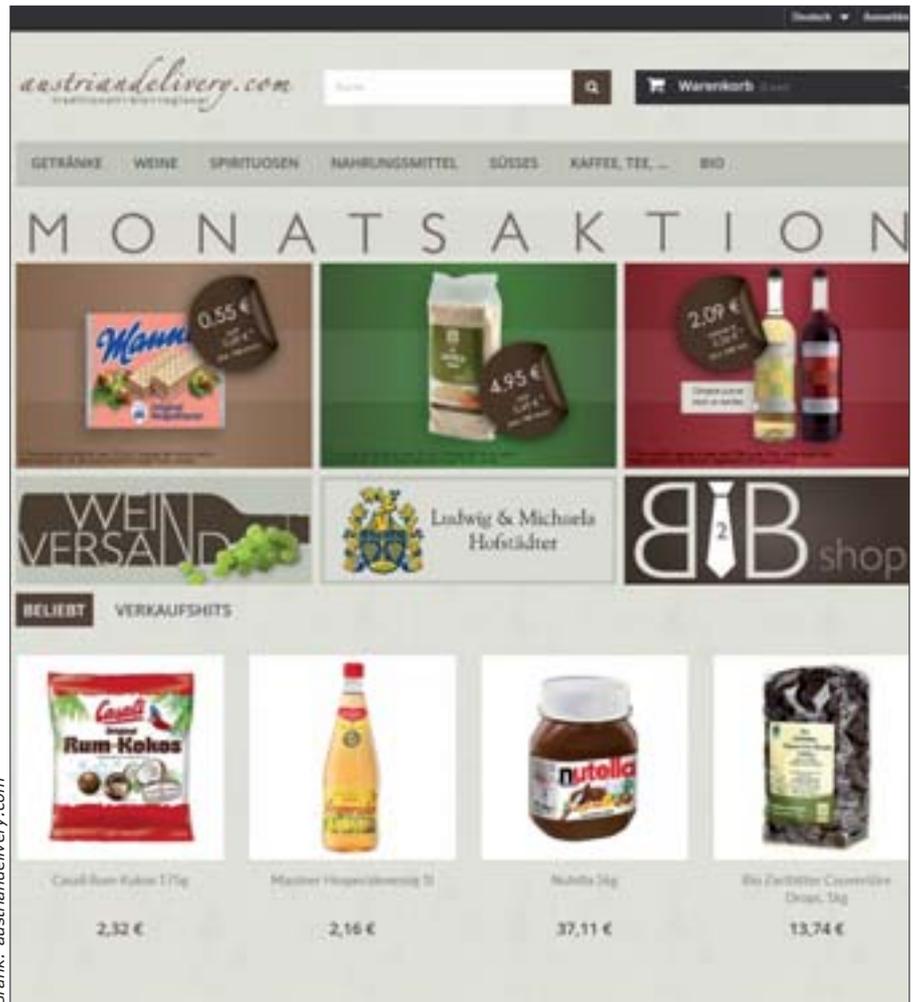
Ausgezeichnete Weine von Ludwig & Michaela Hofstädter aus Guntramsdorf, ein Familienunternehmen seit 1618. Genauso Weine, Liköre, Marmeladen aus der Region Wagram von der Familie Koch. Diese macht auch hervorragenden Zwetschken- und Dirndl-senf. Kürbiskernöl aus der Achau vom amtierenden Ölkaiser (Auszeichnung 2013) und Honig von Bienen, die im Schloß Hof in Wien ihrer Arbeit nach gehen. Unter anderem Erdbeer- und Safranhonig sowie noch 10 andere Sorten. Natürlich alles selbstgemacht.

Und das beste an der Sache: dieser Shop ist nicht extrem überteuert, sondern bietet Preise wie im österreichischen Einzelhandel. Weiters punktet er durch sein Umweltbewußtsein. Denn das Füllmaterial, welches nun mal nicht vermieden werden kann, wird nicht einfach gekauft. Hier hat man sich etwas Besonderes einfallen lassen, denn man sammelt dieses von den Unternehmen in der Umgebung – dadurch wird Platz beim Müll und somit Geld für die Entsorgung gespart. austriandelivery.com spart Kosten beim Beschaffen des Materials und, nicht zu vergessen, es ist doch ein kleiner Beitrag für den Umweltschutz.

Bei Fragen kann man während österreichischer Bürozeiten in diesem Shop direkt mit einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter chatten. austriandelivery.com ist damit der erste österreichische Lebensmittel-Onlinehändler, der diese Funktion anbietet. Anfragen außerhalb dieser Zeit werden spätestens am nächsten Tag bearbeitet.

Noch ein Alleinstellungsmerkmal bietet dieser Shop in Kürze: Für alle Unternehmer kommt ein B2B Shop welcher einmal mehr das faire Preisniveau zeigen wird. Abgesehen von Palettenservices binnen Europa besteht auch die Möglichkeit, für Übersee größere Mengen zu bestellen.

Frischfleischversand! Hier wird gerade mit Hochdruck daran gearbeitet, um in weni-



Grafik: austriandelivery.com

gen Wochen EU-weit frisches Fleisch versenden zu können. Sämtliche Tests zwecks der Kühlung wurden bereits erfolgreich abgeschlossen. Jetzt heißt es „nur“ noch, die erforderlichen Genehmigungen von veterinärmedizinischer Seite aus sämtlichen Ländern zu erhalten.

Ebenfalls wird ein Frühstücks- und Weinabonnement entwickelt, welches Seinesgleichen sucht.

Bei austriandelivery.com arbeitet ein junges motiviertes Team, welches seit Jahren Pakete an Familie, Freunde und Bekannte, die im Ausland leben, versendet. Und genau aus diesem Grund hat man sich dann dazu entschlossen, einen eigenen Shop zu entwickeln.

Natürlich gibt es auch die Möglichkeit, Geschenke an andere Adressen zu versenden. Hier sollte man jedoch bedenken, daß für den Zoll immer ein Lieferschein mit dem

entsprechenden Wert beigelegt sein muß. Dies bedeutet, der Empfänger erhält somit Einsicht auf den Warenwert.

Die Macher von austriandelivery.com zeigen somit, daß es nicht notwendig ist, alles überteuert anbieten zu müssen, sondern daß wirklich noch der zufriedene Kunde im Vordergrund zu stehen hat.

Dies wird nicht nur dadurch bewiesen, daß zu jeder Bestellung ein kleines Geschenk beigelegt wird, durch die guten Preise, das tolle Sortiment, sowie die monatlich wechselnden Angebote, sondern auch durch das rasend schnelle Wachstum auf Facebook. Genauso das große Interesse aus aller Welt und den vielen heimischen Unternehmen, welche diesem einmaligen Konzept immer mehr Aufmerksamkeit schenken. ■

<http://www.austriandelivery.com>

<https://www.facebook.com/austriandelivery>

20. AuslandsNiederösterreicherInnen-VIP-Treffen

2. bis 4. September 2014 im NÖ Landhaus
St. Pölten und an der Donau-Uni in Krems

Generalthema Wirtschaftsregion Niederösterreich

Dienstag, 2. September

bis 16.00 Uhr Eintreffen in St. Pölten - Check-in im Hotel Metropol
3100 St. Pölten, Schillerplatz 1
Telefon: ++43 / (0)2742-70700/132
16.00 Uhr Begrüßung im Foyer Hotel Metropol
16.15 Uhr Bustransfer vom Hotel Metropol zum
Renaissanceschloss Schallaburg
17.00 Uhr Besichtigung der Ausstellung „JUBEL & ELEND.
Leben mit dem großen Krieg 1914-1918“
anschließend Gemütliches Beisammensein im Schlossrestaurant
Schallaburg

Mittwoch, 3. September

8.45 Uhr Bustransfer vom Hotel Metropol zur Donau-
Universität Krems
9.30 Uhr Eintreffen am Campus Krems
9.45 Uhr Eröffnungsveranstaltung (Seminarraum SE 2.4,
Altbau, Trakt K, 2. Stock)
Begrüßung: Peter de Martin, Leiter der Geschäfts-
stelle für AuslandsniederösterreicherInnen
Bericht: Univ.-Prof.in Dr.in Viktoria WEBER,
Vizerektorin für Forschung der Donau-Universität
Krems
Bericht: Gesandte Dr.in Brigitta BLAHA, Leiterin der
AuslandsösterreicherInnen-Abteilung des Bundes-
ministeriums für Europa, Integration und Äußeres
Bericht: Werner Götz, Vizepräsident des Auslands-
österreicher-Weltbundes
Moderation: Peter de Martin
11.00 Uhr Kaffeepause
11.30 Uhr Grundsatzdiskussion „Zukunft der ANÖ-Treffen“
12.30 Uhr Mittagessen an der Donau-Universität Krems
14.00 Uhr Beginn der Arbeitskreise/Workshops
○ Wirtschaft & Technologie/Umwelttechnik
(Seminarraum SE 1.5, Altbau, Trakt I, 1. Stock)
„Reibung wenn nötig, Verschleiß nie! – Das
Forschungs- und Applikationsumfeld des
Exzellenzzentrums für Tribologie“
Impulsreferat: Univ.-Prof. Dr. Friedrich Franek,
wissenschaftlicher Leiter, Geschäftsführer der
AC²T research GmbH, Exzellenzzentrum für
Tribologie Wr. Neustadt
FTI-Strategie Niederösterreichs (Forschung –
Technologie – Innovation) Dipl.-Ing.in Kerstin
Koren, Abteilung Wirtschaft, Tourismus und
Technologie
Moderation: Mag. Herbert Halbwidl
○ Kunst, Kultur & Wissenschaft

(Seminarraum SE 2.4, Altbau, Trakt K, 2. Stock)
Thema: „Donau-Universität Krems: Die
Universität für Weiterbildung“
Impulsreferat: Univ.-Prof.in Dr.in Viktoria
Weber, Vizerektorin der Donau-Universität Krems
Moderation: Dr.in Ilona Slawinski
○ Bildung & Jugend (Mostviertelsaal)
Thema: „Jugendforschung – Daten sammeln und
Ideen erforschen“
Impulsreferat: MMag. Manfred Zentner, wissen-
schaftlicher Projektmitarbeiter, Department
Migration und Globalisierung, Donau-Universität
Krems
Moderation: Landesjugendreferent Wolfgang
Juterschnig

17.30 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen
anschließend Abendessen bei einem Heurigen
21.30 Uhr Rückfahrt nach St. Pölten

Donnerstag, 4. September

9.00 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus vom Hotel Metropol
zum NÖ Landhaus
9.30 Uhr Matinée „Landschafts- und Stadtansichten“, Haus 1A,
Ausstellungsbrücke: Sieglinde Shattuck, USA,
Anita Esper, Deutschland, zur Ausstellung spricht:
Landesrätin Mag.a Barbara Schwarz in
Vertretung von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll
10.45 Uhr Abschlußveranstaltung im Ostarichisaaal
Moderation: Peter de Martin
Musik - Ensemble der Militärmusik Niederösterreich
Begrüßung und Kurzbericht: Peter de Martin
Impulsreferat „Wissenschaftsinitiative NÖ“
Dr. Joachim Rössl, Leiter der Gruppe Kultur,
Wissenschaft und Unterricht (angefragt!), Präsentation
der Ergebnisse der drei Arbeitskreise/Workshops
○ Festansprache von Landeshauptmann
Dr. Erwin Pröll
○ Überreichung der ANÖ-Nadel an die erstmaligen
ANÖ-TeilnehmerInnen
○ Schlußworte: Peter de Martin
anschl. Mittagsempfang, gegeben von Landeshauptmann
Dr. Erwin Pröll, Foyer „Schwarzes Bild“
14.00 Uhr Ende des 20. AuslandsniederösterreicherInnen-
Treffens 2014, Transfer für die TeilnehmerInnen zum
Hotel Metropol, Bahnhof St. Pölten oder nach Baden
(Auslandsösterreicher-Weltbundtreffen, 4. bis 7.
September 2014).

<http://www.noel.gv.at/aoe>

Änderungen vorbehalten!

Weltbund-Tagung Auslandsösterreichertreffen 2014

4. bis 7. September 2014 in Baden bei Wien

Der Weltbund veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich. Sie haben die Möglichkeit sich über Internet anzumelden. Kontakt: Dr. Irmgard Helperstorfer – http://www.weltbund.at/aktuelles_termine.asp

An allen mit einem > gekennzeichneten Veranstaltungen können Sie nur mit einer gedruckten Einladung oder einer Zugangsberechtigung teilnehmen, die Sie bei der Registrierung erhalten!

Donnerstag, 4. September

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** im Foyer des Congress Casinos Baden, im Kurpark
Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte, **nur eine (!)** Veranstaltung des Rahmenprogramms für Donnerstag, 4. September 2014 ankreuzen. Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:
- 14.00 - 16.00 Uhr > **Stadtrundgang inkl. Besichtigung des Kaiserhauses**
Heilwasser, Biedermeierflair, Weinkultur, Musik, Congress & Casino, Natur und Gemütlichkeit prägen die Stadt. Der belebende Stadtpaziergang zwischen Tradition und Moderne führt zu Beethovenhaus – Kaiserhaus – Stadttheater – St. Stephan – Kurpark – zur unterirdischen Römerquelle und vielen anderen Sehenswürdigkeiten...
Treffpunkt: vor dem Congress Casino Baden / Haupteingang
- 15.00 - 17.00 Uhr > **Weingarten Wanderung auf den Spuren der Reblaus** – (gleiche Wanderung wie am Freitag, 5. September, 10.00 - 12.00 Uhr)
Sie spazieren mit einem Winzer durch die Weingärten über der Stadt und erfahren viel Wissenswertes zum Weinbau in der Thermenregion Wienerwald. Im Anschluss verkosten Sie das Badener Lumpentürl in der Badener Hauervinothek. *Treffpunkt:* vor dem Congress Casino Baden / Haupteingang
- 19.30 Uhr > Möglichkeit eine **Operettenaufführung der Sommerarena der Bühne Baden**, Arenastraße 1, zu besuchen: „Giuditta“, Musik: **Franz Lehár**; Anmeldung und Bezahlung sind von den Teilnehmern selbst vorzunehmen.
Kartenpreise von 30 bis 60 Euro
Information: <http://www.buehnebaden.at>
Telefon: ++43 / (0)2252 / 22522

Freitag, 5. September

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** im Foyer des Congress Casinos Baden, im Kurpark
Rahmenprogramm: Verbindliche Anmeldung wegen beschränkter Teilnehmerzahl unbedingt erforderlich! Bitte, **nur eine (!)** Veranstaltung des Rahmenprogramms für Donnerstag, 4. September 2014 ankreuzen. Die Teilnehmer können aus folgenden Programmpunkten wählen:
- 09.00 - 11.00 Uhr > **Stadtrundgang inkl. Besichtigung des einzigartigen Arnulf Rainer Museums**
Heilwasser, Biedermeierflair, Weinkultur, Musik, Congress & Casino, Natur und Gemütlichkeit prägen die Stadt. Der belebende Stadtpaziergang zwischen Tradition und Moderne führt zu Beethovenhaus – Stadttheater – St. Stephan – Kurpark – und vielen anderen Sehenswürdigkeiten. Im Anschluß besichtigen Sie das Arnulf Rainer Museum, das sich in den historischen Räumen des Frauenbades befindet – mit einer Architektur, die mit ihren Badebecken und Umkleidekabinen auf die einstige Nutzung als Heilbad hinweist. *Treffpunkt:* vor dem Congress Casino Baden / Haupteingang
- 10.00 - 12.00 Uhr > **Weingarten Wanderung auf den Spuren der Reblaus** – (gleiche Wanderung wie am Donnerstag, 4. September, 15.00 - 17.00 Uhr)
Sie spazieren mit einem Winzer durch die Weingärten über der Stadt und erfahren viel Wissenswertes zum Weinbau in der Thermenregion Wienerwald. Im Anschluss verkosten Sie das Badener Lumpentürl in der Badener Hauervinothek. *Treffpunkt:* vor dem Congress Casino Baden / Haupteingang
- 14.00 - 17.30 Uhr **Generalversammlung 1. Teil**
im „Badener Saal“ des Congress Casinos Baden, im Kurpark
- 20.30 - 01.00 Uhr **Ball des Auslandsösterreicher-Weltbundes**
im „Festsaal“ des Congress Casinos Baden im Kurpark

Speziell für AuslandsösterreicherInnen

Samstag, 6. September

10.00 - 12.00 Uhr **Festakt mit Auszeichnung des „Auslandsösterreicher des Jahres 2014“**
im Congress Casinos Baden, im Kurpark, im „Großen Festsaal“

12.15 Uhr **➤ Festessen auf Einladung Festessen auf Einladung des Herrn Bundesministers für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) Sebastian Kurz** im Congress Casinos Baden, im Kurpark, Casino Restaurant & Casineum

14.30 - 17.30 Uhr **Generalversammlung 2. Teil**
im „Badener Saal“ des Congress Casinos Baden, im Kurpark

19.30 - 23.00 Uhr **➤ Empfang des Landeshauptmannes von Niederösterreich, Herrn Dr. Erwin Pröll,**
im Streiterhof, Leesdorfer Hauptstraße 64, Baden

Sonntag, 7. September

10.00 Uhr **Evangelischer Gottesdienst** : Evangelische Kirche, Erzherzog Wilhelm-Ring 54, Baden

10.15 Uhr **Katholischer Gottesdienst** Stadtpfarrkirche St. Stephan, Pfarrplatz 7, Baden

11.45 Uhr

➤ Abschlußmittagessen

Schloß Weikersdorf, Schlossgasse 9 - 11, Baden
Essen € 21,- auf eigene Rechnung; Getränke auf Rechnung des AÖWB, verbindliche *Anmeldung unbedingt erforderlich!*

Änderungen vorbehalten!

Veranstaltungstips

„Genußmeile in der Thermenregion Wienerwald“ am 6. und 7. und 13. und 14. September 2014. Einstieg in Baden: Trostgasse, entlang dem ersten Wiener Wasserleitungswanderweg. Haben Sie schon einmal die „längste Schank der Welt“ gesehen? An beiden Wochenenden haben Sie die Gelegenheit dazu. Mehr als 80 Weinbaubetriebe aus der Thermenregion Wienerwald bieten dabei alles, was aus Weintrauben gemacht werden kann, zur Verkostung an.

Weinverkostung in der Badener Hauervinothek

2500 Baden bei Wien, Brusattiplatz 2

Telefon: ++43 / (0)2252 / 45 6 40

<mailto:badener.hauervinothek@aon.at>

<http://www.hauervinothek.at>

Öffnungszeiten: täglich von 10.00 – 12.30

und von 15.30 – 18.30 Uhr

Über 100 Badener Hauerweine und Weinbrände stehen für Sie im mittelalterlichen Ambiente zur Verkostung bereit.



Gedenken an den Ersten Weltkrieg

2014 jährt sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal – ein denkwürdiges Datum, das nicht nur Anlaß zum besonderen Gedenken an die Opfer des Krieges bietet, sondern auch ein Anstoß zur Reflexion über den langen Weg hin zu einem friedlichen Europa sein sollte: über die Fortschritte der letzten hundert Jahre und über die weiteren Schritte, die wir noch setzen müssen.

Anläßlich des Gedenkjahres 2014 ist eine ganze Reihe von Veranstaltungen in Österreich und Europa geplant. Dabei ist es Österreich sehr wichtig, daß die Veranstaltungen eine vorwärts gerichtete pro-europäische Haltung wiedergeben und daß ein Bezug zur Gegenwart hergestellt wird. Man will über einen bloßen Akt der Erinnerung und Gräber- und Denkmalpflege hinausgehen und vielmehr einen Perspektivenwechsel anregen – hin zu einer Erweiterung nationaler Perzeptionen und zur Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Geschichtsverständnisses.

Den Planungen für das Gedenkjahr liegt eine enge interministerielle Zusammenarbeit zugrunde: VertreterInnen des Bundeskanzleramts, von Außen- (BMeia), Innen-, Verteidigungs-, Unterrichts und Wissenschaftsministerium sind an den Vorbereitungen beteiligt. Ein Kreis prominenter österreichischer HistorikerInnen hat im Auftrag dieser Ressorts ein Grundlagenpapier zum Ersten Weltkrieg erarbeitet. Dieses enthält Grundzüge einer österreichischen Betrachtungsweise auf Basis des aktuellsten Forschungsstandes und stellt nicht zuletzt auch eine Informationsgrundlage für die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland dar.

Das „Österreich Journal“ freut sich, daß Dank der Initiative des BMeiA die HistorikerInnen zugestimmt haben, daß wir Ihnen, sehr geehrte LeserInnen, diese Sammlung in Form einer Serie das Jahr hindurch zur Lektüre anbieten können. Wir werden sie durch Berichte über Ausstellungen und Veranstaltungen ergänzen.

Im September 2012 wurde Botschafter i.R. Christian Prosl, zuletzt österreichischer Botschafter in Washington, DC, als Koordinator für die Betreuung der Projekte des



Foto: <http://anno.onb.ac.at/>

»Die Heerführer Oesterreich-Ungarns im Kriegsfall« titelte 25. Juli 1914 das in Wien erschienene »Interessante Blatt«. Im Bildtext sind deren Namen aufgelistet: »Der zur Disposition des Allerhöchsten Oberbefehls gestellte rangälteste Armee-Inspektor G.d.J. Erzherzog Friedrich« (Mitte, die anderen beginnen links oben im Uhrzeigersinn) Armee-Inspektor FZW Oskar Potiorek, G.d.R. Rudolf Ritter von Bruderemann, der Chef des Generalstabs G.d.J. Conrad Freiherr von Hötzendorf, G.d.J. Liborius Ritter von Frank, Marinekommandant Admiral Anton Haus, G.d.J. Moritz Ritter von Auffenberg und Kriegsminister FZM Alexander v. Kroatin

BMeiA im Rahmen des Gedenkjahres 2014 ernannt. Durch Koordination und vor allem wechselseitige internationale und nationale Information über geplante und laufende Projekte möchte das BMeiA eine Optimierung und inhaltliche Kohärenz der österreichischen Veranstaltungen im Ausland sicherstellen.

Das Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs wird einen Schwerpunkt der österreichischen Auslandskulturarbeit im Jahr 2014 darstellen. Veranstaltungen mit österreichischer Beteiligung werden u.a. in Belgien, Bosnien und Herzegowina, Frankreich, Großbritannien, Kroatien, Litauen, Polen, Rußland, Schweden, der Schweiz,

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

Serbien, der Tschechischen Republik, der Türkei, Ungarn, der Ukraine und den Vereinigten Staaten stattfinden. Dabei spannt sich der Bogen von Ausstellungen über Konferenzen und wissenschaftliche Symposien bis zu Bildungsinitiativen und vielem mehr. Eine eigens entwickelte Wanderausstellung mit dem Titel „Das Jahr 1914 – Bewegte Ruhe vor dem Sturm“, die die Entwicklungen in Österreich unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Politik, Gesellschaft, Kunst und Kultur beleuchtet, wird in mehreren Orten im Ausland Station machen.

Zu den geplanten österreichischen Gedenkveranstaltungen im Ausland zählt ein Konzert der Wiener Philharmoniker in Sarajewo am 27. Juni 2014, dem 100. Jahrestag des Attentats auf Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin Sophie. Das Konzert wird die erste öffentliche Veranstaltung in der neu wiedereröffneten Vijećnica sein (sie wurde 1892–1894 nach Plänen des österreichischen Architekten Alexander Wittek als Rathaus Sarajewos erbaut und beherbergte nach 1948 die National- und Universitätsbibliothek. Im Bosnienkrieg stark zerstört, wurde sie in den letzten Jahren – auch mit Unterstützung der Republik Österreich und der Stadt Wien – wiederaufgebaut und komplett neu renoviert.) Die von der österreichischen Botschaft in Sarajewo mitveranstaltete internationale wissenschaftliche Tagung „The long shots of Sarajevo“ wird sich ebenfalls den folgenschweren Ereignissen im Juni 2014 widmen.

Nicht nur im Ausland, sondern selbstverständlich auch in Österreich ist eine Vielzahl von kulturellen und wissenschaftlichen Programmpunkten geplant. So steht der Erste Weltkrieg beispielsweise im Mittelpunkt einer Ausstellung auf der Schallaburg unter dem Titel „Jubel & Elend – Leben mit dem Großen Krieg 1914-1918.“ Die Ausstellungsräume im Heeresgeschichtliche Museum Wien werden neu konzipiert, um mit geografischen, zeitlichen und thematischen Schwerpunkten ein umfassendes Bild der damaligen Ereignisse zu zeigen. Auf Schloß Artstetten gibt es neben der dem Leben von Erzherzog Franz Ferdinand gewidmeten Dauerausstellung „Für Herz & Krone“ die Sonderschau „Vom Machthunger zur Friedenskultur – 100 Jahre nach dem Tod des Thronfolgers“ zu sehen, die die Geschichte aus der Sichtweise Franz Ferdinands beleuchtet.

Mehrere Publikationen werden verschiedene Themen rund um den Ersten Weltkrieg beleuchten. Um stellvertretend nur einige davon zu nennen: Das neue Werk von Manfred Rauchensteiner „Der Erste Weltkrieg



Foto: <http://anno.onb.ac.at/>

Im Bildtext zur Titelseite des »Wiener Salonblatts« hieß es: »Gen. d. Inf. Erzherzog Friedrich, der am 4. Juni 1856 zu Groß-Seelowitz geborene Sohn weiland des Erzherzogs Karl Ferdinand und der Erzherzogin Elisabeth verwitw. gewes. Erzherzogin von Österreich-Este geb. Erzherzogin von Österreich wurde zur Disposition des Oberbefehles Sr. Majestät gestellt und gleichzeitig vom k. k. Landwehr-Oberkommando enthoben.« »Lieber Herr Vetter...«, schrieb Kaiser Franz Joseph, »In Ihrer Eigenschaft als rangältester Armeeinspektor stelle Ich Sie zur Disposition meines Oberbefehls...«

und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918“ wurde bereits am 19. September 2013 im RadioKulturhaus in Wien vorgestellt. Christa Hämmerle beleuchtet in ihrem ebenfalls im Herbst des Jahres erschienenen Buch „Heimat/Front“ Geschlechtergeschichte/n des Ersten Weltkrieges in Österreich-Ungarn. Die Akademie der Wissenschaften schließlich wird mit der Publikation „Weltkriegsstatistik Österreich-Ungarn 1914-1918. Bevölkerungsbewegung, Humanverluste, Kriegswirtschaft“ erstmalig und umfassend wesentliche Daten zu Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg gesammelt und strukturiert zugänglich machen.

Darüber hinaus werden sich im Gedenkjahr 2014 wissenschaftliche Konferenzen, Symposien, Filmprojekte, Forschungsprogramme, Bildungsinitiativen... mit dem Ersten Weltkrieg auseinandersetzen.

Die meisten der Projekte im In- und Ausland sind in der Vorbereitungsphase und werden in den kommenden Wochen und Monaten konkrete Gestalt annehmen. Sie sind daher eingeladen, in regelmäßigen Abständen die Website des BMeiA zu besuchen, um sich über den aktuellsten Stand der Planungen zu informieren und alle Termine zu informieren:

<http://www.bmeia.gv.at>

Der Krieg und die Medien

Die Erfindung des embedded journalism

Beitrag aus einem Grundlagenpapier, das auf Initiative des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres mit sechs anderen Ressorts bei namhaften österreichischen WissenschaftlerInnen in Auftrag gegeben wurde.

Teil 7 der Serie: Von Wolfgang Maderthaler¹⁾

Als sich im Hochsommer 1914, der Logik und dem Mechanismus eines komplexen Bündnissystems gemäß, die Konfrontation der europäischen Großmächte zu einem großen globalen Krieg erweiterte, setzte dies ungeheure emotionale Energien, Euphorie und Aufbruchspathos frei. Der Große Krieg wurde von den geistigen Eliten ausnahmslos aller Seiten mit metaphysisch aufgeladenen Erwartungen, Projektionen und Sehnsüchten überfrachtet. Purifikation, Katharsis sollte das große Geschehen in seiner elementaren Macht bewirken, die Rückführung aller Verhältnisse auf das „einfach Bedeutungsvolle“, die schmerzvolle, wenn auch unumgänglich gewordene Reinigung alles Abgelebten, Alten, Morschen.

An eben diesem Punkt einer durchgängigen Kriegsbegeisterung der Eliten setzten die habsburgischen Autoritäten an und versammelten, in einer intellektuellen Parallelaktion ohnegleichen, zu Zwecken der konzertierten Kriegsmassenpropaganda Literaten, bildende Künstler, Filmemacher, Fotografen etc. in dem vom Kriegsarchiv betriebenen Kriegspressequartier (KPQ). Zunächst galt es, die aktuelle Kriegsberichterstattung zu kontrollieren und in einer Weise zu organisieren, die Assoziationen zum Phänomen des embedded journalism²⁾ des ausgehenden 20. Jahrhunderts zwingend nahelegt. Die Kriegsdienstleistung der Dichter,



Foto: Urheber unbekannt

Karl Kraus (Filmfoto von 1934)

so hatte der große Kriegsgegner und Apokalyptiker Karl Kraus bereits im Dezember 1914 befunden, sei der Eintritt in den Journalismus; und es erhebe sich der Verdacht, daß die „freiwillig untauglichen Angehörigen des journalistischen Gewerbes“ ihre Handlungen aus der heroischen Überlegung heraus motivierten, „sich dorthin zu retten, wo es jetzt am sichersten ist: in die Phrase“. Herausragende Exponenten der Wiener literarischen Moderne fungierten als Kollaborateure der Kriegsanstrengung der Mittelmächte, waren Träger wie Inspiratoren jenes patriotischen Taumels, der mit einer chauvinistischen Propagandawelle sondergleichen, einem Feldzug der Worte und der Schrift eingesetzt hatte. Große Autoren von begründetem Ruf wie Hofmannsthal, Bahr, Schaukal, Roda Roda, Saltan et al. sollten sich so als Wortemacher (Franz Werfel) der Kriegsmaschinerie erweisen.

Eine zentrale Figur der Literarischen Gruppe des Kriegsarchivs ist zweifelsohne Stefan Zweig. Im Oktober 1914 verfaßte er einen offenen Brief „An die Freunde im Fremdland“, in dem er für die Dauer des Kriegs seinen Abschied von den einst so engagiert

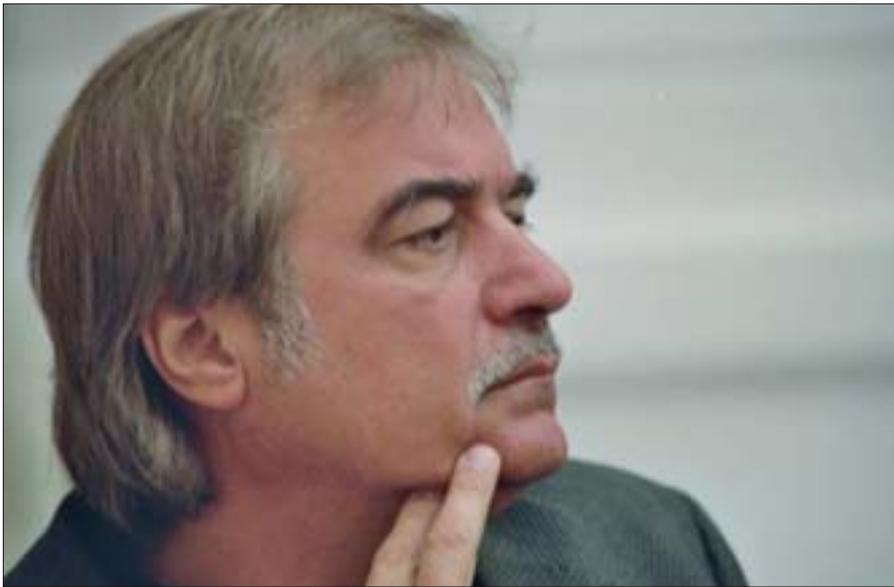
verfochtenen kosmopolitischen Ideen und Idealen proklamierte. Über beinahe vier Jahre in die habsburgische Propagandamaschinerie eingebunden, mutierte Zweig in seinem literarischen Schaffen allerdings immer mehr zu einem eindringlichen Mahner vor dem Krieg. 1915 begann er mit den Arbeiten zu dem pazifistischen Drama Jeremias, das im Februar 1918 in Zürich uraufgeführt wurde und großes Aufsehen erregte. Zu eben dieser Zeit trat der erfahrene Frontoffizier Robert Musil in das KPQ ein, als verantwortlicher Redakteur von Soldatenzeitungen, die er einem umfassenden Relaunch unterzog, mit aufwendig gestalteten Kunstdruckbeilagen und Repros ausstattete und für bis dato schlicht undenkbar politische Kontroversen, etwa um Kriegswucher und Schiebertum, öffnete. Musil, der davor dem Hauptquartier der Isonzoarmee als „kunsthistorischer Sachverständiger“ zugeteilt gewesen war, traf im KPQ auf den subtilen Defätismus eines Franz Blei oder auf die längst in das sozialrevolutionäre Lager übergegangenen Egon Erwin Kisch und Franz Werfel.

An der Isonzofront kam, nach seiner in Wollhynien erlittenen schweren Kopfverletzung, auch Oskar Kokoschka zum Einsatz, bis ein shell shock³⁾ seine weitere Verwendung als Verbindungsoffizier zur Kriegsberichterstattung verunmöglichte. Wie überhaupt das KPQ trachtete, die herausragenden Exponenten der modernen Wiener bildenden Kunst – in unterschiedlicher Intensität und Verwendung – für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Regelmäßig wurden, im In- wie im neutralen Ausland, Ausstellungen veranstaltet – am bekanntesten wohl die im September 1917 in der Stockholmer Liljevalchs Konsthall gezeigte und von Josef Hofmann kuratierte Österrisk Konstutställning, die Arbeiten u. a. von Egger-Lienz, Faistauer, Klimt, Kokoschka, Schiele und dem Bildhauer Anton Hanak sowie herausragende Exponate der Wiener Werkstätten präsentierte, und deren Eröffnung in eine „Österreich-

¹⁾ Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Maderthaler ist Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs

²⁾ Embedded Journalist (von englisch „to embed“ – einbetten, integrieren, deutsch „Eingebetteter Journalist“) bezeichnet einen kontrollierten und zivilen Kriegsberichterstatte, der im Krieg einer kämpfenden Militäreinheit zugewiesen wurde. (Quelle: wikipedia)

³⁾ „shell shock“ – als „Kriegszitterer“ wurden im deutschsprachigen Raum im Ersten Weltkrieg und auch danach Soldaten bezeichnet, welche an posttraumatischen Belastungsstörungen litten. Die meisten Betroffenen zitterten unkontrolliert, konnten sich u.U. nicht mehr selbst auf den Beinen halten, keine Waffen mehr bedienen, nichts mehr essen oder verweigerten die Nahrungsaufnahme und hatten vor banalen Gegenständen wie z. B. Mützen oder Schuhen panische Ängste. (Quelle: wikipedia)



Univ.-Doz. Wolfgang Maderthaler

woche“ mit philharmonischen Konzerten und Modeschauen integriert war.

Besonderes Augenmerk wurde schließlich auf die avanciert modernen und für die

Zwecke der Massenpropaganda wohl geeignetsten Medien Film und Fotografie gelegt.

Die in offiziellem Auftrag von Bildagenturen oder professionellen Kriegsberichter-

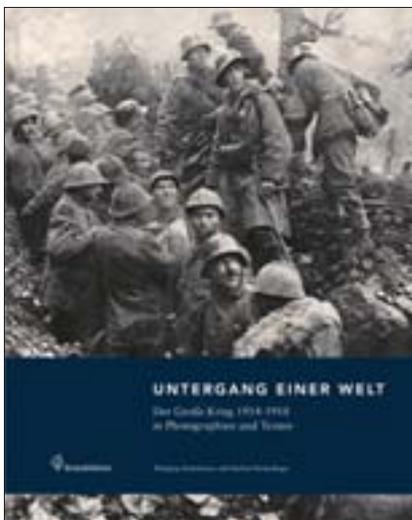
stern angefertigten Kriegsgenrebilder und Frontreportagen sind oftmals von geradezu erstaunlich hoher formaler wie technischer Qualität und fanden (nach Prüfung durch die Zensur) ihre massenhafte Verbreitung in Wochenillustrierten und eigens zu diesem Zweck eingerichteten Propagandablättern. Es galt, vermittels bildlicher Repräsentation der Kampfhandlungen und des soldatischen Alltags die Schrecken und Gräuel des modernen Maschinenkrieges zu ästhetisieren; dieserart sollte ein anschauliches, nachvollziehbares, von Männlichkeitskult und Todesverachtung gleichermaßen angeleitetes Heldennarrativ kommuniziert werden. In diesem Kontext einer „Hebung der Kriegsfreudigkeit“ (Feldmarschalleutnant Maximilian Ritter von Hoen, bis 1917 Chef des KPQ) war dem Laufbild eine signifikante Rolle zugeordnet. Das KPQ entsandte Kinorexpositionen an die Front; die Filmtruppen hatten die „Heimatfront“ wie auch das neutrale Ausland mit Aktualitäten (und später auch eigens produzierten Spielfilmen) zu versorgen. Die bemerkenswertesten Arbeiten, bei denen es um die ambitionierte, zur damaligen Zeit technisch kaum zu bewältigende Herstellung von genuine war films ging, entstanden in der zeitweiligen und durchaus friktionsgeladenen Kooperation mit zwei amerikanischen Kinooperatoren: Captain F. E. Kleinschmidt (zur deutsch-österreichischen Galizien-Offensive 1915) und Albert K. Dawson (zur Belagerung Przemysls).

Dem Kriegspressequartier oblagen somit Koordination und Kontrolle über alle künstlerischen, schriftlichen und bildlichen Kriegsdarstellungen. Es ist ein kakanisches Spezifikum: Je mehr sich mit Fortgang des Krieges die Anzeichen wirtschaftlicher Erschöpfung, militärischer Zersetzung und revolutionärer Spannung mehrten, desto weiter wurde es ausgebaut: Letztlich verfügte es gegenüber seinem deutschen Pendant um einen markant höheren Personalstand und ein vierfach höheres Budget. Habsburg stellte seine Intellektuellen und Kunstschaaffenden in den Dienst der modernen Kriegspropaganda; diese selbst haben solche Intention zunehmend unterlaufen. Daß Alfred Polgar, Feldwebel im Kriegsarchiv und seit Juli 1914 einer der Vorzeigeliteraten des KPQ, im August 1917 vom Dienst entbunden und Mitarbeiter einer pazifistischen Zeitschrift wurde, mag von mehr als bloß symbolischem Gehalt sein. Es ist ein Symptom dafür, daß der totale Krieg, dessen essentieller Bestandteil das KPQ nun einmal war, in die totale Katastrophe mündete. ■

Wolfgang Maderthaler, Michael Hochedlinger (Hg.)

Untergang einer Welt

Der Große Krieg 1914–1918 in Fotografien und Texten



Die habsburgischen Autoritäten haben das Geschehen von Anbeginn an penibel dokumentiert und bedeutende Intellektuelle und Kulturschaaffende in den Dienst der Kriegspropaganda gestellt. Das eigens eingerichtete „Kriegspressequartier“ legte besonderes Augenmerk auf jene Medien, die für die Zwecke der Massenpropaganda am geeignetsten erschienen: Film und Fotografie.

Der vorliegende Band präsentiert herausragende Beispiele aus der mehrere hunderttausend Bilder umfassenden Fotosammlung dieses einzigartigen Kriegsarchivs. Die Abbildungen treten in einen spannenden Dialog mit Texten der Weltliteratur des 20. Jahrhunderts.

Wolfgang Maderthaler,
Michael Hochedlinger (Hg.)

Untergang einer Welt

Der Große Krieg 1914–1918
in Fotografien und Texten

320 Seiten, Hardcover, 39,90 €

Christian Brandstätter Verlag

Wien - München

ISBN: 978-3-85033-771-7

http://www.cbv.at/Buch.aspx?buch_id=122963#

Im Hochsommer 1914 erweiterte sich die Konfrontation der Habsburgermonarchie mit dem südslawischen Nationalismus zu einer globalen Auseinandersetzung von beispielloser Vernichtungskraft. Der erste tatsächlich moderne Massen- und Maschinenkrieg brach aus. Eine industrialisierte, anonyme Kriegsmaschinerie verwandelte ganze Landstriche und Regionen in gespenstisch-groteske killing fields und führte ein Millionen zählendes „Menschennmaterial“ in den Tod.

Wolfgang Maderthaner

geboren am 19. Mai 1954 im niederösterreichischen Waidhofen an der Ybbs.

- Studium der Geschichte und der Anglistik (Diplomarbeit aus Anglistik über die generative Grammatik Noam Chomskys)
- Dissertation im Fach Wirtschafts- und Sozialgeschichte über die soziale und kulturelle Formation einer modernen Industriearbeiterschaft in einem traditionellen Revier der Eisen- und Stahlverarbeitung im südlichen Niederösterreich).
- Universitätsdozent, Lehrbefugnis für das Habilitationsfach Zeitgeschichte (Habilitationsschrift „Die unvollendete Metropole. Kultur und Gesellschaft in Wien 1860 bis 1945“ (Wien 2005))
- Von Oktober 1983 bis April 2012 wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA) in Wien. Ab Ende der 1980er Jahre Positionierung des VGA als außeruniversitäres wissenschaftliches Forschungsinstitut mit starken internationalen Bezügen.
- Seit 21. April 2012 Generealdirektor des Österreichischen Staatsarchivs

Ehrungen und Auszeichnungen

- Victor-Adler-Staatspreis für die Geschichte sozialer Bewegungen 1985
- Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch 2004 und 2008
- Verleihung des Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst I. Klasse durch Bundespräsident Heinz Fischer (31. März 2011)

Als Kurator und/oder Sachbearbeiter

bei historischen Großausstellungen seit 1980 tätig von

- Mit uns zieht die neue Zeit. Arbeiterkultur in Österreich 1918-1934 (Remise Wien-Meidling, 1981) über
- L'Apocalypse Joyeuse. Vienne 1880-1938 (Centre Georges Pompidou, Paris 1986) bis aktuell zu
- Extraausgabe... Die Medien und der Krieg (Palais Porcia, Wien 2014, siehe Bericht im „Österreich Journal“, Ausgabe 131, Seite 60).

Referent, Discussant oder Chair

bei Vielzahl von Konferenzen, Symposien, Workshops und Fachveranstaltungen (darunter

- Duke University,
- Harvard,
- Princeton und
- Oxford.

Organisation und Konzeption

einer Reihe von fachspezifischen historischen und kulturwissenschaftlichen Symposien, darunter die internationale historische Konferenz Metropole Wien. Texturen der Moderne, November 1996 im Wiener Ringturm.

Seit 1987 Leitung wissenschaftlicher Forschungsprojekte

im Auftrag u. a.

- der Forschungssektion des Wissenschaftsministeriums,
- des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank und
- des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, mit Schwerpunktsetzung Formation und Theorie der Moderne.

Forschungs- und Publikationsschwerpunkte

- Arbeiter- und Sozialgeschichte
- europäische Kultur- und Mentalitätsgeschichte (19. und 20. Jahrhundert)
- Urban Studies/ Urbane Anthropologie
- Massen- und Populärkultur
- Cultural Studies/historische Kulturwissenschaften
- Theorie der Moderne
- Fordismus/ Postfordismus/Neoliberalismus
- Theorie der Geschichtswissenschaften

Publikationen (Auswahl)

Zu diesen Bereichen Publikationen in bislang sieben Sprachen, u. a.

Die Anarchie der Vorstadt.

Das andere Wien um 1900 (Frankfurt/New York 2000; in der amerikanischen Übersetzung: *Unruly Masses. The Other Face of Fin de Siècle Vienna* New York/Oxford), *L'auto-liquidation de la raison. Les sciences de la culture et la crise du social* (Paris 2010, gemeinsam mit Lutz Musner) 238 Seiten, Paperback, € 24,90 Campus Verlag, Frankfurt ISBN: 978-3-593-36334-9

Neoliberalismus und die Krise des Sozialen

Das Beispiel Österreich
Grisold / Maderthaner / Penz
238 Seiten, Paperback (vergriffen)
Böhlau Wien/Köln/Weimar 2010
ISBN 978-3-205-78519-4

Jahresübersicht der Beiträge

Motivenbericht und Einleitung
Ausgabe 127 / E: 03.02.2014

1. **Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. Ein Überblick**
Von Manfred Rauchensteiner
Ausgabe 127 / E: 03.02.2014
2. **Über die Kriegsschuld**
Von Helmut Konrad
Ausgabe 128 / E: 27.02.2014
3. **Demokratie, Krieg und Frieden. Anmerkungen zu den Rahmenbedingungen des Ersten Weltkriegs**
Von Anton Pelinka
Ausgabe 129 / E: 27.03.2014
14. **„Das Befreiende der mutigen Tat“: Die „dunkle“ Seite der Wiener Moderne um 1914**
Von Oliver Rathkolb
Ausgabe 130 / E: 30.04.2014
15. **Soziale Militarisierung**
Von Christa Hämmerle
Ausgabe 131 / E: 30.05.2014
16. **Der Krieg und die Medien**
Von Wolfgang Maderthaner
Ausgabe 132 / E: 01.07.2014
7. **Fronterfahrung**
Von Helmut Konrad
Ausgabe 133 / E: 31.07.2014
8. **Kriegführung und humanitäre Folgen**
Von Verena Moritz
Ausgabe 134 / E: 28.08.2014
9. **Frauen- und Geschlechtergeschichte des Ersten Weltkriegs**
Von Christa Hämmerle und Gabriella Hauch
Ausgabe 135 / E: 09.10.2014
10. **Folgen des Ersten Weltkriegs**
Von Stefan Karner
Ausgabe 136 / E: 30.10.2014
11. **Nachwirkungen der „Fronterfahrung“ des Ersten Weltkriegs auf die Entwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit**
Von Verena Moritz
Ausgabe 137 / E: 25.11.2014
12. **Der Erste Weltkrieg im Gedächtnis Österreichs und (Zentral-)Europas – Gedächtnistraditionen in (trans)nationaler Perspektive**
Von Heidemarie Uhl
Ausgabe 138 / E: 22.12.2014

Anm.: Die Erscheinungstermine können um bis zu drei Tage verschoben werden. Die Redaktion.

Chronik des Ersten Weltkriegs mit besonderer Berücksichtigung Österreich-Ungarns

1914

28. Juni:
Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin Sophie in Sarajevo
23. Juli:
Befristete Demarche Österreich-Ungarns an Serbien
25. Juli:
Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien. Beginn der Generalmobilmachung in Serbien
28. Juli:
Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien
29. Juli:
Teilmobilmachung in Rußland
30. Juli:
Beginn der Generalmobilmachung in Rußland
31. Juli:
Deutsches Ultimatum an Rußland
1. August:
Beginn der Mobilmachung in Frankreich und im Deutschen Reich. Deutsche Kriegserklärung an Rußland
3. August:
Deutsche Kriegserklärung an Frankreich. Neutralitätserklärungen Italiens und Rumäniens
4. August:
Deutscher Einmarsch in das neutrale Belgien. Kriegserklärung Großbritanniens an das Deutsche Reich
05. August:
Kriegserklärung Montenegros an Österreich-Ungarn
06. August:
Kriegserklärung Serbiens an das Deutsche Reich. Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland
11. August:
Kriegserklärung Frankreichs an Österreich-Ungarn
12. August:
Kriegserklärung Großbritanniens an Österreich-Ungarn
23. August:
Beginn der Schlacht von Krasnik (bis 25. August). Erster Erfolg von k. u. k. Truppen
- Kriegserklärung Japans an das Deutsche Reich und Beginn der Belagerung von Tsingtau (Einnahme am 7. November 1914)
26. August:
Beginn der Schlacht bei Komarów (bis 1. September). Sieg der k. u. k. Truppen
27. August:
Kriegserklärung Japans an Österreich-Ungarn
2. September:
Eroberung von Lemberg durch russische Truppen
8. September:
Zweite Offensive österreichisch-ungarischer Verbände gegen Nordwest- und Westserbien
22. Oktober:
Kriegseintritt des Osmanischen Reiches an der Seite der Mittelmächte
16. November:
Beginn der dritten österreichisch-ungarischen Offensive gegen Serbien
1. Dezember:
Schlacht bei Limanowa-Lapanów führt zum Rückzug zweier russischer Armeen (bis 15. Dezember)
2. Dezember:
Einnahme Belgrads durch k. u. k. Truppen
3. Dezember:
Beginn der serbischen Gegenoffensive
15. Dezember:
Rückzug der letzten österreichisch-ungarischen Truppen von serbischem Gebiet
13. Januar:
Ablösung des Grafen Leopold Berchtold durch Stephan Graf Burián von Rajecz als k. u. k. Minister des Äußern
23. Januar:
Winterschlacht in den Karpaten (bis Ende März). Schwere Verluste des österreichisch-ungarischen Heeres
6. Februar:
Rumänisch-italienisches Defensivbündnis
22. März:
Kapitulation der österreichisch-ungarischen Festung Przemysl
22. April:
Erster Einsatz von Chlorgas durch deutsche Truppen im Gebiet von Ypern
25. April:
Beginn der alliierten Landungen im Dardanellengebiet (Halbinsel Gallipoli)
26. April:
Londoner Vertrag zwischen Italien und der Entente
2. Mai:
Beginn der Durchbruchsschlacht von Tarnów-Gorlice
4. Mai:
Aufkündigung des Dreibundvertrages durch Italien
7. Mai:
Versenkung des britischen Passagierdampfers „Lusitania“ durch ein deutsches U-Boot
23. Mai:
Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn
3. Juni:
Przemysl von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen wieder erobert
22. Juni:
Lemberg von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen wieder befreit
23. Juni:
Beginn der ersten Isonzoschlacht (bis 7. Juli)
17. Juli:
Beginn der zweiten Isonzoschlacht (bis 10. August)

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

26. August: Beginn der „schwarz-gelben“ Offensive gegen Rußland	29. Februar: Besetzung von Nordalbanien durch Verbände des k. u. k. Heeres abgeschlossen	22. September: Beginn der Gegenoffensive deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen in Siebenbürgen
6. September: Abschluß einer Militärkonvention zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Bulgarien	11. März: Beginn der fünften Isonzoschlacht (bis 16. März)	9. Oktober: Beginn der achten Isonzoschlacht (bis 12. Oktober)
6. Oktober: Offensive deutscher und österreichisch-ungarischer Verbände gegen Serbien. Feststellung des gemeinsamen Ministerrats in Wien, wonach die nationale Struktur und der staatsrechtliche Aufbau Österreich-Ungarns keine Gebietserweiterungen vertragen würden.	16. März: Schwere Kämpfe im Adamello-Gebiet, Sprengung des Col di Lana	21. Oktober: Der k. u. k. Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh wird von Friedrich Adler erschossen. Nachfolger Stürgkhs wird Ernest von Koerber
8. Oktober: Eroberung von Belgrad	15. Mai: Beginn der österreichisch-ungarischen Südtiroloffensive („Strafexpedition“)	31. Oktober: Beginn der neunten Isonzoschlacht (bis 4. November)
14. Oktober: Kriegserklärung Bulgariens an Serbien	31. Mai: Seeschlacht im Skagerrak	5. November: Proklamierung eines selbstständigen Königreichs Polen durch das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn
18. Oktober: Beginn der dritten Isonzoschlacht (bis 5. November)	4. Juni: Beginn der russischen Sommeroffensive (Brusilov-Offensive). Bis 31. August schwere Verluste des k. u. k. Heeres	21. November: Tod Kaiser Franz Josephs I. Sein Nachfolger wird Kaiser Karl I
10. November: Beginn der vierten Isonzoschlacht (bis 11. Dezember)	6. bis 22. Juni: Blockade Griechenlands durch die Entente; am 21. Juni Demobilisierung der griechischen Armee	6. Dezember: Eroberung von Bukarest durch Truppen der Mittelmächte
25. November: Niederlage des serbischen Heeres auf dem Amselfeld (Kosovo polje). Rückzug der Serben über Montenegro nach Albanien (bis 26. Februar)	16. Juni: Ende der Schlacht in Südtirol	12. Dezember: Friedensangebot der Mittelmächte an die Alliierten (am 30. Dezember abgelehnt)
Dezember: Friedensinitiativen der sogenannten Meinl-Gruppe	29. Juni: Erster Giftgaseinsatz österreichisch-ungarischer Truppen im Raum Görz	18. Dezember: Vergeblicher Friedensaufruf des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson
1916	4. August: Beginn der sechsten Isonzoschlacht (bis 17. August). Görz von italienischen Truppen erobert	20. Dezember: Ottokar Graf Czernin neuer k. u. k.-Minister des Äußern
4. Januar: Österreichisch-ungarische Offensive gegen Montenegro	23. August: Kriegserklärung Italiens an das Deutsche Reich	1917
8. Januar: Räumung der Halbinsel Gallipoli durch die Alliierten	27. August: Kriegserklärung Rumäniens an Österreich-Ungarn. Beginn einer rumänischen Offensive gegen Siebenbürgen	Januar bis Mai: Vertrauliche Friedensangebote Kaiser Karls an die Alliierten durch Prinz Sixtus von Bourbon-Parma (vgl. 12. April 1918). Italien lehnt Verhandlungen über einen Sonderfrieden ab
11. Januar: Besetzung des Lovcen-Massivs (Montenegro) durch österreichisch-ungarische Truppen	28. August: Kriegserklärung des Deutschen Reichs an Rumänien	12. Januar: Kronrat unter dem Vorsitz Kaiser Karls: Integrität der Monarchie, weitgehende Existenzmöglichkeiten für Serbien, Annäherung an Rußland; Status quo in der polnischen Frage
23. Januar: Bedingungslose Kapitulation Montenegros. K. u. k. Truppen beginnen den Einmarsch in Albanien	September: Schwere Versorgungsprobleme in der österreichischen Reichshälfte	1. Februar: Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs
21. Februar: Beginn der Schlacht um die Festung Verdun in Nordfrankreich	1. September: Kriegserklärung Bulgariens an Rumänien	
	14. September: Beginn der siebten Isonzoschlacht (bis 17. September)	

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

27. Februar: General der Infanterie Arz von Straußenburg löst Generaloberst Conrad von Hötzendorf als Chef des Generalstabes ab	Einsatz einer tschechischen Brigade bei Zborów im Rahmen der Kerenskij-Offensive	1. Februar: Matrosenrevolte im k. u. k. Kriegshafen von Cattaro. Nach der Niederschlagung vier Todesurteile vollstreckt
Bildung eines gemeinsamen Ernährungsausschusses für beide Reichshälften, der dem Kaiser direkt unterstellt ist	16. bis 18. Juli: Bolschewistischer Aufstand in St. Petersburg scheidert	9. Februar: Friedensvertrag der Mittelmächte mit der Ukrainischen Volksrepublik
12. März: Beginn der (bürgerlichen) Revolution in Rußland	20. Juli: Vertrag von Korfu zwischen Serben und Kroaten über die Errichtung eines Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen	28. Februar: K. u. k. Truppen beteiligen sich am Einmarsch in die Ukraine
15. März: Zar Nikolaj II. von Rußland dankt ab	18. August: Beginn der elften Isonzoschlacht (bis 13. September)	Ende Februar: Kaiser Karl will die 14 Punkte Wilsons mit Einschränkungen anerkennen
6. April: Kriegserklärung der USA an das Deutsche Reich	24. Oktober: Beginn der zwölften Isonzoschlacht. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen erzielen einen Durchbruch bei Flitsch und Tolmein. In der Folge Vormarsch bis an den Piave	3. März: Friedensvertrag von Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten und Rußland
19. bis 21. April: Englisch-französisch-italienische Konferenz in Saint-Jean-de-Maurienne. Ein Sonderfrieden mit Österreich-Ungarn wird abgelehnt	07. November: Beginn der bolschewistischen Revolution in Rußland	14. März: Besetzung Odessas durch Verbände der Mittelmächte
23. April: Kriegszielbesprechung in Bad Kreuznach zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn	20. bis 29. November: Alliiierter Großangriff bei Cambrai mit „Tanks“	21. März: Deutsche Frühjahrsoffensive in Belgien und Frankreich (bis 17. Juli)
12. Mai: Zehnte Isonzoschlacht (bis 5. Juni)	3. Dezember: Beginn von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Mittelmächten und Rußland (Waffenstillstand am 15. Dezember. Beginn von Friedensverhandlungen am 22. Dezember)	1. April: Der erste Luftpostverkehr der Welt wird auf der Strecke Wien – Olmütz – Krakau – Lemberg – Kiew aufgenommen
15. Mai: Seegefecht in der Otrantostraße	7. Dezember: Kriegserklärung der USA an Österreich-Ungarn	8. April: Kongreß der unterdrückten Völker (Österreich-Ungarns) in Rom (bis 11. April)
30. Mai: Wiederezusammentritt des österreichischen Reichsrats	Waffenstillstand zwischen den Mittelmächten und Rumänien in Focsani	12. April: Der französische Ministerpräsident Clemenceau veröffentlicht den (ersten von zwei) „Sixtusbriefen“. Kaiser Karl leugnet ihn ab. Der Minister des Äußern, Czernin, tritt zurück
10. Juni: Italienische Offensive im Gebiet der Sieben Gemeinden (Ortigraschlacht; bis 29. Juni)	1918	25. April: Heimkehrermeutereien in Böhmen, Mähren und Galizien (bis 5. Juli)
15. Juni: Moritz Graf Esterházy Nachfolger Graf Tizsas als ungarischer Ministerpräsident	3. bis 25. Januar: Streikbewegung in Österreich-Ungarn. Nach und nach sind über 700.000 Arbeiter im Ausstand	7. Mai: Abschluß des Friedensvertrages von Bukarest zwischen den Mittelmächten und Rumänien
27. Juni: Griechenland tritt der Entente bei	6. Januar: „Dreikönigsdeklaration“ der tschechischen Abgeordneten zum österreichischen Reichsrat	12. Mai: Kaiser Karl in Spa: Vereinbarung über ein enges politisches, militärisches und wirtschaftliches Bündnis mit dem Deutschen Reich
29. Juni: Offensive des russischen Heeres in Weißrußland (Kerenskij-Offensive)	8. Januar: Friedensbotschaft von US-Präsident Wilson („14 Punkte“)	Meutereien in Judenburg, Murau, Fünfkirchen, Rumburg und Radkersburg (bis 24. Mai)
02. Juli: Kriegserklärung Griechenlands an das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und das Osmanische Reich. Kaiser Karl erläßt eine Amnestie für politische Delikte		

30. Mai:
Vertrag von Pittsburgh (USA) zwischen dem tschechischen Emigrantenführer T. G. Masaryk und amerikanischen Slowakenführern

10. Juni:
Versenkung des k. u. k. Großkampfschiffes „Szent István“ vor der Insel Premuda

15. Juni:
Beginn der Piaveoffensive. Die letzte Offensive des k. u. k. Heeres scheitert innerhalb von Tagen

6. Juli:
Beginn der alliierten Offensive in Albanien

17. Juli:
Zar Nikolaj II. wird mit seiner Familie von Bolschewisten erschossen

8. August:
Schlacht von Amiens (bis 11. August). Beginn des Zusammenbruchs der deutschen Front in Frankreich

9. August:
Anerkennung der Tschechoslowakei als kriegführende Nation durch Großbritannien

14. September:
Friedensnote Kaiser Karls „An alle“

15. September:
Alliierte Offensive an der Mazedonienfront (bis 29. Oktober)

18. September:
Beginn der alliierten Offensive in Palästina

26. September:
Masaryk proklamiert in Paris einen selbstständigen tschechoslowakischen Staat

29. September:
Waffenstillstand zwischen Bulgarien und den Alliierten

Generalfeldmarschall Hindenburg verlangt von der deutschen Reichsregierung Schritte zum Abschluß eines Waffenstillstands

1. Oktober:
Beginn der Räumung Albaniens durch österreichisch-ungarische Truppen

3. Oktober:
Beginn der Räumung Serbiens durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen

Friedensnote Österreich-Ungarns an US-Präsident Wilson

6. Oktober:
Konstituierung eines Nationalrats der Slowenen, Kroaten und Serben in Zagreb

14. Oktober:
Konstituierung einer tschechoslowakischen Regierung in Paris

16. Oktober:
Völkermanifest Kaiser Karls

18. Oktober:
Wilson lehnt die österreichisch-ungarische Friedensnote ab

21. Oktober:
Konstituierung einer provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs

23. bis 26. Oktober:
Besuch des Kaiserpaars Karl und Zita in Debrecen. Der ungarische Reichstag beschließt die Bildung eines Nationalrats

24. Oktober:
Beginn der alliierten Offensive am Piave Rücktritt Buriáns. Graf Gyulá Andrassy d. J. wird letzter k. u. k. Minister des Äußern

27. Oktober:
Bildung der letzten kaiserlich-österreichischen Regierung unter Heinrich Lammasch

28. Oktober:
Proklamation eines selbstständigen tschechoslowakischen Staates in Prag

Anschluß der polnischen Gebiete Österreich-Ungarns an den polnischen Staat

30. Oktober:
Einrichtung eines provisorischen Staatsrats und einer deutschösterreichischen Regierung

31. Oktober:
Übergabe eines Großteils der k. u. k. Kriegsmarine an den südslawischen Staat

Der ehemalige ungarische Ministerpräsident István Graf Tisza wird ermordet

01. November:
Versenkung des (ehemaligen) k. u. k. Flaggenschiffes „Viribus Unitis“ durch italienische Haftminen

Bildung einer selbstständigen ungarischen Regierung unter Graf Mihály Károlyi. Serben besetzen Belgrad

2. November:
Rücktritt des letzten österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern Graf Andrassy.

3. November:
Abschluß des Waffenstillstands zwischen Österreich-Ungarn und den Alliierten in der Villa Giusti (am 4. November in Kraft getreten)



Siehe: »Österreich Journal« pdf-Magazin, Ausgabe 128 vom 27. Feber 2014

Historische Versöhnungsgeste in Sarajevo

Zum 100. Jahrestag des kriegsauslösenden Mordes am 28. Juni 1914 am österreichischen-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand spielten die Wiener Philharmoniker im historischen Rathaus der bosnischen Hauptstadt.



Foto: Carina Karlovits / HBF

An der Hausecke an der über die Miljacka führende Lateinerbrücke erinnert eine Gedenktafel und Kränze an das Attentat.

Historische Versöhnungsgeste in Sarajevo: Zum 100. Jahrestag des kriegsauslösenden Mordes am österreichischen-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand haben die Wiener Philharmoniker am Abend des 28. Juni im historischen Rathaus der bosnischen Hauptstadt ein Gedenkkonzert vor mehreren Staatsoberhäuptern gespielt, darunter Bundespräsident Heinz Fischer.

Im „Alten Rathaus“ (Vijecnica), dem Prachtbau der k.u.k. Herrschaft in Bosnien-Herzegowina, erklang dabei auch die alte Kaiserhymne. Unter der Leitung von Franz Welser-Möst spielten die Wiener Philharmoniker auch die Symphonie Nr. 7 (Unvollendete) von Franz Schubert, das Schicksalslied von Johannes Brahms, drei Orchesterstücke von Alban Berg sowie „La Valse“ von Maurice Ravel. Den Beginn markierte die bosnische Hymne, den Abschluß Beethovens Europahymne. Das Konzert vor 330 geladenen Gästen wurde ins Freie übertragen, und über die European Broadcasting Union in rund 30 Staaten, darunter Österreich.

Philharmoniker-Vorstand Clemens Hellsberg sagte zu Beginn des Konzerts: „Es ist mehr als ein Konzert, das uns in diesem Gebäude zusammenführt, es ist ein leidenschaftliches Plädoyer für die Versöhnung.“ Mit Blick auf das Habsburger Reich sagte er, daß große Reiche „hinweg gefegt werden“, während „wahre Kunst vom Wechsel der Zeiten unberührt“ bleibe. Die Kunst könne dabei helfen, die Abgründe der menschlichen Existenz zu überwinden. Voraussetzung sei, auf die Stimme der Kunst zu hören, doch müsse man dabei „leise sein“, weil es sich um eine „schwache Stimme“ handle. Hellsberg unterstrich auch, daß die Wiener Philharmoniker mit ihrem Konzert an diesem Tag und an diesem Ort insbesondere der Idee eines gemeinsamen Europa „unsere Reverenz erweisen“ wollen.

Zusätzlich zum ursprünglich angekündigten Programm spielten die Wiener Philharmoniker auch – wie Welser-Möst sagte – „etwas an echter Wiener Musik“, und zwar den Walzer „Friedenspalmen“ von Josef Strauss.

Besonders beeindruckt hat das Publikum die Interpretation des Stücks „La Valse“ von Ravel, eine zum Nachdenken anregende Mischung aus beschwingten Walzerklängen und an Gefechtslärm erinnernden Baß-Tönen. Eindrucksvoll war auch der Kontrast zwischen den lieblichen Klängen von Schuberts „Unvollendeter“ und dem folgenden atonalen Stück von Alban Berg, das ebenfalls Assoziationen zum Bombenhagel des Ersten Weltkriegs weckte.

Die Vijecnica symbolisiert die bewegte Geschichte der bosnischen Hauptstadt. Ende des 19. Jahrhunderts im neomaurischen Stil als Rathaus errichtet, war es im Bosnienkrieg 1992 schwer beschädigt worden. Danach wurde es mit Hilfe europäischer Staaten, darunter Österreich, renoviert. Erst im Mai war es wiedereröffnet worden.

„Es ist kein Konzertsaal, aber ein unerhört symbolträchtiger Ort“, betonte Philharmoniker-Vorstand Clemens Hellsberg. Franz Ferdinand hatte das Gebäude am 28. Juni 1914 besucht, nach dem ersten fehlgeschla-

Foto: Carina Karlovits / HBF



Bundespräsident Heinz Fischer mit Gattin Margit (Mitte) und anderen Staatsoberhäuptern beim Gedenkkonzert im historischen Rathaus der bosnischen Hauptstadt

genen Attentatsversuch. „Ich komme hier als euer Gast, und ihr begrüßt mich mit Bomben“, empörte er sich vor den betretenen Honoratioren der Stadt. Nach ihrer Abfahrt vom Rathaus wurden Franz Ferdinand und seine Frau Sophie dann an einer nahe gelegenen Straßenkreuzung vom bosnisch-serbischen Nationalisten Gavrilo Princip erschossen.

Bundespräsident Heinz Fischer sagte, es sei ihm „wichtig, persönlich an der Gedenkfeier in Sarajevo teilzunehmen“. Es sei nämlich „ein hoffnungsvolles Zeichen für die Zukunft“, daß des Attentats gemeinsam gedacht werde. Der Einladung nach Sarajevo folgten auch die Präsidenten Kroatiens, Mazedoniens und Montenegros (Ivo Josipovic, Gjorge Ivanov und Filip Vujanovic). Spitzenpolitiker aus Serbien blieben dem Ge-

denkkonzert jedoch fern, aus Protest gegen eine nach dem Bosnien-Krieg angebrachte serbenfeindliche Inschrift auf dem Rathausgebäude.

Der Bundespräsident betonte, für ihn stehe bei den Feierlichkeiten das Gemeinsame und das Bekenntnis zum Frieden im Vordergrund. Bereits beim offiziellen österreichischen Gedenktakt zum 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs in der Vorwoche hatte er gesagt, daß aus österreichischer Sicht „die Wunden aus dieser Zeit verheilt“ seien und bezeichnete die Beziehungen zu den ehemaligen kriegsführenden Staaten als „ausgezeichnet und vorurteilsfrei“. Österreich wolle sich an diesem Gedenktag als „enger Freund und Partner“ von Bosnien-Herzegowina präsentieren, unterstrich der Präsident.

Der Mord an Franz Ferdinand und Sophie gilt als Auslöser des Ersten Weltkrieges. Weil es die Princip und seine Mitverschwörer unterstützt haben soll, erklärte Wien Serbien Ende Juli 1914 den Krieg. Deutschland unterstützte Österreich-Ungarn, Rußland sprang Serbien zur Seite, und in wenigen Tagen wurden die anderen europäischen Großmächte in den Krieg gezogen, der rund 20 Millionen Tote fordern und eine gänzlich neue Weltordnung schaffen sollte.

Mailath: Erinnern ist unverzichtbare Investition in die Zukunft

„Erinnern zählt zu den seltenen und wertvollen Gütern in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig ist die Kenntnis der Vergangenheit der wichtigste Baustein, um eine gemeinsame Zukunft friedlich gestalten zu können. Die Gedenkfeierlichkeiten in Sarajevo sind daher weit über Europas Grenzen hinaus von besonderer Bedeutung. Das Gedenken verdeutlicht den gemeinsamen Willen der Staatengemeinschaft in Frieden zu leben, andererseits hält es uns auch vor Augen, wie fragil Frieden ist und welche Gefahren vom Nationalismus, dem Egoismus der Völker, ausgehen“, so Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny im Rahmen der Gedenkfeierlichkeiten in Sarajevo.

Einer der Höhepunkte der Feierlichkeiten, das Konzert der Wiener Philharmoniker, wurde auch auf den großen Videowänden am Wiener Donauinselfest übertragen – so stand das Miteinander auch bei Europas friedlichsten Open-Air-Festival im Vordergrund. ■

<http://www.wienerphilharmoniker.at>

<https://erster-weltkrieg.wien.gv.at/site/>

Quellen: Präsidienkanzlei, Stadt Wien

Foto: Carina Karlovits / HBF



Ein Blick auf Sarajevo, wo sich bereits am Nachmittag des 28. Juni Menschen versammelten, um das Gedenk-Konzert der Wiener Philharmoniker auf einer großen Videowand mitverfolgen zu können.

Feierliches Gedenken an das Attentat von Sarajevo

LH Pröll auf Schloß Artstetten: »Geschichte wach und lebendig halten«

Am 28. Juni auf den Tag genau vor 100 Jahren fand in Sarajevo das Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin Herzogin Sophie von Hohenberg statt. Zum 100. Jahrestag wurde auf Schloß Artstetten, wo sich die letzte Ruhestätte des ermordeten Thronfolgerpaares befindet, eine große Gedenkveranstaltung abgehalten.

An diesem „historischen Ort unserer Heimat“ sei heute der „Atem der Geschichte“ zu spüren, und damit verbunden sei die Aufforderung, „stets unsere Geschichte wach zu halten“, sagte Landeshauptmann Erwin Pröll in seiner Festrede. Dies sei in Niederösterreich etwa mit der laufenden Schallaburg-Ausstellung zum Ersten Weltkrieg, mit dem geplanten „Haus der Geschichte“ in St. Pölten oder auch hier in Artstetten der Fall, so Pröll: „Hier wird Geschichte den Menschen zugänglich gemacht.“

Europa habe aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg die richtigen Lehren gezogen, meinte der Landeshauptmann: „Krieg hat schon lange keinen Platz mehr auf unserem Kontinent.“ Umso wichtiger sei es, „mit Sensibilität und Bewußtsein für die Geschichte die Geschichte wach und lebendig“ zu halten, betonte er. Das Gedenken an den Ersten Weltkrieg habe auch eine wichtige europäische Facette, so Pröll: „Wer Frieden will, der muß Europa stärken.“

Die „Hausherrin“ von Schloß Artstetten und Urenkelin Franz Ferdinands, Anita Hohenberg, betonte die Bedeutung von Schloß Artstetten als „ideelles und wertvolles Kleinod“, das für BesucherInnen aus dem In- und Ausland geöffnet sei: „Wir wollen heute auch ein Zeichen des Friedens setzen.“

An die 120 direkte Nachfahren von Erzherzog Franz Ferdinand und Herzogin Sophie von Hohenberg, rund 100 Mitglieder der Familie Habsburg-Lothringen, über 500 Vertreter von 70 Traditionsregimentern und zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Diplomatie fanden sich auf Schloß Artstetten ein, um nicht nur dem ermordeten Thronfolgerpaar, sondern auch allen Opfern des Ersten Weltkrieges zu gedenken. Die Feierlichkeiten begannen bereits am Vormittag mit einem Requiem in der Basilika



Foto: NÖ Landespressesdienst / Pfeiffer

v.l.: »Hausherrin« Anita Hohenberg, Erzherzog Ferdinand Zvonimir von Habsburg-Lothringen und Landeshauptmann Erwin Pröll mit Gattin Elisabeth

Maria Taferl, das von Kardinal Christoph Schönborn gemeinsam mit Diözesanbischof Klaus Küng und Alt-Abt Gregor Henckel-Donnersmark zelebriert wurde. Im Zuge der Gedenkfeier vor dem Schloß Artstetten kam es am Nachmittag nach dem Aufmarsch der Traditionsregimenter zum Abschreiten der Front durch den Landeshauptmann und Erzherzog Ferdinand Zvonimir, dem 17jährigen Urenkel des letzten Kaisers Karl I. Nach dem Totengedenken mit Kranzniederlegung in der Familiengruft und der Segnung der Fahnenbänder wurden u. a. an Landeshauptmann Pröll und Erzherzog Ferdinand Zvonimir die eigens für diesen Tag produzierten Gedenkmedaillen überreicht.

Auf Schloß Artstetten ist auch heuer eine Sonderausstellung zu besichtigen:

»Regieren und Verlieren«

ist der kurzen, zweijährigen Regierungszeit von Kaiser Karl, dem bis dato „unbekannt“ letzten Kaiser Österreichs, gewidmet. Sie kann durchaus als Fortsetzung des Hauptthemas des Museums bezeichnet werden, das Erzherzog Franz Ferdinands Leben und Wirken, seine politischen Ideen und Ziele anschaulich nachvollziehbar macht. Carl Franz Joseph war der Neffe von Erzherzog

Franz Ferdinand und Herzogin Sophie. Erzherzog Franz Ferdinand hatte ihn in seine Pläne für die Zukunft Österreich-Ungarns weitestgehend eingeweiht, da nach Franz Ferdinands Verzichtserklärung für seine eigenen Nachkommen im Jahr 1900 Karl in der Thronfolge an die zweite Stelle rückte.

Zu den Highlights der unzähligen (größtenteils staatlichen) Leihgaben gehören eine Kopie der ungarischen Stephans-Krone aus dem Mobiliendepot (das Original wird in Budapest aufbewahrt, die in Artstetten gezeigte Kopie wurde für die Aufbahrung und das Begräbnis des ungarischen Königs verwendet), das Festkleid, das der vierjährige Kronprinz Otto bei der Krönung seines Vaters trug, ein kostbares Gewand aus Goldbrokat und Hermelin, der Uniformrock eines Majors des k.u.k. Infanterieregiments 39 aus dem Besitz von Erzherzog Carl, dem späteren Kaiser Karl...

■ <http://www.schloss-artstetten.at>

Lesen Sie mehr über dieses feierliche Gedenken in der „Österreich Journal“-Ausgabe 133, die ab dem Abend des 31. Juli verfügbar sein wird und über die aktuelle Sonderausstellung auf Schloß Artstetten in der „Österreich Journal“-Ausgabe 129 vom 4. April 2014.

Zum 100. Todestag von Bertha von Suttner:

Frieden und Krieg

Staatsakt in der Österreichischen Nationalbibliothek – Festakt auf Schloß Harmannsdorf, dem ehemaligen Wohnsitz Bertha von Suttners



Foto: Carina Karlovits/HBF

Bundespräsident Heinz Fischer bei seiner Rede anlässlich des Staatsakts in der Österreichischen Nationalbibliothek

Am 18. Juni lud Bundespräsident Heinz Fischer zum Staatsakt „Frieden und Krieg“ in die Österreichische Nationalbibliothek. Die Gedenkveranstaltung war der berühmten Pazifistin Bertha von Suttner gewidmet, die am 21. Juni 1914 starb. Gleichzeitig wurde an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren erinnert, der bis 1918 über 17 Millionen Tote forderte.

Begrüßt wurden die zahlreichen hochrangigen Gäste von Generaldirektorin Johanna Rachinger. In seiner Rede zu „Frieden und Krieg“ spannte der Bundespräsident den Bogen von den vergeblichen Warnungen der Friedensnobelpreisträgerin vor 1914 bis zum aktuellen Ukraine-Konflikt. Lesen Sie hier ist deren Originalwortlaut:

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Frau Präsidentin des Nationalrates, geschätzte Mitglieder der österreichischen Bundesregierung, Exzellenzen, die Damen

und Herren Botschafter, verehrte Vertreter der Religionsgemeinschaften, sehr geehrte Abgeordnete zum Österreichischen Nationalrat und Bundesrat, sehr geehrter Herr Präsident des Obersten Gerichtshofes, sehr geehrte Frau Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek als unsere Gastgeberin, geschätzte Vertreter des österreichischen Bundesheeres, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste!

Krieg und Frieden, bellum et pax oder Polemos kai Eirene sind machtvolle Worte und Begriffe, die in der Geschichte der Menschheit eine gravierende und entscheidende Rolle spielen.

Wir haben die Reihenfolge dieser beiden Worte im Titel für die heutige Gedenkveranstaltung vertauscht und den Frieden vorangesetzt.

Einerseits, weil der 100. Todestag von Bertha von Suttner, also jener Frau, die den Frieden zum Programm ihres Lebens ge-

macht hat, ja einige Wochen vor dem 100. Jahrestag des Ausbruches des Ersten Weltkrieges liegt.

Vor allem aber auch deshalb, weil wir dem Frieden in sichtbarer Weise Vorrang einräumen wollen.

Der Frieden ist ein hohes Ziel, eines der allerhöchsten für die zivilisierte Gesellschaft und für den einzelnen Menschen.

Frieden ist zwar nicht alles.

Aber ohne Frieden ist alles nichts.

Der Krieg hingegen ist ein entsetzliches Übel, eine Geißel der Menschheit, die Männer, Frauen und Kinder zu Tausenden und seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu Millionen vernichtet und ganze Länder verwüstet hat.

Und dennoch immer und immer das gleiche Bild: Die Menschen wollen Frieden und führen immer wieder Krieg – bis in die jüngste Vergangenheit und in die unmittelbare Gegenwart.

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

Auch im 21. Jahrhundert ist die Kriegsgefahr – wie wir alle wissen – keineswegs gebannt, auch wenn ich das Territorium der EU als eine Art Sicherheits- und Friedenszone betrachte.

Si vis pacem para bellum – also: ‚Wenn du den Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor‘ hieß ein Merksatz aus dem antiken Rom. Viel weiter sind wir auch heute noch nicht.

Ich weiß schon, daß ein Stück Logik, ja sogar ein Stück guter Absicht damit verbunden sein kann, nämlich die Absicht, einen potentiellen Angreifer durch entsprechende Vorkehrungen abzuschrecken.

Aber kann das wirklich dauerhaft Frieden bringen?

Ist das nicht immer wieder die Keimzelle eines Rüstungswettlaufes?

Langfristige Friedenspolitik erfordert mehr. Sie muß bei den Wurzeln und Ursachen des Krieges ansetzen, muß den Rüstungswettlauf bekämpfen, muß extreme Ungleichheiten bei der Verteilung von Lebenschancen zwischen verschiedenen Völkern und Regionen soweit wie möglich ausgleichen, muß Lösungsmöglichkeiten für internationale Spannungen und internationale Unrecht suchen und anbieten.

Mit anderen Worten: Wir müssen den nationalen Rechts- und Sozialstaat zum internationalen Rechts- und Sozialstaat weiter entwickeln.

So gehören z.B. die Millenniumsziele der Vereinten Nationen meines Erachtens zu den wichtigsten globalen Friedensinitiativen.

Meine Damen und Herren!

Ich betrachte mich nicht als Pazifist im traditionellen Sinn des Wortes, sondern bekenne mich zur Kombination von Friedenspolitik und Landesverteidigung.

Selbst- und Landesverteidigung ist im Völkerrecht anerkannt und auch in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Im Art. 51 der UNO-Charta heißt es: ‚Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung‘. Das sind klare Worte. Die Aggression, nicht die Verteidigung widerspricht der Friedenspolitik. So verstehe ich auch die Rolle des österreichischen Bundesheeres.

Umso mehr muß man aber zu militärischen Aktionen, die über Landesverteidigung hinausreichen, einen sorgfältigen Trennungsstrich ziehen.



Foto: Carina Karlovits/HBF

Bundespräsident Heinz Fischer: »Wir müssen den nationalen Rechts- und Sozialstaat zum internationalen Rechts- und Sozialstaat weiter entwickeln.«

Selbst die so genannte ‚Responsibility to Protect‘, also das militärische Eingreifen in anderen Ländern, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden oder behauptet werden, kann meines Erachtens ohne grünes Licht durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht zur Regel gemacht werden, weil die Frage unregelt ist, wer, wann unter welchen Voraussetzungen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen darf, wer darüber entscheidet, ob die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen und welche Eskalationsstufen zulässig sind.

So wie das Faustrecht zur Lösung individueller Konflikte im Rechtsstaat überwunden ist, muß auch das Recht des Stärkeren im internationalen Rechtsstaat überwunden werden – wobei das Wort Recht bei den Begriffen ‚Faustrecht‘ oder ‚Recht des Stärkeren‘ ohnehin fehl am Platze ist.

Eines darf der Krieg unter keinen Umständen sein: Nämlich die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Genau gegen diesen Grundsatz haben offenbar zahlreiche europäische Nationen in den Monaten und Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges verstoßen. Und kaum jemand hat dies und die daraus entstehenden Gefahren so klar erkannt wie Bertha von Suttner, die Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 1905.

Wenn sie zum Beispiel warnte: ‚Die Menschheit muß mit dem Krieg Schluß machen, da sonst der Krieg mit der Menschheit Schluß macht‘, dann hat sie eine Wahrheit und Weisheit formuliert, deren Befolgung im 20. Jahrhundert Dutzenden Millionen Menschen das Leben gerettet hätte.

Sie war die Cassandra der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.

Eine Seherin, die ganz so wie die trojanische Prinzessin bei Homer das Übel genau kommen gesehen hat, davor aus Leibeskräften gewarnt hat, aber keinen Glauben gefunden hat.

Ihre Warnungen verhallten ungehört.

Bertha von Suttner verstarb am 21. Juni 1914.

Sieben Tage nach ihrem Tod fielen der Thronfolger Kronprinz Franz Ferdinand und seine Gattin in Sarajevo einem Attentat zum Opfer. Wenige Wochen später erfolgte das verhängnisvolle Ultimatum von Österreich-Ungarn an Serbien und kurz darauf folgte ein Stakkato an wechselseitigen Kriegserklärungen, sodaß bald ganz Europa in Flammen stand.

Dem Wirken und der Person von Bertha von Suttner, aber auch ihres aufrüttelnden Buches unter dem Titel ‚Die Waffen nieder‘, wollen wir daher heute besonders gedenken.

Meine Damen und Herren!

Hundert Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wird noch immer die Frage nach der Schuld am Ausbruch dieser Jahrhundertkatastrophe gestellt. Und noch immer ist spürbar, daß die Antwort auf diese Frage aus der Sicht der einzelnen an diesem Krieg beteiligten Nationen, aber auch aus der Sicht verschiedener Historiker, durchaus unterschiedlich ausfällt, oder zumindest unterschiedliche Akzente aufweist. Außerdem ist dieses Ereignis noch immer geeignet Emotionen auszulösen.

Wahr ist, daß der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand – wie schon gesagt – in Sarajewo ermordet wurde. Wahr ist, daß das verhängnisvolle Ultimatum vom 23. Juli 1914 in Wien formuliert wurde.

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

Wahr ist, daß die Österreichisch-Ungarische Monarchie ihren Anteil an der Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu tragen hat.

Wahr ist aber auch, daß andere Faktoren, andere Personen und andere Länder ebenfalls ihren jeweiligen Anteil an der verhängnisvollen Entwicklung vor 100 Jahren haben.

Das alles hindert uns nicht, zu den kriegführenden Staaten des I. Weltkrieges und natürlich auch zu den jungen Staaten des westlichen Balkan heute ausgezeichnete und vorurteilsfreie Beziehungen zu haben.

Aus österreichischer Sicht sind die Wunden aus dieser Zeit verheilt.

Eines soll aber nicht übersehen werden, um daraus zu lernen: Daß es nämlich Zusammenhänge zwischen der Entwicklung unmittelbar nach dem I. Weltkrieg und dem Ausbruch des II. Weltkriegs gegeben hat.

Ich meine das nicht im Sinne einer unentworfenden Kausalität, sondern ich meine es in dem Sinn, daß in den besiegten Staaten durch die als besonders hart empfundenen Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon revanchistische Stimmungen und nationale Aufwallungen einen verhängnisvollen Rückenwind erhalten haben.

Tatsache ist, daß nicht einmal 21 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges von Hitlers Großdeutschland der Zweite Weltkrieg begonnen wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Beweis für die von mir beharrlich vertretene These, daß die Menschen sehr wohl aus der Geschichte lernen und Lehren ziehen können, nenne ich die völlig unterschiedliche Vorgangsweise der Siegermächte – und letztlich aller Beteiligten – nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg.

Während vor allem Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg daran gehindert werden sollte, jemals wieder ein mächtiger und gleichberechtigt mitentscheidender Staat in Europa zu sein und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg mehr als vier Fünftel seines Territoriums verlor, waren kluge Staatsmänner nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa bemüht, Voraussetzungen für eine langfristige, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der ehemaligen Kriegsgegner – zunächst in Westeuropa – zu schaffen.

Die Ideen, die dabei entwickelt wurden, waren ganz andere als jene, die in den Friedensverträgen nach dem Ersten Weltkrieg zum Ausdruck kamen.

Es waren Ideen der Versöhnung und der Zusammenarbeit, die inzwischen zur Europäischen Union geführt haben / die letztlich auch die Teilung Europas in Ost und West überwunden und die in weiten Teilen Europas die längste Friedensperiode seit vielen Jahrhunderten zur Folge haben.

Dennoch bleiben die Mahnungen und Warnungen aus der Zeit des Hineinschlitterns in den Ersten Weltkrieg aktuell und wichtig.

Denn außerhalb Europas, aber auch beim Krieg zwischen den Nachfolgestaaten Jugoslawiens in den 90er-Jahren konnten und können wir deutlich sehen, daß die Kriegslöge unter bestimmten Voraussetzungen nach wie vor im Stande ist, die Friedenslöge zu verdrängen und unwirksam zu machen.

Gerade jetzt, wo wir das Gedenken über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren im Kopf haben, und wo die teilweise hilflosen und wenig durchdachten Aktionen verschiedener Staatskanzleien im Vorfeld des Ersten Weltkrieges minutiös rekonstruiert und analysiert werden, kann man deutlich erkennen, wie sehr man in den internationalen Beziehungen und besonders im Spannungsfeld zwischen Krieg und Frieden einen klaren Kompaß benötigt.

Und die Magnetnadel dieses Kompasses muß auf friedliche Problemlösung gerichtet sein.

Mir wird immer ein Satz von Willy Brandt in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahre 1971 im Gedächtnis bleiben, wo er sagt: ‚Der Krieg ist nicht die ultima ratio, sondern die ultima irratio.‘ Auf diesen Satz muß auch der Kompaß eingestellt sein, wenn über die nächsten Schritte im Zusammenhang mit dem Kon-



Foto: Carina Karlovits/HBF

Der Bundespräsident mit seiner Frau Margit, Bundeskanzler Werner Faymann und TeilnehmerInnen am Staatsakt bei der Besichtigung der Ausstellung »An Meine Völker!«, die an den Ausbruch und die Schrecken des Ersten Weltkriegs erinnert.

Österreich, Europa und die Welt – »1914 – 2014«

flikt rund um die Ukraine nachgedacht wird. Das beginnt schon damit, daß es falsch wäre, ein Land wie die Ukraine gewissermaßen vor die Wahl zwischen der Europäischen Union und Rußland zu stellen.

Es sollte klar sein, daß es für die Ukraine und für alle Beteiligten besser ist, wenn nach beiden Richtungen gute und faire Beziehungen aufgebaut werden.

Noch klarer ist allerdings, daß bestehende Grenzen nicht unter militärischem Druck einseitig und unter Außerachtlassung aller völkerrechtlichen Prozeduren verschoben werden dürfen. Eine solche Vorgangsweise muß klar und eindeutig mißbilligt werden.

Es ist aber eine wichtige und logische Konsequenz des Friedensgedankens, auch und gerade in solchen Situationen Kommunikationskanäle offenzuhalten, Gespräche zu führen und – so schwierig das auch sein mag – Vertrauen aufzubauen.

Dies wird im konkreten Fall der Ukraine durch die erfolgreiche und im Großen und Ganzen fair verlaufene Wahl eines neuen Präsidenten erleichtert, der die Autorität hat, substantielle Verhandlungen mit Rußland und Europa zu führen und eine zukunftsorientierte Nachbarschaftspolitik und Wirtschaftspolitik für die Ukraine zu entwickeln.

Politik heißt immer auch, mit dem Kopf des jeweiligen Gegenübers zu denken. Die Ukraine muß auch mit dem Kopf Rußlands denken und Rußland mit dem Kopf der Ukraine. Das gilt natürlich auch für die Beziehungen zwischen Europa und Rußland, bzw. Europa und der Ukraine.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

So ist also der 100. Todestag der Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner und der 100. Jahrestag des Ausbruches des 1. Weltkrieges nicht nur ein wichtiges historisches Datum, sondern auch eine gute Gelegenheit, über aktuelle Aufgaben der Friedenssicherung nachzudenken und ein gemeinsames Bekenntnis gegen die Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen abzulegen.

Die Neutralität Österreichs, die Mitgliedschaft in der EU, das Bundesheer als Instrument der Friedenssicherung, die Mitarbeit in den Vereinten Nationen und an Friedensmissionen der UN, die Bereitschaft zum Dialog auch in schwierigen Situationen und viele andere Aktionen der österreichischen Politik sind Beweis dafür, daß Österreich bemüht ist, dem Frieden zwischen den Menschen und Völkern nicht nur mit Worten, sondern auch durch Taten zu dienen.



Foto: Andy Wenzel / BKA

Bundeskanzler Werner Faymann bei seiner Festrede bei dem Gedenktakt in der Österreichischen Nationalbibliothek.

Ich danke allen, die zum Zustandekommen dieser Veranstaltung beigetragen haben und ich danke Ihnen für die Teilnahme an dieser Gedenkstunde, die das Ziel hat, den Friedensgedanken zu stärken.“

Bundeskanzler Werner Faymann: Bekenntnis zu Frieden, Europa und Demokratie muß unumstößlich sein

„Der heutige Festakt ist ein Gedenken an den Ersten Weltkrieg und zugleich eine Erinnerung an Bertha von Suttner, die Zeit ihres Lebens für ein friedliches Miteinander aller Staaten eingetreten ist“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann beim Staatsakt der Republik und erinnerte daran, daß Bertha von Suttner nur eine Woche vor dem Attentat in Sarajewo verstarb, welches in der Folge zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs führte. „Den mörderischen Krieg mit 17 Millionen Toten hat die Pionierin des Pazifismus nicht mehr erlebt. Die Mechanismen, die dazu führten, waren ihr aber völlig bewußt. Bertha von Suttner war ihrer Zeit weit voraus und hat frühzeitig vor einem industriellen Massenvernichtungskrieg gewarnt. Für ihren Einsatz wurde sie 1905 als erste Frau mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet“, so Faymann. Doch Bertha von Suttner, die den Frieden als „die Grundlage des Glücks“ bezeichnet habe, sei von manchen ihrer Zeitgenossen als „Friedensbertha“ abgekanzelt worden. In der Rückschau auf das 20. Jahrhundert habe sich ihr unbeirrbares Mahnen aber auf beeindruckende Weise bestätigt.

„1914 hat auch in Österreich Kriegsbegeisterung geherrscht. Die europäischen Eliten haben Krieg als ein legitimes Mittel der Politik gesehen. Mit Propaganda wurden Haß und Vorurteile geschürt“, so der Kanzler. Es sei als wertvolles Erbe von Suttner zu betrachten, daß heute die Überzeugung vorherrscht, daß Rüstung nicht den Frieden sichert, sondern den Krieg vorbereitet. Auch die Wachsamkeit gegenüber nationalistischer Hetze und die Stärkung internationaler Organisationen als Instanzen der Mediation würden in der damaligen Friedensbewegung wurzeln.

„Bertha von Suttner hatte schon 1892 die Vision eines friedlichen, europäischen Staatenbundes. Diesen Weg ist Europa nach dem Zweiten Weltkrieg gegangen. Die Integration Europas war die einzig richtige Lehre, die man aus dem grausamen Erleben ziehen konnte“, sagte Faymann. Die Entwicklung hin zur Europäischen Gemeinschaft von heute sei der richtige Weg gewesen: „Denn die Tatsache, daß wir seit fast 70 Jahren Frieden in den am Integrationsprozeß beteiligten Ländern haben, gibt jenen Recht, die schon damals forderten: ‚Die Waffen nieder!‘“

Mit Blick auf den aktuellen Konflikt in der Ukraine betonte der Bundeskanzler, daß Österreich sich – ganz im Sinne Bertha von Suttners – für Deeskalation und Verhandlungen einsetze: „Wir sehen unsere Aufgabe als Brückenbauer und Vermittler, die mit ruhiger, aber unbeirrbarer Stimme für gegenseitiges Verständnis werben und auf die Einhaltung des Völkerrechts pochen.“

Foto: Bundesministerium für Europa, Integration und Äusseres



Außenminister Sebastian Kurz zum Gedenken an Bertha von Suttner

„Wenn wir auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts zurückblicken und uns die Frage stellen, was die politischen Verantwortlichen von heute daraus lernen müssen, dann sei eines gesagt: daß das Bekenntnis zum Frieden, das Bekenntnis zu Europa und das Bekenntnis zur Demokratie unumstößlich sein müssen. „Die Waffen nieder!“ ist so aktuell wie vor 100 Jahren“, so der Bundeskanzler abschließend.

Die musikalische Umrahmung der Gedenkfeier gestaltete ein Quartett des ORF Radio-Symphonieorchesters Wien. Es präsentierte Anton von Weberns Lieder „Abendland“ nach Gedichten Georg Trakls. Anschließend besuchten die Gäste den Prunksaal der Österreichischen Nationalbibliothek. Dort erinnert derzeit die Ausstellung „An Meine Völker!“ an den Ausbruch und die Schrecken des Ersten Weltkriegs.

**Außenminister Sebastian Kurz:
Außenpolitik für Frieden und Einhaltung
der Menschenrechte in aller Welt**

„Im Geiste Bertha von Suttners, der visionären Kämpferin für den Frieden, setzt sich die österreichische Außenpolitik für den Frieden und die Einhaltung der Menschenrechte in aller Welt ein“, so Außenminister Sebastian Kurz zum Gedenken an die österreichische Friedensnobelpreisträgerin.

„Die Waffen nieder“, der Titel des berühmtesten Romans Bertha von Suttners, war zugleich Programm und wichtigstes Lebensziel dieser bemerkenswerten Frau. Bertha von Suttner war nicht nur die erste Frau, die den Friedensnobelpreis erhielt, sie war es auch, die ihren Freund und Gönner Alfred

Nobel zur Stiftung des Friedensnobelpreises inspirierte. Als Schriftstellerin und Vortragende war sie die Galionsfigur einer weltweiten Friedensbewegung. Entgegen dem Trend ihrer Zeit stellte sie sich unbeirrbar gegen nationalen Fanatismus, gegen aggressiv



Foto: NÖ Landespressesendienst/Fitzwieser

Nach dem Festakt auf Schloß Harmannsdorf (v.l.): Leopold Winkelhofer (Bürgermeister von Burgschleinitz-Kühnring), Landeshauptmann Erwin Pröll und Schloßherr Dieter Glawischnig

sive Parolen von Kriegstreibern, Haßpredigern und Antisemiten. Sie erkannte die zerstörerische Kraft dieser Ideologien und meinte prophetisch: „Der nächste Krieg wird von einer Furchtbarkeit sein wie noch keiner seiner Vorgänger.“

Der Einsatz für Frieden und Freiheit verbindet Bertha von Suttner mit der Europäi-

schen Union, die die Einigung Europas erzielte und der es gelang, nach den großen kriegerischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen. Dadurch wurde die Europäische Union zum erfolgreichsten Friedensprojekt unserer Zeit.

**Niederösterreichs Landeshauptmann
Erwin Pröll: Mit Kultur werden keine
Kriege geführt**

In der Sala Terrena des barocken Schüttekastens von Schloß Harmannsdorf, dem ehemaligen Wohnsitz Bertha von Suttners, wurde am 21. Juni aus Anlaß des 100. Todestages der Friedensnobelpreisträgerin ein vom Internationalen Bertha von Suttner Verein veranstalteter Festakt abgehalten. Schloß Harmannsdorf, auch Sitz des Vereins, war zentrale Stätte des Lebens und Wirkens von Bertha von Suttner. Neben Erzählungen und Friedensschriften verfaßte sie hier auch zwischen 1887 und 1889 ihren berühmten Roman „Die Waffen nieder“.

In diesen Tagen an Bertha von Suttner zu denken, sei umso wichtiger, weil zum einen nach einer so langen Phase des Friedens

kriegerische Auseinandersetzungen hierzulande gar nicht mehr denkbar seien, die Ereignisse wenige 100 Kilometer von hier in der Ukraine aber zeigten, daß Friede und Freiheit keine Selbstverständlichkeit seien und jeden Tag aufs Neue erarbeitet werden müßten, betonte dabei Landeshauptmann Erwin Pröll.

„Bertha von Suttner ist ein gutes Beispiel für den Weg in die Zukunft: Sie hat als Vorkämpferin für die Rechte der Frauen die gesellschaftlichen Normen kritisch hinterfragt und mit ihrer Eigeninitiative gezeigt, daß jedermann einen Beitrag leisten kann, daß sich die Gesellschaft im friedlichen Miteinander weiterentwickelt“, sagte der Landeshauptmann.

Er glaube nicht, so Pröll weiter, daß die Menschheit nicht in der Lage sei, aus der Geschichte zu lernen, letztlich sei die gesamte europäische Entwicklung eine Konsequenz aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. „Was Niederösterreich dazu beitragen kann, ist zum einen eine sensible und vernünftige Nachbarschaftspolitik im Sinne eines Zusammenwachsens des alten und neuen Europa und zum zweiten die Forcierung einer Kulturpolitik, die als wesentliches Friedensinstrument Menschen zusammenführt. Mit Kultur werden keine Kriege geführt“, so der Landeshauptmann abschließend.

Der Internationale Bertha von Suttner Verein

Bertha von Suttner war zu Lebzeiten eine der drei bekanntesten Frauenpersönlichkeiten der Welt. Zentrale Stätte ihres Lebens und Wirkens war Schloß Harmannsdorf. Dieses ist auch Sitz des Internationalen Bertha von Suttner Vereins. Dessen Ziel ist es, die Arbeitsgebiete und Anliegen der Trägerin des Friedensnobelpreises der breiten Bevölkerung zugänglich zu machen. Die wichtigsten Arbeitsgebiete Bertha von Suttners waren: Kampf um die Erreichung des Weltfriedens und der Völkerverständigung, Errichtung eines Europäischen Staatenbundes, Sicherstellung der Rechte der Frauen, Bekämpfung des Antisemitismus und Verbesserung der Jugenderziehung.

Diesen Themen widmet sich auch der Verein in Form von Symposien, Seminaren, Ausstellungen, Konzerten und anderen Veranstaltungen. Heimstätte für diese Aktivitäten soll der barocke Schüttkasten im Park des Schlosses Harmannsdorf werden, in dem auch Bertha von Suttner Theateraufführungen abhielt.

Bertha von Suttner

1843 am 9. Juni als Bertha Gräfin Kinsky in Prag geboren, Tochter des pensionierten Feldmarschall-Leutnants der k. k. Armee Franz Joseph Graf Kinsky.

1873-75 Gesellschafterin und Erzieherin der vier Töchter des Freiherrn von Suttner in



Foto:

Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner

Wien. Sie verliebt sich in den jüngsten Sohn der Familie, Arthur.

1876 arbeitet sie einige Wochen als Sekretärin des in Paris lebenden schwedischen Industriellen Alfred Nobel, kehrt aber nach Wien zurück, um Arthur heimlich zu heiraten.

1876-85 Das Ehepaar Suttner lebt neun Jahre in Georgien, der Einladung der Fürstin von Migrelien folgend. Die großen Opfer im russisch-türkischen Krieg, der auch in Georgien ausgefochten wurde, sensibilisieren sie für ein aktives Friedensengagement.

1885-1902 Bertha und Arthur Suttner leben auf dem der Familie Suttner gehörenden Schloß Harmannsdorf. Nach dem Tod Arthurs übersiedelt Bertha nach Wien.

1889 Der Antikriegsroman Bertha von Suttners „Die Waffen nieder!“ erscheint und wird ein großer Erfolg. Er wird in viele Sprachen übersetzt.

1891 Bertha von Suttner begründet die „Österreichische Friedensgesellschaft“ und wird deren Präsidentin. Mitbegründung des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“.

1895 Alfred Nobel stiftet in seinem Testament – neben den Preisen für Physik, Chemie, Medizin und Literatur – den nun nach ihm benannten Friedenspreis, zur Auszeichnung jener Persönlichkeit, die „am meisten oder am besten für die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung der stehenden Heere sowie die Anordnung und Förderung von Friedenskongressen gewirkt hat“.

1899 Mehrere Monate berichtet Bertha von Suttner aus Den Haag für österreichische Zeitungen über die dort tagende Staatenkonferenz zu Friedensfragen.

1905 Bertha von Suttner erhält den Friedensnobelpreis.

1914 stirbt Bertha von Suttner am 21. Juni in Wien. Sieben Tage später fallen die Schüsse in Sarajewo und lösen den Ersten Weltkrieg aus. ■

<http://www.berthavonsuttner.at>

Quellen: Präsidentschaftskanzlei, Bundespressediens/Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Internationaler Bertha von Suttner Verein, Schloß Harmannsdorf

Staatsarchiv: Virtuelle Ausstellung zum Ersten Weltkrieg

Historisch bedeutsame Dokumente erstmals digital zugänglich

Das Österreichische Staatsarchiv macht in einer virtuellen Ausstellung rund 5000 digitalisierte Archivalien über den Ersten Weltkrieg zugänglich. Diese sind in 23 Themengruppen geordnet und umfassen welthistorisch bedeutsame Dokumente wie etwa die Kriegserklärung an Serbien, die Prozeßprotokolle gegen die Sarajewo-Attentäter, Akten und Dokumente zur operativen Kriegsführung und Kriegspropaganda oder das Protokoll der Waffenstillstandsverhandlungen in der Villa Giusti.

Zentrale Quellen zu den sozialen wie politischen Verhältnissen im Hinterland sind ebenso präsent wie Dokumentationen zu Revolten, politischen Protesten und Massendemonstrationen in der kriegswichtigen Rüstungsproduktion. Sie werden den wichtigsten diplomatischen Akten (Mobilisierungsbefehl, Kriegserklärungen, Proklamation des Heiligen Krieges etc.) gleichsam gegenübergestellt. Das fotografische Material ist zum größten Teil den ca. 300.000 Stück umfassenden Beständen der Fronten-, Nachlass- und Albensammlung des Kriegsarchivs entnommen, darunter herausragende Meisterwerke der frühen Lichtbildkunst und der Kriegsreportage (vgl. Wolfgang Maderthaler/Michael Hochedlinger, „Untergang einer Welt. Der Große Krieg 1914-1918 in Photographien und Texten“, Wien 2013).

Schließlich werden – über volle vier Jahre, exakt an den jeweils korrespondierenden Tagen – die Tagebucheinträge des literarisch tätigen Generals Karl Schneller jenen Lageberichten gegenübergestellt, die täglich vom Armeeoberkommando für den Kaiser und Obersten Kriegsherren erstellt wurden. Der vielseitig begabte k.u.k. Generalstabs-offizier Karl Schneller (1878-1942) war während der Jahre 1914-1917 eine der zentralen Persönlichkeiten des österreichisch-ungarischen Armeeoberkommandos (AOK). Als Mitglied der Operationsabteilung leitete er das Pressewesen des AOK und wurde als Berichterstatter an die Front entsandt. Das mit Insiderwissen prall gefüllte persönliche Tagebuch steht an Bedeutung gewiss keinem anderen „Ego-Dokument“ des Großen Krieges nach. ■

<http://wk1.staatsarchiv.at>

Unverstandene Stimme aus der Vergangenheit

Am 21. Juni 1914 starb die österreichische Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner 71jährig in Wien. Die Österreichische Mediathek bewahrt ein einzigartiges Objekt, das an diese große Friedensaktivistin erinnert: Die einzig erhaltene Stimmaufnahme von Bertha von Suttner.

Das auf einem unscheinbaren Phonographenzylinder aufgezeichnete Stimmporträt wurde vor drei Jahren im Nachlaß des Schellack-Sammlers Günther Schifter entdeckt, digital gesichert und im Speicher der Österreichischen Mediathek archiviert.

Der Inhalt der Aufnahme ist trotz digitaler Restaurierung sehr schwer verständlich, es ist leider nach wie vor nicht möglich, ein vollständiges Transskript der Aufnahme herzustellen.

Unter den wenigen verständlichen Passagen kann jedoch Suttners Mahnruf „Die Waffen nieder!“ herausgehört werden... ■

http://www.mediathek.at/ueber_die_mediathek/schnellseiten/die_stimme_von_tante_boulotte



Foto: Österreichische Mediathek

Alle wollen Steuerentlastung...

... das Wie bleibt umstritten – Dringliche Anfrage im Nationalrat provoziert heftige Debatte um Vermögenssteuern

Der in der Öffentlichkeit zwischen den Parteien ausgebrochene Zwist um eine Steuersenkung und Steuerreform fand am 12. Juni im Nationalrat seine Fortsetzung. Nachdem sich das Team Stronach in einer Dringlichen Anfrage an Finanzminister Michael Spindelegger mit Nachdruck gegen Vermögenssteuern ausgesprochen hatte, legten die Parteien ihre Standpunkte nochmals dar, wobei auch die unterschiedlichen Auffassungen der beiden Regierungsparteien einmal mehr deutlich wurden.

Einig in der Analyse, uneinig im Weg

Finanzminister Spindelegger bekräftigte in seiner Antwort, keine neuen Steuern einführen zu wollen, und plädierte hingegen für eine Entlastung des Mittelstands. Für eine Steuerreform und Steuersenkung müsse erst der nötige Spielraum geschaffen werden. Im Gegensatz dazu machten sich die RednerInnen der SPÖ dafür stark, bei der Debatte über eine Steuerreform auch über eine stärkere Besteuerung von Kapital und Vermögen nachzudenken. Auch die Opposition war sich uneinig. Während sich die Grünen ebenfalls für eine Besteuerung von Kapital und Vermögen aussprachen, warnten neben dem Team Stronach auch die FPÖ und die NEOS vor weiteren Steuern und forderten umgehende Strukturformen ein.

Über die Parteigrenzen hinweg war man sich aber einig, daß die derzeitige Steuerbelastung zu hoch sei. Konsens bestand auch darin, daß man den Eingangsteuersatz senken, die Steuerkurve abflachen und die Besteuerung des Faktors Arbeit entlasten müsse. Mehrmals wurde betont, daß im Jahr 2014 erstmals die Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer jene aus der Umsatzsteuer übersteigen. „Wir leben von der Substanz“, so der Tenor.

Anträge der Opposition abgelehnt

Dennoch erhielten die in der Debatte eingebrachten Entschließungsanträge nicht die erforderliche Mehrheit. So sprach sich die FPÖ in Anlehnung an die Forderungen der Arbeiterkammern von Tirol und Vorarlberg dafür aus, den Eingangsteuersatz in der Lohn- und Einkommensteuer auf 25 Prozent zu senken sowie eine gesamte strukturelle



Foto: Bundesministerium für Finanzen

Vizekanzler und Finanzminister
Michael Spindelegger

Steuerreform einzuleiten. In einer namentlichen Abstimmung blieb der Antrag mit 64 Ja- und 91 Nein-Stimmen in der Minderheit.

Ebenso wenig kamen die Grünen mit ihrem Antrag durch, in dem sie die Entlastung des Faktors Arbeit und die Senkung des Eingangsteuersatzes auf 25 Prozent forderten. Auch die Idee des Team Stronach, eine Steuerverschwendungshotline einzurichten, bei der BürgerInnen anonym mögliche Unregelmäßigkeiten bzw. drohende Steuerverschwendungen aufzeigen können, fand keine ausreichende Unterstützung.

Nachbaur: Vermögenssteuer würde Mittelstand und Wirtschaftsstandort treffen

Katrin Nachbaur vom Team Stronach hielt den schwelenden Steuerstreit innerhalb der Regierung für kontraproduktiv und sah darin einen „inszenierten Klassenkampf“, der lediglich dazu diene, echte und umfassende Reformen nicht nur im Steuersystem, sondern auch in den Bereichen Pensionen, Bildung, Gesundheit, Verwaltung und Föderalismus zu vermeiden sowie eigene Proporzstrukturen unangetastet zu lassen.

In ihrer Anfrage unter dem Titel „Steuersenkung für unsere Leistungsträger statt Klassenkampf“ sprach sie sich im Namen ihrer Fraktion klar gegen Vermögenssteuern aus.

Die Steuervorschläge der SPÖ seien ein versteckter Angriff auf den Mittelstand, der ohnehin schon unter ständigem Kaufkraftverlust leide. Nachbaur setzte sich in diesem Zusammenhang auch kritisch mit der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank auseinander, die, wie sie zu bedenken gab, im Verein mit der Inflation zu einem Schmelzen der Sparguthaben geführt habe.

Vermögenssteuern seien aber auch eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort, warnte sie überdies und appellierte an die SPÖ, nicht Frankreich als Vorbild zu nehmen. Mit scharfen Worten kritisierte die Team-Stronach-Klubobfrau zudem auch die geplante Registriertassenpflicht und sprach von einer Kriminalisierung der Unternehmen. Vermögenssteuern könnten jedenfalls niemals eine Steuersenkung gegenfinanzieren, stand für Nachbaur außer Streit. Anstatt über neue Steuern nachzudenken, sollte die Regierung die wichtigsten Reformen angehen, mahnte sie und nannte das Pensionssystem, das Förderwesen, aber auch die Abwicklung der Hypo inklusive Untersuchungsausschuss.

Spindelegger: Keine Steuerreform auf Pump

Daß die Steuerlast gesenkt werden müsse, war auch für Finanzminister Michael Spindelegger klar. Es gehe nicht um das Ob, sondern um das Wie, betonte er. Zuerst gelte es, die Spielräume für die Reform zu erarbeiten, eine Steuerentlastung auf Pump komme nicht in Frage. Spindelegger forderte in diesem Sinn Strukturformen, die den Staat schlanker machen, und trat dafür ein, die Verwaltung auf allfällige Doppelgleisigkeiten zu hinterfragen, das faktische Pensionsalter anzuheben und die Effizienz bei den größten Postentriibern im Infrastrukturbereich zu steigern und Mehrfachförderungen zu beseitigen. Je eher diese Reformen verwirklicht werden, desto früher habe Österreich den nötigen Spielraum für eine Steuersenkung. Ziel seien dabei eine echte Entlastung des Mittelstands, insbesondere der Familien, sowie Vereinfachungen für die Unternehmen, unterstrich Spindelegger. Eine klare Absage erteilte der Finanzminister hingegen neuen Steuerbelastungen und einer neuen Umverteilung.

Innenpolitik

Vetter: Vermögenssteuer würde die breite Masse treffen

Georg Vetter (T) untermauerte das Nein seiner Fraktion zu Vermögenssteuern und argumentierte, diese würden längerfristig die breite Masse treffen. Es sei noch nie ein Land reicher geworden, das die Reichen ärmer gemacht hat. Auch habe es noch nie Nutzen gebracht, die eigenen Wohltäter zu verfolgen. Schwere Bedenken äußerte Vetter vor allem gegen die von den Sozialdemokraten diskutierte Registrierkassenpflicht, die seiner Meinung nach den Vorwurf der Steuerhinterziehung gegen eine bestimmte Berufsgruppe enthalte und der Diskriminierung einer Minderheit gleichkomme. Wenn die SPÖ die Registrierkassenpflicht für Wirte verlangt, dann werden die Wirte auch eine Registrierkassenpflicht für die Bundestheater, für die Staatsbetriebe und insgesamt auch für die Parteikassen der SPÖ fordern, bemerkte der Redner.

Schieder will Schiefelage im Steuersystem beseitigen

Das Steuersystem leide unter einer Schiefelage, die darin besteht, daß Einkünfte aus Kapital wesentlich niedriger besteuert werden als Arbeitseinkommen, erwiderte Andreas Schieder seitens der SPÖ. Für den Klubobmann der Sozialdemokraten lag daher der Schluß nahe, über Entlastungen im Lohnsteuerbereich und über eine stärkere Belastung des Vermögens nachzudenken. Auch gelte es, Lücken im Gesetz zu schließen, die nach wie vor Steuerhinterziehung ermöglichten. Er erwartete sich zudem von einer Entlastung des Faktors Arbeit wesentliche Impulse für die Wirtschaft und sprach in diesem Zusammenhang von einem kleinen Konjunkturpaket.

Lopatka: Zuerst Staatsausgaben reduzieren, dann Steuern senken

Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Österreich eine wirkliche Steuersenkung leisten kann, betonte ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka. Der Schlüssel zu einer echten Entlastung sei eine Kostendämpfung auf der Ausgabenseite. Handlungsbedarf ortete Lopatka dabei vor allem im Pensionssystem, insbesondere bei der Anhebung des faktischen Pensionsalters. Darüber hinaus sollten Einsparungspotentiale bei der ÖBB gehoben und Doppelgleisigkeiten im Förderwesen beseitigt werden. Vermögenssteuern seien sicherlich nicht der richtige Weg, unterstrich Lopatka und fühlte sich dabei auch durch die ehemaligen

SPÖ-Bundeskanzler Vranitzky und Gusenbauer bestätigt, die sich ebenfalls gegen eine Besteuerung der Substanz ausgesprochen hätten.

Fuchs fordert Steuerentlastung und Ausgabensenkung

Angesichts der hohen Abgabenquote müsse es zu einer massiven Steuerentlastung kommen, forderte Hubert Fuchs namens der FPÖ. Österreich habe kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Wer die Steuern senken will, müsse daher auch die öffentlichen Ausgaben reduzieren, stand für Fuchs fest, der allerdings eine diesbezügliche Bereitschaft bei beiden Regierungsparteien vermisste. Er drängte auf eine Senkung des Eingangsteuersatzes auf 25 Prozent und brachte einen entsprechenden Entschließungsantrag ein. Weiters sollte die kalte Progression durch eine regelmäßige Anpassung der Progressionsstufe beseitigt werden, auch gehe es um eine Entlastung bei den Sozialabgaben. Vermögenssteuern kamen für Fuchs nicht in Frage.

Glawischnig für Diskussion ohne Denkverbote

Grünen-Klubchefin Eva Glawischnig-Piesczek hielt eine Steuerreform für dringend notwendig und plädierte für eine Diskussion ohne Scheuklappen, bei der es vor allem gelte, das System auf seine Leistungs- und Steuergerechtigkeit hin zu hinterfragen. Glawischnig wandte sich dabei gegen jegliche Denkverbote und mahnte, Vermögenssteuern nicht ideologisch, sondern faktenorientiert zu sehen. Jedenfalls sollte der Umstand berücksichtigt werden, daß in Österreich Vermögen niedrig und Arbeit hingegen hoch besteuert werde.

Hable: Steuern müssen weniger, einfacher und gerechter werden

Neue Steuern seien der falsche Weg, stellte NEOS-Mandatar Rainer Hable fest, der echte Strukturreformen vermißte. Dies führe dazu, daß Österreich trotz Rekordsteuern nach wie vor Rekordschulden verzeichne. Die Steuergelder würden für Mißmanagement und Inerate verschwendet, dazu komme nun noch die Hypo mit ihren Kosten von geschätzten 15 Milliarden. Mit den Worten „weniger, einfacher und gerechter“ umschrieb Hable die drei Säulen der Steuerpolitik aus Sicht seiner Fraktion und forderte insbesondere eine Senkung der Abgabenquote in einem ersten Schritt auf 40 Prozent, die Abschaffung von Bagatell-

steuern wie der Luftsteuer, der Sektsteuer und der Rechtsgeschäftsgebühren, sowie eine Beseitigung der über 500 Ausnahmebestimmungen im Steuerrecht.

Argumente für eine Vermögensbesteuerung

In der weiteren Debatte nützten die RednerInnen der einzelnen Parteien nochmals die Gelegenheit, ihre Standpunkte zur Steuersenkung und Steuerreform mit Argumenten zu untermauern, wobei die Fronten verhärtet blieben. So plädierten MandatarInnen der SPÖ und Grüne mit Vehemenz für die Einführung von Vermögens- bzw. Millionärssteuern. Kai Jan Krainer (S) appellierte, die Frage der Steuerstruktur einerseits sowie der Steuer- und Abgabenquote andererseits nicht miteinander zu vermengen und die Sache weniger ideologisch sondern vielmehr pragmatisch zu diskutieren. Man müsse sich, was die Höhe der Steuern anbelangt, die Frage stellen, welche Aufgaben der Staat übernehmen soll, bemerkte er. Im Gegensatz zu Österreich seien in der Schweiz und in den USA viele Bereiche privatisiert, was im Endeffekt für die BürgerInnen nicht unbedingt billiger komme. Notwendig sei auch genau hinzuschauen, ob das Geld in Österreich tatsächlich zielgerichtet ausgegeben wird, meinte Krainer weiters. Was die Steuerstruktur betrifft, so sei es ein Faktum, daß in Österreich die Steuern auf Kapital und Vermögen sehr niedrig, auf Arbeit sehr hoch und auf Konsum durchschnittlich seien. Um zu einer besseren Ausgewogenheit zu kommen, hält es Krainer daher für geboten, die Steuern auf Arbeit zu senken und auf Vermögen zu erhöhen.

Ins gleiche Horn stießen seine KlubkollegInnen Sabine Oberhauser und Christoph Matznetter (beide S). Ihnen zufolge sollten vermögende Menschen in dem Land, in dem sie leben, auch einen gerechten Beitrag leisten. Wie Matznetter unterstrich auch Oberhauser, daß nach Vorstellungen der SPÖ Vermögen erst über eine Million Euro besteuert würden, und die von der SPÖ propagierte Millionärssteuer damit nicht die Häuselbauer beträfe.

Die ArbeitnehmerInnen wollen endlich wieder mehr in ihrem Geldbörstel haben, sagte Oberhauser und wies darauf hin, daß die Kaufkraft der Menschen nachläßt, die Arbeitslosigkeit steigt und damit auch der Bedarf an Transferleistungen. Matznetter verteidigte auch den Vorschlag zur Registrierkassenpflicht, denn je mehr man für Ordnung Sorge, desto mehr Stärke man die

Innenpolitik

Marktwirtschaft, zeigte er sich überzeugt. Hart ins Gericht ging er mit dem Steuermodell des Team Stronach, das seiner Meinung nach gut Verdienende stark begünstigt.

Eines Sinnes sah sich Matznetter auch mit Bruno Rossmann von den Grünen, der der Argumentation von Finanzminister Spindelegger entgegensetzte, wenn man mit der Steuersenkung auf die Reform föderaler Strukturen, der Verwaltung und des Förderungswesens warte, dann werde man die Steuersätze sobald nicht senken können. Staats- und Verwaltungsreformen brauchten ihre Zeit und wirkten erst mittelfristig, so Rossmann. Wer Gerechtigkeit haben wolle, könne sich der Besteuerung von Kapital und Vermögen entziehen, stellte er dezidiert fest und unterstrich, daß Vermögenssteuern in keiner Weise wachstumsschädlich seien. Auch die EU-Kommission empfehle die Entlastung kleiner Einkommen und die Abschaffung der Kalten Progression, im gleichen Zuge aber die Gegenfinanzierung durch die Besteuerung von Vermögen, vor allem von Immobilien.

Breite Front gegen Vermögenssteuern

Dem konnten sich die Abgeordneten der ÖVP in keiner Weise anschließen. Der Auftrag der Expertengruppe, in der alle Interessen vertreten seien, ziele auf ein einfacheres und leistungsgerechteres Steuersystem ab, konstatiert Gabriele Tamandl. Die ÖVP strebe eine Lohnsteuersenkung, eine Tarifsenkung und eine Senkung des Eingangsteuersatzes auf 25 Prozent an. Auch wolle sie eine abgeflachte Abstufung der Tarife, da Personen mit 60.000 € Jahreseinkommen nicht zu den Superreichen zählten. Ferner möchte die Volkspartei die Familien entlasten und die Lohnnebenkosten kräftig senken und vereinfachen. Das schaffe Arbeitsplätze und müsse auch Lenkungseffekte nach sich ziehen, sagte Tamandl. Im Gegenzug dazu seien Einsparungsmaßnahmen notwendig, wie sie etwa der Rechnungshof vorgeschlagen hat. Wer sofort eine Steuerreform will, für den geht Zeit vor Inhalt, assistierte ihr Klubkollege Werner Groß. Wenn wir uns nicht einer Steuerstrukturreform stellen, dann bleibe lediglich eine Tarifreform übrig, konstatierte er und sah für eine Umverteilung keinen weiteren Bedarf. Wir werden mit weniger Geld auskommen müssen, weil wir Schulden abzubauen haben, meinte auch Hermann Schultes. Deshalb seien Strukturreformen in der Verwaltung, in der Organisation des öffentlichen Lebens und bei den Sozialversicherungen ernsthaft anzugehen

und die Gelder zielsicher einzusetzen. Die SPÖ denke aber lediglich in Richtung Steuerstruktur nach, ergänzte er.

Auch die FPÖ, das Team Stronach und die NEOS konnten sich mit neuen Steuern, wie der Einführung von Vermögenssteuern, nicht anfreunden. Trotz dieser gemeinsamen Linie mit dem Finanzminister, warfen sie der ÖVP vor, in der langen Zeit ihrer Regierungsbeteiligung nichts gegen die enorme Steuerbelastung getan zu haben. Der Förderdschungel blühe, hielt Beate Meinel-Reisinger von den NEOS fest, die Kalte Progression führe zu einer enormen Steuerlast und der Föderalismus bleibe Hemmschuh bei allen Reformmaßnahmen. Meinel-Reisinger sprach daher der ÖVP Lösungskompetenz ab. Auch Angelika Rosa Mlinar (N) sah keine Anzeichen für eine Trendumkehr. Die BürgerInnen würden nach allen Regeln der Kunst geschöpft, konstatierte Gerald Loacker (N), in den letzten zehn Jahren sei die Lohnsteuer um mehr als die Hälfte gestiegen, die Umsatzsteuer um mehr als 40 Prozent. Trotz der hohen Einnahmen sehe man sich mit einem Budgetdefizit konfrontiert, weil durch mangelnde Reformen, etwa bei den Pensionen, kaum Handlungsspielräume vorhanden seien. Mit Vermögenssteuern werde man das Loch nicht stopfen können, zeigte sich Loacker überzeugt und trat einmal mehr dafür ein, das Frauenpensionsalter vorzeitig anzuheben und das Pensionsalter allgemein an die Lebenserwartung zu koppeln.

Angesichts der Tatsache, daß Österreich ein Hochsteuerland ist, appellierte Mlinar an die Regierung, endlich den Mut zu haben und die Herausforderungen einer echten Pensions- und Verwaltungsreform anzunehmen sowie die Steuern ab 2015 langsam zu senken. Mlinar verabschiedete sich mit dieser Rede auch aus dem Österreichischen Parlament, da sie ab Juli in das Europäische Parlament wechselt.

Die FPÖ warf der SPÖ vor, eine Reichen- und Neiddebatte vom Zaun zu brechen, ohne ein konkretes Modell vorzulegen, wie Bernhard Themessl betonte. Der SPÖ fallen nur neue Steuern ein, kritisierte Roman Haider (F) und Elmar Podgorschek (F) bemerkte unter Hinweis auf Frankreich, daß man mit Klassenkampf das Budget nicht sanieren könne. Wir haben kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem, bemerkte Haider und prangerte die Kalte Progression an, weshalb die Menschen dringend von den hohen Steuern und Sozialabgaben entlastet werden müßten. Außerdem werde die Teue-

rung, vor allem im Lebensmittelbereich zu einem immer dringenderen Problem.

Wie zahlreiche Vorredner auch, drängte die FPÖ auf eine Ausgabensenkung sowie auf eine Verwaltungsreform. Podgorschek brachte noch einmal Argumente gegen die Vermögenssteuer vor, denn allein die Administration würde davon wieder 30 Prozent verschlingen. Abgesehen davon, daß aus Sicht der FPÖ Substanzsteuern grundsätzlich abzulehnen sind, sei das Barvermögen durch die KEST ohnehin endbesteuert, zudem würden Vermögen oft woanders geparkt und bei den Immobilien sei es sehr schwierig, den Wert festzustellen. Podgorschek zeigte sich überzeugt davon, daß Vermögenssteuern die Mittelschicht treffen, und warnte davor, daß sich die Grundsteuer auch negativ auf die Mieten auswirken könnten.

Auch die Redner des Team Stronach gingen mit den SPÖ-Steueranschlägen hart ins Gericht. Die Besteuerung von Betriebsvermögen und Gewinnerwartung sei investitionsfeindlich, standortfeindlich und leistungsfeindlich, wettete Marcus Franz. Für das Team Stronach komme eine Steuerreform nur ohne Vermögenssteuern und ohne Besteuerung von Substanz in Frage, bekräftigte er und wies darauf hin, daß 50 Prozent der Bevölkerung bereits 90 Prozent aller Steuern leisteten. Um der Verschwendung von Mitteln entgegenzuwirken, schlug Franz die Einrichtung einer Steuerverschwendungshotline vor. Die Schattenwirtschaft blühe nur deshalb, weil sich DurchschnittsverdienenInnen offizielle Rechnungen nicht mehr leisten könnten, argumentierte Rouven Ertlschweiger für eine Steuerentlastung.

In einer zweiten Wortmeldung verteidigte Klubobfrau Kathrin Nachbaur die Position ihrer Fraktion gegenüber den Vorwürfen der SPÖ. Das Team Stronach sei keine Millionärspartei, stellte sie fest, sondern trete für Fairness und Leistungsgerechtigkeit ein. Arbeiten müsse sich wieder lohnen, so Nachbaur, und damit es Arbeitsplätze gibt, brauche es UnternehmerInnen, die investieren. Eine Reichensteuer aber vertreibe die Unternehmen und richte sich somit auch gegen die kleinen Leute. Soziale Gerechtigkeit heiße bei der SPÖ neue Steuern, so Nachbaur in Richtung der Kanzlerpartei, gerecht wäre ihrer Meinung nach eine Steuersenkung und eine Abschaffung der Kalten Progression. Anstatt die Substanz zu besteuern, solle der Staat den BürgerInnen helfen, Vermögen aufzubauen. Das halte sie für gerechter als eine Umverteilung. ■

Quelle: Parlamentskorrespondenz

61. Österreichischer Gemeindetag in Oberwart

... unter Anwesenheit von Bundespräsident Heinz Fischer – Niessl: »Starke Länder und starke Gemeinden sind der Garant für Bürgernähe und Effizienz«

In Oberwart wurde am 12. und 13. Juni der 61. Österreichische Gemeindetag, das größte kommunalpolitische Ereignis des Jahres, abgehalten. Rund 2000 GemeindevertreterInnen aus ganz Österreich hatten bei dieser zweitägigen Veranstaltung über Zukunftsfragen der Gemeinden beraten und diskutiert. Hochrangige Gastredner am Vormittag des 13. Juni waren Bundespräsident Heinz Fischer, Landeshauptmann Hans Niessl sowie Außenminister Sebastian Kurz. Verwaltungsreformen, Finanzausgleich und Bürokratieabbau standen inhaltlich im Mittelpunkt der Haupttagung. Landeshauptmann Niessl betonte einmal mehr die Notwendigkeit zur Stärkung des ländlichen Raumes und sprach sich für einen fairen Finanzausgleich – die Vorgabe ist, daß jeder Bürger gleich viel wert sein muß – und den Ausbau der Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum aus. Eine scharfe Absage erteilt der Landeschef Liberalisierungsbestrebungen bei der Daseinsvorsorge: „Müllentsorgung, Wasser als öffentliches Gut oder auch weitere Infrastruktureinrichtungen, zum Beispiel die Kanalisation, werden zur Gänze oder zum Teil von den Gemeinden verwaltet. Ich sage hier ganz klar: Qualitätssicherung in diesen Bereichen wird nur gelingen, wenn eben diese Bereiche in der öffentlichen Hand bleiben.“

Der Gemeindetag findet jedes Jahr in einem anderen Bundesland statt, heuer waren die heimischen Kommunalpolitiker in der burgenländischen Messestadt Oberwart zu Gast.

Die burgenländische Kommunalpolitik und die Bürgermeister des Landes hätten mit ihren Leistungen entscheidend zum Aufstieg des Burgenlandes vom ehemaligen, durch seine Lage entlang des Eisernen Vorhanges benachteiligten, wirtschaftlichen Nachzügler zur aufstrebenden Herzregion in Europa beigetragen, betonte Niessl in seiner Begrüßungsrede: „Die Kommunalpolitik und die Bürgermeister haben zu dieser erfolgreichen Entwicklung nicht nur im Burgenland, sondern in der gesamten Republik Österreich große Beiträge geleistet.“ Daran könne man ermessen, wie wichtig auch in Zukunft die



Foto: Gemeindebund / Jürg Christandl

Bundespräsident Heinz Fischer (vorne l.) mit Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer (r.); links im Bild: Integrationsminister Sebastian Kurz und Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl beim 61. Gemeindetag in Oberwart

Stärkung des ländlichen Raumes sei, das gelte umso mehr, weil „die Anforderungen an die Gemeinden in den letzten Jahren immer mehr geworden sind“, so der Landeshauptmann. So hätten die Gemeinden viel zum Ausbau des Gesundheits- und Sozialwesens beigetragen, seien heute eine wesentliche Säule im Schul- und Bildungswesen und würden auch sehr viel für den Ausbau der kommunalen Infrastruktur, für die elementare Daseinsvorsorge leisten – mit der Konsequenz, daß „ohne diese Leistungen der Gemeinden nicht dieses hohe Maß an Lebensqualität in unserem Land vorhanden wäre.“

Bundespräsident Heinz Fischer, der in seiner Amtszeit jeden Gemeindetag besucht hat, nahm in seiner Rede Bezug auf das Motto „Gemeinden öffnen Grenzen“ des Gemeindetages und auf den noch gar nicht so lange zurückliegenden Fall des Eisernen Vorhanges: „Ich bin davon überzeugt, daß der europäische Weg der Kooperation, des Abbaus der physischen Grenzen, und immer mehr auch der Grenzen in den Köpfen der Menschen, der richtige Weg ist. Dazu tragen auch die Gemeinden zum Beispiel mit ihren Partnerschaften viel bei.“

Niessl: Starke Länder und starke Gemeinden sind der Garant für Bürgernähe und Effizienz

„Als ehemaligem Bürgermeister ist es mir bewußt, daß die Arbeit in den Gemeinden bzw. in der Kommunalpolitik sehr viel harten Einsatz und ständiges Engagement erfordert“, so Niessl. Nur die ernsthafte Kooperation zwischen Bund, Land und Gemeinden werde sicherstellen, daß das Burgenland nachhaltig so lebenswert bleibt, wie es heute sei. Niessl sprach sich deshalb einmal mehr für eine Stärkung des Föderalismus aus, gemäß dem Motto: „Starke Regionen – unsere Zukunft! Und starke Regionen brauchen starke Gemeinden.“ Die Bundesländer ziehen hier an einem Strang. Bei der Landeshauptleutekonferenz, die vor kurzem unter dem Vorsitz des Burgenlandes in Stadtschlaining stattfand, sprachen sich die Landeshauptleute einhellig für dezentrale Strukturen aus, denn, so Niessl: „Starke Länder und starke Gemeinden sind der Garant für Bürgernähe und Effizienz. Je näher die Verwaltung beim Bürger ist, umso zufriedener sind die Bürger mit dieser Verwaltung.“

Wenn die Gemeinden und der ländliche Raum gestärkt werden sollen, dann müßten

Foto: Gemeindebund / Jürg Christandl



v.l.: Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Landeshauptmann Hans Niessl und Integrationsminister Sebastian Kurz

auch die finanziellen Rahmenbedingungen angepaßt werden, sagte Niessl. 2016 tritt ein neuer Finanzausgleich in Kraft. Das Ziel müsse mehr Gerechtigkeit für die Gemeinden sein. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten fünf Punkte erfüllt werden, fordert Niessl: „Die Aufgaben der jeweiligen Gemeinden müssen klar definiert werden. Jeder Bürger ist gleich viel wert. Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel ist abzuschaffen.“ Außerdem dürfe es kein Auspielen zwischen Gemeinden und Städten sowie zwischen West und Ost geben. Darüber hinaus seien Strukturfonds besonders zu berücksichtigen, so Niessl: „Das Burgenland hat hier bisher aufgrund der kleinsten Gemeinden am wenigsten profitiert.“

Nicht auf halbem Weg stehen bleiben will Niessl beim Ausbau der Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum. Aus gutem Grund. „Eine gut funktionierende Internet-Breitbandinfrastruktur ist unerlässlich. Kein Betrieb wird sich in einer Gemeinde ansiedeln, wenn es kein vernünftiges Internet gibt. Kein Student kann in seiner Heimatgemeinde bleiben, wenn er keine vernünftige Internetverbindung hat.“ Der Ausbau der Breitband-Infrastruktur im ländlichen Raum sichere und garantiere zusätzliche qualitativ hochwertige Arbeitsplätze. Hier müssten einfach endlich gute Rahmenbedingungen entstehen.

Die Gemeinden seien wesentliche Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge, ob bei der Müllentsorgung, der Wasserversorgung oder der Abwasserentsorgung. „Ich sage hier ganz klar: Qualitätssicherung in diesen Bereichen wird nur gelingen, wenn eben diese Bereiche in der öffentlichen Hand bleiben. Im Burgenland haben wir das Wasser, als öffentliches Gut, in die Verfassung geschrieben, als einziges Land. Das zeigt, welche hohe Bedeu-

tung dies für uns hat“, sagte Niessl. Privatisierungen in diesem elementaren Bereich werde es mit starken Ländern und Gemeinden nicht geben, betonte Niessl mit Blick auf das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA. Kritiker des Abkommens befürchten, daß mit der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) Liberalisierungsbefürwortern der Weg geebnet werden soll. „Vor allem muß der Verkauf unseres Trinkwassers an internationale Konzerne verhindert werden“, forderte Niessl. Das gelte in besonderem Maße auch für die Energieversorgung.

Mödlhammer: Gemeinden fordern grundlegende Reform des Finanzausgleichs

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer sprach die beiden dringendsten Themenfelder der Gemeinden an: „Kompetenz- und Verwaltungsreform sowie der Finanzausgleich! Das sind die Bereiche, die uns in den kommenden Monaten am intensivsten beschäftigen werden.“ Das sei kein Grund, sich zufrieden zurückzulehnen. „Aber wir können selbstbewußt auftreten, weil wir belegen können, daß wir gut wirtschaften und die Bedürfnisse der Bevölkerung trotzdem erfüllen können“, so Mödlhammer. Das sei auch der Grund, warum die BürgermeisterInnen hohes Vertrauen genießen, „während das Vertrauen in die Politik insgesamt jedes Jahr sinkt.“

Eine zentrale Forderung Mödlhammers ist eine Kompetenz- und Aufgabenreform. „Es kann nicht sein, daß bei einem Thema fünf Ministerien und neun Länder involviert sind“, so der Gemeindebund-Präsident. „Wir müssen die Aufgaben klar zuteilen, dann

können wir die Dinge auch ohne Umwege für die finanzielle Ausstattung sorgen.“ Die Kinder- und Nachmittagsbetreuung sei dafür ein Beispiel: „Nicht einmal das Ministerium weiß, wo das Geld hingekommen ist, das der Bund dafür bereitgestellt hat oder wieviel den Gemeinden für den Ausbau noch zur Verfügung steht“, kritisierte Mödlhammer. „Aufgaben neu regeln, Kompetenzen bereinigen und den Dschungel an Transfers und Zuständigkeiten roden“, forderte er. „Eigenverantwortung und Hausverstand gehören da auch dazu, wir brauchen nicht ständig neue Gesetze, die uns in unserer Arbeit behindern und uns neue Schikanen aufzwingen.“

„Immerhin haben wir zum ersten Mal in unserer Geschichte den Verfassungsgerichtshof angerufen und Recht bekommen“, erinnerte Mödlhammer an die umstrittene Eisenbahnkreuzungsverordnung. „Es ist wichtig, daß man zur Kenntnis nimmt, daß wir uns auch wehren können und uns nicht alles gefallen lassen“, so Mödlhammer.

Kurz: Gemeinden spielen wichtige Rolle bei Integration

Auf großes öffentliches Interesse stießen die diesjährige Kommunalmesse und der 61. Österreichische Gemeindetag in Oberwart. Auf der Veranstaltung unter dem Motto „Gemeinden öffnen Grenzen / 1989 – 2014“ informierten auch das Bundesministerium für Europa Integration und Äußeres gemeinsam mit dem Österreichischen Integrationsfonds mit eigenen Messeständen über ihre Aktivitäten im regionalen Bereich. Die BesucherInnen erfuhren Wissenswertes zur Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“ und zur „Integration auf regionaler Ebene“. Integrationsminister Sebastian Kurz betonte besonders die wichtige Rolle, die die Gemeinden bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund einnehmen. „Erfolgreiche Integration kann nur vor Ort gelingen. Vor allem über das ehrenamtliche Engagement von MigrantInnen in den Gemeinden und Vereinen vor Ort. Wenn die Gemeinden und Vereine aktiv zum Mitmachen einladen, dann funktioniert Integration fast von selbst“, so Kurz. Auch die Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“ ist ein Beispiel dafür, wie wichtig es ist, daß es direkte Ansprechpersonen vor Ort gibt. Kurz bedankte sich im Rahmen der Veranstaltung auch für die gute Zusammenarbeit mit dem österreichischen Gemeindebund dabei, immer neue EuropagemeinderätInnen als regionale EU-BotschafterInnen zu gewinnen. ■

<http://www.gemeindebund.at>

Pensionskonto neu

Sozialminister Hundstorfer: Pensionskonto bringt Klarheit und Transparenz

Mit dem Start des Versands der Konto-Erstgutschriften ist ein weiterer wichtiger Schritt erfolgt, Klarheit und Transparenz für die Versicherten herzustellen“, betonte Sozialminister Rudolf Hundstorfer am 4. Juni. Das Pensionskonto löst die komplizierte Parallelrechnung für alle ab dem 1. Jänner 1955 Geborenen ab. Es ermöglicht eine einfache Pensionsberechnung auf Basis einer einheitlichen Rechtslage. „Mit der Umsetzung des Pensionskontos setzen wir die größte Verwaltungsreform der zweiten Republik um“, so Hundstorfer.

Die Versicherten erhalten durch das Pensionskonto Auskunft darüber, wieviel Pension sie derzeit erwarten können, wenn sie bis zum Regelpensionsalter keine weiteren Pensionsansprüche erwerben. Jene Personen, die bereits jetzt ihre Kontoerstgutschrift erhalten, können diese nun auch online einsehen. Die Anmeldung erfolgt über Handy-Signatur, Bürgerkarte oder Finanz-Online.

Jeder Versicherungsmonat zählt für die Bildung der Kontoerstgutschrift und somit für die künftige Pensionshöhe. Sollten unter Umständen Versicherungszeiten nicht erfasst sein, sollen diese unbedingt dem PV-Träger nachgemeldet werden. Dies ist noch bis Ende 2016 möglich. „Mit dem Pensionskonto wird die Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters unterstützt. Ein Jahr länger arbeiten bringt in Summe eine Erhöhung der Pension um rund zehn Prozent“, unterstrich Hundstorfer.

Blecha: Pensionskonto beweist, daß Pensionen auch für Junge gesichert sind

Der Pensionistenverband Österreichs (PVÖ), die größte und mitgliederstärkste SeniorInnenorganisation Österreichs, begrüßt den Start der ersten Informationswelle zum Pensionskonto. PVÖ-Präsident Karl Blecha dazu: „Durch die postalischen Pensionskonto-Nachrichten sehen alle ÖsterreicherInnen schwarz auf weiß, welche Pensionsansprüche sie bisher erworben haben. Das bringt mehr Transparenz, Sicherheit und fördert auch das Vertrauen in unser staatliches, umlagefinanziertes Pensionssystem.“

Der PVÖ-Präsident hält weiters fest, daß die Einführung des einheitlichen Pensionskontos „die größte Reform seit Einführung des ASVG ist“. Außerdem, so Blecha „straft das Pensionskonto all jene Lügen, die stän-

dig gebetsmühlenartig den Jungen einreden wollen, daß sie keine Pension mehr zu erwarten hätten. Denn: Das neue Pensionskonto beweist, für jeden verständlich, transparent und nachvollziehbar, daß selbstverständlich auch die Jungen mit einer sicheren staatlichen Pension rechnen können!“

Blecha informierte weiter darüber, daß die ÖsterreicherInnen sich – zusätzlich zu den automatisch verschickten Informationen – auch auf Antrag oder über das Internet jederzeit über die zu erwartende Pensionshöhe informieren können. „Dies geht ganz einfach über die Informations-Telefonnummern der PVA unter 05 03 03-87000 oder der Gewerblichen Wirtschaft unter 05 08 08-3073 bzw. auch über das Internet. Dadurch kann jeder sofort einsehen mit welchem Alter er welche Pensionshöhe zu erwarten hat“, so Blecha, der sich dadurch auch einen Anreiz für längere Erwerbstätigkeit erwartet. Abschließend appellierte er an all jene, die ihre Versicherungszeiten noch nicht vollständig bekanntgegeben haben, dies nachzuholen: „Bis 2016 können fehlende Zeiten problemlos nachgereicht werden!“

Khol: Pensionskonto wichtige Orientierungshilfe für Versicherte

Univ.Prof. Andreas Khol, Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes hielt zu den nun erstmals erfolgenden Zustellungen der Pensionskonto-Nachrichten fest: „Die Pensionskonto-Erstgutschrift gibt nun schrittweise allen ab 1. 1. 1955 Geborenen der gesetzlichen Pensionsversicherung erstmals übersichtlich Auskunft über bisher erworbene Pensionsansprüche. Damit liegt allen Pensionsversicherten erstmals eine gute Orientierungshilfe für den späteren Pensionsbezug vor. Wichtig dabei ist: Je näher man selbst schon am gesetzlichen Pensionsantrittsalter ist, desto genauer ist die Auskunft. Zu beachten ist: Die sogenannte Erstgutschrift sagt Ihnen, wie viel Pension Sie mit 60/65 erhalten würden, wenn Sie ab heute keinen einzigen Tag mehr an Pensionsversicherungsbeiträgen einzahlen! Dabei empfehlen wir vom Seniorenbund allen, die Fragen dazu haben, ausschließlich die Beratungsangebote der jeweiligen Pensionsversicherung zu nutzen.“

<http://www.neuspensionskonto.at>

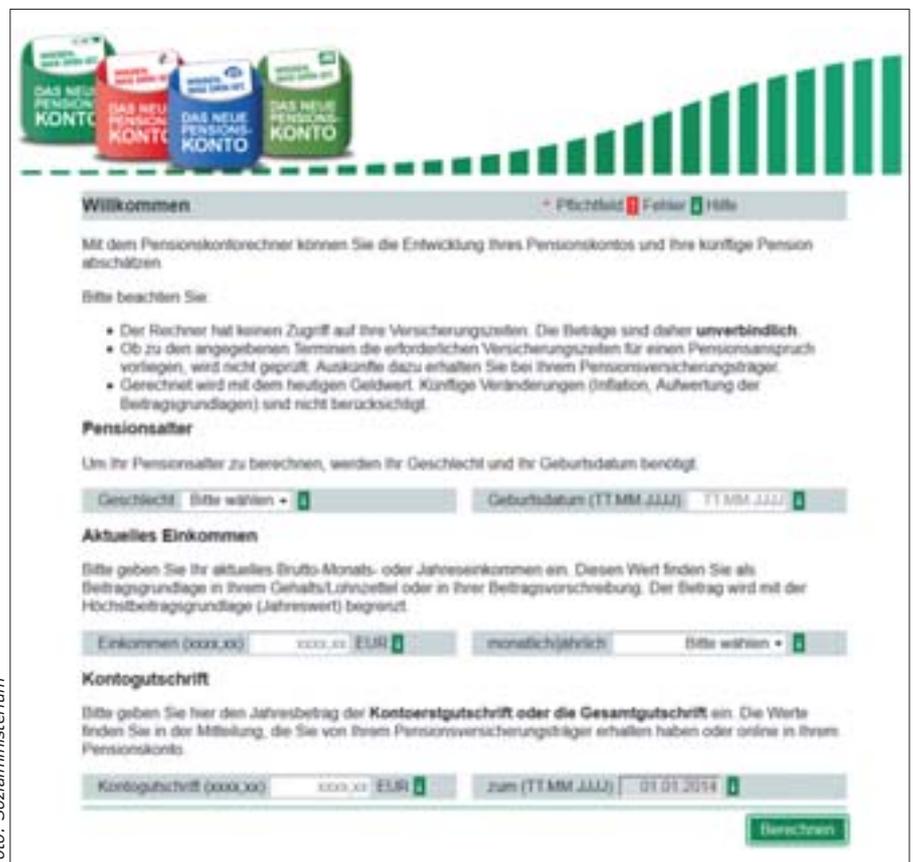


Foto: Sozialministerium

Die österreichische Seele und die Pension

Wie stehen die ÖsterreicherInnen zur Pension, wie sehen sie diese Lebensphase und was haben sie in der Pension vor?

Nicht nur wegen der Frage der langfristigen Finanzierbarkeit des Pensionsystems sind viele Fragen rund um die Pensionierung nach wie vor Megathemen in Österreich:

- Ist die frühestmögliche Pension in Österreich noch immer eine heilige Kuh?
- Steht die österreichische Seele bei einem späteren Pensionsantritt auf der Bremse?
- Ist die Anhebung des Pensionsantrittsalters politischer Wunschtraum oder realistisches Ziel?
- Haben die Österreicher in der Pension noch etwas vor?

Seniors4success, die unabhängige Plattform für Menschen vor und nach der Pensionierung, hat dies zum Anlaß genommen, diesen Fragen mittels einer von Marketagent.com groß angelegten Online-Befragung auf den Grund zu gehen. Nunmehr liegen umfassende Ergebnisse in einer Detail-

liertheit vor, wie es sie vermutlich bisher noch nicht gegeben hat.

Nicht für alle ist die Pension das Paradies

Entgegen landläufiger Meinungen ist die Pension auch im Verständnis unserer Befragten keineswegs der Himmel auf Erden. Bei der Hälfte der befragten Berufstätigen überwiegt zwar die Vorfreude, aber fast ein Fünftel hat auch Angst vor diesem kommenden Lebensabschnitt. Immerhin geht es 20 Prozent der Befragten schlechter als erwartet bzw. fühlen sich 26 Prozent in der Pension als Mensch weniger gebraucht als vorher.

Trotzdem: möglichst früher Pensionsantritt ist nach wie vor erklärtes Ziel

Die Jüngeren (unter 50 Jahre) rechnen zwar schon damit, daß sie bis 65 Jahre arbeiten werden (müssen), dennoch wird von allen das Alter um 60 als bester Pensionszeitpunkt

angesehen. Während 40 Prozent die Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters für gut befinden, sprechen sich zwei Drittel dezidiert gegen eine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters aus. So gesehen wundert es dann auch nicht mehr, daß nur ein Drittel – 49 Prozent der Männer, aber nur 18 Prozent der Frauen – für die schnellere Anhebung des Frauenpensionsalters votiert. Damit ist die Bevölkerung klar traditioneller und konservativer als die Bundesregierung mit ihren ohnehin eher bescheidenen Ansätzen, das faktische Pensionsantrittsalter in den nächsten Jahren anzuheben.

Arbeiten in der Pension: immerhin Ziel für ein Drittel

Obwohl es die meisten Österreicher in die Pension drängt, arbeitet derzeit dennoch ein Drittel der Pensionisten bezahlt oder ehrenamtlich. Hauptmotive: weil es ihnen Spaß macht und sie der Gesellschaft etwas



Innenpolitik

zurückgeben wollen. Ähnlich bei den Berufstätigen: Hier geben 33 Prozent an, daß sie sich eine Beschäftigung in der Pension vorstellen können. Aber dem schiebt vor dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter in der Praxis die Zuverdienstgrenze für ASVG-Versicherte einen klaren Riegel vor. 38 Prozent der Befragten meinen daher auch, alle Pensionisten sollten vor dem gesetzlichen Pensionsalter unbegrenzt dazu verdienen dürfen. Seniors4success kämpft seit Jahren für diese Forderung und fühlt sich durch dieses Ergebnis vollauf bestätigt.

Fazit und politische Konsequenzen aus der Sicht von Seniors4success

Leiden die Österreicher an Realitätsverlust oder gar an einer Pensionsillusion? Es scheint so! Paradoxerweise sind 60 Prozent der Befragten mit der Gestaltung des österreichischen Pensionssystems durch die politischen Entscheidungsträger unzufrieden. Es besteht also Handlungsbedarf in dieser Frage! Einerseits ist es aus der Sicht von seniors4success notwendig, Leadership zu zeigen und die ÖsterreicherInnen davon zu überzeugen, daß andere Rahmenbedingungen auch nach anderen Lösungen verlangen.



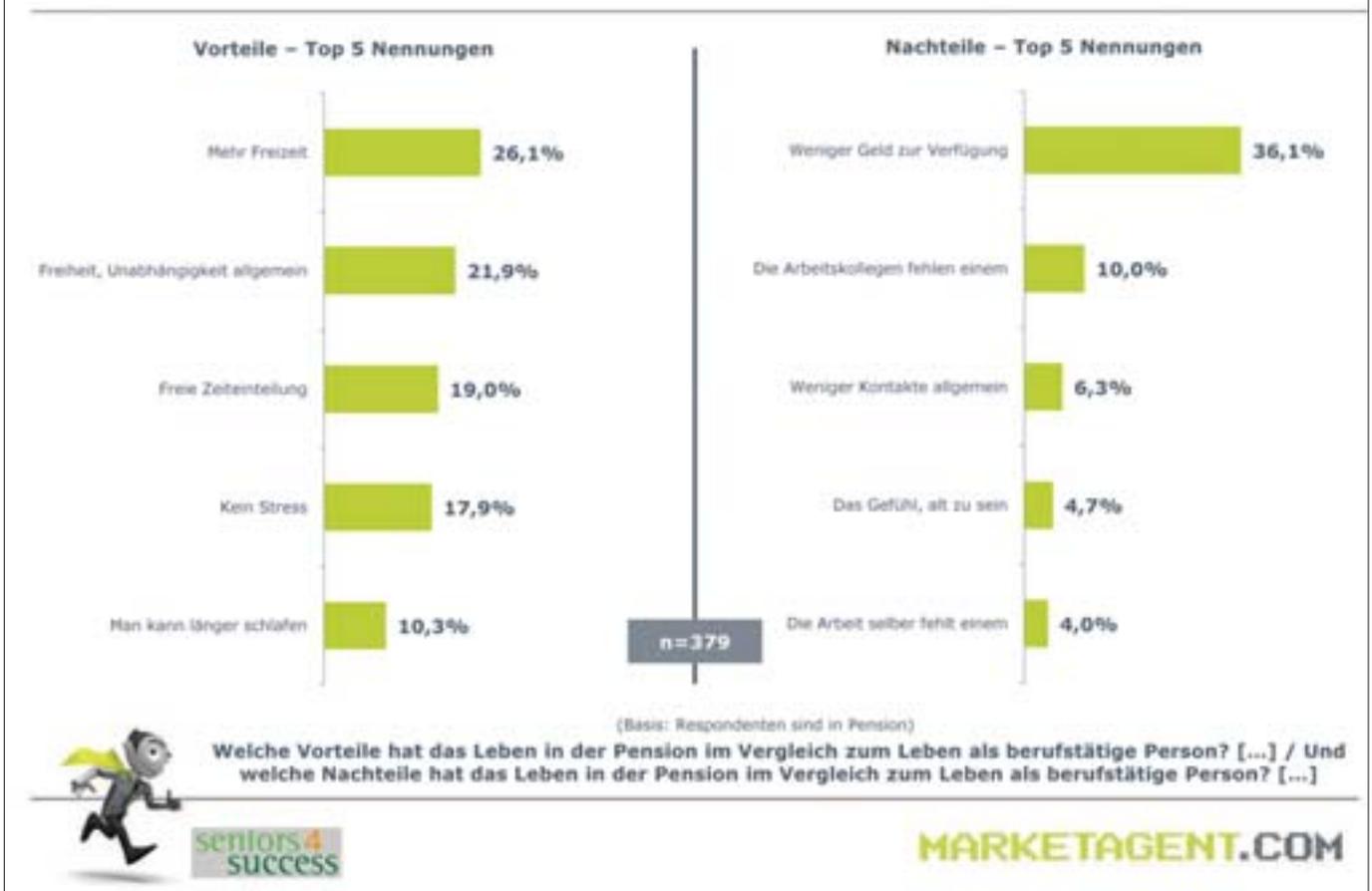
Andererseits sollten geänderte gesetzliche Regelungen alle jene ÖsterreicherInnen bestärken, die mit großer Freude arbeiten und auch nach Beendigung ihrer Berufslaufbahn gerne bereit sind, ihre Erfahrungen und

ihr Know How in die Wirtschaft und Gesellschaft einzubringen.

<http://www.seniors4success.at>

Sample-Größe: n = 1.954 Netto-Interviews; Grundgesamtheit: web-aktive Personen zwischen 18 und 70 Jahren

Vor- bzw. Nachteile vom Leben in der Pension



Wirtschafts- und Tourismusdelegation in München

Erstes Zusammentreffen mit dem Leiter des Österreichischen AußenwirtschaftsCenter München, Konsul Michael Scherz



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Josef Salzl, Winzer, WHR Gerald Schlag, WIBAG-VSDir. Franz Kast, Mario Baier, Direktor Burgenland Tourismus, WK-Präsident Peter Nemeth, Josef Unger, Stahlbau Unger, Konsul Michael Scherz, LH Hans Niessl, Generalkonsul Helmut Koller, Helmuth Renner, Winzer, Gerhard Milletich, GF Bohmann-Verlag, WIBAG-VSDir. Ewald Perner, Andreas Leitner, Wein- u. Lagerlogistik GmbH, Bert Jandl, Generaldirektor Vila Vita Pannonia, und Stefan Graf, Unternehmer

Eine burgenländische Wirtschafts- und Tourismusdelegation, angeführt von Landeshauptmann Hans Niessl, absolvierte am 23. und 24. Juni einen zweitägigen Arbeitsbesuch in München. Anlaß des Münchenaufenthalts ist der Jahresempfang der österreichischen Wirtschaft in Bayern. Mit an Bord waren unter anderem auch Wirtschaftskammerpräsident Peter Nemeth und Burgenland Tourismus-Direktor Mario Baier. Bereits am ersten Vormittag fand ein erstes Treffen mit dem Österreichischen Wirtschaftsdelegierten in der Stadt München, Michael Scherz, und namhaften Vertretern der Stadt München im AußenwirtschaftsCenter München statt. Ziel war es, die bestehenden Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Kultur und Gesundheitswesen weiter zu intensivieren sowie den Wirtschaftsstandort und das Tourismusland Burgenland zu präsentieren.

Im Rahmen des Münchenbesuches wurde ein umfangreiches Programm absolviert, es gab Treffen und Gespräche mit hochrangigen politischen Repräsentanten sowie vor

allem Wirtschaftsgespräche. „Das Burgenland ist dabei, sich neu zu positionieren. Wir haben das größte Wirtschaftswachstum aller österreichischen Bundesländer, die Exporte burgenländischer Unternehmen wachsen konstant, und Deutschland ist ein wichtiger Exportmarkt. Und natürlich ist auch der deutsche Gast der wichtigste Urlaubsgast für uns. Deshalb ist auch der Jahresempfang der österreichischen Wirtschaft in Bayern eine ausgezeichnete Plattform, unser Heimatland umfassend zu präsentieren. Das gilt in besonderem Maße im Hinblick auf unsere Bemühungen, die Internationalisierung des Burgenlandes weiter voranzutreiben“, so Niessl.

Wirtschaftsstandort und Tourismusland Burgenland zeigen Flagge

Am Nachmittag des ersten Tages stand eine Wirtschafts- und Standortpräsentation sowie eine Präsentation des Tourismusstandorts Burgenland in der Galerie „Thomas Modern“ in München am Programm. Das Interesse war groß, so Scherz: „Wir hatten bis

gestern bereits 160 Anmeldungen, so viele wie nie zuvor.“ Am Abend lud das Land Burgenland zu einem Empfang. Als Gäste wurden unter anderem die bayrische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner, der Münchener Bürgermeister Josef Schmid sowie der Präsident der IHK für München und Oberbayern, Eberhard Sasse, und Oskar Hinteregger, Region Manager Österreich Werbung Deutschland erwartet. Moderiert wurde die Veranstaltung von Alfons Haider.

Als das Burgenland Weltgeschichte schrieb

Tag zwei des Arbeitsbesuches stand ganz im Zeichen eines Kapitels der Weltgeschichte, das der Teilung Europas ein Ende setzte und vom Burgenland mitgeschrieben wurde – des Falls des „Eisernen Vorhangs“. Dazu lud das Land Burgenland zu einer Presseveranstaltung zum Thema „25 Jahre Fall des Eisernen Vorhangs – Burgenland schreibt Weltgeschichte“ in den Business Club der BMW Welt. ■

LandesumweltreferentInnen tagten im Seewinkel

Energie, Atompolitik, Abfallwirtschaft und Klimaschutz im Fokus



Fotos: Bgld., Landesmedienservice

v.l.: Gerhard Kurzmann, Stmk., Rudi Anschober, OÖ, LHStv. Astrid Rössler, Sbg., Rolf Holub, Kärnten, Andreas Liegenfeld, Bgld., BM Andrä Rupprechter, Verena Dunst, Bgld., Erich Schwärzler, Vbg., LHStv. Ingrid Felipe Saint Hilaire, Tirol, Johann Seitingner, Stmk.

Die jährlich abgehaltene LandesumweltreferentInnenkonferenz fand am 6. Juni unter dem Vorsitz von Burgenlands Umweltseniorin Verena Dunst und Agrarlandesrat Andreas Liegenfeld in der Vila Vita in Pamhagen im burgenländischen Seewinkel statt. Neben den Vertretern aller Bundesländer nahm auch Bundesminister Andrä Rupprechter an der Tagung teil. Auf der Agenda standen 43 Tagungsordnungspunkte in den Bereichen Energie & Atompolitik, Luft, Klimaschutz und Abfallwirtschaft.

Der Ausbau des ungarischen Atomkraftwerkes Paks war ein zentrales Thema der Tagung. Das aus der Sowjetzeit stammende AKW, nur rund 180 von der österreichischen Grenze entfernt, soll mit einem russischen Milliardenkredit ausgebaut werden. „Das Burgenland hat bereits im April des Vorjahres im Rahmen des Vorverfahrens zur UVP-Prüfung in einer Stellungnahme in Kooperation mit dem Umweltbundesamt seine ablehnende Haltung geäußert. Österreich sollte versuchen, durch intensive Information und Angebote betreffend Zusammenarbeit bei der Nutzung der Alternativenergie die Vorteile für Ungarn deutlich zu machen“, erklärte Dunst. Ein diesbezügliches Ersuchen seitens der LandesumweltreferentInnenkonferenz ergeht an die Bundesregierung.

Auf der Tagesordnung stand auch die Reformierung des EURATOM-Vertrags. Um der Stärkung der Kernindustrie einen Riegel vorzuschieben, müsse es eine Anpassung an die neuen politischen Realitäten geben. Die LandesumweltreferentInnenkonferenz ersucht die Bundesregierung, für eine umfas-



LandesumweltreferentInnenkonferenz mit Weitblick (v.l.): LR Verena Dunst, Bgld., BM Andrä Rupprechter und LR Andreas Liegenfeld, Bgld.

sende Reform des EURATOM-Vertrages einzutreten und dabei ihr Stimmrecht zu nutzen, um Entscheidungen im Sinne Österreichs beeinflussen zu können.

Einstimmig sprachen sich die UmweltreferentInnen auch gegen die Verwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft aus. „Wir wollen auch in Zukunft keine Gentechnik auf unseren Feldern. Unsere hohen Standards bei der Lebensmittelproduktion und Lebensmittelsicherheit dürfen nicht umgangen werden. Daher ist es wichtig, daß das Selbstbestimmungsrecht von Mitgliedsstaaten bzw. Regionen über den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen definitiv ermöglicht wird“, stellte Agrarlandesrat Liegenfeld dazu fest. „Österreichische Felder bleiben gentechnikfrei. Es ist mir gelungen, auf EU-Ebene eine Mehrheit für natio-

nale Anbauverbote für gentechnisch veränderte Organismen zu gewinnen“, versicherte Bundesminister Rupprechter. Im Pflanzenbau brauche es einen zeitgemäßen Ansatz, der die Sicherheit für Bauern, Konsumenten und Umweltschutz gleichermaßen garantiere.

Die UmweltreferentInnen befaßten sich auch mit dem Problem der illegalen Abfallsammlung und -Verbringung ins Ausland. Neben der Umweltverschmutzung durch Aussortieren des Mülls vor der Grenze stellt die Abfallsammlung durch illegale Sammeltrupps einen wirtschaftlichen Schaden für die heimischen Recyclingbetriebe dar. Eine Handlungsanleitung für die zuständigen Behörden soll dazu erstellt werden. Bei diesem Thema werde eine einheitliche Rechtsprechung angestrebt. ■

Qualitätssicherung in der Patientenbehandlung

Rezar: Ich bin stolz auf die Qualität in den burgenländischen Krankenanstalten!



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Kurt Resetarits, Ärztlicher Direktor KRAGES, DGKP Renate Peischl, MAS, Qualitätsmanagementdirektorin KRAGES, Gesundheitslandesrat Peter Rezar, Prim. Mathias Resinger, Ärztlicher Direktor Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Eisenstadt und Robert Maurer, MSc, MBA, Gesamtleiter KH der Barmherzigen Brüder Eisenstadt

Der Rechnungshof überprüfte von April bis Juni 2013 im Rahmen einer Querschnittsüberprüfung Maßnahmen zur Qualitätssicherung in der Patientenbehandlung in allen fünf burgenländischen Krankenanstalten. „Die burgenländischen Krankenanstalten sind hervorragend geführt. Die Qualität der Leistungen und das Qualitätsmanagement sind sehr gut. Die Häuser stellen sich strengen Qualitätskriterien. An dieser Arbeit hatte der Rechnungshof auch nichts auszusetzen. Die Empfehlungen des Rechnungshofes sind hauptsächlich formalistisch-bürokratischer Natur. Wir stellen die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung in den Mittelpunkt, so wohnortnahe wie möglich und so zentral wie nötig“, so Gesundheitslandesrat Peter Rezar, der am 3. Juni mit Vertretern der Burgenländischen Krankenanstaltengesellschaft sowie des Konvents der Barmherzigen Brüder über die wichtigsten Ergebnisse der RH-Prüfung informierte.

Zum Beispiel bemängelt der Rechnungshof, daß Kooperationsvereinbarungen zwischen den burgenländischen Krankenhäusern oder Abläufe nicht immer schriftlich festgehalten wurden. „Das notwendige Maß an Formalkriterien wird vom Rechnungshof anders

eingeschätzt als von den Krankenanstalten-trägern. In der Prioritätenliste der Krankenanstalten ist die Qualität der Arbeit wichtiger als die Qualität der Formalitäten. Wir nehmen die Empfehlungen des Rechnungshofes trotzdem sehr ernst. Wir werden alle Anregungen sehr genau auf ihre Sinnhaftigkeit und Effizienz prüfen und sind um lückenlose Umsetzung bemüht“, sagt Rezar. Die meisten der Empfehlungen seien bereits auf dem Wege der Umsetzung, bei einigen Empfehlungen versuche man noch den Rechnungshof vom eigenen Standpunkt zu überzeugen – zum Beispiel, was die adäquate Personalausstattung der Hygieneteams betreffe.

Top im Qualitätsmanagement

„Der Bereich Qualitätsmanagement deckt alle Agenden des medizinischen und pflegerischen Qualitätsmanagements ab und ist verantwortlich für die Sicherstellung, Überwachung und Verbesserung der Qualität und der Sicherheit der Prozesse im Unternehmen“, erklärt der Gesundheitslandesrat.

So hat sich als erstes KRAGES-Haus das Krankenhaus Güssing für die Zertifizierung entschlossen. Die Zertifizierung nach Joint Commission Internationale wurde bereits

vor 2,5 Jahren erfolgreich abgeschlossen. In den anderen Häusern der KRAGES steht der Zertifizierungsprozeß kurz bevor. „Ebenso hochwertig ist die Qualitätssicherung im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt. Das Krankenhaus wurde im Mai 2014 als erstes Spital Österreichs für die Implementierung des Qualitätsmanagementsystems pCC KTQ inklusive Risikomanagement nach ONR 49001 zertifiziert“, so Rezar.

Wenn der Rechnungshof trotzdem Verbesserungswürdiges gefunden habe, dann liege das unter anderem auch daran, daß vieles, was sich im letzten Jahr in allen fünf Häusern getan habe, nicht im Bericht berücksichtigt ist, weil es außerhalb des Beobachtungszeitraumes liege, stellt Rezar klar. Der Prüfungszeitraum umfaßte im wesentlichen die Jahre 2010 bis 2012.

Der Bericht des Rechnungshofes umfaßt insgesamt 57 Empfehlungen. Davon richten sich zehn ausschließlich an das zuständige Bundesministerium, sieben an das Land. Die Adressaten der anderen Empfehlungen sind die Träger der Krankenanstalten, die KRAGES und der Konvent der Barmherzigen Brüder, sowie die fünf burgenländischen Krankenanstalten.

Onkologische Versorgung: Qualität und Wohnortnähe stehen im Mittelpunkt

Ein ganzes Empfehlungsbündel befaßt sich mit der onkologischen Versorgung. Nach dem Motto „Kurze Wege für ein langes Leben“ hat das Land beschlossen, eine möglichst wohnortnahe onkologische Versorgung zu gewährleisten. „Die Expertenmeinung wird mittels eines Tumorboards eingeholt, damit eine effiziente, zeitgemäße und auf dem letzten Stand der Wissenschaft basierende Behandlung vor Ort erfolgen kann“, so Rezar. Der Rechnungshof bemängelt das Fehlen schriftlicher Kooperationsvereinbarungen zwischen den einzelnen KRAGES-Häusern. Dies sei nicht nachvollziehbar, meint Rezar: „Es gibt eine Geschäftsführung. Es ist nicht zielführend, wenn ein KRAGES-Haus mit den anderen KRAGES-Häusern Verträge abschließt.“ Hingegen seien Kooperationsvereinbarungen mit onkologischen Zentren anderer Bundesländer, etwa Wien und Graz, unbedingt notwendig. Dazu würden schon längere Zeit Verhandlungen laufen und man stehe kurz vor dem Abschluß.

Personalausstattung der Hygieneteams

Die Personalausstattung der Hygieneteams der fünf burgenländischen Krankenhäuser sieht Rezar im nichtmedizinischen Bereich als ausreichend. „Der RH sieht dies nicht so. Aber das zur Verfügung stehende Stundenausmaß wird derzeit nicht ausgeschöpft“, so der Landesrat. Das Stundenausmaß werde aber aufgrund der wachsenden Aufgaben laufend evaluiert und angepaßt. Hinsichtlich des hygienebeauftragten Arztes sei das Stundenausmaß ausgeschöpft. Ein zusätzlicher Dienstposten für einen zentralen hygienebeauftragten Arzt sei vorgesehen.

Auf wenig Verständnis stößt die Praxis der Rechnungshofprüfer, die Dauer von Operationen an verschiedenen Krankenhäusern miteinander zu vergleichen. „Die Dauer einer Operation als Qualitätskriterium heranzuziehen ist nicht nachvollziehbar“, sagt der Ärztliche Direktor des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt, Prim. Mathias Resinger. Der Rechnungshof bezog sich in seinem Bericht auf eine Operation im Krankenhaus Oberwart und sprach von einer „vergleichsweise hohen Verweildauer im OP-Bereich“. Rezar: „Alleine aus infrastruktureller Sicht lassen sich die OP-Bereiche von Krankenhäusern nicht vergleichen.“ Grundsätzlich stehe man jeder Prüfung positiv gegenüber, sagt der Ärztliche Direktor der KRAGES, Kurt Resetarits: „Jede Prüfung erhöht die Qualität.“ ■

Internistischer Verbund Nord

Krankenanstalten Kittsee und Eisenstadt bündeln ihre Kompetenzen



Fotos: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Prim. Univ. Doz. Andreas Püspök (Leiter Internistischer Verbund Nord), DGKS Elisabeth Wieszmüller (Pflegedirektorin & Kaufmännische Direktorin KH Kittsee), Landeshauptmann Hans Niessl, KRAGES-Geschäftsführer René Martin Schnedl, Gesundheits- und Soziallandesrat Peter Rezar, Prim. Luc Bastian (Ärztlicher Leiter KH Kittsee), und Prim. Anna Kettner (Leiterin Abteilung Anästhesie und Intensivmedizin KH Kittsee)

Seit Anfang Juni leitet Prim. Univ. Dozent Andreas Püspök die Interne Abteilung des Krankenhauses Kittsee. Dies ist der Beginn einer weiteren Kooperation des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt mit dem A.ö. Ladislaus-Batthyány-Strattmann Krankenhaus Kittsee. Bereits Anfang des Jahres wurde Püspök zum Leiter der II Internen Abteilung, das ist die Abteilung für Gastroenterologie und Onkologie, bestellt. Der Internistische Verbund Nord ist der zweite Verbund der beiden Krankenanstaltenträger. Seit 2005 gibt es bereits eine sehr erfolgreiche Kooperation im Bereich der Radiologie. „Verbünde zwischen den Krankenanstalten sind ein innovativer und qualitätsorientierter Weg. Wir haben mit bereits bestehenden Verbänden im Landes-süden sehr gute Erfahrungen gemacht. Der Internistische Verbund Nord wird nicht nur Verbesserungen für die Patientinnen und Patienten bringen, sondern auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Einerseits wird ein wie auch bisher schon breites Leistungsspektrum gewährleistet und zusätzlich in Abstimmung mit dem anderen Standort das Leistungsspektrum optimiert. Das Burgenland hat in den letzten Jahren viel in den Ausbau der Krankenanstalten investiert. Die wohnortnahe und qualitätsgesicherte Gesund-

heitsversorgung liegt uns sehr am Herzen – daher haben wir auch eine Standortgarantie für alle fünf burgenländischen Krankenanstalten abgegeben“, so Landeshauptmann Hans Niessl, der am 4. Juni im Rahmen einer Pressekonferenz mit Sozial- und Gesundheitslandesrat Peter Rezar, Prim. Luc Bastian, Ärztlicher Leiter Krankenhaus Kittsee, und dem Leiter des Internistischen Verbundes Nord, Prim. Univ. Doz. Andreas Püspök, Details zur neuen Kooperation vorstellte.

Erstmals würden im Nordburgenland bettenführende Abteilungen unterschiedlicher Krankenhäuser unter einer gemeinsamen Führung zusammengeschlossen, erläutert Rezar: „Es ist ein erklärtes Ziel der KRAGES, die Kooperation zwischen den burgenländischen Krankenanstalten zu intensivieren. Die Gründe sind in erster Linie die Optimierung der medizinischen Qualität und die Optimierung der Effizienz der eingesetzten Mittel.“ Mit dieser Kooperation würden sich die burgenländischen Krankenanstaltenträger die Stärken kleiner und großer Einrichtungen zunutze machen. „Die gemeinsame Führung wird zu einem Wissensaustausch zwischen den beiden Abteilungen führen. Den in Ausbildung befindlichen Kolleginnen und Kollegen wird so zukünftig eine breite Ausbildung möglich sein.“ ■

Gemeinsam Zukunft schreiben

Eisenstadt: STEP Zwischenbericht wurde veröffentlicht



Foto: Magistrat der Freistadt Eisenstadt

Rund 130 Personen fanden sich im E_Cube ein, um bei der Präsentation der ersten STEP-Zwischenergebnisse dabei zu sein.

Rund 130 Personen fanden sich am 17. Juni im Eisenstädter E_Cube ein, um bei der Präsentation der ersten Zwischenergebnisse des neuen Stadtentwicklungsplans dabei zu sein. Der 80 Seiten umfassende Zwischenbericht kann übrigens im Rathaus abgeholt werden und ist auch im Internet als Download verfügbar.

Ende Juni 2013 endete für die Bevölkerung die erste Phase der Erarbeitung des STEP „Eisenstadt 2030“. Sämtliche in den verschiedenen Workshops gesammelte Ideen wurden im sogenannten Ideenpool von Experten und Planern bearbeitet. Der daraus entstandene Zwischenbericht wurde nun der breiten Öffentlichkeit präsentiert.

„Die Beteiligung der Bevölkerung an der Erarbeitung des STEP war unglaublich groß und übertraf sämtliche Erwartungen“, freut sich Bürgermeister Thomas Steiner über den regen Zuspruch der Bevölkerung. Sowohl die Workshops in den einzelnen Stadtbezirken sowie der mehrstündige STEP-Workshop als auch der zweitägige BürgerInnenbeirat wurden sehr gut angenommen. Per „Ideenpostkarten“ (wurden dem Amtsblatt im Frühjahr 2013 beigelegt und konnten bei den Workshops ausgefüllt werden) kamen über 400 Ideen zusammen.

In der nun startenden Feedback-Phase bekommen dann alle BürgerInnen wieder die Gelegenheit, auf den präsentierten Zwischenbericht zu reagieren und verbliebene

Diskussionspunkte zu besprechen. Der Feedback-Prozess soll, wie geplant, im Sommer dieses Jahres abgeschlossen sein. Der so entstandene Stadtentwicklungsplan wird dann Ende 2014 dem Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegt.

Alle Informationen zur BürgerInnenbeteiligung und zum Stadtentwicklungsplan, inklusive der Protokolle der einzelnen Workshops sowie den Zwischenbericht als Download sind auf der Homepage der Freistadt Eisenstadt unter <http://bit.ly/1jyjPWh> herunterzuladen (das Dokument öffnet direkt) zu finden. Weitere Anregungen zum Zwischenbericht können per E-Mail an den Projektkoordinator Werner Fleischhacker <mailto:werner.fleischhacker@eisenstadt.at> gerichtet werden.

Genauere Aufarbeitung aller eingebrachten Ideen

In den vergangenen Monaten wurden alle Vorschläge, Anregungen und Ideen der Bevölkerung vom Geschäftsbereich Technik aufgearbeitet, sortiert, den einzelnen Themenbereichen zugeordnet und zusammengefasst. Bürger-Inputs aus den Berichten des BürgerInnenbeirats, des STEP-Workshops, des Jugend-Workshops, der Ortsteilabende, der Ideenpostkarten sowie vom Besuch einer Schulklasse des Gymnasiums Kurzwiese im Rathaus sind in die Zusammenfassung eingeflossen.

Nach Aufarbeitung und Zuordnung aller Anliegen mußten diese natürlich für den STEP-Zwischenbericht kommentiert bzw. beantwortet werden. Ziel dieses Zwischenberichts ist es, die BürgerInnen zu informieren, wie ihre Beiträge behandelt werden und in welche Richtung der STEP gehen wird. „Endgültige Lösungen und Entscheidungen für alle Fragen der Eisenstädter Stadtentwicklung können in einem Zwischenbericht noch nicht präsentiert werden, diese findet man im Endbericht“, erläutert Fleischhacker.

Anliegen, die zwar für „Eisenstadt 2030“ nicht relevant, aber dennoch wichtig sind, werden vom GB Technik und den Wirtschaftsbetrieben sukzessive umgesetzt (z.B. Ausbesserungsarbeiten von Straßenstücken, Hundesackerl-Stationen oder 30er-Zonen-Beschränkungen, etc.).

In der Abstimmungsphase im Herbst wird die Bevölkerung abermals eingeladen, im Rahmen einer Klausur gemeinsam mit dem Fachbeirat, dem Fachpool und der Politik die letzten offenen Punkte zu klären und dann den konsensualen STEP-Beschluß vorzubereiten. „Eine derart umfassende Form der Bürgerbeteiligung hat es in Eisenstadt noch nie gegeben, denn der Bevölkerung wurde und wird beim STEP die Möglichkeit gegeben nicht nur in der Startphase mitzuwirken, sondern sich auch in der Feedback- und Abstimmungsphase einzubringen“, so der Bürgermeister. ■ <http://www.eisenstadt.at>

»GrenzFälle – Als vor Kittsee der Vorhang fiel«

Ausstellung zeigt Entwicklung von Kittsee und Region Bratislava von 1948 bis 1989

Im Schloß Kittsee wurde am 11. Juni die Ausstellung „GrenzFälle – Als vor Kittsee der Vorhang fiel“ von Landeshauptmann Hans Niessl eröffnet. „Die heutige Ausstellung beweist einmal mehr eindrucksvoll die Qualität und Vielfalt des Kulturlandes Burgenland“, so Niessl bei der Eröffnung.

Die Ausstellung entführt in eine Zeit, als sich zwischen Kittsee und Bratislava eine unüberbrückbare Kluft in Form des Eisernen Vorhangs auftat, an der zwei gegensätzliche Welt – und Wertssysteme aufeinandertrafen. Einerseits war dieser Raum schon seit Jahrhunderten eine Grenzregion, da hier auch die Niederösterreichisch – Burgenländische Grenze verläuft, welche früher die Kultur- und Lebenswelt des Heiligen Römischen Reichs bzw. Österreichs von jener Ungarns trennte. Gleichzeitig lagen sowohl Kittsee als auch Bratislava in einer gemeinsamen Region innerhalb Ungarns und waren durch kulturelle und wirtschaftliche Aspekte eng verbunden.

Zwar schuf die staatliche Neuordnung Europas nach dem 1. Weltkrieg hier bereits eine Staatsgrenze, doch war auch über diese hinweg der regionale Austausch stets gegeben. Erst mit dem Ende des 2. Weltkrieges und der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei wurde alles anders.

Die Ausstellung führt zu den Wurzeln des Eisernen Vorhangs, die bereits im Ende des 2. Weltkrieges liegen, als Kittsee und Bratislava gemeinsam in den Südostwall – die deutsche Schutzstellung gegen die Rote Armee – integriert waren.

Im folgenden waren sowohl Kittsee als auch Bratislava von heftigen Kämpfen und der sowjetischen Besetzung betroffen. Während sich Österreich aber 1955 wieder aus dem sowjetischen Einflußbereich lösen konnte, verblieb die Tschechoslowakei nach dem kommunistischen Putsch von 1948 aber in diesem. In der Folge wurde vom kommunistischen Regime an der ehemals durchlässigen Grenze eine Sicherungslinie aus Schützentürmen, Stacheldraht und Minen aufgezogen, um das „Bauern- und Arbeiterparadies“ vor dem kapitalistischen Westen zu „schützen“. Während Kittsee die Berg- und Talfahrten des Burgenlandes in der 2. Republik durchmachte – vom Wirtschaftsauf-



Foto: Benedikt Wallner / Schloß Kittsee

Tschechoslowakischer Grenzsoldat in voller Montur – so haben ihn wohl viele noch in Erinnerung. Er gehörte auch im burgenländischen Grenzland lange zum Alltag.

Foto: Bgld. Landesmedienservice



Nach der Ausstellungseröffnung im Schloß Kittsee (v.l.): Vzbgm. Franz Buchta, Klubobmann Rudolf Strommer, Bgm.in Gabriele Nabinger, Marillenkönigin Sandra Wuketits, LH Hans Niessl, GR Maria Bezenek-Salvamoser und GV Karin Darnai

schwung bis zum „Auspendeln“ der heimischen Arbeiter, genöß man doch gleichzeitig die Freiheiten und Modernisierungen der westlichen Welt der 60er- und 70er-Jahre. Währenddessen wurden nur wenige Kilometer entfernt die Menschen unterdrückt, mundtot gemacht und mit den Segnungen des Kommunismus „beglückt“.

Auf zwei getrennten Wegen können die BesucherInnen die Ausstellung begehen und diese beiden Perspektiven – von den 1950er-

bis zu den 1980er-Jahren selbst erleben. Im Zentrum steht dabei natürlich die Grenze, die auch diese beiden Wege trennt und vor dem Blick der jeweils anderen Seite verbirgt. So soll auch ein Bild davon entstehen wie man den jeweils anderen auf beiden Seiten der Grenze wahrgenommen hat und wie Grenzen im Kopf entstehen.

Im letzten Teil der Ausstellung kann man schließlich den Sturz des Kommunismus und das erneute Zusammenwachsen der

Region innerhalb der EU mitverfolgen. Ein Rundgang durch die Ausstellung „Grenz Fälle“ wird den BesucherInnen vielleicht auch neue Aspekte einer Zeit vor Augen führen – die noch kein halbes Menschenleben her ist und trotzdem unendlich lang vergangen wirkt.

Die Ausstellung ist noch bis Ende Oktober jeden Samstag und Sonntag von 10-18 Uhr im Neuen Schloß Kittsee geöffnet. ■

<http://kultur-burgenland.at/de/schloss-kittsee-1>

Foto: Benedikt Wallner / Schloß Kittsee



Kurator Benedikt Wallner führte durch die Ausstellung, die noch bis Ende Oktober im Neuen Schloß Kittsee zu besichtigen ist.

Architekturpreis des Landes verliehen

Auszeichnungen für herausragende zeitgenössische Architektur im Burgenland



Landesrat Helmut Bieler mit allen Preisträgern, Bauherren, Juroren und Mitgliedern des Beirates für Baukultur und Ortsbildpflege

Die Verleihung des 7. Architekturpreises des Landes Burgenland fand am 12. Juni im Projektraum der Landesgalerie in Eisenstadt statt. Kulturlandesrat Bieler überreichte die – gleichwertigen – Auszeichnungen an vier Preisträger, die von einer fünfköpfigen Jury aus 16 Einreichungen ausgewählt wurden. „Mit der Verleihung des Architekturpreises wollen wir Impulse für ein modernes und innovatives Bauen und Wohnen setzen. Wir wollen damit zeigen, daß Architektur das Land gestaltet. Die eingereichten Projekte unterstreichen eindrucksvoll, über welche großartigen Möglichkeiten und Ressourcen die Architektur in unserem Land verfügt“, sagte Bieler. Der Architekturpreis wird alle zwei Jahre vergeben; die diesjährige Verleihung bildete einen zentralen Programmpunkt des „Jahres der Baukultur 2014“, einer Initiative des Kulturreferates des Landes. In der Ausstellung im Kulturraum sind die Architekturpreise und Auszeichnungen des Landes Burgenland von 2002 bis 2014 samt den aktuellen Preisen und Einreichungen zu sehen.

Der Architekturpreis ist ein zentraler Programmpunkt im Jahr der Burgenländischen Baukultur 2014, einer Initiative des Kulturreferates des Landes Burgenland. Die prämierten Bauten sind beispielgebend für die zeitgemäße architektonische Gestaltung von unterschiedlichen Bauaufgaben. Dabei ist das Zusammenspiel von funktionalen, öko-

logischen, ökonomischen und ästhetischen Kriterien entscheidend.

Die Maßnahmen stellen ressourcenschonende Lösungen dar, die der Zersiedelung entgegenwirken oder durch die Erweiterung bestehender Objekte zur Ortskernverdichtung beitragen. Ebenso zeigen innovative Ansätze für neue Aufgaben und Funktionen Beispiele einer möglichen Weiterentwicklung auf.

Das Zusammenspiel von funktionalen, ökologischen, ökonomischen und ästhetischen Kriterien und die Auseinandersetzung mit den Strukturen des Burgenlandes ist entscheidend für die Prämierung der Bauten, deren Fertigstellungstermin nicht länger als vier Jahre zurückliegen durfte. Eine fünfköpfige Jury, deren Mitglieder der Beirat für Baukultur und Ortsbildpflege nominiert, kürte aus den sechzehn Einreichungen die vier Siegerprojekte.

Die Preisträger

Einen Architekturpreis durfte Architekt Georg Marterer – m2architekten – für den Umbau und den Dachgeschoßausbau eines bestehenden Einfamilienhauses aus den 60er-Jahren in Markt St. Martin entgegennehmen.

Mit dem Architekturpreis ausgezeichnet wurden die Architekten Claudia Wimberger und Christian Schremmer sowie das Büro 3:0 Landschaftsarchitektur Gaschowatz-

Luger-Zimmermann OG für das „Patchwork – Garten und Haus“ in der Tempelgasse in Deutschkreutz am Standort der ehemaligen jüdischen Synagoge.

Ein weiterer Preis ging an Univ.Prof. Arch. Irmgard Frank für die Gestaltung eines Hauses bei Jennersdorf, das von der Architektin und Bauherrin selbst als Arbeits- und Wohnhaus genutzt wird.

Den Architekturpreis des Landes erhielten die Architekten Heribert Wolfmayr und Josef Saller – Büro herri&salli – für die Planung des zur Gänze in Holzbau errichteten Bürogebäudes Office Off! in Steinberg-Dörfel.

Weiterentwicklung des kulturellen Erbes

„Gelebte Baukultur befaßt sich nicht nur mit der Konservierung des erhaltenswürdigen Alten, sie nimmt vielmehr Bezug auf die Weiterentwicklung unseres kulturellen Erbes.

Zukunftsweisende Beiträge zur Baukultur des Landes – darum geht es auch im Jahr der Baukultur. Alle eingereichten Beiträge sind von hervorragender Qualität und unterstreichen das Potential an architektonischen Leistungen im Burgenland. Ich gratuliere allen, besonders den Preisträgern, ganz herzlich“, so Bieler.

Der Katalog „Architekturpreis 2014“ steht als Download zur Verfügung unter <http://www.baukulturburgenland.at>

50 Jahre Künstlerdorf Neumarkt an der Raab

Einzigartige kulturelle Institution des Burgenlandes feierte Jubiläum

Das Künstlerdorf Neumarkt an der Raab, das in den vergangenen Jahrzehnten ein sehr gefragtes kulturelles Angebot etablieren konnte, durch ein erstklassiges musikalisches und literarisches Programm besticht, aber auch durch die bildende und darstellende Kunst weit über die Grenzen des Burgenlandes hinaus zu einem Begriff und fixem Bestandteil des Kulturlebens geworden ist, feierte am 19. Juni sein 50jähriges Bestandsjubiläum. „Dieses Künstlerdorf ist eine einzigartige Institution, die in den vergangenen 50 Jahren für unzählige Künstlerinnen und Künstler kreative Heimat geworden ist. 50 Jahre Künstlerdorf heißt aber auch 50 Jahre künstlerisches Wachstum mit allen Höhen und Tiefen, die man in einem halben Jahrhundert erleben kann“, sagte Kulturminister Josef Ostermayer anlässlich seines Besuches beim Festakt im Dreiländereck des südlichen Burgenlandes.

Das Künstlerdorf wurde 1964 von Bildhauer und Maler Feri Zotter gemeinsam mit dem Schriftsteller Eduard Sauerzopf und dem damaligen Landeskonservator Alfred Schmelzer begründet. Sie wollten ursprünglich den Abriß eines alten Rauchkuchl-Hauses verhindern. Zotter machte daraus das erste Atelierhaus und legte damit den Grundstein zum „Künstlerdorf“. Viele Künstler kamen in der Folge, um dort zu arbeiten. So auch Peter Handke, der „Die Angst des Tormanns beim Elfmeter“ hier begann oder Peter Turrini und Wilhelm Pevny, die hier die „Alpensaga“ verfaßten. Auch Gerhard Roth, Wolfgang Bauer, Werner Schwab, H.C. Artmann, Barbara Frischmuth, Gert Jonke, Ernst Jandl, Friederike Mayröcker oder Gerhard Rühm ließen sich hier inspirieren. Der Maler und Architekt Walter Pichler schuf sich hier eine ideale Umgebung für seine Skulpturen, für die er eigene Häuser baute. Der Kulturminister traf vor dem Festakt mit dessen Witwe, der Architekturfotografin Elfi Tripamer, zusammen.

„50 Jahre Künstlerdorf heißt 50 Jahre künstlerisches Wachstum mit allen Höhen und Tiefen, die man in einem halben Jahrhundert erleben kann. Auf die nächsten 50 Jahre!“, schloß Ostermayer seine Ansprache.



Kunst- und Kulturminister Josef Ostermayer (r.) besuchte die Feier zum 50jährigen Bestehen des Künstlerdorfes – im Bild mit Landeshauptmann Hans Niessl (l.) und Kulturlandesrat Helmut Bieler (Mitte)



Kunst- und Kulturminister Josef Ostermayer mit der Familie von Walter Pichler

Landeshauptmann Hans Niessl sagte, „das Künstlerdorf verbindet Vergangenes mit Modernem, es verbindet regionale Tradition mit interkultureller Innovation, es verbindet die Menschen der Region mit der Kreativität der internationalen Künstler, die hier ihren Beitrag geleistet haben! Daher leistet dieses Künstlerdorf einen besonderen Beitrag zur ohnehin herausragenden Kulturgeschichte des Burgenlandes!“

„Hier im Künstlerdorf Neumarkt an der

Raab wurden Meilensteine der Kulturszene gelegt. Ein vielfältiges Programm, eine beeindruckende Landschaft sowie ein spannendes kulturelles Umfeld im Dreiländereck zwischen Österreich, Ungarn und Slowenien laden auch heuer wieder zu einem speziellen Kunst-Sommer ein. Das Künstlerdorf Neumarkt an der Raab pulsiert und hat den Finger immer am Puls der Zeit“, betonte Kulturlandesrat Helmut Bieler.

<http://www.neumarkt-raab.at>

Kleinkunst mit großer Vielfalt

Kulturlandesrat Helmut Bieler sieht Offene Bühne Burgenland als Win-Win Situation für KünstlerInnen und Publikum

Seit Jahresbeginn 2014 tourt die Offene Bühne Burgenland durch das gesamte Land und sorgt bei den KünstlerInnen, aber auch beim Publikum für größte Zufriedenheit. Das Konzept, den Veranstaltungsort bei jeder Offenen Bühne zu wechseln, ist voll aufgegangen. Ziel war und ist es, die heimische Kleinkunst zu fördern und Kultur abseits des Mainstreams zu bieten. Im Rahmen einer Pressekonferenz in Oberwart zogen Landesrat Helmut Bieler und Organisator Harald Pomper eine erste Bilanz. Die Veranstaltung wurde von Domy Wrobel musikalisch umrahmt. Der Südburgenländer war bereits bei der Offenen Bühne Burgenland zu Gast und arbeitet unter seinem Pseudonym „Deom“ an seinem ersten Album. Aufgrund des großen Erfolgs soll die Offene Bühne Burgenland auch 2015 weitergeführt werden.

Seit Jänner dieses Jahres tourt die „Offene Bühne Burgenland“ durch das gesamte Bundesland und macht in verschiedensten Kultureinrichtungen, Kunstvereinen oder Wirtshäusern Station. Die Idee hinter dieser Initiative war und ist es, die Kleinkunstszene im Burgenland zu beleben, verschiedensten KünstlerInnen eine unkomplizierte Auftrittsmöglichkeit zu bieten und das Publikum auf die heimische Kleinkunstszene aufmerksam zu machen. Initiator Harald Pomper, der das Konzept der Offenen Bühnen im internationalen Vergleich gut kennt, hat diese Idee ins Burgenland gebracht und sie mit der uralten Tradition der Wanderbühnen verbunden. „Ich bin beeindruckt, wie schnell und durchdacht Harald Pomper das Konzept auf Schiene gebracht hat“, zeigte sich Landesrat Helmut Bieler zufrieden. „Jeder Bezirk hatte oder hat im Laufe des Jahres mindestens eine Offene Bühne vor Ort, sodaß das interessierte Publikum – wie auch die interessierten KünstlerInnen – mindestens eine Offene Bühne pro Jahr in ihrer Nähe haben.“

Bis jetzt war die Offene Bühne Burgenland in Mischendorf, Bad Sauerbrunn, Oberwart, Wiesen und Großwarasdorf zu Gast, es wird noch Veranstaltungen in Bruckneudorf, Neumarkt an der Raab, Parndorf, Gerersdorf und Oslip geben. „Ich kenne Offene Bühnen aus Städten wie Hamburg oder Berlin und ich bin mir sicher, daß wir eine der besten Open Stages im deutschen Sprachraum –



Kulturlandesrat Helmut Bieler, Organisator Harald Pomper und Teilnehmer Domy Wrobel zogen erfolgreiche Zwischenbilanz der Initiative Offene Bühne Burgenland

sowohl für die Künstler als auch fürs Publikum – auf die Beine gestellt haben“, zeigte sich Organisator Harald Pomper überzeugt.

Auch die Zahlen der Initiative sprechen für sich: Rund 50 Acts mit insgesamt über 80 teilnehmenden KünstlerInnen haben bereits oder werden die unkomplizierte Auftrittsmöglichkeit nutzen. Der Anteil der Acts aus dem Burgenland beträgt über 70 Prozent, es sind aber auch viele künstlerische Gäste aus der Steiermark, aus Wien, Kärnten oder Nieder- und sogar Oberösterreich mit dabei. „Besonders freut mich, daß auch die künstlerische Bandbreite so hoch ist. Es zeigt das große kreative Potential im Burgenland und daß es Kultur auch abseits der großen Bühnen und Festivals gibt“, ergänzte Bieler. So sind bzw. waren bei der Veranstaltungsreihe in diesem Jahr Singer/Songwriter, Literaten, Schauspieler, Chöre, Kabarettisten, Jazz- und Folkmusiker, Liedermacher, Hip-Hopper aber auch eine multimediale Performance bei der – in dieser Art weltweit wohl einzigartigen – Veranstaltungsreihe zu sehen. „Ich bin wirklich erfreut, daß es so gut läuft. Die meisten Künstler wollen mehrmals teilnehmen und auch die Betreiber der Veranstaltungsorte waren bisher immer zufrieden und wollen, daß wir wieder bzw. öfters kommen“, so Pomper.

Mit durchschnittlich 40 bis 50 Zuschauern pro Veranstaltung war auch das Publikumsinteresse entsprechend und das System der freien Kulturspenden hat funktioniert. Pomper ergänzte: „Zum Glück war den mei-

sten Leuten bewußt, wie viel Arbeit hinter Kunst steckt und haben die Darbietungen größtenteils entsprechend honoriert.“ Das System der freiwilligen Kulturspenden soll aber weiter verbessert und ausgebaut werden. Aufgrund des positiven Echos des Publikums, der Künstler und der Veranstaltungsorte soll die Offene Bühne Burgenland 2015 weitergeführt werden. „Wir haben an diese Initiative geglaubt, und wenn es so gut läuft, ist es auch klar, daß wir weitermachen“, so Landesrat Bieler. Die Offene Bühne Burgenland soll sich langfristig etablieren und einen wertvollen Nährboden für die Kleinkunstszene in der Region schaffen.

Auch wenn die Termine für dieses Jahr bereits alle vergeben sind, können sich weiterhin KünstlerInnen melden, die gerne auftreten möchten. Es kann sein, daß der eine oder andere Act kurzfristig verhindert ist und so noch ein Platz frei wird. Auch für 2015 können sich schon jetzt Interessierte melden. Das gilt auch für Lokalbetreiber, die eine Veranstaltung gerne bei sich hätten. Weder für die Künstler noch für die Lokalbetreiber entstehen dabei Kosten: Die Ton- und Lichttechnik, die Pressearbeit, die Moderation etc. wird ebenso wie die gesamte Organisation von der Offenen Bühne durchgeführt. Die eingenommenen Kulturspenden werden zu 100 Prozent auf die teilnehmenden Acts des Abends aufgeteilt. Informationen zu den Anmeldemodalitäten und die weiteren Veranstaltungen sind zu finden auf

<http://www.offene-buehne.at>

Europaregion und Makroregion Alpen

LH Kompatscher bei EU-Kommissar Hahn

Die Rolle Südtirols und der Europaregion in der zukünftigen Makroregion Alpen standen am 25. Juni im Mittelpunkt der Aussprache von Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher mit Johannes Hahn, dem EU-Kommissar für Regionalpolitik. Vor dem Treffen mit Hahn hat Kompatscher zum ersten Mal an einer Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen (AdR) teilgenommen.

Die erste AdR-Sitzung bot Landeshauptmann Kompatscher einen perfekten Überblick über die Arbeit des Gremiums, war sie doch die Jubiläumssitzung zum 20jährigen Bestehen. Beim offiziellen Festakt wurde über Erfolge und Herausforderungen seit der Gründung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Jahr 1994 Bilanz gezogen. Für Südtirol saß übrigens seit der Gründung Alt-Landeshauptmann Luis Durnwalder im AdR.

Vor der Plenarsitzung hat sich Kompatscher bei der italienischen Ausschuss-Delegation vorgestellt und sich mit österreichischen AdR-Vertretern getroffen. Der wichtigste politische Termin des Tages für Kompatscher war jedoch das Aufeinandertreffen mit EU-Kommissar Hahn. Erstes Gesprächsthema war der AdR und dessen Aufwertung im Gremiengefüge der EU. Kompatscher: „Der AdR ist das Sprachrohr der Regionen, Länder, Städte und Gemeinden. Schon in der Vergangenheit hat Südtirol über den Ausschuss wichtige Themen in Brüssel deponieren können und diese Möglichkeit wollen wir auch in Zukunft intensiv nutzen.“

Kompatscher hat mit Hahn auch über die Rolle der Europaregion in einer künftigen Makroregion Alpen gesprochen. „In der Makroregion Alpen sollen die Interessen der Alpenregionen gebündelt werden. Gemeinsam mit dem Trentino und dem Bundesland Tirol haben wir mit dem EVTZ die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bereits institutionalisiert und streben deshalb mit der Europaregion die Themenführerschaft in der Makroregion an“, so Kompatscher. Mit Hahn habe er über mögliche Formen der Unterstützung und Zusammenarbeit gesprochen, so Kompatscher. „Bereits am Freitag ist die Makroregion beim erweiterten Arge-Alp-Treffen in Trient das zentrale Thema. Bei dieser Gelegenheit werde ich einige heute



Foto: Autonome Provinz Bozen

Landeshauptmann Arno Kompatscher (l.) mit EU-Kommissar Johannes Hahn

mit Hahn besprochene Aspekte einbringen“, so der Landeshauptmann.

Tags darauf stand für Kompatscher der zweite Sitzungstag im AdR auf dem Programm. Dabei haben die Mitglieder über eine Entschließung zum 20jährigen Bestehen des AdR abgestimmt, in der ein Fahrplan für die Stärkung der politischen und institutionellen

Rolle des Ausschusses festgelegt wurde. Mit Blick auf die Konstituierung des neuen Europäischen Parlaments und der baldigen Einsetzung einer neuen Europäischen Kommission hat der AdR zudem eine Entschließung verabschiedet, in der Erwartungen und Vorschläge für die neue Legislaturperiode der EU formuliert wurden. ■

»Guter Draht in die Heimat«

Landesrätin Martha Stocker verfolgt in der Landesregierung auch die Anliegen der „Auslandssüdtiroler“. Seit Jahren hält sie engen Kontakt zu den Heimatfernenorganisationen und will ihn weiter ausbauen: „Ich bin seit vielen Jahren mit den Heimatfernen verbunden. Es ist mir deshalb eine Ehre, jetzt auch in der Landesregierung dafür verantwortlich zu sein, daß die Südtirolerinnen und Südtiroler in der Welt sowie deren Kinder und Kindeskinde weiterhin einen guten Draht zur Heimat haben.“ Beim Zusammentreffen mit Rosa Franzelin, Erich Achmüller und Rosemarie Mayer von den „Südtirolern in der Welt“ betonte Stocker, daß es wichtig sei, den Heimatfernen konkrete Hilfestellungen zu bieten: „Es geht um die Unterstützung für einen guten Start im Ausland, und dazu ist eine beratende Vermittlung und zielgerichtete Information sehr hilfreich“, so Stocker.

„Die Heimatfernen-Arbeitsstelle hat in der Vergangenheit bereits viel Arbeit gelei-

stet, die Verbindungen zu den Südtirolern im Ausland aufgebaut und ist jetzt dabei, ihr eigenes Tätigkeitsfeld den sich ändernden Anforderungen anzupassen“, so Erich Achmüller. In den letzten Jahren seien die Südtiroler in der Welt neben der kulturellen Brücke zur Heimat Anlaufstelle v.a. in Pensionsfragen, bei Fragen zur Rückkehr nach Südtirol oder für Grenzpendler gewesen, nun orientiere sich die Tätigkeit verstärkt auch in Richtung Südtiroler, die jetzt aktuell ins Ausland gehen wollen, berichtete die Delegation. „Wenn junge Menschen ins Ausland gehen, wenden sie sich immer öfter an die Heimatfernen-Stelle, um Fragen zu Steuer, Meldeamt oder Krankenversicherung und vieles mehr beantwortet zu bekommen. Die Südtiroler in der Welt wollen diese Beratungstätigkeit gezielt ausbauen und bieten heuer erstmals eine Infoveranstaltung für junge Südtiroler direkt vor Ort, in München, an“, berichtete Stocker. ■

7 Fraktionen gestalten Europa-politik in der 8. Legislaturperiode

Mindestens 25 EU-Abgeordneten aus 7 Mitgliedsstaaten werden gebraucht, um eine Fraktion zu bilden. Sieben Fraktionen konnten diese Kriterien erfüllen und werden in der ersten Juliwoche ihre Arbeit im Plenum in Straßburg beginnen.

Die Sitzverteilung im Europaparlament für die 8. Legislaturperiode (2014-2019) nach Fraktionen

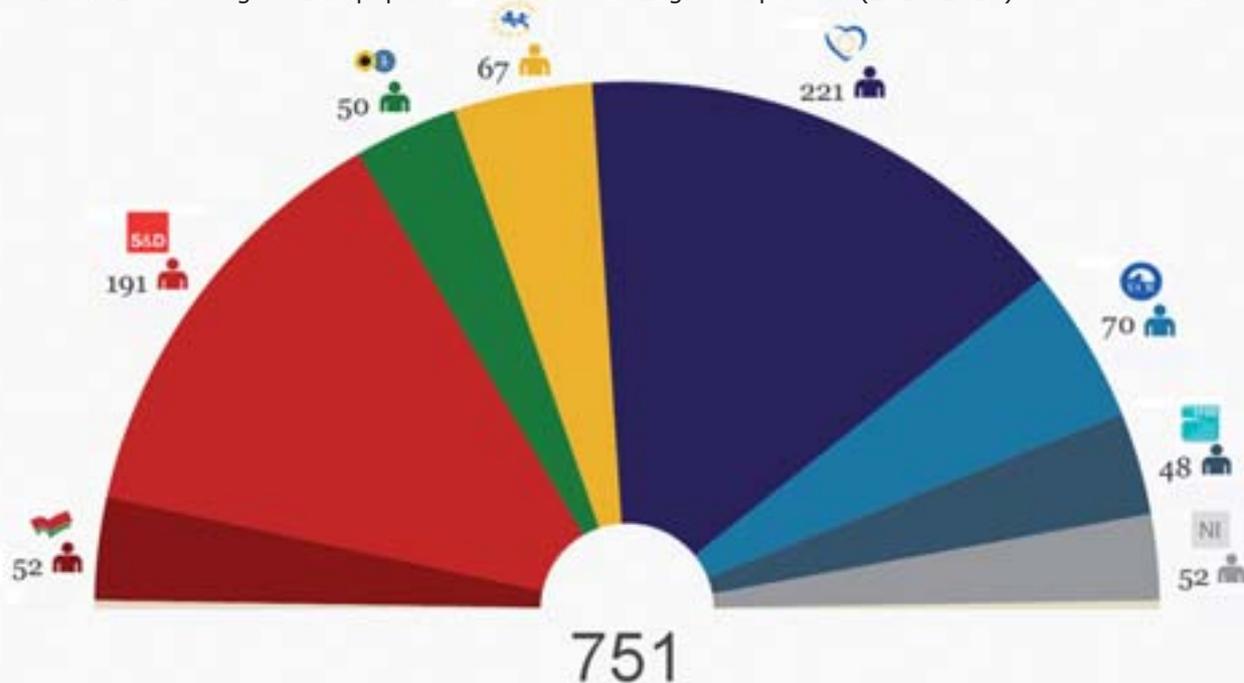


Foto: Europäisches Parlament

Fraktionen sind von großer Bedeutung für die politische Arbeit im EU-Parlament: Sie wählen den Präsidenten, die Vizepräsidenten und die Ausschußvorsitzenden, entscheiden, wer für welche Themen Berichterstatter wird und legen die Redezeiten für Debatten fest.

Jede Fraktion hat ein Sekretariat, das sich um die interne Organisation kümmert. Mitglieder der Fraktionen ernennen einen Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden, der die Gruppe in der Konferenz der Präsidenten vertritt.

Folgenden Fraktionen wird es in der 8. Legislaturperiode des Europaparlaments geben (Stand 24. Juni):

Die **Europäische Volkspartei (EVP)** stellt die größte Fraktion im EU-Parlament mit 221 Mitgliedern. Sie wird von dem deutschen EU-Abgeordneten Manfred Weber geleitet. Es ist seine dritte Amtszeit im Europaparlament. In der vergangenen Legislaturperiode war er Mitglied im Ausschuß für konstitutionelle Fragen.

Die **Fraktion der Progressiven Allianz**

der Sozialdemokraten (S&D) hat den ehemaligen Europaparlamentspräsidenten Martin Schulz aus Deutschland als Vorsitzenden gewählt. Er ist schon seit mehr als 20 Jahren EU-Abgeordneter. Mit 191 Mitgliedern ist S&D die zweitstärkste Kraft im Parlament.

Die **Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR)** haben Syed Kamall aus dem Vereinigten Königreich zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Er ist seit 2005 EU-Abgeordneter. In der vergangenen Legislaturperiode war er im Wirtschaftsausschuß aktiv. 70 EU-Abgeordnete haben sich der EKR angeschlossen.

Der belgische EU-Abgeordnete Guy Verhofstadt leitet die **Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)**. Der ehemalige Premierminister war schon in der vergangenen Legislaturperiode Fraktionsvorsitzender. Insgesamt sind 67 Abgeordnete Mitglied der ALDE-Fraktion.

Die **Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)** wird von der deutschen EU-Abgeordneten Gabriele Zimmer geleitet. Es ist ihre dritte Amtszeit

im Europaparlament. Zimmer war bereits von 2012 bis 2014 Fraktionsvorsitzende. Insgesamt gehören GUE/NGL 52 Abgeordnete an.

Die **Grünen/Freie Europäische Allianz (Grünen/EFA)** werden von dem belgischen EU-Abgeordneten Philippe Lamberts und von der deutschen Rebecca Harms geleitet. Lamberts folgt dem französischen Abgeordneten Daniel Cohn-Bendit und Harms war schon in der vorhergehenden Legislaturperiode Ko-Fraktionsvorsitzende. Der Grünen-Fraktion im Europaparlament haben sich 50 Abgeordnete angeschlossen.

Die **Fraktion Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie (EFDD)** wird von Nigel Farage aus dem Vereinigten Königreich geleitet und dem italienischen EU-Abgeordneten David Borrelli. Farage ist seit 1999 Mitglied des Europaparlaments und leitete die Fraktion bereits in der 7. Legislaturperiode. Borrelli ist zum ersten Mal EU-Abgeordneter und war vorher Stadtrat in Treviso.

<http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

Erholung mit ausgeprägter Unsicherheit

WIFO-Prognose für 2014 und 2015

Die Perspektiven für die österreichische Volkswirtschaft haben sich gegenüber der März-Prognose des WIFO nur geringfügig verändert. Im I. Quartal 2014 wuchs die Wertschöpfung wie erwartet, wenngleich etwas schwächer als im IV. Quartal 2013. Die Vorlaufindikatoren entwickelten sich zuletzt weniger dynamisch als erwartet. Nach einem Wachstum von 0,3 % im Jahr 2013 sollte die Wirtschaft 2014 um 1,4 % und 2015 um 1,7 % expandieren.

Die österreichische Volkswirtschaft kehrte im 2. Halbjahr 2013 auf einen – wenn auch vorerst nur flachen – Wachstumspfad zurück. Die ab dem III. Quartal 2013 beobachtete schwungvolle Belebung setzte aber im I. Quartal 2014 aus. Vieles spricht dafür, daß die heimische Volkswirtschaft in den nächsten Quartalen wieder zu etwas höheren Wachstumsraten zurückkehrt. So entwickelten sich vor allem die Indikatoren der Auftragseingänge und Auftragsbestände günstig. Auch lieferte die Auslandsnachfrage stimulierende Impulse. Darüber hinaus sind die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für einen Aufschwung weiterhin intakt. Erhebliche Risiken liegen allerdings nach wie vor im außenwirtschaftlichen Umfeld. Vor allem die Unsicherheit des künftigen politischen Kurses in südlichen und östlichen Nachbarländern prägt die Perspektiven der heimischen Exportwirtschaft.

Nach einer Expansion der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2013 um insgesamt 0,3 % dürfte sich das Wachstum im Jahr 2014 auf 1,4 % und 2015 auf 1,7 % beschleunigen. Die zentrale Annahme hinter dieser Prognose ist eine schrittweise Verringerung der Unsicherheit unter Investoren und Konsumenten, indem einerseits die Schuldenkrise im Euro-Raum sich nicht wieder verschärft und andererseits geopolitische Unsicherheiten abflauen.

Trotz der leichten Wachstumsbeschleunigung über den Prognosezeitraum sollte der Preisdruck verhalten bleiben. Ausschlaggebend dafür ist zum einen eine unterdurchschnittliche Kapazitätsauslastung und zum anderen die Erwartung, daß sich die Produktionslücke (Output Gap) bis Ende 2015 nicht schließen wird. Die Teuerungsrate

wird, nach 2,0 % im Jahr 2013, in den Jahren 2014 und 2015 jeweils 1,8 % betragen. Neben einem mäßigen, jedoch soliden Wachstum des Konsums der privaten Haushalte wird vor allem die Investitionstätigkeit über den Prognosehorizont wieder deutlich zunehmen. Beschäftigung und Arbeitskräfteangebot werden sich weiterhin deutlich ausweiten. Trotz der Beschäftigungszuwächse dürfte die Arbeitslosigkeit hoch bleiben.

Die Außenwirtschaft wird 2014 und 2015 einen ausgeglichenen Wachstumsbeitrag liefern. Zwar verbesserten sich die Wachstumsaussichten für die österreichische Exportwirtschaft in den letzten Monaten, eine nachhaltige Erholung ist allerdings wegen der noch trägen Entwicklung im Euro-Raum, in den knapp über 50 % der österreichischen Exporte gehen, erst Ende 2015 zu erwarten.

Trotz der verhaltenen Konjunktur dürfte sich die Situation der öffentlichen Haushalte gegenüber der März-Prognose nicht weiter verschlechtern. Für 2014 wird ein Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition) von -2,8 % des BIP erwartet, der 2015 weiter auf -1,7 % zurückgehen könnte.

Methodische Hinweise und Kurzglossar Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Text wird auf „saison- und arbeitstägig bereinigte Veränderungen“ Bezug genommen.

Die Formulierung „veränderte sich gegenüber dem Vorjahr ...“ beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsraten

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone.

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden knapp 87 % der im österreichischen Waren-

korb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2010) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1500 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit. Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen. <http://www.konjunkturtest.at>

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den „unselbständig Beschäftigten“ zählen auch Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, sowie Präsenzdiener mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der „unselbständig aktiv Beschäftigten“.

<http://www.wifo.ac.at>

OeNB erwartet verhaltenen Aufschwung für Österreich

Die wirtschaftliche Entwicklung in der EU und in Österreich, aber auch die Zinspolitik der EZB standen am 24. Juni im Mittelpunkt einer Aussprache des Finanzausschusses mit Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny und Vizegouverneur Andreas Ittner. Ausgangspunkt war dabei der routinemäßige Halbjahresbericht der OeNB über die erfolgten geld- und währungspolitischen Maßnahmen, der auch die Gelegenheit bot, die Abgeordneten über die zu erwartenden wirtschaftlichen Trends zu informieren.

Was die gesamtwirtschaftliche Prognose betrifft, rechnet Ewald Nowotny für 2014 und 2015 mit einem Wachstum des realen BIP in Österreich von 1,6 bzw. 1,9 % und einer weiteren Beschleunigung im Jahr 2016 auf 2,1 %. Sinkende Energie- und Rohstoffpreise werden dabei zu einer Fortsetzung der Abschwächung der Inflationsdynamik führen, sodaß die Inflationsrate im laufenden Jahr weiter auf 1,8 % und 2015 auf 1,7 % zurückgehen wird. 2016 hingegen wird nach Einschätzung Nowotnys die Inflation aufgrund der anspringenden Konjunktur wieder leicht auf 1,9 % steigen. Die Arbeitslosenquote wiederum wird in den kommenden Jahren gemäß Eurostat konstant bei 4,9 bis 5,0 % – dem niedrigsten Wert in der EU – bleiben.

Wie Nowotny in seiner Präsentation zu bedenken gab, wird sich 2014 der Budgetsaldo nach Maastricht insbesondere aufgrund weiterer Zahlungen an Banken vorübergehend auf -2,5 % des BIP verschlechtern, bevor es 2015 und 2016 zu einer Verbesserung auf -1,2 bzw. -0,7 % des BIP kommen wird. Wegen der Restrukturierung der Hypo wird die öffentliche Schuldenquote im laufenden Jahr auf 79,2 % des BIP steigen, in den beiden kommenden Jahren aber auf 75,3 % zurückgehen. Nach den neuen Grundsätzen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werde, wie Nowotny präziserte, die Schuldenquote ab 2014 aber über 80 % liegen, da Schulden der ÖBB sowie Schulden der Länder und Gemeinden aus dem Spitalsbereich eingerechnet werden müssen. Um das mit der EU vereinbarte mittelfristige strukturelle Budgetziel (-0,45 % des BIP) 2015 zu erreichen, ergibt sich nach den Einschätzungen der OeNB ein weiterer Konsolidierungsbedarf von 1/4 % des BIP.

Nowotny sprach im Zusammenhang mit dem Aufschwung allerdings von hohen

Unsicherheiten. So gehe das mit Abstand größte Risiko von einer Verschärfung der Rußland/Ukraine-Krise und den Effekten möglicher weiterer Sanktionen der EU aus. Die aktuellen Entwicklungen um den Abschluß eines ukrainischen Militärflugzeugs und das Scheitern der Gaspreisverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine würden jedenfalls nicht auf eine Entspannung der Lage hindeuten.

Hinsichtlich der Lage der heimischen Banken sprach Vizegouverneur Andreas Ittner von einer Verschlechterung der Profitabilität. Mittel-, Ost- und Südosteuropa, der sogenannte CESEE-Raum, bleibe wichtiger Ertragstreiber, dies vor allem auch angesichts der schwachen Ertragskraft im Österreich-Geschäft. Ittner wies aber auf eine im internationalen Vergleich hohe Exposure gegenüber Rußland und der Ukraine hin. Auch seien die österreichischen Geldinstitute unterdurchschnittlich kapitalisiert, wiesen aber andererseits eine deutlich geringere Verschuldung als vergleichbare Banken anderer EU-Länder auf. Große Bedeutung maß der Vizegouverneur überdies dem neuen Europäischen Bankenaufsichtsmechanismus zu, der vor allem auch Regeln für die Abwicklung von Banken vorsieht.

In der Debatte betonte Nowotny gegenüber dem Grün-Abgeordneten Bruno Rossmann sowie SPÖ-Finanzsprecher Kai Jan Krainer, daß es derzeit in Europa keine Deflation gibt. Man sei aber einer deflationären Entwicklung deutlich nahe, zumal die EZB die Preisstabilität bei einer Inflationsrate von 2 % definiert. Niedrige Zinsen, wie sie derzeit von der EZB praktiziert werden, würden sich wirtschaftspolitisch als hilfreich auswirken, ob sie aber auch ausreichen, um Wachstumsimpulse zu setzen, sei fraglich. Nowotny plädierte in diesem Zusammenhang dafür, auch auf der Nachfrageseite stärkere Akzente zu setzen. Die Möglichkeiten der Geldpolitik, Wirtschaftswachstum zu fördern, seien aber beschränkt, gab er zu bedenken.

Mit Nachdruck bestätigte der Gouverneur gegenüber dem FPÖ-Abgeordneten Elmar Podgorschek einmal mehr, daß die Hypo aus seiner Sicht nicht als typisch für das österreichische Bankensystem angesehen werden könne. „Wackelkandidaten“ gebe es in der österreichischen Bankenlandschaft keine.

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Standort Österreich gemeinsam weiterentwickeln

Neue Standortstrategie gestartet – Wettbewerbsfähigkeit der Leitbetriebe erhöhen, um Wachstum und Arbeitsplätze zu sichern – Wertschöpfungskette mit Klein- und Mittelbetrieben stärken



Foto: BMWFW / Georges Schneider

v.l.: Peter J. Oswald (CEO Mondi Europe & International), Sabine Herlitschka (Vorstandsvorsitzende von Infineon Technologies Austria), Wissenschafts- Forschungs- Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Günther Apfalter (President Magna International Europe), Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß (Geschäftsführerin Fronius International GmbH) und Christoph Neumayer (Generalsekretär der österreichischen Industriellenvereinigung)

Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner hat gemeinsam mit der Industriellenvereinigung und den Vorstandscheffs führender Unternehmen eine neue Standortstrategie für heimische Leitbetriebe lanciert. In die Erarbeitung sind mehr als 20 CEOs direkt eingebunden, darunter als eigene Themenfeldleiterin Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende von Infineon Technologies Austria, Peter J. Oswald, CEO Mondi Europe & International, Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß, Geschäftsführerin Fronius International GmbH, Günther Apfalter, President Magna International Europe sowie voestalpine-Generaldirektor Wolfgang Eder. Die erste Arbeitssitzung hat am 23. Juni stattgefunden. „Starke Leitbetriebe sichern Wachstum, Beschäftigung und Innovation und sind in der Wertschöpfungskette eng mit hundert kleinen und mittleren Unternehmen vernetzt. Daher müssen wir die Rahmenbedingungen für sie schrittweise verbessern, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein“,

begründet Mitterlehner die neue Initiative, die auch im Regierungsprogramm vorgesehen ist. „Wir wollen damit eine differenzierte Aufarbeitung der Herausforderungen ermöglichen und den Standort gemeinsam weiterentwickeln. Das sichert Wachstum, Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land“, so Mitterlehner.

„Österreich liegt mit einem Industrieanteil von 18,3 Prozent deutlich über dem EU-Schnitt von 15,2 Prozent, hat aber noch viel Potential nach oben. Zudem wird der internationale Wettbewerb mit anderen, stärker wachsenden Weltregionen außerhalb der EU immer schärfer. In diesem Sinne müssen wir das Umfeld für Leitbetriebe in Österreich und Europa verbessern und haben die Strategie bewusst international ausgerichtet. Inhaltlich geht es dabei auch um neue Trends wie zum Beispiel Industrie 4.0“, so Mitterlehner. Ein besonders wichtiger Aspekt ist darüber hinaus, daß 80 Prozent der Leitbetriebe regelmäßig mit Fachhochschulen und Universitäten kooperieren, die ihre wichtig-

sten Forschungspartner darstellen. „Daher wollen wir auch den Innovationszyklus gezielt stärken und dafür die Chancen unserer neuen Ressortstruktur nützen“, betont Mitterlehner.

Am 24. wurde das Strategiekonzept dem Ministerrat zur Beschlußfassung vorgelegt, die Ergebnisse der neuen Strategie sollen dann im Herbst vorliegen: „Die Standortstrategie soll auf allen Ebenen gelebt werden und nicht nur als Anspruch am Papier stehen bleiben. Neben konkreten Maßnahmen geht es uns auch darum, die Wertschätzung für Leitbetriebe in der Gesellschaft zu heben“, so Mitterlehner.

Industriellenvereinigung: Leitbetriebe mit vereinten Kräften stärken

„Als Industriellenvereinigung widmen wir uns seit zehn Jahren intensiv dem Thema Leitbetriebe, deren Bedeutung in unzähligen Studien belegt wird. Internationale Leitbetriebe sind das Herzstück der innovativen Industrie und Kernsubstanz der Volkswirt-

schaft. Jeder Leitbetrieb unterhält Kooperationsbeziehungen mit durchschnittlich 900 verbundenen KMU“, hebt Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV) hervor. So würden 33 ausgewählte, weltmarktführende Leitbetriebe in Österreich unter anderem für eine gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung von 15 Milliarden Euro sowie 214.000 Arbeitsplätze stehen, ebenso für 1,1 Milliarden Euro an Ausgaben für Forschung und Entwicklung und jeden sechsten Euro, der in Österreich durch Export erwirtschaftet wird.

„Die enorme Bedeutung dieser Unternehmen ist offensichtlich. Umso mehr gilt es, für die entsprechenden Rahmenbedingungen zu sorgen, um den Leitbetriebe-Standort Österreich international wettbewerbsfähig zu halten, bzw. weiterzuentwickeln“, so Neumayer. Handlungsbedarf bestehe insbesondere bei der Effizienz der Bürokratie, im Steuersystem, der Arbeitszeit und bei der Attraktivierung des Innovationsstandortes Österreich. „Wir verstehen das Bestreben von Wirtschaftsminister Mitterlehner daher als Chance, mit vereinten Kräften und gemeinsam mit der ‚IV-Plattform für Leitbetriebe‘, Österreich als international attraktiven Player zu positionieren und österreichische Unternehmen bei Ihren nationalen und internationalen Aktivitäten zu unterstützen“, betont der IV-Generalsekretär.

Die Themenfelder der neuen Standortstrategie im Überblick

Unter Einbindung von Experten werden die teilnehmenden CEOs an führender Stelle die Inhalte ihrer Themenfelder erarbeiten, um gemeinsam mit der Politik Verbesserungen für den Standort zu erreichen. Die einzelnen Themenfelder sind wie folgt strukturiert:

Themenfeld Wissens-, Forschungs- und Innovationsbasis, geleitet von Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende von Infineon Technologies Austria: „Österreich ist ein Innovationsland – zwei Drittel unseres Wohlstandes verdanken wir technologischer Veränderung, Forschung und Innovation. Insbesondere Leitbetriebe gehören dabei zu den Innovationstreibern am Standort. Allein 33 dieser weltmarktführenden Unternehmen investieren 1,1 Milliarden Euro in F&E. Sie tragen damit 14 Prozent der gesamten heimischen F&E-Ausgaben und kooperieren regelmäßig mit österreichischen Hochschulen. Um Leitbetriebe als Forschungsknotenpunkte auch weiterhin halten zu können, ist

eine Re-Dynamisierung des Innovationsstandortes dringend nötig. Die wichtigsten Stellschrauben dabei sind ein klares politisches Commitment für eine Forschungs- und Innovationsoffensive über die gesamte Innovationskette mit entsprechender Planungssicherheit, insbesondere auch für die angewandte Forschung, um wieder mehr Dynamik aufzubauen, die Konkretisierung der FTI-Strategie, die Unterstützung der Leitbetriebe im konzerninternen Wettbewerb und ganz grundsätzlich die Weiterentwicklung Österreichs hin zum Innovation Leader.“

Themenfeld Klima, Energie, Umwelt und Ressourcen, geleitet von Peter J. Oswald, CEO Mondi Europe & International: „Der klima- und energiepolitische Rahmen bis 2030 bedeutet eine große Herausforderung für die Industrie Österreichs. Um eine Abwanderung von Unternehmen oder einen Investitionsstopp zu vermeiden, müssen diese Zielsetzungen im internationalen Gleichschritt erfolgen. Insbesondere gilt es, die energieintensive Industrie zu entlasten. Es muß darum gehen, einen Maßnahmenkatalog vorzuschlagen, der nachhaltigen Erfolg verspricht, den Wirtschaftsstandort Österreich mittel- bis langfristig stärkt und Arbeitsplätze schafft. Schwerpunkte sollten sein: die Förderung der Energieeffizienz und Energieforschung sowie die Etablierung eines marktkonformen Fördersystems im Bereich der Erneuerbaren Energiebereitstellung. Für die in Österreich wichtige Papier- und Zellstoffindustrie sollte die Rohstoffversorgung durch faire und ökologisch sinnvolle Wettbewerbsbedingungen sichergestellt werden. Alle Interessensgruppen sollen gemeinsam die Brücke schlagen zwischen Arbeitsplatzschaffung und Umwelt.“

Themenfeld Arbeitsumfeld, Arbeitsproduktivität, "Skills", geleitet von Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß, Geschäftsführerin Fronius International GmbH: „Aus meiner Sicht wird Österreich in Zukunft nur durch seine Innovationskraft bestehen können. Dafür brauchen wir sehr gut ausgebildete Mitarbeiter und Spitzenkräfte. Wir sind gefordert, Spitzenkräfte auszubilden und auch zu halten. Die Aufgabe meines Arbeitspaketes sehe ich darin, Rahmenbedingungen und Maßnahmen aufzuzeigen, die dies ermöglichen. Wichtige Eckpfeiler dazu sind:

- Attraktives unternehmerisches Umfeld: Sich alleine auf Wissensarbeit und Dienstleistungen zu konzentrieren, halte ich für den falschen Weg. Wir werden einen hohen Wertschöpfungsanteil in Österreich halten müssen. Ansonsten wandert

das Wissen mit der Wertschöpfung ab, und wir verlieren an Innovationskraft. Die USA unternimmt mittlerweile große Anstrengungen zur Reindustrialisierung.

- Ausbildung: Aktive Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und den Ausbildungseinrichtungen, damit die richtigen Zukunftsfelder erkannt werden und praxisnahe unterrichtet wird.
- Beweglichkeit: Unterstützung der Mobilität ins Ausland und vice versa durch einfache, unbürokratische Abwicklung für Mitarbeiter und deren Familien, sowie Anerkennung von im Ausland abgelegten Prüfungen und Erfahrungen.
- Generell sollte ein starkes Bewusstsein für Unternehmertum, Wirtschaft und Innovation in einer breiten Bevölkerungsschicht geschaffen werden. Dadurch kann es gelingen, die Jugend für diese Themen zu begeistern und den Grundstein für die Berufswahl legen.“

Themenfeld Finanzierung und Rechtsrahmen, geleitet von Günther Apfalter, Präsident Magna International Europe: „Multinationale Unternehmen – unter anderem auch Magna – begründen ihre Entscheidung, in Österreich zu investieren und zu wachsen, mitunter in der Stabilität und Planbarkeit der österreichischen Steuergesetzgebung. Global agierende Konzerne verfolgen ihre Investitions- und Wachstumspläne auf Basis durchdachter Standortanalysen und langfristig strategischer Ziele. Planbarkeit und damit verbunden die potentielle Unsicherheit, in Zukunft in Österreich von rückwirkenden Gesetzesbeschlüssen betroffen zu sein, verunsichert uns als internationales Unternehmen in besonderem Maße. Die hohen Systemkosten führen zudem dazu, daß österreichische Unternehmen im Vergleich zu anderen EU-Ländern, wie beispielsweise Deutschland, mit relativ hohen Lohnnebenkosten belastet werden, ohne daß diese zu einer erkennbaren und nachhaltigen Verbesserung der individuellen Kaufkraft führen. Die bestehenden Rahmenbedingungen bringen für österreichische Unternehmen Einschränkungen und Nachteile in bezug auf Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit mit sich. Davon sind insbesondere die großen Leitbetriebe mit erheblichem Multiplikatoreffekt für heimische KMUs betroffen. In unserer Arbeitsgruppe werden wir konstruktive Vorschläge und damit einhergehende Prozesse zur Umsetzung erarbeiten, um den Wirtschaftsstandort Österreich nachhaltig zu stärken und damit Arbeitsplätze zu erhalten.“ ■

OÖ zieht Kurzurlauber aus Nahmärkten an

Markendestinationen ziehen gemeinsam am Strang

Rund 1,56 Millionen TouristInnen und 4,45 Millionen Übernachtungen verzeichnet die Tourismus-Statistik für den Sommer 2013 (Mai bis Oktober) in Oberösterreich. „Die langfristige Entwicklung der letzten zehn Jahre – 16 % mehr Gäste in der Sommersaison bei um ein % wachsenden Nächtigungen – weisen Oberösterreich als typische Kurzreise-Destination aus“, sagt Wirtschafts- und Tourismus-Landesrat Michael Strugl. Besonders viele Gäste zieht Oberösterreich aus Nahmärkten an: 55 % der Übernachtungen entfallen auf Österreicher, mehr als ein Drittel davon wiederum auf die Oberösterreicher selbst. Mit einem Anteil von 56,7 % an den Auslandsnächtingungen stehen die Deutschen in diesem Bereich an der Spitze. Insgesamt erzielte die Tourismus- und Freizeitwirtschaft 2012 eine (indirekte und direkte) Wertschöpfung von 6,8 Milliarden Euro. Das ist um 2,8 % mehr als 2011 und um 40 % mehr also noch 2003. Damit trägt der Tourismus 13,1 % zum Bruttoregionalprodukt bei.

Durch Investitionen in die Infrastruktur und Verbesserung der Angebotsqualität sind Oberösterreichs Tourismusbetriebe bestrebt, die Bedürfnisse des Gastes nach Erholung in intakter Natur zu erfüllen. In mehreren Marketingkampagnen stellt der Oberösterreich Tourismus diese Angebotsschwerpunkte unter dem Motto „Sommerglück“ und „Bewegung in der Natur“ in den Mittelpunkt. Eine groß angelegte Imagekampagne mit den Markendestinationen ergänzt die Tourismuswerbung für den Sommer. Neben den ohnehin regelmäßig laufenden Marketingaktivitäten bringen Oberösterreich Tourismus und 36 touristische Partner gut 2,1 Mio. Euro für diese Sommer-Kampagnen auf.

Rund 1,56 Millionen Touristinnen und Touristen besuchten im Sommer 2013 (Mai bis Oktober) Oberösterreich und verbrachten dabei 4,45 Millionen Nächte im Bundesland. Damit brachte der Sommer 2013 in der langfristigen Rückschau das zweitbeste Tourismus-Ergebnis der vergangenen zehn Jahre. Seit 2003 hat die Zahl der Sommer-Urlaubsgäste in Oberösterreich um 16 % zugenommen. Die Nächtigungen blieben mit einem Zuwachs von einem % in diesem Zeitraum



Foto: Land OÖ

v.l.: Werner Pürmayer, Karlheinz Eder, Tourismus-Landesrat Michael Strugl, Friedrich Bernhofer, Manfred Grubauer, Herbert Gösweiner und Karl Pramendorfer

stabil, der Trend zum Kurzurlaub setzt sich fort.

Steigende Wertschöpfung der Tourismus- und Freizeitwirtschaft

Im Gleichschritt mit der zunehmenden Anzahl an TouristInnen in Oberösterreich wächst auch die touristische Wertschöpfung. Das Tourismus Satellitenkonto Oberösterreich mißt diese wichtigen Kennzahlen und weist für das Jahr 2012 eine direkte und indirekte Wertschöpfung der Tourismus- und Freizeitwirtschaft von 6,8 Milliarden Euro aus. Das ist ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % und seit 2003 um 40 %. Damit trägt die Tourismus- und Freizeitwirtschaft 13,1 % zum Bruttoregionalprodukt Oberösterreichs bei. Ersten Schätzungen für das Jahr 2013 zufolge ist mit einer weiteren Steigerung der Wertschöpfung um 1,8 % auf 6,92 Milliarden Euro zu rechnen.

Investitionen stärken das touristische Angebot

„Um die langfristig positive Entwicklung der Tourismus- und Freizeitwirtschaft weiter voranzutreiben, sind neben einer vernetzten Marketing-Strategie vor allem laufende Verbesserungen in der touristischen Infrastruktur sowie in der Angebots- und Servicequalität nötig“, so Strugl. Die Basis für jede Angebotsentwicklung sind laufende Investitionen bzw. Qualitätsverbesserungen in Be-

herbergungsbetrieben und Freizeit-Einrichtungen:

- So ist etwa im Herbst 2014 die Eröffnung des neuen Kurhotels in Bad Goisern geplant, eine Investition im Wert von 20 Millionen Euro.
- Erst kürzlich erfolgte der Spatenstich des JUFA Gästehauses in Spital am Pyhrn. Damit entstehen 150 neue Gästebetten in der Urlaubsregion Pyhrn-Priel, die Eröffnung ist 2015 vorgesehen.
- Unmittelbar vor der Betriebsaufnahme steht die neu errichtete Seilbahn auf den Grünberg in Gmunden. Nach einer Investition von 10,5 Millionen Euro erstrahlt die Bahn auf den Gmundner Hausberg in neuem Glanz.
- Neu eröffnet wurde im Mai der 52 Kilometer lange Almuferweg unter dem Motto „Genuß am Fluß“. Der Themenwanderweg wurde von den Gemeinden der Ferienregion Almtal gemeinsam errichtet. Die Investition von 550.000 Euro erfolgte im Rahmen eines LEADER-Projektes und wurde vom Land Oberösterreich und der EU unterstützt.
- Unter dem Aspekt der Kneipptradition und als „Weg zur Heilung“ wurde die Wanderung durch das Pesenbachtal in Bad Mühlacken neu gestaltet. Der Mitte Mai neu eröffnete Themenweg ist Teil des Donausteig-Netzes. ■

<http://www.oberoesterreich.at>

Neue NÖ Wirtschaftsförderung 2014-2020 präsentiert

Im Zuge der neuen EU Programmplanungsperiode für die Jahre 2014 bis 2020 sowie durch die veränderten Rahmenbedingungen der Wirtschaft war eine Neuausrichtung der NÖ Wirtschaftsförderung erforderlich. Die neuen Schwerpunkte und Änderungen wurden am 27. Juni im Rahmen eines Pressegesprächs in St. Pölten präsentiert.

„Im Bereich der klassischen Investitionen setzt man vermehrt darauf, den Zugang zu Finanzierungen durch die Übernahme von Haftungen sowie Bereitstellung von Beteiligungen zu erleichtern. Für Schwerpunkte, Leitprojekte und umweltrelevante Maßnahmen werden darüber hinaus auch Förderungen in Form von Zuschüssen angeboten. Damit sollen Unternehmen bei ihrem Wachstum und ihrer Wettbewerbsfähigkeit unterstützt werden“, erläuterte Wirtschafts-Landesrätin Petra Bohuslav die Neuausrichtung der NÖ Wirtschaftsförderung. „Mit den neuen Förderangeboten wird so auf den aktuellen Unternehmerbedarf reagiert“, meinte sie.

„Unternehmen können in den Bereichen Investitionen, Unternehmensentwicklung



Foto: NÖ Landespressdienst / Pfeiffer

Landesrätin Petra Bohuslav und Georg Bartmann, Leiter der Abteilung Wirtschaft, Tourismus und Technologie beim Amt der NÖ Landesregierung

sowie Forschung und Innovation gefördert werden. So gibt es einerseits Unterstützungen für bauliche, maschinelle oder umweltrelevante Investitionen. Schwerpunkte werden dabei auf ausgewählte Themen ausgerichtet und zeitlich befristet. Andererseits werden Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Unternehmens wie beispielsweise Koopera-

tionen sowie Innovations- und Forschungsaktivitäten unterstützt“, führte die Landesrätin aus. „Nachdem sich die Rahmenbedingungen in der Wirtschaft laufend ändern, kann so flexibel und rasch auf die Bedürfnisse der Betriebe reagiert werden.“, erinnerte Bohuslav. ■

<http://www.noel.gv.at/wirtschaftsfoerderung>

Steiermark und Red Bull als perfekte Gastgeber

Das erste Formel 1-Wochenende nach der Rückkehr der Königsklasse des Automobilsports in die Steiermark nach Spielberg ist Geschichte. Die Landeshauptleute Franz Voves und Hermann Schützenhöfer zogen daher eine sehr positive Bilanz: „Die Steiermark und die Veranstalter von Red Bull haben sich der Weltöffentlichkeit als perfekte Gastgeber präsentiert. Diese Werbung für unser Land ist unbezahlbar!“

Der Dank der Landeshauptmänner gilt besonders den regionalen Verantwortungsträgern, allen Behörden und Sicherheitskräften, den Gastgebern und Menschen des Murtales, den Mitarbeitern von Red Bull und dem Projekt Spielberg und natürlich auch allen Gästen, die diesen Grand Prix am letzten Wochenende zu so einem großartigen und einzigartigen Ereignis gemacht haben. Der größte Dank gebührt aber natürlich dem frisch gebackenen Ehrenringträger der Steiermark, Dietrich Mateschitz.

„Mateschitz hat auf allen Gebieten Wort gehalten. Er hat den Red Bull-Ring in die Steiermark gebracht, er hat in der Region für einen Aufbruch gesorgt, dessen positive Auswirkungen immer noch nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Dafür gilt



Foto: GEPA Pictures / Red Bull Content Pool

Das Comeback des Formel 1-Grand Prix am Red Bull Ring in Spielberg ist geglückt.

ihm der Dank des Landes“, so die Landeshauptleute Voves und Schützenhöfer unisono.

Auch der wirtschaftliche Erfolg für die Steiermark durch die Formel 1 ist unbestritten. Wirtschaftslandesrat Christian Buch-

mann hat zuletzt von knapp 500 Vollzeit-arbeitsplätzen durch das Projekt Spielberg und Investitionen nur durch den Grand Prix von über 60 Millionen Euro für die Region Murtal berichtet. ■

<http://www.projekt-spielberg.at/de/formel-1/>

900 Jahre Stift Klosterneuburg

Bei strahlendem Sonnenschein nahmen 10.000 Besucher am gemeinsamen Jubiläumsfest des Stiftes und der Stadt Klosterneuburg teil.

900 Jahre Stift Klosterneuburg“ und ein buntes Programm waren der Anlaß, der zahlreiche Familien, aber auch Prominenz aus der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik nach Klosterneuburg lockte.

Ein großes Fest für und mit den Menschen, das war der Wunsch und Auftrag von Abtprimas Bernhard Backovsky für das 900 Jahre Jubiläumsfest. Denn vor 900 Jahren wurde durch den Babenberger Markgraf Leopold III. der Grundstein zur Stiftskirche des Stiftes Klosterneuburg gelegt. Zu diesem bedeutenden Anlaß fand am 15. Juni ein ganz besonderes Stiftsfest statt und über 10.000 Festgäste kamen. Die Stadt Klosterneuburg und das Stift feierten gemeinsam mit vielen Highlights für die ganze Familie. Das Programm war breit gefächert und reichte von der Familien-Festmesse mit einem Kinderchor aus Bergen/Norwegen in der Stiftskirche bis zum Festumzug von über 40 geschmückten Wagen durch die Obere Stadt Klosterneuburg. Der Startschuß erfolgte um 10 Uhr mit einem Frühschoppen auf der Sonnenterrasse vor der Sala-terrena mit Live-Musik und einem feinen Kulinarik-Angebot. Zu Mittag erfolgte eine symbolische Grundsteinlegung und Segnung durch Abtprimas Propst Bernhard Backovsky Can. Reg.

Bundespräsident Heinz Fischer und Niederösterreichs Landeshauptmann-Stv. Wolfgang Sobotka wurden zum Festakt vom Hausherrn Abtprimas Bernhard Backovsky begrüßt. Unter den Ehrengästen waren neben mehreren Botschaftern auch ranghohe Vertreter des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Gefeiert wurde im Rahmen eines Festaktes die 900-jährige Wiederkehr der genau am 12. Juni 1114 erfolgten Grundsteinlegung zur steinernen Stiftskirche Klosterneuburg. Der Festakt am 12. Juni 2014 begann mit einem Pontifikalamt in der Stiftskirche, an dem neben zahlreichen Pröpsten und Äbten auch der Apostolische Nuntius in Österreich, Erzbischof Peter Stephan Zurbriggen und der Bischof von St. Pölten, Klaus Küng, mitfeierten.

Anschließend bat man die über 300 Ehrengäste zum Empfang in den Marmorsaal des Kaisertraktes. Georg Pözl, Vor-



Feier des Pontifikalamtes, in der Bildmitte Abtprimas Propst Bernhard Backovsky



v.l.: Bundespräsident Heinz Fischer, Bgm. Stefan Schmuckenschlager, Abtprimas Bernhard Backovsky und LH-Stv. Wolfgang Sobotka mit der Demel-Festtorte

standsvorsitzender der Österreichischen Post AG, übergab Bundespräsident Heinz Fischer und Abtprimas Bernhard Backovsky die Sonderbriefmarke „900 Jahre Stift Klosterneuburg“.

Nach einer musikalischen Darbietung der Sängerknaben aus dem Augustiner-Chorherrenstift St. Florian wurde zur allgemeinen Freude ein Zuckerguß-Torten-Modell des Stiftes Klosterneuburg dem Abtprimas und den Gästen präsentiert. Das 80 x 50 cm große Stiftsmodell wurde vom der Hofzuck-

kerbäcker Demel angefertigt. Chefzuckerbäcker Dietmar Muthenthaler überbrachte die Torte persönlich, die bis Ende Juli 2014 in der Auslage des „Demel“ am Wiener Kohlmarkt zu bewundern sein wird. ■

<http://www.stift-klosterneuburg.at>

Eine Fotoserie vom Stift Klosterneuburg finden Sie auf oesterreichfotos.at, die für einen Beitrag über das Stift in der „Österreich Journal“-Ausgabe 76 vom 7. Oktober 2009 entstanden ist.

<http://www.oesterreichfotos.at/galerien/stifte-und-kl%C3%B6ster/stift-klosterneuburg/>

Bewohnerparkplätze im gesamten 1. Bezirk

Noch im Sommer 2014 werdeb knapp 1000 Parkplätze ausgewiesen.

Die Parkplatzmisere der Bewohner des Ersten Wiener Gemeindebezirks findet ein Ende: Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß mit der Einführung von Bewohnerparkplätzen im gesamten ersten Bezirk eine der wichtigsten verkehrspolitischen Maßnahmen seit Jahren gesetzt wird, die zwingend notwendig wurde, weil sich die Parkraumbewirtschaftung als nachteilig für die Bewohner herausgestellt hat. Die Innere Stadt spielt hier eine führende Rolle für Wien: Erstmals erhalten Bewohner, die ein Parkpickerl besitzen, innerhalb eines gesamten Bezirks rund um die Uhr eigens für sie gekennzeichnete PKW-Stellplätze zum Nulltarif.

Ab dem 1. Juli 2014 werden knapp 1000 Bewohnerparkplätze mit Verkehrsschildern gekennzeichnet.

Bezirksvorsteherin Ursula Stenzel: „Für mich war es wichtig, daß die Schaffung von Bewohnerparkplätzen von allen Fraktionen mitgetragen wird, damit der Mehrwert für Bewohner vor parteipolitischem Hick-Hack steht. Ich habe aus diesem Grund einen Arbeitskreis eingesetzt, der unter der Leitung von Architekt Stephan Unger (Bezirksrat) nach Vorliegen der entsprechenden Zählungen und Erhebungen durch das Verkehrsplanungsbüro TRAFFIX rasch und effizient Empfehlungen für die Lokalisierung der Bewohnerparkplätze ausgearbeitet hat.“

Die zuständigen Magistratsdienststellen werden nunmehr, basierend auf den Empfehlungen des Bezirks, die konkrete Umsetzung der Bewohnerparkplätze in die Wege leiten – u.a. durch das Aufstellen von Verkehrsschildern und Bodenmarkierungen. Das Budget für die Implementierung der ersten ca. 1000 Bewohnerparkplätze in der Höhe von rund 200.000 Euro ist seitens des Bezirks bereitgestellt. Die zweite Tranche von rund 600 weiteren Bewohnerparkplätzen wird 2015 eingerichtet. Die bis dahin gewonnenen Erfahrungen werden entsprechend gegebenenfalls berücksichtigt.

„Für mich als Bezirksvorsteherin bedeutet die nunmehrige Realisierung von Bewohnerparkplätzen die Umsetzung eines vorrangigen politischen Zieles, für das ich acht Jahre nicht müde wurde zu kämpfen.“

Die ersten Bewohnerparkplätze werden im sogenannten „Stubenviertel“ (auch bekannt als Bäckerstraßenviertel) eingerichtet, das begrenzt wird durch Rotenturmstraße, Franz-Josefs-Kai, Wollzeile.

Danach kommt das so genannte „Altstadtviertel“ – das Gebiet von der Staatsoper zum Neuen Markt, über den Bereich rund um den Graben bis hin zum Hohen Markt.

Das sogenannte „Kärntnerviertel“ wird begrenzt von Wollzeile, Kärntnerstraße und der Außengrenze des Stadtparks bis zum Schwarzenbergplatz.

Das sogenannte „Schottenviertel“ wird begrenzt von der Wipplingerstraße dem Franz-Josefs-Kai und der Maria-Theresien-Straße.

Das sogenannte „Burgviertel“ wird begrenzt von Herrngasse, Hofburg und Rathausviertel.

Vorsitzender Unger: Leuchtturm-Projekt

„Wieder nimmt ein Leuchtturm-Projekt für die Stadt Wien aus der Innenstadt seinen Ursprung“, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „1010 Bewohnerparken“, Stephan Unger (Architekt, Bezirksrat). „Schon ab 1. Juli 2014 werden die ersten Bewohner

auf den für sie geschaffenen Bewohnerparkplätzen ohne Zusatzkosten 24 Stunden parken können. Technisch gesehen sind das Halte- und Parkverbotszonen, in denen Fahrzeuge mit dem Parkpickerl des 1. Bezirks parken dürfen. Dasselbe gilt auch für Personen mit Behindertenausweis.“

Nicht vorgesehen sind Bewohnerparkplätze in den Hauptgeschäftsstraßen und Haupt-, Aus- und Einfahrtsrouten – wie zum Beispiel Rotenturmstraße, Wollzeile oder die Wipplingerstraße.

Faire und gerechte Verteilung auf den gesamten Bezirk

Ziel der Arbeitsgruppe war es, daß möglichst alle Bewohner von den Bewohnerparkplätzen profitieren. Deshalb wurden die jeweiligen Parkplatz-Zonen fair und gerecht auf das gesamte Bezirksgebiet aufgeteilt. Als Kriterien wurden der so genannte „Parkplatz-Druck“ herangezogen, die Straßenstruktur (u.a. Fahrbahnbreite, Stellplatzkapazität) und die Konzentration von Parkpickerlbesitzer in einem bestimmten Gebiet.

In nur vier Monaten wurde dieses Projekt straff und ergebnisorientiert im Rahmen von neun Sitzungen abgewickelt.



In fünf Teilgebieten im 1. Bezirk wird des Bewohnerparkplätze geben.

Erfolgsgeschichte des Automobils

Dauerausstellung auf der Kaiser-Franz-Josefs-Höhe –
80 Jahre Erstbefahrung der Großglockner Hochalpenstraße

Fünf Jahre dauerte der Bau der Großglockner Hochalpenstraße: Am 3. August 1935 wurde die Panoramastraße unter großem medialen Interesse offiziell eröffnet und für den Verkehr frei gegeben. Doch bereits ein Jahr zuvor, am 22. September 1934, überquerten der Salzburger Landeshauptmann Franz Rehr und Franz Wallack, dem Erbauer der Straße, als Beifahrer, mit einem „Steyr 100“, der für die anspruchsvolle Strecke adaptiert wurde, die Hohen Tauern. Diese Erstbefahrung war zugleich die erste Überquerung des Tauernmassivs mit einem Automobil überhaupt. Die Ausstellung „Erfolgsgeschichte des Automobils“ auf der Kaiser-Franz-Josefs-Höhe (2369 m) steht in diesem Jahr daher ganz im Zeichen dieses spektakulären Jubiläums.

Im Herbst 1924 wurde der Wiener Diplom-Ingenieur Franz Wallack damit beauftragt, eine Panoramastraße von Fusch im Salzburger Pinzgau nach Heiligenblut in Kärnten zu planen und zu errichten: Die Geburtsstunde der Großglockner Hochalpenstraße! Genau zehn Jahre später, ein Jahr vor der offiziellen Straßeneröffnung, wurde bereits die großartige Nordrampe-Teilstrecke „Hochmais – Fuscher Törl“ vom Salzburger Landeshauptmann Franz Rehr feierlich eröffnet. Tags zuvor hatten die beiden Pioniere Wallack und Rehr eine abenteuerliche Alpenüberquerung vorgenommen.

Überquerung des Tauernmassivs mit einem Steyr 100

Die Strecke von Ferleiten über das Hochtor nach Heiligenblut dauerte fünf Stunden. Die zwölf Kilometer lange Verbindungsstraße zwischen Nord- und Südrampe wurde buchstäblich über Stock und Stein gefahren. Franz Rehr betonte bei der Eröffnungsrede: „Mit hoher Befriedigung, mit einem Gefühle glücklichen Stolzes darf ich Ihnen mitteilen, hochgeehrte Festgäste, daß ich gestern, Samstag, die ganze Trasse der Großglockner Hochalpenstraße von Heiligenblut über das Fuscher Törl nach Zell am See zum ersten Male im Kraftwagen bewältigt habe und damit das Hindernis der Hohen Tauern durchbrochen scheint.“



Abenteuerliche Tauernüberquerung von Salzburgs Landeshauptmann Franz Rehr und Franz Wallack, dem Erbauer der Straße als Beifahrer, mit dem »Steyr 100«, der für die anspruchsvolle Strecke adaptiert wurde, am 22. September 1934



Fotos: Großglockner Hochalpenstraßen AG

Der KTM-Supersportwagen X-Bow vor einer Vielzahl faszinierender Oldtimer

Planer und Techniker Franz Wallack bezeichnete die Eröffnung der Teilstrecke als „Meilenstein in der Baugeschichte der Großglockner Hochalpenstraße, die den großen Gedanken einer Nord-Süd-Verbindung über die

Hohen Tauern bereits im nächsten Jahre zur Wirklichkeit lassen wird“. Sein größter Dank galt den 800 Arbeitern, die „unermüdlich bei jedem Sturm und Wetter ausgeharrt haben“.



Ein weiteres Highlight-Auto der diesjährigen Ausstellung war der Red Bull Formel-1 Bolide, der Ende Juni präsentiert wurde.

Jubiläums-Schwerpunkt der Automobilausstellung

Die höchstgelegene Automobil- und Motorradausstellung der Welt im Besucherzentrum der Kaiser-Franz-Josefs-Höhe widmet diesem 80-Jahr-Jubiläum einen Schwerpunkt und zeigt eine erlesene Sammlung an Autos und Motorrädern von den Anfängen der Automobil- und Motorradgeschichte bis heute. Mittelpunkt der Ausstellung ist der „Steyr 100“, der für die historische Fahrt 1934 den Anforderungen der schmalen Schotterstraße angepaßt worden war. Außerdem zu sehen sind unter anderem die klassischen „Bezwinger“ der Straße aus den 1950er und 1970er Jahren Ente, Trabi, Käfer, „Bullizei“, etc. sowie historisch bedeutsame Fahrzeuge wie der Benz Patent Motorwagen Nr. 1 (1886).

Ein weiteres Highlight-Auto der diesjährigen Ausstellung war der Red Bull Formel-1 Bolide, der Ende Juni präsentiert wurde.

Der österreichische Motorradhersteller KTM präsentiert nach dem Firmenmotto „Ready to race“ eine besondere Auswahl seiner Sportmaschinen sowie den Supersportwagen X-Bow. Eine Besonderheit ist auch das Motorrad „Royal Ruby 8 h.p.“ (1913) des ADAC, von dem es weltweit nur noch zwei Exemplare gibt. Mit 200 Modellautos in einer 23 Meter langen Glasvitrine läßt Helmut Holzmayr vom Modellautovertrieb „car crazy“ BesucherInnen an einer kleinen, aber eindrucksvollen Reise durch die Automobilgeschichte teilhaben.

<http://www.grossglockner.at>



Fotos: Großglockner Hochalpenstraßen AG

Die offizielle Eröffnung der Großglockner Hochalpenstraße erfolgte am 3. August 1935

Wiener Video Rekorder

Archivierung von privaten Alltags-Dokumentationen
an der Österreichischen Mediathek



Foto: Österreichische Mediathek / Gerhard Sedlaczek

Zur Langzeitsicherung werden gefährdete Aufnahmen mit einem von der Mediathek entwickelten professionellen Digitalisierungssystem in digitale Formate übertragen und mehrfach gesichert in einem Massenspeicher-Verbund langzeitarchiviert.

Die Österreichische Mediathek, das österreichische Archiv für Tonaufnahmen und Videos aus Kultur- und Zeitgeschichte, ist auf der Suche nach privaten Alltags-Videodokumentationen. Im Zuge eines vom WWTF (Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds) finanzierten und bis Ende 2016 laufenden Archivierungs- und Forschungsprojektes werden Video-Aufnahmen ab den 1980er-Jahren gesammelt, langzeitarchiviert, aufgearbeitet und für die wissenschaftliche Forschung zur Verfügung gestellt.

Verlorene Geschichte?

Video-Kassetten als Aufnahmeträger sind stark gefährdet. Viele kennen dieses Problem aus eigener Erfahrung: Bandsalat, Videokassetten werden unspielbar, Abspielgeräte werden kaputt und sind im Handel nicht mehr erhältlich. Sind diese Aufnahmen nicht mehr zugänglich, ist damit auch das darauf gespeicherte Material unwiderruflich verloren. Dies ist besonders bei privaten, nicht veröffentlichten Aufnahmen der Fall, da hier die Videokassette oft die einzige erhaltene Kopie darstellt.

Archivierung

Die Österreichische Mediathek, eine Außenstelle des Technischen Museums Wien, ist das österreichische Archiv für Tonaufnahmen und Videos aus Kultur- und Zeit-

geschichte. Unter dem Motto „sammeln, herstellen, bewahren und zugänglich machen“ archiviert die Mediathek derzeit rund zwei Millionen Aufnahmen verschiedenster Formate. Die verschiedenen Träger werden in speziell adaptierten Archivräumen gelagert. Zur Langzeitsicherung werden gefährdete Aufnahmen mit einem von der Mediathek entwickelten professionellen Digitalisierungssystem in digitale Formate übertragen und mehrfach gesichert in einem Massenspeicher-Verbund langzeitarchiviert. Die Bestände sind in einem wissenschaftlichen Katalog erfasst und werden der Öffentlichkeit nach Berücksichtigung rechtlicher und ethischer Voraussetzungen zur Verfügung gestellt.

Das Projekt „Wiener Video Rekorder“ widmet sich der Sammlung, Archivierung und Langzeitsicherung von Video-Aufnahmen aus privaten Beständen. Die gesammelten Video-Aufnahmen sollten möglichst viele Bereiche des Alltags dokumentieren. Es werden alle Arten von Videos -vom Urlaubs- oder Hochzeitsvideo über private Alltagsaufnahmen bis zur Dokumentation von öffentlichen Ereignissen aus verschiedenen Perspektiven und aus dem Alltag von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen gesucht. Die Sammlung soll mit der Einführung der Videosysteme in den frühen 1980er Jahren einsetzen und bis in die Gegenwart hinein ein breites Spektrum der Gesellschaft

repräsentieren. Inhaltlich hat sich die Sammlung bewußt möglichst weite Grenzen gesetzt. Der Videobestand sollte im privaten Kontext entstanden sein, das heißt nicht für eine Veröffentlichung hergestellt worden sein und einen Bezug zu Wien bzw. der in Wien lebenden Bevölkerung vorweisen.

Sie haben Video-Material?

Am besten klären Sie Details bzgl. Ihres Materials und einer möglichen Verwendung im Projekt bei einer ersten Kontaktaufnahme mit den ProjektmitarbeiterInnen von „Wiener Video-Rekorder“. Das eintreffende Material wird vorab gesichtet und auf seine technische Kompatibilität getestet. In weiterer Folge werden die Aufnahmen digitalisiert, inhaltlich erfasst und langzeitarchiviert. Sie bekommen als ÜbergeberIn bei Bedarf eine digitale Kopie des verwendeten Materials als File zum Download zur Verfügung gestellt. Ihre Aufnahme wird als Teil der Sammlung der Mediathek dauerhaft bewahrt und – je nach dem, für welche Art der Nutzung sie von Ihnen freigegeben wird – für eine wissenschaftlich orientierte Zielgruppe in den Bereichen Medienwissenschaften, Sprachforschung, Ethnologie, Politologie, Geschichte oder Soziologie oder auch online zur Verfügung gestellt. Sie können bei der Übergabe bestimmen, in welcher Form Ihr Material verfügbar sein darf. ■

<http://www.mediathek.at/wiener-video-rekorder>

Falstaff kürt »Winzer des Jahres« 2014

Gerhard Pittnauer erhielt bei der VieVinum 2014 die Auszeichnung »Winzer des Jahres«, Steirereck-Sommelier Adi Schmid wurde als »Weinpersönlichkeit des Jahres« ausgezeichnet.

In der österreichischen Weinszene gilt der Titel als höchste Auszeichnung, die ein Winzer erlangen kann: Der Weinmacher Gerhard Pittnauer wurde am 15. Juni zum „Falstaff Winzer des Jahres 2014“ gekürt.

Winzer des Jahres

Der Golser Winzer ist eine der führenden Persönlichkeiten der international geschätzten Pannobile-Gruppe. Seit vielen Jahren sorgt der Avantgardist für feingliedrige und charakterstarke Rotweine. Er hat sich besonders den Sorten Sankt Laurent und Pinot Noir verschrieben, die er in unterschiedlichen Ausbaumweisen in großartiger Qualität in die Flaschen bringt. Zukunftsweisend ist nicht nur seine puristische Philosophie der Weinbereitung, auch das Etikettendesign und die Architektur seines Weinguts haben neue Maßstäbe gesetzt.



v.l.: Wilhelm Klinger (Geschäftsführer Österreich Wein Marketing), Peter Moser (Falstaff-Chefredakteur), Gerhard Pittnauer (Winzer des Jahres), Adi Schmid (Weinpersönlichkeit des Jahres), Wolfgang Rosam (Falstaff-Herausgeber)

Weinpersönlichkeit des Jahres

Zum ersten Mal verlieh das Magazin auch den Titel „Weinpersönlichkeit des Jahres“. Die Wahl fiel dabei auf den renommierten Steirereck-Sommelier Adi Schmid. Eine Ehrung für das Lebenswerk des 60jährigen Weinexperten, der in Fachkreisen ein hohes Ansehen genießt. Schmid ist es unter anderem zu verdanken, daß er durch seinen oft gepriesenen Spürsinn viele österreichische Starwinzer bereits in einer Zeit förderte, als diese noch weitgehend unbekannt waren.

Wenn man den steten Wandel in der heimischen Gastronomie betrachtet, dann kann er als wahrer Fels in der Brandung bezeichnet werden. Seit den 70er-Jahren er kundiger und einfühlsamer Berater, was die Wahl des passenden Weines zu den Gerichten der Steirereck-Küche betrifft. Durch seine unaufdringliche, aber dauerhafte Präsenz in der heimischen Spitzengastronomie ist Schmid zu einer wahren Institution geworden, von der schon Generationen von jungen Kollegen profitieren durften. Das sind nur einige Gründe, weshalb Falstaff ihm den Titel „Weinpersönlichkeit des Jahres 2014“ verliehen hat. ■

<http://www.falstaff.at>

Wiener Weinpreis 2014

Am Abend des 17. Juni wurden im Rahmen einer spektakulären Verleihung die besten Wiener Weine in der Messe Wien gekürt. Gäste aus Landwirtschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik folgten der Einladung von Bürgermeister Michael Häupl zum 10jährigen Jubiläum, um die prämierten Weine zu verkosten. 74 edle Tropfen in 14 Kategorien gingen ins Rennen.

Die Wiener Landessieger 2014

Kategorie: Grüner Veltliner klassisch

Grüner Veltliner Total 2013, Weingut Karl Lentner

Kategorie: Grüner Veltliner kräftig

Grüner Veltliner Schönherr 2013, Weingut Fuhrfassl-Huber

Kategorie: Riesling klassisch

Riesling Wiesthalen 2013, Weingut Christ

Kategorie: Riesling kräftig

Riesling Burgstall 2013, Weingut Hengl-Haselbrunner

Kategorie: Weiß- und Grauburgunder

Weißburgunder 2013, Weingut Karl Lentner

Kategorie: Chardonnay

Chardonnay Classic 2013, Weingut Karl Lentner

Kategorie: Wiener Gemischter Satz (DAC) trocken

Wiener Gemischter Satz DAC 2013, Weingut Peter Bernreiter

Kategorie: Wiener Gemischter Satz (DAC) kräftig

Wiener Gemischter Satz DAC Neustift 2013, Weingut Fuhrfassl-Huber

Kategorie: Zweigelt

Zweigelt Bisamberg 2011, Weingut Christ

Kategorie: Pinot noir

Pinot noir Grand Select 2011, Weingut Wieninger

Kategorie: Cabernet (CS, CF)

Cabernet Sauvignon 2011, Weingut Cobenzl

Kategorie: Merlot

Merlot 2009, Weingut Cobenzl

Kategorie: Cuvée rot

Cuvée rot XXI 2010, Weingut Christ

Kategorie: Schaumwein

Sekt, Riesling, Weingut Mayer am Pfarrplatz

<http://www.wienerweinpreis.at>

Ehrendoktorat der Uni Innsbruck für Carl Djerassi

Der österreichisch-amerikanische Chemiker und Schriftsteller wurde für seine hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen ausgezeichnet.

Mit der erstmaligen Synthese eines oralen Verhütungsmittels hatte Carl Djerassi in den 1950er Jahren den Weg zur Entwicklung der Pille geebnet. Wesentliche Vorarbeiten dazu leistete der Mediziner Ludwig Haberlandt, den Djerassi auch als „Großvater der Pille“ bezeichnet hat, in den 1920er Jahren an der Universität Innsbruck. „Die Wurzeln für die Entwicklung der Pille reichen bis nach Innsbruck zurück. Deshalb freut es uns ungemein, daß wir Carl Djerassi für seine herausragenden wissenschaftlichen Leistungen – nicht weniger als 1200 Forschungsarbeiten tragen seinen Namen – mit einem Ehrendoktorat würdigen dürfen“, sagte Rektor Tilmann Märk am 6. Juni bei der Verleihung. „Wenn man nicht nur das Überleben der Menschheit, sondern auch Lebensqualität und Selbstbestimmung der Frauen als höchsten Wert ansieht, ist die Leistung Carl Djerassis kaum zu überschätzen“, würdigte Vizerektor Roland Psenner den Geehrten.

Wissenschaftler und Künstler

Carl Djerassi wurde 1923 als Sohn jüdischer Eltern in Wien geboren. Aus Angst vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten hat er 1938 Österreich verlassen und emigrierte über London in die USA. Nach dem Chemiestudium startete er seine wissenschaftliche Karriere und wurde 1959 Professor an der renommierten Stanford University. Bereits 1951 gelang seinem Forschungsteam in Mexiko die Synthese des Sexualhormons Norethisteron, wodurch er in den folgenden Jahrzehnten als Erfinder der Pille zu Weltruhm gelangte.

Djerassi hat für seine Entwicklungen sowohl die National Medal of Science als auch die National Medal of Technology erhalten. Beide Auszeichnungen werden vom Präsidenten der USA verliehen. Für seine Forschungstätigkeit wurde der Chemiker außerdem mit zahlreichen weiteren Preisen und Ehrendoktoraten ausgezeichnet. Darüber hinaus erhielt er unter anderem das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst (1999), die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold (2002), das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik



v.l.: Promotorin Beatrix Grubeck-Loebenstein, Carl Djerassi, Rektor Tilmann Märk und Promotionsdekan Hubert Huppertz



Rektor Tilmann Märk und Carl Djerassi bei der Verleihung des Ehrendoktorats.

Deutschland (2003) und das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich (2008).

Seit den 1980er Jahre widmet sich Djerassi auch dem literarischen Schaffen. Zu seinen Werken zählen Kurzgeschichten, lyrische Texte, fünf Romane, neun Theaterstücke sowie zwei Autobiografien und ein Memoirenband. Er hat sich aber auch als Kunstsammler und Mäzen einen Namen ge-

macht und ist der Gründer des Djerassi Resident Artist Program, einer Stiftung in der Nähe von San Francisco, die Stipendiaten aus den Bereichen bildende Kunst, Literatur, Choreographie, darstellende Kunst und Musik Wohn- und Arbeitsräume zur Verfügung stellt. Seit ihrer Gründung im Jahre 1982 hat die Stiftung über 2200 Künstler beherbergt. ■

<http://www.djerassi.com>

Großes Goldenes Ehrenzeichen mit dem Stern für Franz Küberl

Am 16. Juni haben die Landeshauptleute Franz Voves und Hermann Schützenhöfer den steirischen Caritas-Direktor Franz Küberl mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen des Landes Steiermark mit dem Stern geehrt. Zur Ehrung in den Weißen Saal der Grazer Burg waren viele Wegbegleiter und auch Ehrengäste gekommen. Unter ihnen: Bischof Egon Kapellari, Landtagspräsident Franz Majcen, LH-Stv. Siegfried Schrittwieser, die Landesräte Bettina Vollath und Christian Buchmann, LH a.D. Josef Krainer, Altbischof Johann Weber, die Klubobleute Walter Kröpfl und Claudia Klimt-Weithaler sowie die Grazer Vize-Bürgermeisterin Martina Schröck und viele andere.

Landeshauptmann Voves betonte, daß es „in einer Zeit, in der sich viele darüber beklagen, daß es kaum Menschen mit klaren Werthaltungen gibt, eine „besondere Ehre und Freude sei, jemanden wie Franz Küberl ehren zu dürfen“. Er sei ein Mensch, der wie kaum ein anderer Toleranz, Menschlichkeit und Nächstenliebe vorlebt, und somit ein gutes Vorbild darstellt. „Franz Küberl hat in seinem Herzen das Gespür für die konkrete



Foto: steiermark.at / Frankl

v.l.: LH-Stv. Hermann Schützenhöfer, Franz Küberl und LH Franz Voves

Situation jedes Einzelnen und in der Öffentlichkeit bringt er auf den Punkt, was die Menschen bewegt. Er lehnt sich als Mahner aus Fenstern, in deren Nähe viele von uns sich gar nicht wagen. In seiner Arbeit ist er in jeder Facette authentisch bemüht, die Gesellschaft gerechter, toleranter, friedlicher und menschlicher zu machen.“ Küberl bedankte sich dafür, daß ihm als „kleinen Sozialar-

beiter“ so eine hohe Auszeichnung zu Teil wird. Ebenso dankbar sei er auch seiner Familie, der Diözese und seinen Mitstreitern in der Caritas, die laut Küberl die Auszeichnung gleich verdienen würden, wie er selbst. Er richtete einen Appell an alle Anwesenden: „Bitte helfen Sie mit, daß möglichst alle Menschen in unserem Land ordentlich leben dürfen!“ ■

Wien zeichnet »Trailer«-Macher Helmuth Dimko aus

Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny überreichte in Anwesenheit von Vizebürgermeisterin Renate Brauner dem Filmproduzenten, Regisseur und ehemaligen Viennale-Direktor Helmuth Dimko am 3. Juni im Wiener Rathaus den Großen Goldenen Rathausmann.

„Die Wiener Filmkultur hat Helmuth Dimko viel zu verdanken“, betonte Mailath. „In vielen Bereichen hat er mit Kreativität und Neugierde Neuland betreten und langlebige und erfolgreiche Formate für das deutschsprachige Fernsehen geschaffen: Mit ‚Trailer‘ und ‚Apropos Film‘ hat er seine Leidenschaft dem Publikum weitergegeben. Auch als Viennale-Direktor hat er Neuerungen eingeführt, die bis heute gültig sind.“

Helmuth Dimko spannte in seinen Dankesworten einen anekdotischen Bogen von Paula Wessely zu Mel Brooks und bezeichnete den Goldenen Rathausmann als „Wiener Life Achievement Award“.

Helmuth Dimko wurde 1939 in Wien geboren. Er arbeitete in jungen Jahren als Film- und Fernsehjournalist für die Wiener Tageszeitungen „Kurier“, „Express“ und die „Kronenzeitung“. Er gestaltete von 1967 bis 2002 die ZDF-ORF-Koproduktion „Apropos



Foto: PID / Georg Oberweger

Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny überreicht dem Produzenten, Regisseur und ehemaligen Viennale-Direktor Helmuth Dimko den Goldenen Rathausmann.

Film“, das war gleichzeitig der Beginn der langjährigen Zusammenarbeit mit Peter Hake. Parallel dazu leitete Helmuth Dimko zwischen 1970 und 1978 das ORF-Filmmagazin „Trailer“ und in den zwei Jahren von 1986 bis 1988 das österreichische Filmfestival, die „Viennale“.

Gemeinsam mit Walter Fritz zeichnet Helmuth Dimko auch für die zehnteilige Se-

rie „Filmgeschichte(n) aus Österreich“ verantwortlich und gestaltete Porträts sowohl von österreichischen Schauspielern als auch von internationalen Stars. Er produzierte die Krimiserie „Die Neue – eine Frau mit Kaliber“, die Fernsehserie „Stockinger“ und die Kult-Krimiserie „Kommissar Rex“. Seit 2001 produziert er das erfolgreiche TV-Format „SOKO Kitzbühel“. ■

Neues »Geburtsszenario« für Satellitengalaxien

Die unsere Milchstraße und den Andromeda-Nebel umgebenden Systeme von Satellitengalaxien zeigen charakteristische Eigenschaften, die der weit akzeptierten Theorie der Existenz Kalter Dunkler Materie (CDM) als dominierende Masse im Universum widersprechen.



© ESO PR 0755 von 2007

Eine Tripel-Wechselwirkung von Galaxien, genannt »the Bird« oder auch »Tinker Bell Triplet«

Auch die aktuellste, bereits von vielen Verfechtern der Existenz Kalter Dunkler Materie (CDM) propagierte Lösung konnte einer genauen Analyse verschiedener Simulationen der Strukturbildung des Universums nicht standhalten. Durchgeführt wurde diese Studie, die im Fachjournal „Monthly Notices of the Royal Astronomical Society“ erschienen ist, von Marcel Pawlowski von der Case Western Reserve University in Cleveland gemeinsam mit einer internationalen ForscherInnengruppe.

KosmologInnen berufen sich bei vielen ansonsten unerklärlichen dynamischen Phänomenen auf die „Dunkle Materie“. „Dennoch ist bislang nicht direkt nachgewiesen, daß es diese rätselhafte Substanz überhaupt gibt“, erklärt Gerhard Hensler, Astrophysiker an der Universität Wien. Und selbst wenn es sie gäbe, würde sie längst nicht alle Abweichungen oder Widersprüche zwischen den Messungen und den theoretischen Vorhersagen beseitigen.

Das heute unter den meisten Astrophysi-

kerInnen akzeptierte Standardmodell, das sogenannte „Lambda Cold Dark Matter Model“ (CDM) besagt, daß Satellitengalaxien, die als massearme („nur“ rund 100.000 und 1 Mrd. mal der Sonnenmasse) Zwerggalaxien große Muttergalaxien wie die Milchstraße und den Andromeda-Nebel umgeben, bestimmte Eigenschaften zeigen sollten: „Die leuchtenden Sternsysteme müssen selbst in CDM eingebettet sein, zu Tausenden weit verteilt und unorganisiert die Muttergalaxien umlaufen“, so Pawlowski:

Foto: Universität Wien



Astrophysiker Gerhard Hensler

„Wir beobachten aber etwas anderes: Die Satellitengalaxien sind auf riesige Scheiben konzentriert und bewegen sich darin in die gleiche Richtung, so wie die Planeten die Sonne umkreisen. Dieser Befund ist unerwartet und stellt ein wirkliches Problem dar.“

Um die Milchstraße herum sind die Satellitengalaxien in einer fast polaren, dünnen, sogenannten „Disk of Satellites“ (DoS) angeordnet und bilden mit Sternhaufen und Sternströmen die „Magellansche Ebene“, die die Autoren „Vast Polar Structure“ nennen. Um Andromeda liegt die Hälfte aller Satelliten in dem „Great Plane of Andromeda“.

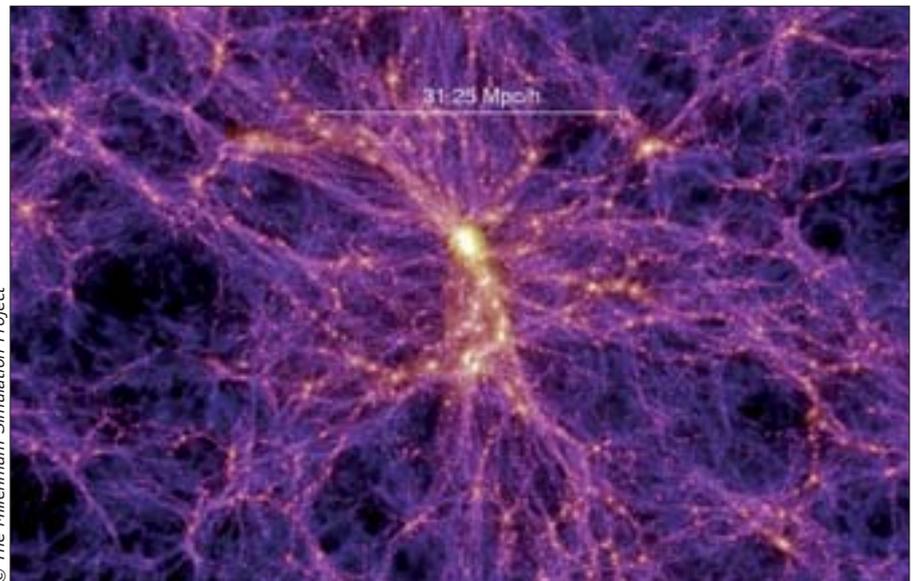
Pawlowski und seine Koautoren aus sechs verschiedenen Ländern (USA, Australien, Chile, Frankreich, Deutschland und Österreich) haben sich in ihrer Studie nun mit einem anderen, ebenfalls aus dem CDM-Szenario stammenden Prozeß auseinandergesetzt, von dem drei verschiedene internationale Autorenteam schließen, daß die planare Verteilung der Satelliten doch mit dem Standardmodell vereinbar ist. Hierbei geht es darum, daß einzelne Strömungen, „Streams“, aus Dunkler Materie auftreten, die in die Gravitationsssenken von Galaxien bis zu Galaxienhaufen einfallen und somit auch aus Gas bestehen und hypothetisch Zwerggalaxien produzieren sollten. Es wird heute angenommen, daß alle Scheibengalaxien, wie unsere Milchstraße, auf diese Weise ihre Rotation erhalten haben. „Als wir die Simulationen unter Benutzung der Daten dieser anderen Arbeiten mit den Beobachtungen verglichen, fanden wir eine grundlegende Diskrepanz“, sagt Pawlowski. Am Computer simulierte Beobachtungsmodelle um tausende milchstraßenähnliche Objekte in kosmologischen Simulationen zeigten den Autoren nur einen Fall aus tausenden, der der beob-

achteten Satelliten-Verteilung um die Milchstraße entspricht. „Die Wahrscheinlichkeit, das gleiche Phänomen um zwei nahe Galaxien, also Milchstraße und Andromeda, vorzufinden, ist sogar geringer als 1:100000“, erklärt Gerhard Hensler. Nach zusätzlichen Fehlerkorrekturen schließen die ForscherInnen die Schlußfolgerungen vorangegangener Studien definitiv aus.

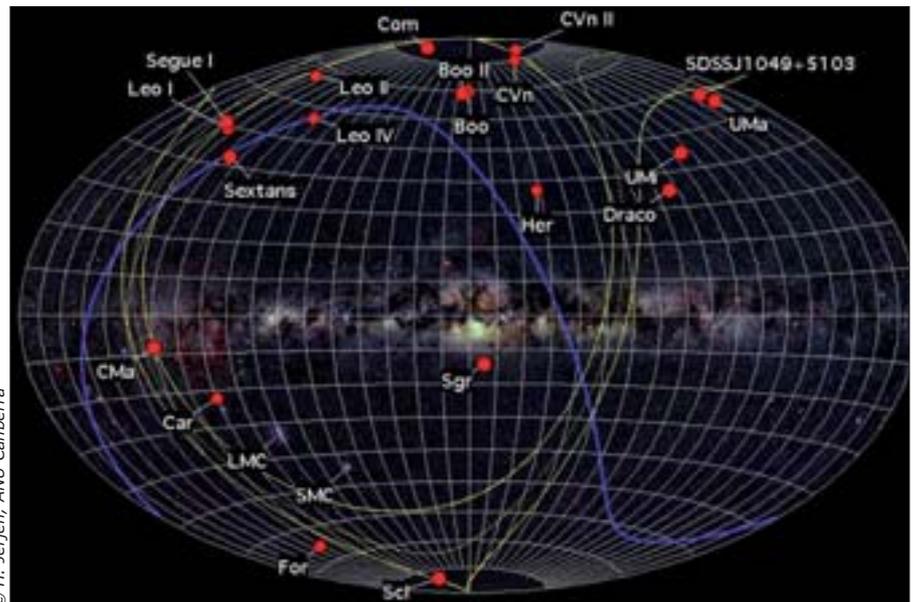
Die WissenschaftlerInnen schlagen daher für die Satellitensysteme ein anderes Entstehungsszenario vor: Die Kollision zweier großer Galaxien sehr früh im Universum. „Von ‚heutigen‘ Galaxienkollisionen und -verschmelzungen wissen wir, daß weite Gezeitenarme entstehen, in denen Gas und Sterne herausgerissen werden, wobei das Gas zu kleinen Galaxien klumpen und neue Sterne

entstehen lassen kann. Diese Gezeiten-Zwerggalaxien bewegen sich zwangsläufig in einer gemeinsamen Bahnebene, bergen aber viele Geheimnisse“, erklärt Hensler, denen er in seiner Arbeitsgruppe in FWF- und DFG-geförderten Projekten mit Hilfe von Computersimulationen nachgeht, die am Vienna Scientific Cluster durchgeführt werden.

Dieses spannende Forschungsfeld hat also deutliche Konsequenzen für unser physikalisches Bild vom Universum. Die mögliche Koexistenz von zwei Typen von Zwerggalaxien, die wir heute beobachtungsmäßig aber nicht kennen, nämlich die einen mit CDM und die anderen ohne, ist „ein gravierender Konflikt“, so Gerhard Hensler abschließend. ■



Das filamentförmige Cosmic Web in der Millenium-Dunkle-Materie-Simulation



Die »Disk of Satellites« um die Milchstraße

Quanten-Rechnen: Fragil und doch fehlerfrei

In enger Zusammenarbeit haben spanische und österreichische Physiker im Labor ein Quantenbit in verschränkten Zuständen mehrerer Teilchen kodiert und damit erstmals einfache Rechnungen durchgeführt.

Auch Computer sind fehleranfällig. Schon kleine Störungen können gespeicherte Informationen verändern und das Rechenergebnis verfälschen. Deshalb nutzen Computer spezielle Verfahren, mit denen Fehler laufend entdeckt und korrigiert werden können. Auch ein zukünftiger Quantencomputer benötigt eine Fehlerkorrektur: „Quantenphysikalische Phänomene sind sehr fragil und störungsanfällig, Fehler können sich rasch ausbreiten und einen Rechner aus dem Tritt bringen“, sagt Thomas Monz aus der Forschungsgruppe um Rainer Blatt vom Institut für Experimentalphysik der Universität Innsbruck. Gemeinsam mit Markus Müller und Miguel Ángel Martín-Delgado vom Institut für Theoretische Physik der Complutense-Universität in Madrid haben die Innsbrucker Physiker ein neues Fehlerkorrektur-Verfahren entwickelt und im Labor erprobt. „Ein Quantenbit ist nicht nur sehr komplex und kann nicht einfach kopiert werden, sondern darüber hinaus sind Fehler in der Quantenwelt vielfältiger und schwieriger zu bekämpfen als in heutigen Computern,“ betont Monz. „Um allgemeine Fehler in einem Quantencomputer erkennen und korrigieren zu können, bedarf es sehr ausgefeilter, sogenannter Quanten-Fehlerkorrekturcodes.“ Der im aktuellen Experiment verwendete topologische Code wurde von der Gruppe um Martín-Delgado in Madrid vorgeschlagen und ordnet die Teilchen auf einem zweidimensionalen Gitter an, wo sie mit ihren jeweiligen Nachbarn wechselwirken können.

Quantenbit in sieben Ionen kodiert

Im Labor an der Universität Innsbruck nutzen die Physiker eine Ionenfalle, in der sieben Kalziumatome gefangen, mit Hilfe von Lasern nahe an den absoluten Nullpunkt abgekühlt und präzise kontrolliert werden können. Die Forscher speichern die fragilen Quantenzustände des logischen Quantenbits in den verschränkten Zuständen dieser Teilchen, wobei der Quanten-Fehlerkorrekturcode das Programm hierfür liefert. „Das logische Quantenbit in diese sieben physikalischen Quantenbits zu kodieren, war eine

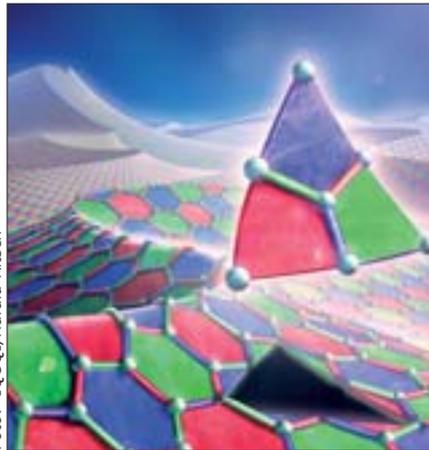


Foto: IQOQI/Harald Ritsch

Das Modell aus sieben Atomen zur Speicherung eines logischen Quantenbits kann als Grundbaustein für sehr viel größere Quantensysteme dienen. Je größer das Gitter ist, umso robuster wird es.

wirkliche experimentelle Herausforderung“, erzählt Daniel Nigg aus der Forschungsgruppe von Rainer Blatt. Die Physiker taten dies in drei Schritten, wobei mit einer komplexen Sequenz von Laserpulsen jeweils vier benachbarte Quantenbits miteinander verschränkt wurden. „Es ist hier zum ersten Mal gelungen, sieben Atome ganz gezielt für die Speicherung eines einzigen Quantenbits zu verwenden“, ist Markus Müller begeistert, der 2011 von Innsbruck an die Complutense-Universität in Madrid wechselte. „Mit den auf diese Weise verschränkten Atomen erhält man genügend Informationen für eine anschließende Fehlerkorrektur und mögliche Rechenoperationen.“

Fehlerfreies Rechnen

In einem weiteren Schritt überprüften die Physiker die Möglichkeit, verschiedene Arten von Fehlern zu erkennen und zu korrigieren. „Wir konnten zeigen, daß wir alle in einem solchen Quantensystem möglichen Fehler unabhängig voneinander für jedes Teilchen einzeln erkennen und korrigieren können“, erzählt Daniel Nigg. „Dazu benötigen wir nur Information über Korrelationen zwischen den Teilchen, aber keine Messungen der einzelnen Teilchen“, erklärt Niggs

Kollege Esteban Martinez. Die Physiker konnten aber nicht nur einzelne Fehler zuverlässig detektieren. Es gelang ihnen erstmals auch, einzelne Rechenschritte und sogar längere Rechenoperationen auf einem so kodierten Quantenbit durchzuführen. Sobald die Hürde der aufwändigen Kodierung einmal überwunden ist, sind für einzelne Rechenschritte jeweils nur noch einfache Ein-Qubit-Operationen notwendig. „Wir können hier mit diesem Quantencode erstmals einfache Quantenrechnungen durchführen und gleichzeitig alle möglichen Fehler korrigieren“, beschreibt Thomas Monz diesen bedeutenden Durchbruch auf dem Weg zu einem verlässlichen, fehlertoleranten Quantenrechner.

Grundlage für weitere Entwicklungen

Der von den spanischen und österreichischen Physikern gemeinsam entwickelte Ansatz bildet eine vielversprechende Grundlage für weitere Entwicklungen. „Das Modell aus sieben Atomen zur Speicherung eines logischen Quantenbits kann als Grundbaustein für sehr viel größere Quantensysteme dienen“, sagt Theoretiker Müller. „Je größer das Gitter ist, umso robuster wird es. Am Ende könnte ein Quantenrechner stehen, der beliebig lange rechnen kann, ohne daß Fehler ihn aus dem Tritt bringen.“ Das aktuelle Experiment eröffnet aber nicht nur Perspektiven für weitere technologische Entwicklungen: „Hier tun sich auch ganz neue Fragen auf, mit welchen Methoden solche großen logischen Quantenbits überhaupt charakterisiert werden können“, blickt Rainer Blatt bereits in die Zukunft. „Auch wollen wir gemeinsam die verwendeten Quantencodes weiterentwickeln und für noch umfangreichere Rechenoperationen optimieren“, ergänzt Martín-Delgado. Die Forscher berichteten darüber in der Fachzeitschrift Science.

Finanziell unterstützt wurden die Forscher unter anderem vom österreichischen Wissenschaftsfonds FWF, spanischen Wissenschaftsministerium, dem der US-Regierung, der Europäischen Kommission und der Tiroler Industrie. ■

Chemischer Sensor auf einem Chip

An der TU Wien ist es gelungen, mit miniaturisierter Lasertechnik auf einem wenige Millimeter großen Chip einen Sensor zu bauen, der die chemische Zusammensetzung von Flüssigkeiten messen kann.

Man kann sie nicht sehen, aber sie eignen sich perfekt zur Untersuchung von Flüssigkeiten und Gasen: Laserstrahlen im Infrarotbereich werden von unterschiedlichen Molekülen unterschiedlich stark absorbiert. Dieser Effekt wird beispielsweise bei der Messung der Sauerstoffkonzentration in Blut verwendet. An der TU Wien hat man dieses einfache Prinzip aufgegriffen und auf dieser Basis einen neuen Sensor-Prototyp realisiert.

Speziell designte Quantenkaskaden-Laser und Lichtdetektoren werden an der TU Wien im selben Herstellungsprozeß auf einem Chip gefertigt. Der Abstand zwischen Laser und Detektor beträgt nur 50 Mikrometer. Dieser wird mit einem sogenannten Oberflächenplasmonen-Wellenleiter aus Gold und Siliziumnitrid überbrückt. Dieser neue Ansatz ermöglicht die einfache und kostengünstige Produktion winziger Flüssigkeitssensoren für verschiedenste Einsatzzwecke.

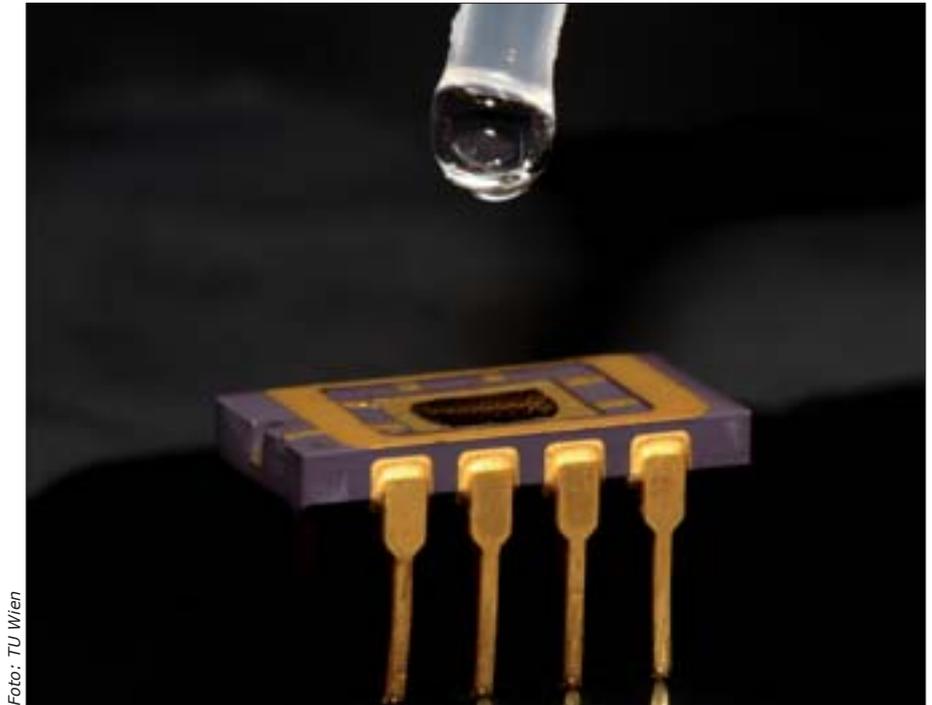


Foto: TU Wien

Ein Tropfen der Flüssigkeit genügt, um die Zusammensetzung zu bestimmen.

Laser und Detektor

Gewöhnliche Kristall-Laser, etwa der bekannte rote Rubinlaser, bestehen aus nur einem bestimmten Material. Quantenkaskaden-Laser hingegen sind aus einer perfekt optimierten Abfolge unterschiedlicher Materialschichten zusammengesetzt. Dadurch kann man wichtige Eigenschaften des Lasers gezielt steuern, etwa die Wellenlänge seines Lichts. Wenn man an die künstlich erzeugte Schichtstruktur eine elektrische Spannung anlegt, beginnt der Laser zu leuchten. Man kann die Schichtstruktur allerdings auch in umgekehrter Richtung als Detektor verwenden: Wenn man sie mit Licht bestrahlt, entsteht ein elektrisches Signal.

An der TU Wien wurde eine Methode entwickelt, aus derselben Schichtfolge einen Laser und einen Detektor gleichzeitig auf einem Chip herzustellen – und zwar so, daß die Wellenlänge des Laserlichtes genau der Wellenlänge des Detektors entspricht. Dieses bifunktionale Material wird am Zentrum für Mikro- und Nanostrukturen der TU Wien Atomlage für Atomlage mittels Molekularstrahlepitaxie hergestellt. „Durch die ge-

meinsame Fertigung muß man den Laser und den Detektor nicht justieren – sie sind von Anfang an auf dem selben Chip optimal plziert“, sagt Benedikt Schwarz vom Institut für Festkörperelektronik der TU Wien.

Licht-Führung vom Laser zum Detektor

Bei herkömmlichen optischen Systemen muß das erzeugte Laserlicht mit Hilfe genau justierter Linsen zum Detektor geführt werden. Auch Glasfasern können verwendet werden, allerdings transportieren sie das Licht normalerweise bloß in ihrem Inneren, bringen es also nicht in Kontakt mit der Umgebung und eignen sich dann auch nicht als Sensoren.

Bei dem neuen Bauelement, das vom Forschungsteam der TU Wien vorgestellt wurde, funktioniert die optische Verbindung zwischen Quantenkaskaden-Laser und Detektor völlig anders. Sie ist ein plasmonischer Wellenleiter, bestehend aus Gold und Siliziumoxid. „Das Licht wechselwirkt mit den Elektronen im Metall auf eine ganz besondere Weise, sodaß das Licht an der

Außenseite der Goldoberfläche geführt wird“, erklärt Benedikt Schwarz. „Dadurch kann das Licht von Molekülen auf dem Weg zwischen Laser und Detektor absorbiert werden.“

Der fertige Sensor-Chip kann in eine Flüssigkeit getaucht werden. Aus der Abschwächung des Lichtsignals durch absorbierende Moleküle kann dann auf die Zusammensetzung der Flüssigkeit geschlossen werden. Getestet wurde dieser Sensor mit einer Lösung aus Wasser und Alkohol. Die Wasserkonzentration läßt sich auf diese Weise bis auf 0,06 Prozent genau messen.

Durch die Möglichkeit die Wellenlänge durch das Design der Schichtfolge einzustellen, kann das Sensorkonzept auf eine breite Palette von Molekülen wie zum Beispiel Kohlenwasserstoffe oder auch Proteine für verschiedenste Anwendungen in der chemischen, biologischen oder medizinischen Analyse angewandt werden.

Die Forschungsergebnisse wurden im Journal „Nature Communications“ veröffentlicht. ■

50 Jahre Planetarium Wien

50 Jahre Wissenschaftsvermittlung für Wien



Foto: VHS Wien

Das Herzstück: Im Kuppelsaal entführen die Planetarium-Shows auf spannende Entdeckungsreisen durch Raum und Zeit.

Das Planetarium Wien (2., Oswald Thomas Platz 1) feierte am 11. Juni sein 50jähriges Bestehen. Im Juni 1964 wurde der heutige Standort im Wiener Prater eröffnet und begeistert seither sämtliche Altersgruppen für die Geheimnisse des Universums. „Wenn wir die umfangreiche Vorgeschichte des Planetariums mitberücksichtigen, befindet sich in Wien die älteste Einrichtung außerhalb des Erfinderlandes des Projektionsplanetariums, Deutschland, dessen Technik einen fachkundig begleiteten Blick ins Weltall ermöglicht. Über fünf Jahrzehnte hinweg ist es dem Planetarium Wien gelungen, seine Besucherinnen und Besucher durch spannende Vorführungen in den Bann zu ziehen und für die Welt der Wissenschaft zu begeistern. Das Planetarium hat damit einen wesentlichen Beitrag für den Wissenschaftsstandort Wien geleistet – und dafür, wissenschaftliche Erkenntnisse allen Wie-



Foto: VHS Wien

Am 16. Juni 1962 legte Bürgermeister Franz Jonas den Grundstein für das neue Planetarium neben dem Riesenrad im Eingangsbereich des Wiener Praters.

Wissenschaft & Technik

nerInnen zugänglich zu machen“, betonte Stadtrat Michael Ludwig, Aufsichtsratsvorsitzender der Volkshochschule (VHS) Wien. Diese zentrale Rolle in der Wissenschaftskommunikation der VHS Wien wird das Planetarium auch weiterhin einnehmen.

„Mit Werner Gruber hat das Planetarium Wien einen Direktor, der laufend neue Wege sucht, Wissenschaft auf spannende und unterhaltsame Weise zu verbreiten. Es ist uns dabei ein besonderes gemeinsames Anliegen, bei Kindern und Jugendlichen Interesse und Verständnis für Naturwissenschaften zu wecken. Wir wollen daher als Planetarium Wien mit besonderem Fokus auf dieses bildungspolitisch so wichtige Ziel neue Impulse setzen und hier eine Vorreiterrolle einnehmen.“, bekräftigt Mario Rieder, Geschäftsführer der VHS Wien.

Bei den Jubiläumsfeierlichkeiten standen Geschichte und Zukunft des Planetariums im Fokus und ein ganz besonderer Kristall, der feierlich verliehen wurde.

Tiuterra Kristall für das Planetarium Wien

Zur 50-Jahr-Feier übergab das Österreichische Weltraum Forum (ÖWF) einen Kristall der besonderen Art an das Planetarium Wien: Die sogenannten „Tiuterra Kristalle“ sind einzigartig. Während der „World Space Week 2013“ rief das ÖWF international dazu auf, Gesteinsproben aus aller Welt zu schicken. So wurden Proben von der ganzen Erde – und darüber hinaus – gesammelt. Von der Tiefsee bis zur Antarktis sind Proben eingelangt. Gemeinsam mit einem Marsmeteoriten wurden die Gesteinsproben von Swarovski zu 100 limitierten Kristallen geschmolzen. Einer davon wird im November mit der italienischen ESA-Astronautin Samantha Cristoforetti zur Internationalen Raumstation ISS fliegen. Die Kristalle werden vom ÖWF politischen EntscheidungsträgerInnen und Raumfahrtorganisationen übergeben, die maßgeblich zur Erforschung des Weltalls und zur öffentlichen Verbrei-



Foto: VHS Wien

Planetarium Wien-Direktor Werner Gruber führt beim »science brunch – das geistreiche Frühstück mit Neuem aus der Welt der Wissenschaft« interessante Experimente vor.

tung von wissenschaftlichen Erkenntnissen beitragen. Auch dem geschichtreichen Planetarium Wien wird nun diese Ehre zuteil.

Die Geschichte des Planetariums Wien

Das erste Planetarium außerhalb des Erfinderlandes Deutschland wurde in Wien am 7. Mai 1927 im Rahmen einer Ausstellung vor dem heutigen Museumsquartier eröffnet. Bald galt es als wahre „Wundermaschine“. Die Vorstellungen wurden in der Folge regelrecht gestürmt und 1931 erfolgte ein dauerhafter Aufbau des Planetariums am Praterstern.

Der Zweite Weltkrieg setzte den Vorführungen jedoch ein jähes Ende und das Planetarium überstand die Zeit bis 1945 nicht. Im Juni 1962 legte der damalige Bürgermeister von Wien, Franz Jonas, den Grundstein für das neue Planetarium, das am 20. Juni 1964 schließlich eröffnet wurde. Das Planetarium wurde unter Prof. Hermann Mucke schnell zum Zentrum astronomischer Volksbildung in Österreich.

Im Sommer 2000 erfolgte eine umfassende Modernisierung der gesamten Kuppeltechnik sowie die Neugestaltung des Kuppelsaales. Mit moderner Technik können astronomische Vorgänge wie Auf- und Untergang von Gestirnen, die Bewegung der Sonne, der Planeten und des Mondes sowie alle sichtbaren Sterne und Sternbilder anschaulich dargestellt werden. ■

<http://www.planetarium-wien.at>

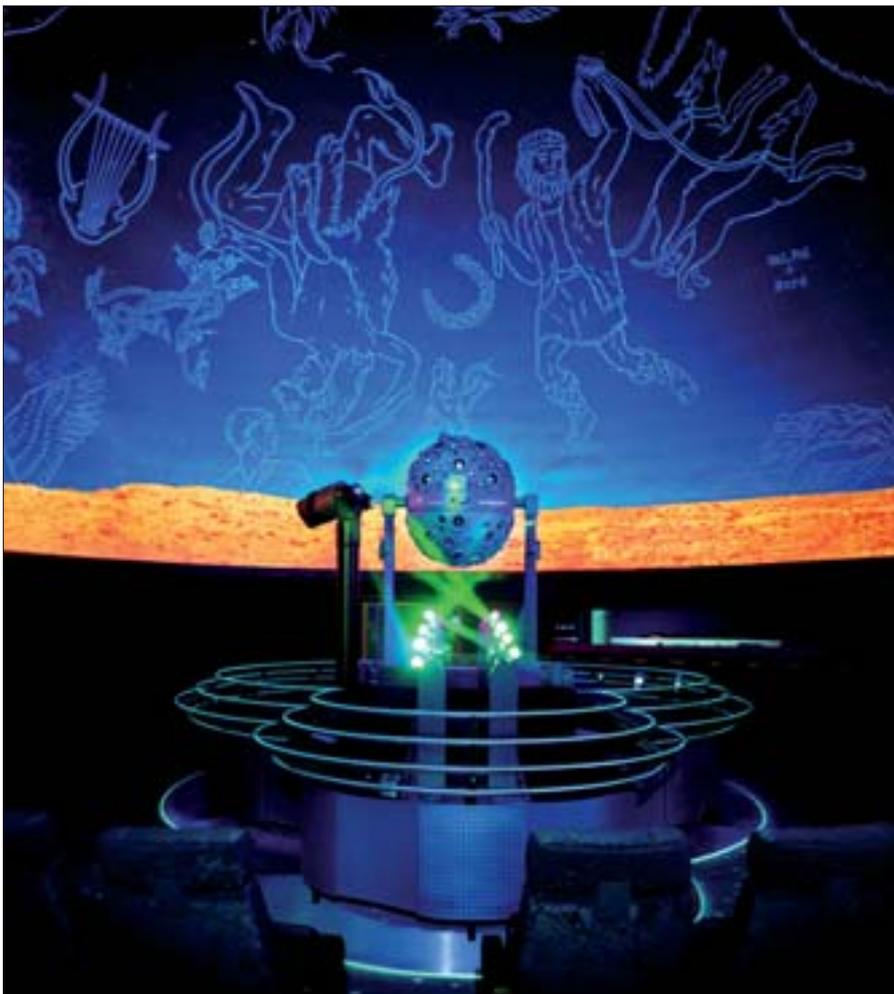


Foto: VHS Wien

Der Sternenhimmel wird täuschend echt mit Faseroptik-Projektionssystemen abgebildet. Dadurch können hohe Helligkeit und kleine Abbildungsdurchmesser der Sterne erreicht werden. Auf Grund der verwendeten Bogenlampen zeigt uns das Universarium die Sterne in ihrer echten Farbe, sei es weiß, rot wie Beteigeuze oder auch blau wie Rigel, beide im Sternbild Orion.

IMBA-Direktor Josef Penninger erhält den Wittgenstein-Preis

Der Genetiker wird damit für seine wissenschaftlichen Erfolge auf den Gebieten der Biomedizin und der Erforschung von Krankheitsbildern ausgezeichnet.

Josef Penninger, wissenschaftlicher Direktor am IMBA – Institut für Molekulare Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, erhält den diesjährigen Wittgenstein-Preis der Österreichischen Bundesregierung. Mit 1,5 Millionen Euro ist dies die bedeutendste und am höchsten dotierte Auszeichnung für Wissenschaftler in Österreich.

Forschungserfolge von Josef Penninger

In seiner langjährigen und außergewöhnlichen Forscherkarriere sind dem leidenschaftlichen Wissenschaftler bereits einige durchschlagende Erfolge gelungen. Zu seinen herausragendsten Leistungen zählt sicher die Entdeckung, daß das Eiweiß RANKL der Hauptregulator für Osteoporose ist. Auch ein stark erhöhtes Brustkrebsrisiko nach der Einnahme synthetischer Sexualhormone, etwa bei einer Hormonersatztherapie, konnte Penninger mit RANKL in Verbindung bringen.

Zur Behandlung von akutem Lungenversagen, wie auch bei den Viruserkrankungen SARS und Vogelgrippe, konnten Wissenschaftler unter Penningers Leitung ebenfalls einen äußerst wertvollen Beitrag leisten. Sie entdeckten, daß diese Krankheiten das Enzym ACE2 und damit dessen Funktion, die Lunge vor dem Eindringen von Wasser zu schützen, blockiert. Das Organ „ertrinkt“ sozusagen. ACE2 wurde von den Forschern gentechnisch nachgebildet und konnte bei Mäusen ein akutes Lungenversagen abwenden. Derzeit laufen klinische Studien am Menschen, deren Ergebnisse bereits Ende 2014 erwartet werden.

Im Jahr 2011 ließ Penninger mit einer wissenschaftlichen Sensation aufhorchen: Sein Team hatte eine Methode entwickelt, Stammzellen mit nur einem Chromosomensatz zu züchten (haploide Stammzellen). So lassen sich genetische Veränderungen besser studieren, weil kein zweiter Chromosomensatz mehr „im Weg“ ist, der das Ergebnis verfälschen könnte. Die neue Methode wird die moderne Genetik revolutionieren und hat eine riesige Bandbreite möglicher Anwendungen. Beispielsweise könnte man die Wirkung von Chemotherapeutika, wie sie in der



Foto: IMBA / Hans Krist

Josef Penninger, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Molekulare Biotechnologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Krebstherapie verwendet werden, untersuchen.

Zu Beginn dieses Jahres stellte Penningers Team eine „Pille gegen Metastasen“ vor. Die Forscher zeigten, daß ein Protein namens Cbl-b eine Art molekulare Bremse für Immunzellen darstellt. Löst man diese Bremse, können die so genannten natürlichen Killerzellen Tumormetastasen hocheffektiv bekämpfen. Bereits heuer soll mit klinischen Studien begonnen werden. Weitere Themenfelder in Penningers Labor sind Immunologie und Herzregeneration.

Josef Penninger freut sich sehr über den Wittgensteinpreis als Anerkennung für seine Arbeit. „Dieser Preis wäre aber ohne die fantastische Arbeit meines Team nicht möglich gewesen. Daher möchte ich mich bei all meinen Leuten für ihre kreativen Ideen und ihren tollen Einsatz bedanken! Wesentlich für den Erfolg war sicher auch die großzügige Unterstützung durch die Österreichische Akademie der Wissenschaften, sowie auch die gute Zusammenarbeit mit unseren Part-

nern am Vienna Biocenter, allen voran unserem Kooperationspartner IMP.“

Höchstmaß an Freiheit und Flexibilität

In den nächsten Wochen möchte Penninger entscheiden, wie er das Preisgeld einsetzen wird. „Das fantastische am Wittgensteinpreis ist, daß er nicht an ein konkretes Projekt gebunden ist“, meint Penninger. Damit haben die Forscher ein Höchstmaß an Freiheit und Flexibilität um eine weitere Steigerung ihrer wissenschaftlichen Leistungen zu erreichen. „Es gibt natürlich die logische Fortführung bestehender, sehr erfolgversprechender Projekte, wie etwa unsere neue Technologie der haploiden Stammzellen, aber ich habe auch Ideen für mutige Projekte, die extrem spannend sind, wo ein Erfolg aber nicht garantiert wäre. Eine meiner Herzensangelegenheiten ist auch, eine Gruppe mit ganz jungen, talentierten Forschern aufzubauen und ihnen dann als Mentor zur Seite stehen.“

Mit Josef Penninger geht der Wittgensteinpreis zum dritten Mal an einen IMBA-

Forscher. Im Jahr 2005 erhielt der Neurobiologe Barry Dickson die begehrte Auszeichnung. 2009 wurde der Molekularbiologe und stellvertretende wissenschaftliche Direktor des IMBA, Jürgen Knoblich für seine bahnbrechenden Erkenntnisse auf dem Gebiet der Stammzellbiologie geehrt.

Josef Penninger

wurde 1964 in Gurten, Oberösterreich, geboren. Nach seinem Studium der Medizin und seiner Promotion zum Dr.med. an der Universität Innsbruck ging Penninger 1990 nach Kanada. Dort arbeitete er zunächst als Post-Doktorand am Ontario Cancer Institute des Princess Margaret Hospitals, danach als Assistenzprofessor sowie später als Professor an der Universität Toronto. 2002 folgte er dem Ruf der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und kam nach Wien, um das IMBA – Institut für Molekulare Biotechnologie aufzubauen. 2003 wurde das IMBA operativ tätig. Ziel des Forschungsinstitutes ist, Grundlagenforschung in den Bereichen der Molekularbiologie und Medizin zu betreiben, molekulare Prozesse in Zellen und Organismen aufzuklären und fundamentale Ursachen diverser Erkrankungen zu finden. Zwölf Forschungsgruppen arbeiten an Fragestellungen aus den Feldern RNA-Biologie, Zellbiologie, Stammzellen, Krebs oder Infektionserkrankungen.

Der Wittgensteinpreis

an Josef Penninger reiht sich in eine bemerkenswerte Liste anderer hochdotierter Preise und Förderungen, die der Forscher bereits für seine Erfolge bekommen hat. So ist Penninger einer von ganz wenigen Wissenschaftlern, die bereits zwei der hochkarätigen ERC Advanced Grants (EU Forschungsförderung in Höhe mehrerer Millionen Euro) erhalten haben. Weiters wurde er als erster Österreicher mit dem Innovator Award des US Verteidigungsministeriums (7,4 Mio. Dollar) für seine Erfolge in der Brustkrebsforschung ausgezeichnet. Zu nennen sind auch der Ernst Jung Preis für Medizin, der Descartes Preis der EU, die Carus Medaille der Deutschen Akademie Leopoldina, sowie die ASMR Medaille der Australischen Gesellschaft für Medizinische Forschung. Seit 2007 ist Josef Penninger ordentliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, seit 2012 Ehrenmitglied der renommierten US-Forschungsvereinigung AAAS (American Association for the Advancement of Science). ■

<http://imba.oeaw.ac.at>

Neue Erkenntnisse zur Gesichtsymmetrie

... stellen traditionelle Theorien auf den Kopf

Warum sind wir nicht perfekt symmetrisch? Dies kann viele genetische und umweltbedingte Ursachen haben. In einer neuen Studie untersuchten WissenschaftlerInnen der Universität Wien erstmals genetische Marker (Punktmutationen), die mit der Entwicklung der Gesichtsform in Zusammenhang stehen, auf ihren Einfluß auf die Gesichtsymmetrie. Weiters wurde der Einfluß von Homozygotie – auch Reinerbigkeit – auf die Gesichtsymmetrie analysiert. Die unerwarteten Ergebnisse dieser Untersuchung sind aktuell im Fachmagazin PLOS ONE erschienen.

WissenschaftlerInnen um Sonja Windhager vom Department für Anthropologie der Universität Wien unter Beteiligung weiterer Departments der Fakultät für Lebenswissenschaften untersuchten auf Basis von Genomdaten zum ersten Mal moderne genetische Aspekte menschlicher Gesichtsymmetrien. Sie verwendeten hierfür eine „Big Data“-Analyse auf Basis bereits existierender umfangreicher Genomdaten von 3215 Individuen, die dazu korrespondierende 3D-Information der Gesichter sowie genetische Daten aus dem „1000 Genomes Project“. Insgesamt konnten so die Daten mehrerer Tausend Personen in die Studie aufgenommen werden.

Viele körperliche Merkmale des Menschen sind bilateralsymmetrisch, d.h. es sind äußerlich zwei von einer Symmetrieebene getrennte spiegelbildliche Hälften erkennbar. Dazu gehört auch das Gesicht. Ein hoher Grad an Symmetrie in Gesicht und Körper steht der gängigen Meinung nach für Entwicklungsstabilität beziehungsweise für die Fähigkeit, schädliche Einflüsse während der Entwicklung abgepuffert zu haben. Homozygotie gilt hier weitgehend als einschränkender Faktor. Aufgrund des doppelten Chromosomensatzes (Diploidie) haben Menschen an einem Ort des Genoms entweder zwei gleiche („homozygot“) oder zwei verschiedene Ausprägungen („heterozygot“). Wenn z.B. eine Person die Blutgruppe A aufweist, sind verschiedene genetische Varianten möglich: Es können beide Elternteile die Erbinformation für Blutgruppe A

vererben, dann wäre diese reinerbig oder homozygot – sprich „AA“, es könnte jedoch auch ein Elternteil die Blutgruppe A, der andere die Blutgruppe B vererben, dann wäre die Blutgruppe der betreffenden Person „AB“ – und damit mischerbig oder heterozygot. Wer mehrere Ausprägungen zur Verfügung hat – so der bisherige Forschungsstand – kann dadurch besser auf verschiedene Störungen reagieren. Ein prominentes Beispiel hierfür sind bestimmte Gene unseres Immunsystems.

Erste Untersuchung mit genetischem Datenmaterial

Nun ist aber niemand perfekt symmetrisch und es wird angenommen, daß das Ausmaß der Abweichungen sowohl durch genetische als auch umweltbedingte Stressoren beeinflusst wird. Bei bisherigen Untersuchungen wurde die Genetik oft nur indirekt über Familienstammbäume oder Blutgruppen berücksichtigt. Zugängliche Datenbanken und die zunehmende Veröffentlichung von genomischen Datenmaterial jedoch erlaubten nun einen neuen, innovativen Ansatz durch die Einbeziehung direkter genetischer Information.

Weder Punktmutationen noch Homozygotie beeinflusst Gesichtsymmetrie

„Wir untersuchten einzelne Punktmutationen, von denen aus vorangegangenen Studien bekannt war, daß sie die Gesichtsform beeinflussen, in Hinblick auf einen Zusammenhang mit Gesichtsymmetrie. Darüber hinaus wurde ein Wert für die Homozygotie eines jeden Teilnehmers errechnet und dieser ebenso in die Analyse einbezogen. Bei beiden Aspekten konnten wir wider Erwarten keinen Zusammenhang mit der Gesichtsymmetrie nachweisen“, so die Anthropologin Sonja Windhager. Die ForscherInnen arbeiten derzeit an einem qualitativ noch wesentlich höherwertigen Datensatz, um zu überprüfen, ob dieser neuartige Forschungsansatz zu einer vollständigen Widerlegung der etablierten Theorien führt. ■

<http://www.anthropology.at>

Sammellust

Die Galerie Erzherzog Leopold Wilhelms Intermezzo 06 –
von 17. Juni bis 28. September 2014 im Kunsthistorischen Museum



David Teniers d. J., *Erzherzog Leopold Wilhelm in seiner Galerie in Brüssel, um 1650*, Leinwand, 124 cm x 165 cm

Im Jahr 2014 jährt sich der Geburtstag von Erzherzog Leopold Wilhelm (1614-1662) zum 400. Mal. Mit seiner außergewöhnlichen und umfassenden Sammeltätigkeit leistete er einen wesentlichen Beitrag zur Fülle und Vielfalt der heutigen weltberühmten Sammlungen des Kunsthistorischen Museums. Aus diesem Anlaß widmet das Museum diesem in der Öffentlichkeit wenig bekannten Mitglied des Hauses Habsburg seine sechste Intermezzo-Ausstellung.

Als jüngster Sohn Kaiser Ferdinands II. wurde Leopold Wilhelm bereits als Kind für den geistlichen Stand bestimmt. Zur finanziellen Absicherung wurden ihm schon im Alter von 12 Jahren die Bistümer Passau und Straßburg übertragen; weitere geistliche Würden folgten. Sein Leben war aber vor allem durch den Dreißigjährigen Krieg geprägt, da

Leopold Wilhelm in zwei Perioden den Oberbefehl über die kaiserlichen Truppen führte. Seine wahre Leidenschaft galt aber nicht dem Krieg, sondern in erster Linie den Künsten. Selbst inmitten der Kriegswirren schrieb Leopold Wilhelm mit Hingabe italienische Poesie. In einem Gedicht bezeichnete ihn ein Zeitgenosse als Kämpfer "mit Degen und Feder". Ebenso bekannt war seine Liebe zur Musik.

Zur rechten Zeit am rechten Ort

1647 trat Leopold Wilhelm die Statthalterschaft in den spanischen Niederlanden an. Damals explodierte förmlich seine Begeisterung für Kunst, und er begann – zur rechten Zeit am rechten Ort und in der Tradition seiner Vorgänger – leidenschaftlich zu sammeln. Durch die politischen Umbrüche in

England – Cromwell übernahm die Macht, und König Karl I. wurde hingerichtet – kamen zahlreiche englische Sammlungen zum Verkauf, u.a. in Antwerpen und Brüssel. Leopold Wilhelm erwarb – nicht nur aus dem englischen Angebot – über 500 Kunstkamerstücke aus Marmor, Bronze und Elfenbein, Skulpturen, Tapisserien, rund 1400 Gemälde und 350 Zeichnungen. Die Sammlung beeindruckte sowohl durch ihre Quantität, als auch durch ihre Qualität. So gelangten zahlreiche bedeutende Meisterwerke, u.a. von Jan van Eyck, Francesco Laurana, Giorgione, Tizian, Antico, Raffael und Rubens, in die Sammlung des Habsburgers. Dabei machte er sich auch als Förderer der damals zeitgenössischen Barockmalerei und -bildhauerei einen Namen. Mehr als 60 Künstler ließ er in seinem Auftrag arbeiten, darunter



© KHM

bedeutende Flamen wie David Teniers d.J., Jan Davidsz. de Heem oder Jérôme II. Duquesnoy.

o.: Paolo Caliari, gen. Veronese, *Erweckung des Jünglings zu Nain*, um 1565/ 1570; Leinwand, 102 x 136 cm

u.: Tiziano Vecellio, gen. Tizian, *Kirschenmadonna (l. Hl. Joseph, r. Johannesknabe und Hl. Zacharias)*, um 1516/18; von Leinwand auf Holz übertragen, 81 x 99,5 cm

Tradition und Repräsentation

Mit seiner Sammeltätigkeit folgte Leopold Wilhelm einer langen Tradition der Habsburger in diesen Ländern. Bereits Margarete von Österreich (1480-1530), Tochter Kaiser Maximilians I., entfaltete als Statthalterin der habsburgischen Niederlande ein bedeutendes Mäzenatentum in ihrer Residenz in Mechelen. Ihr Neffe, Kaiser Karl V., der in Mechelen aufwuchs, begründete mit seinen Kunstwerken die Sammlung im Prado. Seine Schwester Maria von Ungarn sammelte in Brüssel als Statthalterin und folgte ihm nach seiner Abdankung mit ihren Kunstwerken nach Spanien.

Erzherzog Matthias, später Kaiser, verschuldete sich als Statthalter in Brüssel für seine Kunstankäufe derart, daß seine Schuldner ihn am Ende seiner Statthalterschaft nicht abreisen ließen. Erst nach einigem Zögern entschloß sich sein Bruder, Kaiser Rudolf II., gleichfalls ein großer Sammler, ihn auszulösen.



© KHM

Kultur

Die Regenten Erzherzog Albrecht und Infantin Isabella förderten die Künste und richteten im Brüsseler Schloß eine Galerie ein. Ihre Sammlung wurde allerdings nach ihrem Tod aufgelöst, so konnte Leopold Wilhelm nur die dort verbliebenen Bilder von Rubens bewundern.

Leopold Wilhelm nützte seine Kunstsammlung – wie zu dieser Zeit üblich – auch für repräsentative Zwecke. Der umfangrei-

che künstlerische Bestand steht für die umfassende Bildung des Besitzers, für seinen visuellen und geistigen Kosmos, und stellt einen Spiegel des eigenen Selbstverständnisses dar. Sein Kammermaler David Teniers d.J. setzte die erzherzogliche Bildersammlung auf zahlreichen Galeriebildern beeindruckend ins rechte Licht. Nur so sind die unterschiedlichen Versionen der gemalten Galerie zu verstehen, die er an die großen



David Teniers d. J., Erzherzog Leopold Wilhelm (1614-1662), im Hintergrund die Belagerung von Gravelingen, um 1652; Leinwand, 203,5 x 136 cm



Leonhard Kern, Szene aus dem Dreißigjährigen Krieg, 1656(?)/59; Stein, Alabaster, H. 34,3 / B. 16,5 / T. 30 cm

europäischen Fürstenhöfe versandte. Die nach Wien gelangte Fassung mit all ihren Aspekten wird einen Schwerpunkt der Ausstellung bilden.

Die Ausstellung

Die Ausstellung „Sammellust“ bietet einen Überblick über die beeindruckende Vielfalt der Sammeltätigkeit des Erzherzogs, die nicht nur Gemälde umfaßt. Sie thematisiert Sammlungspräsentationen und zeigt auch, wie Leopold Wilhelm durch die Galeriebilder und den ersten „Sammlungskatalog“ der Geschichte, das *Theatrum Pictorium*, den exzellenten Ruf seiner Sammlung geschickt verbreitet hat. Nach wie vor bestimmt der auf uns gekommene Teil der Sammlung Erzherzog Leopold Wilhelms den Ruhm und die Bedeutung des kunsthistorischen Museums in Wien.

Neben dem speziell für die Ausstellung konzipierten Sonderausstellungssaal können sich die BesucherInnen auf „Sammeljagd“ begeben und mittels eines Begleitheftes durch die Gemäldegalerie und die Kunstkammer die Reichhaltigkeit seiner ehemaligen Kunstsammlung erkunden.

Die Ausstellung ist die sechste in der Reihe „Intermezzo“, mit der das kunsthistorische Museum ausgewählte Kunstwerke aus seinen verschiedenen Sammlungen zu einem Thema präsentiert und miteinander in einen spannenden Dialog setzt. Erarbeitet wurde sie von Kuratorinnen und Kuratoren aus den beteiligten Sammlungen. ■

<http://www.khm.at>

Silver Age

Russische Kunst in Wien um 1900 – vom 27. Juni
bis 28. September 2014 im Unteren Belvedere



© Sammlung Petr Aven, Moskau

Sergei J. Sudeikin, Vorhangdesign für das Ballett Tragedy of Salome, 1913; Öl auf Karton, 62 x 78,2 cm

Mit der Ausstellung „Silver Age – Russische Kunst in Wien um 1900“ widmet sich das Belvedere der russischen Kunst und den kulturellen Verbindungen zwischen Rußland und Österreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Der Begriff „Silbernes Zeitalter“ bezeichnet die kulturelle Blüte in der russischen Literatur und bildenden Kunst nach 1900 und gilt als Äquivalent zum deutschen Wort Jugendstil.

Zwei von der Wiener Secession in den Jahren 1901 und 1908 organisierte Ausstellungen brachten damals dem Wiener Publikum die zeitgenössische russische Kunst näher, die von Kritikern wie Käufern überaus positiv aufgenommen wurde. Während die erste Schau die Kunstproduktion der nor-

dischen Länder thematisierte und Rußland nur in einem Abschnitt präsentierte, war die zweite Ausstellung vollständig der modernen russischen Kunst gewidmet. Gezeigt wurden insbesondere Werke bereits etablierter Künstler der Gruppe „Welt der Kunst“ (Mir Iskusstwa) sowie Arbeiten von Vertretern der jungen Vereinigung „Blaue Rose“ (Golubaja Roza), der letzten Generation des russischen Jugendstils.

Drei Gemälde der Ausstellung des Jahres 1908 wurden für die Moderne Galerie – das heutige Belvedere – angekauft, darunter das bedeutende Porträt der Familie Polenow von Boris M. Kustodijew, das zuvor vom konservativen russischen Kunstbetrieb abgelehnt worden war. Im Rahmen der Ausstellung

„Silver Age“ werden Werke russischer Künstler präsentiert, die bereits vor mehr als 100 Jahren in Wien zu sehen waren, und damit die beiderseitigen Einflüsse dieses kulturellen Austauschs in der russischen wie auch in der österreichischen Kunst veranschaulicht.

Im gesamten späteren 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts war russische Kunst in Wien relativ häufig zu sehen. Die unterschiedlichen Bereiche des künstlerischen Lebens blühten in noch nie da gewesener Weise auf, was dazu führte, daß die Zeitgenossen diese Periode als „Silbernes Zeitalter“ bezeichneten. Jene erstaunliche kreative Glanzzeit umfaßte eine nur kurze Zeitspanne vom Ende der 1890er- bis zum Ende der 1910er-Jahre, wurde aber von ihren Vertretern – nach der

Kultur

literarischen Blütezeit des „Goldenen Zeitalters“ von 1810 bis 1830 – als nächster Schritt in der künstlerischen Entwicklung Rußlands angesehen.

„Als die russische Literatur in diesen Jahren ihren triumphalen Siegeszug durch den Westen antrat – die Romane von Lew Nikolajewitsch Tolstoi und Fjodor Michailowitsch Dostojewski eroberten die ganze Welt –, machte die Begeisterung auch vor dem österreichisch-ungarischen Weltreich nicht halt. „Russische Künstler verfolgten das Geschehen der Wiener Kunstszene, und Arbeiten Gustav Klimts waren in russischen Kunstmagazinen abgebildet. Auch österreichische Künstler kannten die Werke ihrer russischen Kollegen – in Gustav Klimts Atelier stand beispielsweise eine Majolikafigur von Michail A. Wrubel“, beschreibt Agnes Husslein-Arco, Direktorin des Belvedere, den länderübergreifenden künstlerischen Austausch.

Die neue russische Kunst, vertreten durch Mitglieder der Vereinigung Welt der Kunst, die sich nur zwei Jahre vor der Ausstellung der Wiener Secession in St. Petersburg gebildet hatte, stand in vielerlei Hinsicht den kreativen Experimenten österreichischer Künstler jener Zeit nahe.

„Das Silberne Zeitalter lieferte einen wichtigen Beitrag zur russischen Kunst, denn genau in dieser Zeitspanne wandten sich die Russen nach fast 200 Jahren Orientierung



© Belvedere, Wien

Boris M. Kustodijew, Familienbild, 1905, Öl auf Leinwand, 182,5 x 198 cm

am Westen ihren eigenen Wurzeln und Traditionen zu“, erklärt Kurator Konstantin Akinsha. „Der russische Symbolismus und

die Ausstellungen der Künstlergruppe Mir Iskusstwa waren kurzlebig, aber ihr künstlerisches Erbe veranschaulicht das Wesen



© Belvedere, Wien

Wiktor I. Zarubin, Wolkenschatten, um 1918, Öl auf Leinwand, 114 x 198 cm



Alexander Srjedin, Weißer Saal, undatiert, Öl auf Leinwand, 34,5 x 72,5 cm

einer Zeit, die ein neues Weltbild definierte und die der Avantgarde ein starkes Fundament errichtete“, ergänzt Belvedere-Vize-direktor und Kurator Alfred Weidinger.

Die Ausstellungen der Wiener Secession 1901 und 1908

Im Jahr 1901 organisierte die Wiener Secession eine Schau, die in dem von Josef Hoffmann gestalteten Raum Arbeiten bedeutender Künstler wie Michail A. Wrubel, Konstantin A. Korowin, Nicholas K. Roerich und Konstantin A. Somow zeigte. Im Unterschied zu den Präsentationen der anderen mitwirkenden Länder umfaßte die russische Abteilung zudem eine beeindruckende Auswahl von Werken angewandter Kunst: Majolikafiguren, Gefäße und sogar einen riesigen Kamin aus der Manufaktur von Abramzewo, die von Sawwa Mamontow, einem schillernden Großindustriellen, Eisenbahnbauer und Kunstmäzen, gefördert wurde. Damit machte die Secession das Wiener Publikum erstmals mit der russischen Version des Symbolismus und dem russischen Kunsthandwerk vertraut, was Beifall in öffentlichen wie privaten Kreisen fand. Peter Altenberg lobte die russischen Gemälde in seinem persönlichen Führer, der in der Zeitschrift *Ver Sacrum* erschien, und die angesehenen österreichischen Sammler Gallia und Wärndorfer erwarben wunderbare Aquarelle von Konstantin A. Somow.

Die zweite Ausstellung russischer Kunst in Wien wurde 1908 präsentiert und sollte die größte Schau ausländischer Kunst in der Wiener Secession werden. Sie umfaßte nicht

nur Werke etablierter Künstler wie Boris M. Kustodijew, Walentin A. Serow oder Léon S. Bakst, sondern auch eindrucksvolle Arbeiten einer neuen Generation von Vertretern des Symbolismus in der Malerei, etwa von Sergei Sudeikin, Nikolai Sapunow und anderen Mitgliedern der Künstlergruppe Blaue Rose. Diese waren die letzten Exponenten des russischen Symbolismus, der ab 1908 im Auslaufen begriffen war und bald von den Experimenten der Avantgarde abgelöst werden sollte.

„In diesem Sinn wurde Wien Zeuge von Beginn und Ausklang des russischen Sym-

bolismus. Die letzte in Wien gezeigte Ausstellung russischer Kunst fand am Vorabend des Ersten Weltkriegs statt und war Bühnendesignen von Léon S. Bakst gewidmet“, so Kurator Alfred Weidinger. Elegante Bühnenbilder und Kostümentwürfe für „Das Martyrium des heiligen Sebastian“ von Claude Debussy und Gabriele D’Annunzio waren im Frühjahr 1914 im Salon Heller zu sehen. Ein paar Monate später begann der Erste Weltkrieg, und sowohl das Wien der Jahrhundertwende als auch das russische Silberne Zeitalter nahmen ein abruptes Ende. ■

<http://www.belvedere.at>



Elena Luksch-Makowskaja, Sauna, 1908, Tempera, Aquarell und Tusche auf Papier

steirischer herbst 2014

I prefer not to ... share! – 26/09 – 19/10/2014

Iprefer not to ... share!“ Ich ziehe es vor, nicht zu teilen. Wenn der steirische herbst mit seinem Leitmotiv 2014 Anleihen an Herman Melvilles Verweigerer Bartleby nimmt, dann weil wir zerrissen sind – zwischen dem Wissen, daß wir mehr teilen und gleichzeitig auf mehr verzichten müssen, wenn wir das Auseinanderdriften der Reichsten und Ärmsten auf diesem Planeten stoppen wollen. Wir wissen, daß wir selbst im Konkreten und Privaten umkehren müssen, unsere Konsumgewohnheiten, das Ausbildungs- und Karrieredenken für unsere Kinder einem ethischen Realitätscheck unterziehen müssen. Und wir müssen uns fragen, wie weit wir bereit sind, Konsequenzen aus unseren politischen Überzeugungen auch im Alltag zu ziehen.

Teilen kann auch Zwang sein. Sharen heißt das in Zeiten von Social Media. Das Nicht-Teilen ist im digitalen Heute nicht mehr vorgesehen. „Gefällt mir“? Wohin gehe ich heute, wenn ich nicht teilen will, wenn ich mich nicht mitteilen, nicht vernetzen will, wenn ich raus will aus der Großgemeinschaft vermeintlicher Freunde und Communitys? Diese Gedanken durchziehen einmal offensichtlicher, dann wieder versteckter oder um die Ecke kommend den steirischen herbst 2014.

Communitys werden schon am Eröffnungstag erprobt

Die legendäre Needcompany unter Jan Lauwers und Grace Ellen Barkey gestaltet eine Performance-Nacht – eine Festivaleröffnung als Drahtseilakt ohne Netz, ein singuläres Ereignis, in dem die Grenzen zwischen Kunst und Unterhaltung verschwimmen werden – „All Tomorrow's Parties I+II“. Oder im Festivalzentrum, das am Tag darauf eröffnet, heuer im Palais Wildenstein in der Paulustorgasse. Ein Ort, der von allen geteilt wird – Künstlern, Publikum, Festivalmachern. Er wird von den Grazer Architekten Supersturz + .tmp architekten gestaltet, wobei eines ihrer Hauptmotive der Hinterhof sein wird, als „Fortress of Backyards“ wird er zum Spielraum für persönliche Tätigkeiten und Rituale, für neue und ungewohnte Nachbarschaften, zum Schauplatz von Handwerkern, Pfuschern und Tüftlern. Auch die herbst-Ausstellung 2014

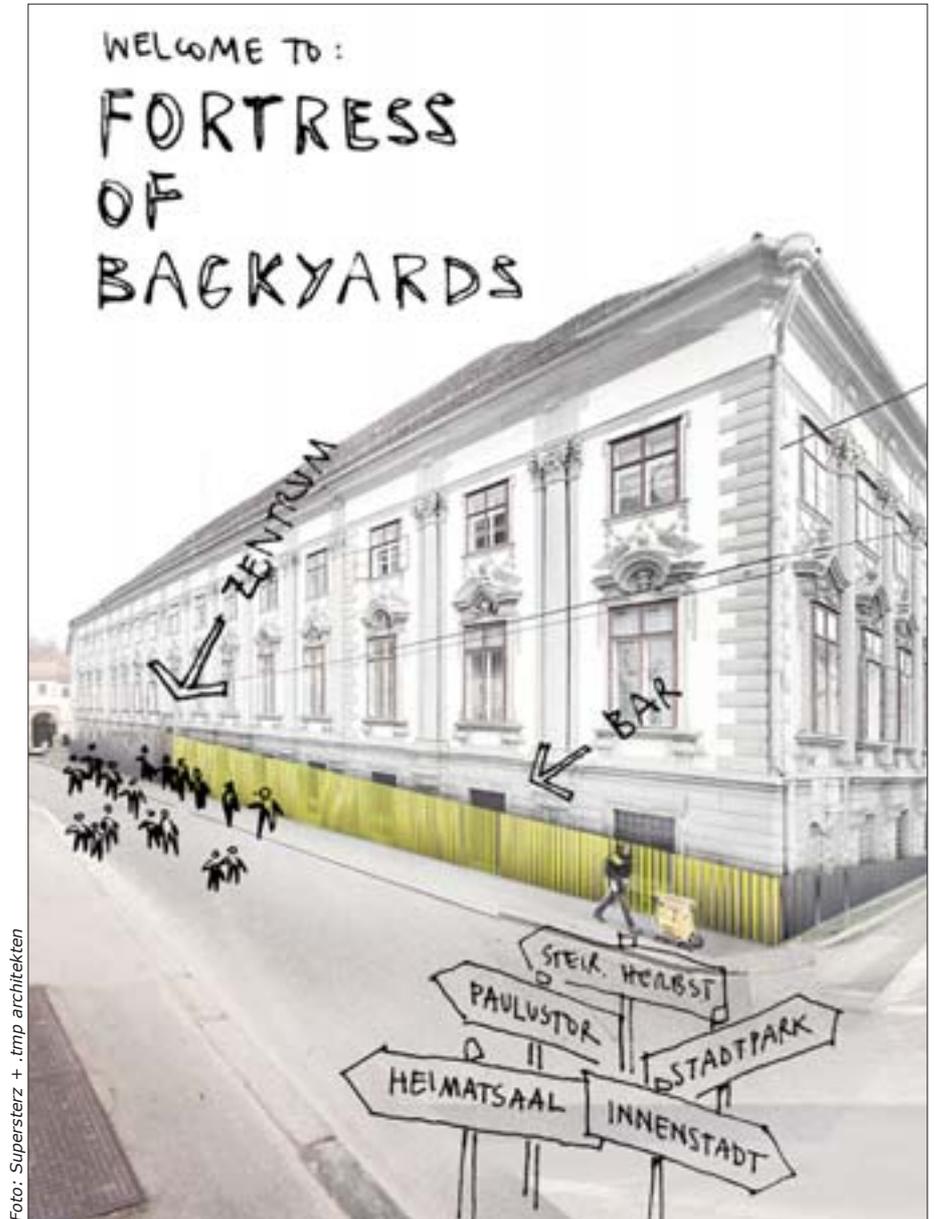


Foto: Supersturz + .tmp architekten

Festivalzentrum – Fortress of Backyards

ist im Festivalzentrum untergebracht: „Forms of Distancing. Repräsentative Politik und die Politik der Repräsentation“, kuratiert von Luigi Fassi und Stefano Collicelli Cagol, widmet sich einem speziellen Aspekt des Leitmotivs, nämlich dem Abstand-Nehmen, dem Verzicht, zu allem sofort Stellung zu nehmen und dadurch unabhängigem Denken mehr Platz einzuräumen. Gegenüber wird in der Antoniuskirche Dennis Fesers Filminstallation „Rauhnacht“ eröffnet, die das Festival heuer auch an seine Stationen außerhalb von Graz begleiten wird.

Nicht nur in Graz...

Denn das vielfältige und reichhaltige Programm des steirischen herbst pulsiert heuer nicht nur in Graz. Würde man das diesjährige Festival in einem Begriff zusammenfassen wollen, käme man um das Wort „Aufbruch“ wohl nicht herum. Wir machen uns auf den Weg – in mehrfacher Hinsicht – und testen verstärkt die Grenzen, jedes Wochenende strahlt der steirische herbst auch in die Steiermark aus. Den Anfang machen Auftragswerke in der bildenden Kunst – mit Heidrun Holzfeind in Laafeld und Tobias

Österreich, Europa und die Welt

Putrih in Bad Radkersburg sowie einer Ausstellung im Meierhof zu Kornberg. Am zweiten Wochenende führt das Künstlerkollektiv machina eX durch Wildon und zwar durch ein unbekanntes Wildon: zu Orten hinter den Fassaden der kleinen Marktgemeinde, herausgefallen aus Raum und Zeit – ein Trip zwischen Realität, Science Fiction, Mystery und Hörspiel. Von hier aus schlägt Benjamin Verdonck mit seiner selbstgebauten Theatermaschine, in welchem er zugleich als Intendant, Performer und Bühnentechniker agiert, eine Brücke nach Graz, wo seine Bühnenversion dann im Kaffeehaustisch-Format zu sehen ist. Am dritten Wochenende rückt Stainz in den Mittelpunkt – der Komponist Georg Nussbaumer wagt ein Experiment der besonderen Art: Er verbindet traditionelles Volks- und Chorliedgut mit seiner Komposition zu einem „weststeirischen Wasserfall“, er schickt 7 Chöre und uns, das Publikum, auf eine Reise, auf der das Wasser, dieses wertvolle Gemeingut, besungen wird, um am Ende alles zu einem großen Strom in der Kirche von Stainz zusammenfließen zu lassen.

Am letzten Wochenende gibt es in Bad Gleichenberg „A Párt – Die Partei – The Party“ von Árpád Schilling als finalen Höhepunkt zu sehen. Schilling ist einer der innovativsten und bedeutendsten ungarischen Theatermacher, seine Gruppe Krétakör zugleich eine der bekanntesten der freien Szene des Landes, deren kritische Arbeiten zur politischen Lage Ungarns nur mit Hilfe internationaler Partner wie dem steirischen herbst finanziert werden können. Im Musikpavillon von Bad Gleichenberg wird die rumänische Gruppe Apparatus 22 außerdem eine Kartografie der Bewohner und Besucher des Ortes erstellen. In allen Spielorten begleitet der Pianist Marino Formenti das Festival. In seinem Projekt „One to One“, das in privaten Räumen stattfindet, strebt er Stunde für Stunde den musikalischen Dialog mit jeweils einem Besucher an und schafft einen neuen Erfahrungsraum jenseits der üblichen Konzertkonvention.

Gewohnte und vielstimmige Programmdichte

Natürlich ist der steirische herbst auch in Graz in der gewohnten und vielstimmigen Programmdichte präsent, mit zahlreichen Auftragswerken und Uraufführungen im performativen Bereich. Zwei performative Projekte docken am Eröffnungswochenende an der Schnittstelle bildende Kunst an: Die



Foto: Luke Morgan & Morag Myerscough

Das herbst-Vehikel

zypriotische Künstlerin Maria Hassabi zeigt ihre choreografische Körperskulptur „Premiere“ und der New Yorker Künstler Rashad Newsome wird „Shade Graz 2014“ inszenieren – mit einer lokalen, aus allen Bereichen der Gesellschaft ausgewählten Crowd. Am zweiten Festivalwochenende wird die mittlerweile in Europa bekannteste New Yorker Off-Off-Off Broadway Truppe Nature Theater of Oklahoma nach Graz zurückkehren. Mit im Gepäck, ihr großangelegtes Projekt „Life & Times“ – die Episoden 4.5 & 5, sowie Nummer 6, die im steirischen herbst uraufgeführt wird. Parallel entstehen im Rahmen eines Workshops der herbst-Akademie die Folgen 9 und 10 – als Musikvideo mit lokalen Teilnehmern. Premieren gibt es außerdem von Die Transmissionare, eine Formation rund um die steirische Autorin Natascha Gangl (in Kooperation mit UniT) und von der österreichischen Choreografin Christine Gaigg. Außerdem zu sehen, die Arbeit „Gorkij Park 2“ der schwedischen Performance- und Filmkünstlerin Gunilla Heilborn.

Über die Stadt und darüber hinaus

Die Ausstellungen des Festivals sind über die ganze Stadt und darüber hinaus verteilt – die Partnerinstitutionen des steirischen herbst docken in unterschiedlichster Form an das Themenfeld Teilen und Nicht-Teilen an: Territoriale Landnahme und postkoloniale Machtverhältnisse, die auf Ausbeutung basieren und die betroffene Bevölkerung in keiner Weise am Reichtum teilhaben lassen, werden etwa bei < rotor > thematisiert, a-

semantische Sprache bzw. sprachliche Verweigerung im Kulturzentrum bei den Minoriten: „Dort wo unsere Sprache endet, komme ich jeden Tag vorbei“. Das Wohnen im Pariser „Tour Bois le Prêtre“, schillerndes Exempel für die Rehabilitation des Massenvohnungsbaus der 60er- und 70er-Jahre von Druot, Lacaton & Vassal, wird im Haus der Architektur erlebbar sein, begleitet von Simon Allemeersch's Lecture-Performance „Rabot 4-358“. Die Ausstellung „The Militant Image“ bei Camera Austria begibt sich in verschiedene Netzwerke und Formen der Militanz, das esc medien kunst labor wird von feministischen Hackern in einen Server mit neuem Betriebssystem verwandelt und der Grazer Kunstverein beschäftigt sich anhand der Arbeiten des amerikanischen Künstlers Ronald Jones und des italienischen Fotografen Elio Montanari mit akzeptierten Formen der Verschleierung im Prozeß des kommunikativen Teilens. In „ordinary freaks“ untersuchen Christian Egger und Schorsch Kamerun im Künstlerhaus, Halle für Kunst und Medien das Prinzip Coolness in Popkultur, Theater und Museum und mit „Parallel Borders I“ wird ein spartenübergreifendes Wanderprojekt des maltesischen Künstlers Mark Mangion zu erleben sein – im Forum Stadtpark und im öffentlichen Raum von Graz. Im Forum Stadtpark außerdem zu sehen und zu hören: die „Hör RaumInstallation Kleiner Pelz StrichCode Suada“ von Helmut Schranz, Gewinner des von Akademie Graz, Forum Stadtpark, Literaturhaus Graz, ORF Steiermark und steirischer herbst ins Leben gerufenen Wettbe-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: steirischer herbst

< rotor > Territorien – Tim Sharp - Chainreaction, 2010

werbs lime_lab – Labor für transdisziplinäre Hörspiel.

Im Süden der Stadt

in einer ehemaligen Abfüllanlage für Limonaden hat das freie Atelierhaus Schaumbad mit seinen mehr als 40 Mitgliedern Quartier bezogen – es wird in seinem Projekt „Am Südrand. Co-Industrielle Lebenswelten“ das Viertel in den Fokus nehmen und auch erkunden. Neue Partner im Bereich der bildenden Kunst gibt es auch außerhalb von Graz: Der Schauplatz Kornberg im Meierhof zu Kornberg, wo „Zum Verzehr“ Lebensmittel, Kunstmittel und Kulturtechniken thematisiert, und das Zollamt – ehemaliger österreichisch-slowenischer Grenzposten in Bad Radkersburg, heute ein Ort der Kunst –, wohin der slowenische Künstler Tobias Putrih in „Routine Inspection“ die prähistorische Höhle Potoc(ka Zijalka aus den Karawanken verlegt. Im Pavelhaus / Pavlova hiša entführt die österreichische Künstlerin Heidrun Holzfeind ins „Never Neverland“ – sie erforscht individuelle Lebensgeschichten und politische Realitäten der österreichisch-slowenischen Grenzregion rund um Bad Radkersburg.

Eine illustre Runde

erweist am dritten Festivalwochenende Herbert Marcuse ihren Respekt: der Autor Thomas Ebermann, Andreas Specht, Kopf der Band Ja, Panik, Schauspieler Robert

Stadlober sowie Kristof Schreuf, Ex-Frontmann von Kolossale Jugend, präsentieren einen Konzert-Theater-Abend – „Der eindimensionale Mensch wird 50“. Das Duo Lundahl & Seidl entführt in „An Elegy to the Medium of Film“ in eine Welt voller Bilder und Geräusche und die Autorin und Regisseurin Young Jean Lee unterzieht in „Straight White Men“ althergebrachtes männliches Selbstverständnis einer Prüfung. Baroktheater, eine der packendsten Gruppen einer jungen italienischen Tanz- und Performance-Szene, zelebriert in „Victory Smoke“ von den repetitiven Akkordfolgen einer E-Gitarre ausgehend, den magischen Moment, vor dem Überschreiten der Schwelle zum Erfolg.

Musikalisch durchziehen zwei Konzertreihen – Neue Heimat und Altes Revier – das Festival

mit Live Acts etwa von Mark Ernestus und Jeri-Jeri aus Senegal, das amerikanisch-deutsch-französische Quartett Fenster, Selvhenter aus Dänemark und Jacco Gardner aus den Niederlanden.

Trotz empfindlicher Budgetkürzung seitens des ORF öffnet das musikprotokoll seine Türen zum siebenundvierzigsten Mal. Künstlerinnen und Künstler, Musikerinnen und Musiker, Komponierende und Experimentierende aus aller Welt kommen nach Graz, um die aktuellen Ergebnisse ihrer Arbeiten zu teilen: „... feeding the future“

mit Klangforum Wien, RSO Wien, Arditti Quartet, Radian & The Necks, Andrey Kiritchenko, Klaus Lang und vielen mehr. Ebenfalls an diesem Wochenende wird sich auch die diesjährige herbst-Konferenz nochmals eingehend mit dem Leitmotiv auseinandersetzen: „Akademie der Asozialität. Teilen heißt jetzt share. Gefällt mir nicht“.

Trash und Tiefgang, nacktes Fleisch und Gender-Bewußtsein

die Arbeiten von Ann Liv Young dekonstruieren popkulturelle Stereotypen oder interpretieren etwa Märchen sehr eigenwillig, wie man im vergangenen Festival erleben konnte. In „Elektra“ nähert sie sich nun der klassischen Tragödie von Sophokles, eine Uraufführung und Fortsetzung der Zusammenarbeit des steirischen herbst mit der amerikanischen Performerin. Die griechische Mythologie ist auch für andcompany&Co. Ausgangspunkt ihrer Arbeit „Orpheus in der Oberwelt: Eine Schlepperoper“. Sie handelt von jenem Grenzfluß im Osten Europas, den die Griechen Evros und die Türken Meric nennen. Unzählige Tote sind in der jüngsten Vergangenheit an seine Ufer geschwemmt und in einem „Friedhof der illegalen Einwanderer“ begraben worden – meterhohe Zäune und Minenfelder schotten diese Außengrenze Europas ab. „You’re not the same, Batman!“ meinen Jörg Albrecht und Gerhild Steinbuch. Sie erzählen den Mythos dieses Superhelden neu und setzen damit ihre Reihe performativer Lesungen fort, die im herbst 2012 mit „Friendship is“ begann. Es sind Themen von existenzieller Natur, die der französische Choreograf und Tänzer Boris Charmatz behandelt. In seiner neuen Arbeit „manger“, einer Koproduktion mit der Ruhrtriennale, untersucht er unser zwiespältiges Verhältnis zum Thema „Essen“. Die Zufuhr von Nahrung betrachtet Charmatz in ihrer Metaphorik, er geht in seinem Stück mit 14 Tänzerinnen und Tänzern der Frage nach, wie es uns gelingt, die bittere Realität tagtäglich hinunterzuschlingen und zu verdauen. Am 19. Oktober, dem allerletzten Festivaltag, wird Marino Formenti in Bad Gleichenberg „One for the Road“ zum Brunch servieren und schließlich werden wir gemeinsam weinen, wenn uns Moonface, alias Spencer Krug – Mitbegründer der erfolgreichen Indie-Rock-Band Wolf Parade – in der Grazer Antoniuskirche mit einer melodramatisch, für Stimme und Piano vertonten Liebesgeschichte in den Abend verabschiedet. Let’s share that!

http://www.steirischerherbst.at

10 Jahre Anton Bruckner Privatuniversität Linz



Foto: Land Oö / Stinglmayr

v.l.: Vizerektor Univ. Prof. Josef Eidenberger, Rektorin Univ. Prof.in Ursula Brandstätter und Landeshauptmann Josef Pühringer mit einer Schülerin und zwei Schülern (Tanz und Schauspiel) der Anton Bruckner Privatuniversität Linz

Die Anton Bruckner Privatuniversität feiert heute ihr zehnjähriges Bestehen als Universität – und sie steht vor der Übersiedlung in den Neubau auf den Hagengründen in Linz-Urfahr, geplant für Herbst 2015. Dies ist Anlaß, auf das Erreichte zu blicken, wie den Blick in die Zukunft zu richten“, so Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer in seiner Rede. „Im Februar 2004 genehmigte ein offizielles Dekret des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur die Umwandlung des Bruckner-Konservatoriums in eine Musikuniversität. Als Landeshauptmann wie auch als Vorsitzender des Universitätsrates habe ich den Weg der Anton Bruckner Privatuniversität vom damaligen Bruckner-Konservatorium hin zur Privatuniversität begleitet. Seit der 2004 erfolgten Akkreditierung zur Privatuniversität steht sie für Lehre, Kunst und Forschung. Die ABPU spielt heute auf Augenhöhe im internationalen Konzert der Musikhochschulen mit – dies erfüllt mit Stolz. Es war und ist Aufgabe der Politik, die strukturellen Möglichkeiten zu schaffen, in denen Kunst gedeihen kann. Hier in Oberösterreich geben wir mit einer Fülle an Aus-

bildungsmöglichkeiten, Arbeitsmöglichkeiten sowie der entsprechenden Infrastruktur bestes Beispiel dafür, daß die Investition in die Bildung unserer Jugend vorrangiges Anliegen der Politik ist.“

„Was bedeutet es für eine künstlerische Ausbildungsstätte den Rang einer Universität zu haben? Abgesehen von höheren Ansprüchen in bezug auf die künstlerische Qualität erhebt der universitäre Rahmen auch den Anspruch, das künstlerische Tun in umfassende, auch theoretische Kontexte einzubetten. Der Blick auf das ‚Ganze‘, die ‚universitas‘ ist gefragt: das Ganze der Gesellschaft und die Vielfalt der Wissensformen“, so Rektorin Ursula Brandstätter. „Ich selbst konnte die ABPU 2007 im Rahmen einer externen Evaluierung erstmals kennenlernen und war damals beeindruckt von der Tatkraft und dem Ehrgeiz der jungen Universität. Seit Herbst 2012 darf ich die Geschicke der ABPU mitgestalten und möchte nun den Blick in die Zukunft richten: Die ABPU wird 2015 nicht nur ein neues Gebäude beziehen, sondern nimmt dies auch zum Anlaß, sich neu aufzustellen. Ein neues Strukturkonzept ist erarbeitet und steht vor der Verwirk-

lichung. Es wird, soviel kann ich schon ver-raten – die „Durchlässigkeit“ zwischen den Sparten Musik, Schauspiel und Tanz, zwischen Kunst und Pädagogik wie auch zwischen Studium und Beruf fördern. Transdisziplinäre Möglichkeiten zu pflegen und zu entwickeln – in Form von spartenübergreifenden künstlerischen Projekten wie auch in künstlerisch-wissenschaftlichen Vorhaben – gehört zu den vorrangigen Entwicklungsaufgaben in der Zukunft. Möge das Vorhaben gelingen und die Entdeckungsfreude aller Beteiligten an diesem Hause fördern.“

„Zu den Aufgaben einer Universität neben Forschung und Lehre zählt ihre Verantwortung für die Gesellschaft. Universitäten müssen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld agieren und nicht nur reagieren“, so ao. Univ. Prof. Georg Schulz in seiner Festrede an das Auditorium. „Wo sie dies nicht tun und sich vielleicht sogar aus dem gesellschaftlichen Diskurs heraushalten sind sie zu Recht dem Vorwurf des Elfenbeinturms ausgesetzt. Das bedeutet für eine künstlerische Universität Verantwortung für die Kunstrezeption in der Gesellschaft, unterstützt vom

Kultur

Wissenstransfer, für ein kulturelles Klima wahrzunehmen, Verantwortung für die Entwicklung zeitgenössische Kunstformen ebenso wie für die Pflege der Tradition. Es ist weiters die Aufgabe einer Universität, Internationalität nicht nur auf der individuellen Ebene zu leben sondern sie zu einer institutionellen Selbstverständlichkeit zu machen. Kunst ist nicht regional, die Universität darf es auch nicht sein.“

Das Bruckner-Konservatorium wird zur Anton Bruckner Privatuniversität

Am Beginn des 21. Jahrhunderts sah sich das Bruckner-Konservatorium mit drängenden kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen konfrontiert. Das Modell des herkömmlichen Konservatoriums wurde zunehmend in Frage gestellt, nicht zuletzt durch die Vereinigung Europas, die auch im Gebiet der Musikausbildung eine Harmonisierung der Studienstrukturen erforderte.

Unter Rektor Reinhart von Gutzeit wurden intensive Anstrengungen unternommen, das Bruckner-Konservatorium in eine Privatuniversität umzuwandeln. In zwei Jahren intensiver Arbeit mußten die Voraussetzungen geschaffen werden, um den Anforderungen einer Privatuniversität zu entsprechen.

Im Februar 2004 wurde das Bruckner-Konservatorium nach einem aufwändigen Akkreditierungsverfahren durch das damalige Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in eine Privatuniversität umgewandelt.

Der universitäre Lehr- und Forschungsbetrieb wurde 2004 mit zwölf verschiedenen Studienrichtungen sowie drei Universitätslehrgängen in den Bereichen Musik, Jazz, Schauspiel und Zeitgenössischer Tanz aufgenommen.

Die ersten 39 Bachelor-AbsolventInnen und fünf Master-AbsolventInnen schlossen ihr Studium bereits im Sommersemester 2004 erfolgreich ab.

Ein Blick in die Zukunft

Auch eine Universität braucht Zeit für künstlerische und institutionelle Weiterentwicklung. Die ABPU übersiedelt 2015 nicht nur in ein größeres und moderneres Gebäude, sie hat auch ein neues Strukturkonzept mit folgenden Schwerpunkten erarbeitet:

Das Studium an der ABPU wird durchlässig zwischen Kunst und Pädagogik sein, die Studienpläne werden auf das Zusammenwirken der beiden Bereiche abgestimmt, da auch das Berufsfeld des Künstlers heute sowohl künstlerische als auch pädagogische



Land OÖ / SPL

Aktuelle Luftaufnahme vom Neubau der ABPU, der 2015 bezogen werden wird.

Fähigkeiten von MusikerInnen, TänzerInnen und SchauspielerInnen erfordert.

Die ABPU fördert die Durchlässigkeit zwischen Studium und Beruf. Die wird nicht zuletzt durch vielfältige Kooperationen im Land Oberösterreich ermöglicht – zwischen Universität und Musiktheater, Brucknerorchester, Landesmusikschulwerk und vielen weiteren Kulturpartnern und Bildungseinrichtungen. Getragen werden diese Kooperationen nicht von Institutionen sondern von Menschen – von zahlreichen engagierten Persönlichkeiten, denen die Entwicklung

und das Kulturleben von Oberösterreich ein Anliegen ist.

Die ABPU fördert, bis hinein in die Studienpläne, die Durchlässigkeit zwischen den Disziplinen Musik, Tanz und Schauspiel. So wie KünstlerInnen im Kulturbetrieb keine Disziplinen-Grenzen kennen und SängerInnen mit TänzerInnen und SchauspielerInnen mit Instrumentalisten zusammenarbeiten, so fördert bereits das Studium an der Universität die Durchlässigkeit zwischen den Disziplinen. ■

<http://www.bruckneruni.at>



Foto: Michael Hierner

Das neue Gebäude wird den höchsten Anforderungen an Akustik und Schalldämmung gerecht. Dem Schallschutz wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet, um gegenseitige Störung der verschiedenen Nutzungen auszuschließen.

Othello. Ein Schlechter in Hernals

ab 17. Juli 2014 im Wiener Lustspielhaus Am Hof

William Shakespeare ist im Wiener Lustspielhaus seit Eröffnung des einzigen City-Sommertheaters 2004 als Inspiration und Vorbild für volksnah adaptierte Weltliteratur eine Fixgröße. Zum 450. Geburtstag des englischen Dramatikers bringt Intendant Adi Hirschal nach „Ein Wiener Sommernachtstraum“, „Was ihr wollt's“, „Der Widerspenstigen Zähmung“ sowie „Romeo und Julia“ aktuell ab 17. Juli die schwarze Komödie „Othello. Ein Schlechter in Hernals“ auf die Bühne. Nach dem Buch von Franzobel – der Literat gastiert schreiberisch bereits zum sechsten Mal Am Hof – beweist ein hochkarätig besetztes Ensemble aus Publikumslieblingen traditionell Spaß am Spiel. Und überträgt diesen Spaß ungebremst in den Zuschauerraum. Frei nach dem Motto: An der Schlechtigkeit der Menschen samt der boshafte Freud' daran hat sich nichts geändert.

Ein Leben für Volkskultur im besten Sinn

Regie führt erstmals Christoph Zauner. Adi Hirschal ist in bewährter Weise vor und auch hinter den Kulissen präsent. Auf der Bühne verwandelt sich der Schauspielprofi in einen ausgeflippten Straßenmusikus. Und setzt der Moral mit dem ihm eigenen Wiener Schmah Pointe um Pointe zu. Als ebenso erprobter Intendant verfolgt er ernsthaft seine Rolle als Anwalt für Volkskultur im besten Sinn und verleiht dieser mit seinem Theater unermüdlich eine Stimme. „Im Zeichen der bereits ausgestorbenen Wiener Komödie führen wir unbeirrbar auch im elften Jahr des Wiener Lustspielhauses Literatur direkt zu den Menschen. Dort ist sie nämlich entstanden.“

Darf's ein bisserl mehr sein?

Das volksnah wienerische Rezept zu Shakespeares Othello: Man nehme einen farbigen Wurstfabrikanten namens Othello Eiteleder, einen allein schon unter seinem produktfernen Namen leidenden Angestellten – Jagomir Hering. Dazu den Glückspilz Blasius Klee. Vor allem aber die unverträgliche Veganerin Desdemona und ihre Mutter Eleonore Hendlmayr, eine singende Weißwurstfabrikantin und Vorsitzende der Fleischerinnung samt Hündchen Poldi. Schon würzt Sex das Spiel. Verstärkt wird das alles



Foto: Lisa Hetzmanseder

v.l.: Ignaz Pluhar, Sophie Aujesky, Brigitte Kren und Adi Hirschal

noch durch den unzüchtigen Viehzüchter Ludovic N. Angus-Praeter, einen einfachen Villenbesitzer mit Leidenschaft für Lobster. Zu guter Letzt potenziert eine Allegorie in Gestalt des Straßenmusikus Gonzales Morales das allgemeine Chaos ins Desaströse...

Othello verkörpert in der Wiener Sommertheater-Institution Künstlerinsproß Ignaz Pluhar. Desdemona gibt nach ihrem Erfolgsdebüt im Vorjahr als Buhlschaft im Jedermann Nachwuchstalente Sophie Aujesky. Als Mutter Eleonore Hendlmayr brilliert Film-/ Fernseh- und Dancing Star Brigitte Kren. Christian Kainradl spinnt als Jagomir Hering überzeugend Intrigen. Lustspielhaus-Routi-

nier Ronald Seboth schlachtet Angus-Praeter aus. Daniel Langbein ist als Blasius Klee vom Glück beseelt.

Benefiz für Licht ins Dunkel

Traditionell spielt das Ensemble vor der Premiere eine Vorstellung für den guten Zweck: Der Erlös der Hauptprobe am 15. Juli geht an die ORF-Aktion Licht ins Dunkel. Bis 30. August versammelt sich „das Volk“ dann nach der Premiere am 17. Juli in dem der Shakespeare-Bühne – dem Globe Theatre in London – nachempfundenen Rotundenbau rund um Othello.

<http://www.wienerlustspielhaus.at>

Weite Winkel – weites Land

Ein fotografischer Streifzug durch Oberösterreich von 4. Juli bis 30. August in der Oberösterreichischen Landesbibliothek

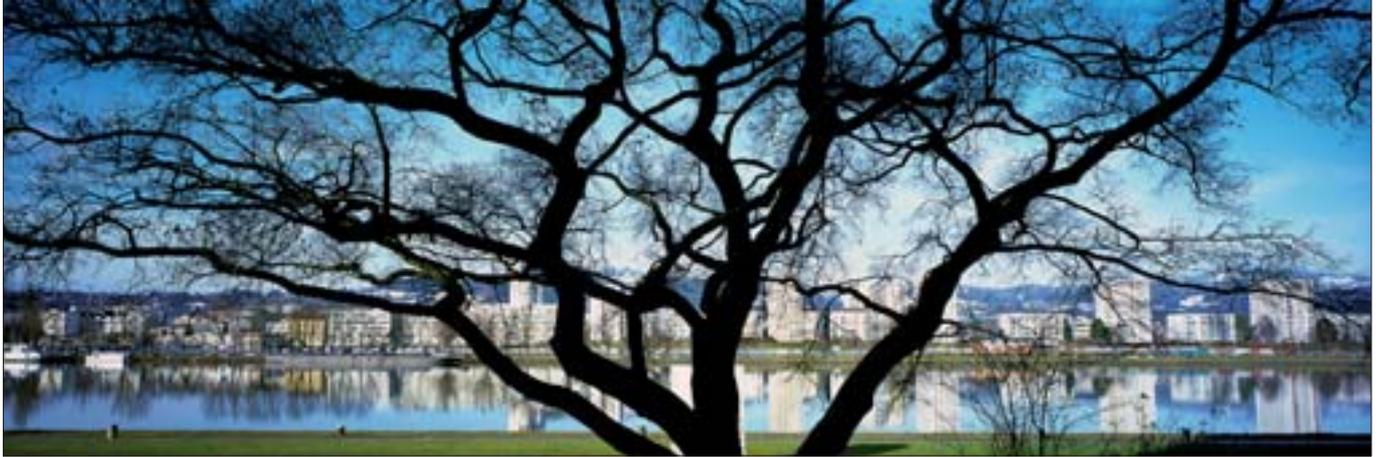


Bild oben: Baum an der Donaulände in Linz. Bild unten: Schlögener Schlinge ist eine Flussschlinge im oberen Donautal



© Johann Steininger

Durch seine Linse erscheinen Industriegebiete wie pulsierende Lebensadern, Auwälder am Stadtrand zeigen ihre wilde Schönheit, mittelalterliche Burgen werden zum Leben erweckt und die kunstvoll gestalteten Stiftsbibliotheken mit ihren umfangreichen Sammlungen erstrahlen als wahre Archive des Wissens. Auf den Gipfeln der oberösterreichischen Berge ließ der Fotograf Johann Steininger glasklare Seen, schroffe Felsen und imposante Naturwunder für sich Modell stehen. Eindrucksvoll – so lassen sich Steiningers Bilder am besten beschreiben. Oberösterreich ist Johann Steiningers Hoamatland, die Fotografie seine Leidenschaft.

Aus Johann Steiningers Leidenschaft – dem Bergsteigen – entstand eine weitere: die Panorama-Fotografie. Mehrere Postkartenserien, Panorama-Kalender und Großinstallationen hat der Linzer bereits präsentiert.

Seine neuesten Werke zeigt er großformatig bis 30. August in der Oö. Landesbibliothek.

Steiningers Motive stehen nie im Mittelpunkt, sondern sind wohl eingebettet in ihre natürliche Umgebung. Ruhe und Geduld sind für die Aufnahmen notwendig – aber ebenso für die Betrachtung des fertigen Produktes. Die 36 gezeigten Panoramabilder sind dem Bildband „Hoamatland“ entnommen, der auch in heimischen Buchhandlungen aufliegt.

Dieser Bildband ist, trotz seiner über 100 doppelseitigen Abbildungen, unvollständig. Steininger versteht ihn vielmehr als einen Streifzug durch sein Heimatland. Wobei er auch den Blick über die Grenzen nicht scheut. Besucht werden dabei jene Plätze, die ihm persönlich besonders nahe sind. So sind der Landeshauptstadt Linz gleich zwei Kapitel gewidmet. Diese lebendige Stadt ist Zentrum seines Schaffens und Ausgangs-

punkt für seine fotografischen Touren durch das Umland. Burgen, Schlösser und die Archive des Wissens – diese imposanten Bauten und beeindruckenden Bibliotheken sind in Oberösterreich zahlreich und voller Geschichte. Sie werden in einem eigenen Kapitel vorgestellt. An der weiteren Motivwahl läßt sich leicht ablesen, welche Orte für Steininger noch von Interesse sind: Natur, gezähmt inmitten der Stadt oder wild an den Rändern und auf den Bergen, zählt zu seinen favorisierten Motiven.

Johann Steininger wurde 1975 in Linz geboren. Zunächst erlernte er den Beruf des Maschinenschlossers, einige Jahre später folgte die Ausbildung zum Informatiker. Derzeit ist Steininger als Softwareentwickler und Fotograf tätig. Er beschäftigt sich seit Jahren mit den Möglichkeiten der Panoramafotografie. ■

<http://www.foto360.at>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **78. Folge** portraitiert er

Franz Schulz (Franz Spencer)

Autor



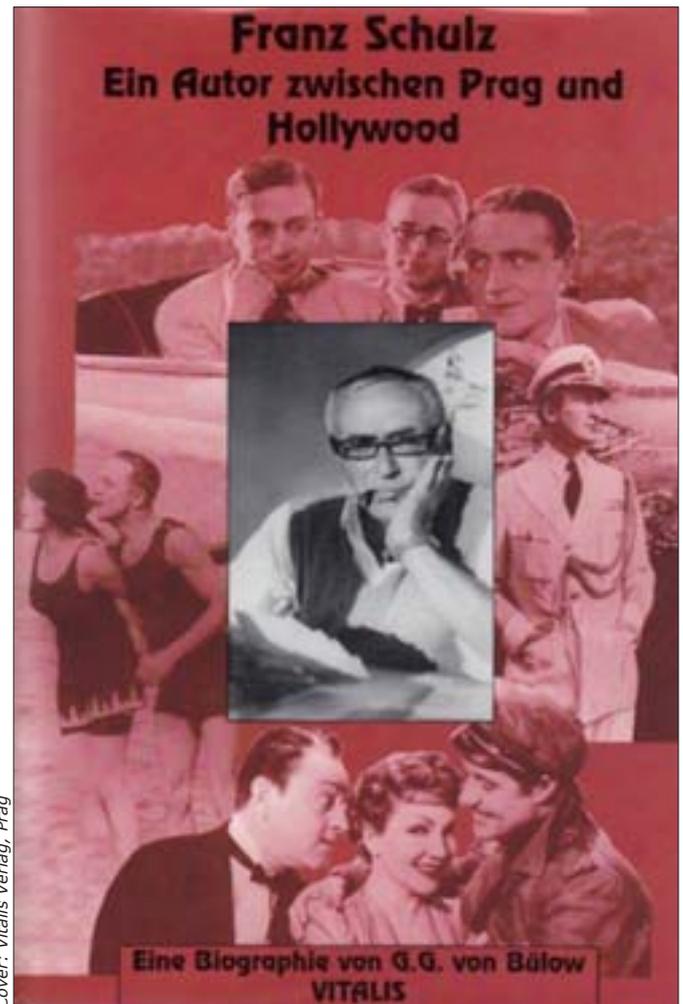
Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Franz Schulz

Franz Schulz, am 22. März 1897 in der Vorstadt Karolinenthal (seit 1922 zu Prag) als Sohn eines bekannten Rechtsanwalts und einer Musikerin geboren, studierte in mehreren Fächern an der Karl-Ferdinands-Universität, darunter Moderne Bühne. Er diente ab Mai 1916 in der k.u.k. Armee, arbeitete nach dem Kriegsende als Journalist beim „Prager Tagblatt“, anschließend in Berlin, der Stadt der Theater, Zeitungen und Verlage. Der angehende Schriftsteller begann 1920 mit der Erstellung von Filmskripts und äußerte sich in Publikationen zu aktuellen Themen des flimmernden Mediums, Autorenrechte, Zensur, Kritik oder neue Techniken. 1924 entstand sein erstes Bühnenstück „Esther Labarre“, das 1926/27 bei Josef Jarno in Wien zur Uraufführung kam.

Der Prager zählte in den „roaring twenties“ und Anfang der 30er-Jahre zu den profiliertesten Drehbuchautoren der Weimarer Republik. Schulz gehörte zusammen mit dem Wiener Walter Reisch zu

den Erfindern der Tonfilmoperette, das Leinwandwerk „Zwei Herzen im Dreiviertel-Takt“ (1930) entwickelte sich nicht nur dank des Titelwalters von Robert Stolz zum Welterfolg. Auf seiner Hitliste stehen zudem Klassiker wie die starbesetzten parodistischen Ufa-Musicals „Die Drei von der Tankstelle“ und „Bomben auf Monte Carlo“ sowie die munter komödiantische Greenbaum-Produktion „Die Privatsekretärin“ (1930/31). Franz Schulz war Scripter zu über 65 Stumm- und Tonfilmen (teilweise in Mehrsprachenproduktionen), oft gemeinsam mit anderen in Berlin agierenden Österreichern, Hans Janowitz, Hans Müller, Paul Frank und Josef Than. 1933 entwickelte er mit Billie (später Billy) Wilder seine Novelle „Was Frauen träumen“ zu einem Filmstoff, bei der Uraufführung des Streifens an Hitlers 44. Geburtstag am 20. April 1933 (Hitler blieb fern, Wilder war bereits emigriert) wurde jedoch beider Autorenschaft verschwie-



Cover: Vitalis Verlag, Prag

»Franz Schulz – Ein Autor zwischen Prag und Hollywood«, eine erste biografische Würdigung durch die Schriftstellerin und Sachbuchautorin G.G. von Bülow. Vitalis, Prag, 1997. ISBN 80-85938-01-4

Serie »Österreicher in Hollywood«

gen. Die Allmacht der Nationalsozialisten vertrieb den jüdischen Verfasser kurz danach ebenfalls aus Deutschland, Anfang 1934 emigrierte er über Prag und London in die Vereinigten Staaten.

Hollywood öffnete ihm die Türen, der als Meister der pointierten Konversation und für die zwanglose Alltäglichkeit seiner Dialogtexte bekannte Newcomer ließ sich in Beverly Hills nieder. Noch im selben Jahr entstand, basierend auf der Vorlage von Schulz/Wilder mit dem Universal-Film „One Exciting Adventure“ ein interessantes Remake von „Was Frauen träumen“, dem Kritiker das Prädikat „entertaining romp“ attestierten.

Der auf Fortsetzung seiner Erfolge hoffende „writer“, der in der Person des Drehbuchautors den eigentlichen Künstler des Films sah, stand bei Paramount an der Melrose Avenue für ein Wochen-Salär von 250 Dollar unter Vertrag, arbeitete aber auch für MGM, bei der er 1935 mit dem amerikanischen Partner Edgar Allan Woolf für das Musical „The Night Is Young“ eine Story von Vicki Baum zu einem Drehbuch umschrieb und 1937 als „screenplay constructor“ (ohne „credit“) an der Pearl S. Buck-Verfilmung „The Good Earth“ („Die gute Erde“) mitwirkte. 1935 brachte Fox Film Corporation die von William (Wilhelm) Thiele inszenierte Verwechslungskomödie „The Lottery Lover“ (in Österreich „Luxusmädel“) in die Kinos, die im wesentlichen auf einer von Schulz bei Fox eingereichten, von Jerome Lachenbruck übersetzten Story basierte. Da er gemäß Feststellung des „Writers Adjustment Committee“ der Academy mit weniger als zehn Prozent am endgültigen Drehbuch beteiligt war, blieb Schulz im Vorspann auch in diesem Fall ungenannt. Seine Ausgangsidee und Story zur Sozialsatire „Midnight“ („Enthüllung um Mitternacht“), in der die Stars Claudette Colbert, Don Ameche und John Barrymore brillierten, bildete 1939 neben dem Drehbuch des Duos Billy Wilder/Charles Brackett und Mitchell Leisens Regie den Grundstock zu einer der hinreißendsten Screwball-Komödien Hollywoods.

Nach der Einbürgerung und offiziellen Namensänderung 1940 nannte sich Schulz in den „credits“ Franz oder Franz G. Spencer. In der „war-time comedy“ „Down in San Diego“ und dem Backstage Musical „Born to Sing“, beide MGM, erfuhr er 1941/42 zweimal die Ehre der berühmten Doppelnennung für Story und Drehbuch. Angesichts des riesigen Potenzials an Drehbuchautoren, auch durch hinzugekommene Exilanten, war es jedoch zum damaligen Zeitpunkt schwer



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Franz Schulz in Kalifornien, ca. 1935

eine Position zu halten, die Karriere von Schulz stagnierte. Er war erst wieder 1945 im Geschäft, als Paramount mit „Masquerade in Mexico“ ein erneut von Leisen inszeniertes, indes weniger gefälliges Remake von „Midnight“ produzierte und Columbia Ende des Jahres einen von ihm mit Co-Autor Edward Dein umgearbeiteten Roman Alexandre Dumas' unter dem Titel „The Fighting Guardsman“ verfilmte.

Obwohl er in Hollywood „the things are not so bad“ befand, verließ Franz Schulz, doch eher enttäuscht, 1952 Kalifornien in Richtung New York. Am 29. April 1953 erlebte er im dortigen „Globe“ die Erstaufführung des provokativen Filmdramas „Inva-

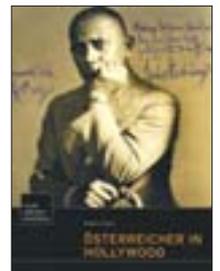
Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

sion U.S.A.“ („Invasion gegen USA“), wofür er noch ein Jahr zuvor in Culver City die Vorlage geschrieben hatte. Es war seine letzte Arbeit in Diensten der „movie town“, in der sein Werkverzeichnis mit einem runden Dutzend Titeln, ohne besondere Highlights, im Vergleich mit seinem immensen und erfolgreichen europäischen Filmschaffen wesentlich bescheidener ausfiel.

Irgendwann Mitte der 50er-Jahre verließ der Exil-Autor das Gastland mit dem Ziel der Rückkehr nach Europa und in die deutsche Sprache. Er lebte als letztlich heimatloser „Gentleman-Nomade“ (gemäß G.G. von Bülow) an den Gestaden des Mittelmeers, ab 1959 auch im schweizerischen Tessin. Die Drehbuch-Adaption des Gerhart Hauptmann-Bühnenstücks „Fuhrmann Henschel“ für Sascha-Film in Wien 1956 bedeutete ein Comeback im heimischen Bereich, ohne entsprechende Folgerungen oder Arbeitsmöglichkeiten. Das Theaterstück „Die Villa der Madame Vidac“ hatte im März 1959 (unter Pseudonym) im Wiener Theater am Parkring Premiere und lief später auch am Broadway und in Hamburg. Sein 1966 in einem Münchner Verlag erschienenes Prosawerk „Candide 19 ... oder das miese Jahrhundert“, eine Voltaire-Hommage und eine Art Selbstporträt, bezeichnete die literarische Kritik enthusiastisch als großen satirischen Wurf.

Francis Georg Spencer – Franz Georg Schulz, ein Großer des Kinos, der sich auch mit tschechischer oder amerikanischer Staatsbürgerschaft immer als österreichischer Schriftsteller sah, seit 1970 gesundheitlich beeinträchtigt, starb am 4. Mai 1971 in einer Klinik in Muralto im Tessin. Lucia Moholy, seine damals in Zürich lebende Schwester und Erbin, veranlaßte die Bestattung auf dem Jüdischen Friedhof von Pambio Noranco bei Lugano. ■

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten,
zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1;
<http://www.filmarchiv.at>

Zeit nehmen füreinander

Intensive gemeinsame Erlebnisse für Familien in Vorarlberg –
Übernachtungen auf Hütten und unter freiem Himmel, »Expedition Wildnis«



Foto: Daniel Zangerl / Silvretta

Beim alpinen Campen schlagen Sie auf über 2000 Metern im Silvretta / Montafon Ihre Zelte auf und grillen am Lagerfeuer.

Gemeinsam aktiv werden Eltern und Kinder bei besonderen Angeboten in der Vorarlberger Natur. Im Bregenzerwald wandern sie drei Tage lang von Hütte zu Hütte und genießen dabei die hügelige Landschaft, die sie sich in angenehm und familiengerecht kurzen Etappen erschließen. Höher hinaus geht es im Montafon, wo sie beim alpinen Campen auf über 2000 Metern Zelte aufschlagen und am Lagerfeuer grillen. Mit vielen neuen Eindrücken und schönen Erinnerungen kehren Groß und Klein von speziellen Wochenendprogrammen im Brandnertal zurück.

Von Hütte zu Hütte wandern im Bregenzerwald

Speziell auf Familien zugeschnitten sind zwei Wander-Packages von Bregenzerwald Tourismus. Drei Tage lang sind Familien gemeinsam unterwegs. Die Gehzeiten liegen jeweils zwischen zwei und vier Stunden. So bleibt genügend Zeit für Spiele unter freiem Himmel und für ausgiebige Pausen. Das Besondere dabei: Das Ziel der ersten beiden Etappen sind gemütliche Hütten, auf denen sie im Matratzenlager übernachten und so

den Wechsel von Tag und Nacht mitten in den Bergen hautnah erleben. Rundherum weite Wiesen, stille Wälder und dazu mehr Kühe als Menschen. Empfohlen sind diese Wanderungen für Kinder im Alter zwischen vier und zehn Jahren. Bregenzerwald Tourismus übernimmt die Buchung für beide Unterkünfte – entweder mit Frühstück oder Halbpension – und stattet die kleinen und großen Wanderer mit einer Wanderkarte sowie einer detaillierten Streckenbeschreibung aus.

Zwei Touren stehen zur Auswahl: Die Variante rund um Hittisau führt am ersten Tag in 2,5 Stunden zum Berggasthaus Hochhäderich (Aufstieg 772 Meter, Abstieg 42 Meter). Tags darauf wandern sie zur zwei Stunden entfernten Falkenhütte. Hier sind 158 Meter Auf- und 250 Meter Abstieg zu bewältigen. Zum Abschluß geht es in zweieinhalb Stunden zurück nach Hittisau, Aufstieg 51 – Abstieg 689 Meter. In Schwarzenberg startet die erste Etappe zur Bregenzer Hütte. Rund drei Stunden sind für den Weg einzurechnen, der 594 Höhenmeter überwindet. Der zweite Tag endet nach vier Stunden Gehzeit am Alpengasthof Brüggel (Auf-

stieg 109, Abstieg 245 Meter). Knapp drei Stunden dauert die letzte Etappe zurück nach Schwarzenberg – bei 154 Metern Auf- und 304 Metern Abstieg.

Die Hittisau-Tour ist vom 1. Juni bis zum 31. Oktober 2014 buchbar. Für Schwarzenberg gilt das Angebot vom 1. Juli bis 31. Oktober unbeschränkt, bis zum 30. Juni nur an Wochenenden. Gesamtpreise in Hittisau: mit Frühstück 60,- Euro pro Erwachsener und 39,- Euro pro Kind. Mit Halbpension zahlen Erwachsene 83,- und Kinder 62,- Euro pro Person. Schwarzenberg: mit Frühstück 69,- bzw. 47,- Euro, mit Halbpension 96,- bzw. 63,- Euro.

<http://www.bregenzerwald.at>

Alpines Campen in der Silvretta Montafon

„Diese Unterkunft hat weder vier noch fünf Sterne. Sie hat Hunderte.“ So beschreibt die Silvretta Montafon treffend ihr Angebot zum alpinen Campen. Jeden Dienstag um 16 Uhr treffen sich Bergfreunde an der Bergstation der Versettla Bahn in Gaschurn. Ein Guide führt die Gruppe – mindestens zwei, höchstens zehn Personen groß – in einer

ÖJ-Reisetip

zweistündigen Wanderung zum Lagerplatz. Er liegt in einer flachen, windgeschützten Mulde und ermöglicht weite Ausblicke auf die umliegenden Gipfel. Wer möchte, kann jetzt beispielsweise eine Tour zu einem Klettersteig unternehmen. Anschließend ist es Zeit für das gemeinsame Essen am Lagerfeuer, wo es Grillfleisch, Würste und Kartoffelsalat gibt. Am nächsten Morgen ist das herzhaft-frühstück im Bergrestaurant Nova Stoba nur einen kurzen Fußmarsch entfernt. Praktisch: Bei Bedarf können die dortigen Waschräume auch am Abend benutzt werden. Zelte, Schlafsäcke und Isomatten stehen leihweise zur Verfügung. Der Preis liegt bei 79,- Euro für Erwachsene und 49,- Euro für Kinder inklusive Bergbahnticket. Gültig im Zeitraum vom 8. Juli bis zum 2. September 2014.

<http://www.montafon.at/bergerlebnisse>

Brandnertal: Besondere Naturerlebnisse für Eltern-Kind-Teams

Unter dem Motto „sich Zeit füreinander nehmen“ bieten Brandnertal Tourismus und Outdoor-Trainer Christian Beck Tages- und Wochenendprogramme in den Bergen an. Angesprochen sind jeweils Zweierteams aus einem Elternteil und Kind. Unter fachkundiger Anleitung üben sie sich im Bogenschießen, machen Feuer mit Naturwerkzeugen und grillen wie einst die Hirten. Das Wochenendprogramm beinhaltet zudem eine Übernachtung mit Halbpension auf der Palldhütte. Manchmal bringen die Teilnehmer

sogar ein selbstgebasteltes Möbelstück aus Schwemm- oder Wildholz, z. B. einen kleinen Hocker, als Souvenir mit nach Hause. Die Teilnahme kostet pro Paar 91,- Euro für den Tag oder 263,- Euro fürs Wochenende. Bei den Tagesprogrammen machen minimal drei und maximal sieben Paare mit.

Die neue Wanderung „Expedition Wildnis“ führt auf die Spuren der Waldbewohner. Dabei geht es um Fragen wie „Wie schlage ich mich unbemerkt durchs Dickicht, um Tieren so nahe wie möglich zu kommen?“

Ein Erlebnisguide begleitet die Tour, die bis Ende Oktober immer mittwochs stattfindet und mit einer Jause ausklingt. Der Preis liegt bei 69,- Euro für zwei Erwachsene und alle Kinder. 39,- Euro kostet das Angebot für einen Erwachsenen und alle Kinder.

<http://www.brandnertal.at>

Weitere Informationen zu Familienangeboten, unter anderem zu kinderfreundlichen Museen und weiteren Wandervorschlägen, finden Sie auf

<http://www.vorarlberg.travel>



Foto: Brandnertal Tourismus

oben: Wildnistag im Brandnertal; unten: Bregenzerwald bei Müselbach



Foto: walsert-image.com / Vorarlberg Tourismus